Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

An den
Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 10.04.2024

Verfassungsbeschwerde
"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto
zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung
mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen
Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei
mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und
mit SCHUFA-Vorstand für Politik und Datenschutz
und mit Gerichte übergreifender Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Seit 2007 mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) durch weisungsgebundene Staatsanwälte im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ)
In 2010/2011 mit Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin)
sowie mit Wissen aller Staatsorgane und aller Länderregierungen in Deutschland unter führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) und unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022)
mit Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87 / 146 / 203)

Judikativer Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
Sabotage durch Staatsanwälte zu Verfahren für
Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen seit 2010, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Brutal verfassungswidrig, Opfer verhöhnend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Im Beschwerdeverfahren:
Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, Justizopfer ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010 im 70.Lebensjahr gegen Staatsanwälte von Wuppertal,
DEBEKA Kranken-Versicherungsverein a.G., vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, Zeuge in verfassungswidrigen Bußgeldverfahren,
vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**, verantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),
unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer, mit Unterstützung durch Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieher, mit judikativem Service für Richter

Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG wird angemahnt
> gegen Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn mit verfassungswidriger Kranken- und Pflegeversicherung (Z4) und gegen verfassungswidrige Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz gegen staatliche Übergriffe,
> gegen kriminelle Eskalation der sozialen Zerschlagung zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diskreditierung und sozialer Aussperrung „mit Hass im Netz“ durch verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen,
> gegen staatsanwaltliche Sabotierung und judikative Boykottierung von Rehabilitierung und Schadenersatz aus
über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2),
> unter nachgewiesener Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) unter Federführung der ehemaligen WDR-Justiziarin und stellv. WDR-Intendantin (1997-2022)

BVERFG-403. Anzugreifende und beantragte Hoheitsakte in chronologischer Reihenfolge
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten,
Nonstop-Verfahren seit 2010 ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende,
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
und nachfolgendem „Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024
mit Einspruch vom 28.03.2024 gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung
und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit persönlichem Anschreiben vom 10.02.2024
gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit SCHUFA-Vorstand für Politik und Datenschutz (ehemaliges Mitglied der Bundesregierung, verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag)
und mit Gerichte übergreifender Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . .
bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage
zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort
mit sozialer Zerschlagung, sozialer Isolierung, sozialer Ausgrenzung, mit verfassungswidrigem Datenmissbrauch, mit „Hass im Netz“,
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

BVERFG-404. Widerspruch-Verfahren gemäß Anlage LG-24/03 mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.
Kriminelle Eskalation der sozialen Zerschlagung durch verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
und mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen durch Sozialversicherungsträger
zu sozialer Diskreditierung, sozialer Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung mit „Hass im Netz“
durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung
in krimineller Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers und
mit ehemaligem Mitglied der Bundesregierung (SCHUFA-Vorstand)
zum Zeitpunkt der Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München mit verheerenden Folgewirkungen am Wohnort und am Geburtsort
Pervers: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit verheerenden Folgewirkungen und daher
SCHUFA-Eintragungen wegen „Verbraucherschutz“

Pervers: Staatsbürger nach politisch motivierten Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren mit einem SCHUFA-Basisscore von 9.91% von theoretisch möglichen 100% öffentlich angeprangert
Noch perverser: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit verheerenden Folgewirkungen und staatliche Einsparung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit SCHUFA-Basisscore von 9.91%, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz

BVERFG-405. Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal hebeln Grundrechte aus
> mit Hass am Weihnachtsfest 2023: Obergerichtsvollzieherin datiert Weihnachtsfest als Termin für Zwangsvollstreckungssache : Sieh Anlage Sommerfeld 8 (VB-2312 a), Zurückweisung mit Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023, Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
> mit „Hass im Netz“: Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer finden Helfershelfer: SCHUFA-Vorstand für „Datenschutz und Politik“, ehemaliges Mitglied der Bundesregierung bei Niederschlagung der Petitionen des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München
Nachgewiesene Zusammenhänge mit den Petitionen des Beschwerdeführers :
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
> mit Hass gegen Rentner im 83.Lebensjahr: Monatliche Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto mit wirkungslosem „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe mit Raubjustiz wegen
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
> mit Hass wegen Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde und Anhörungsrüge mit Verweigerung der Bescheidung und Erlass eines „Versäumnisurteils“, um auf Rechtsargumente verzichten zu können: Grundrechte sind unverzichtbar und das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum!
> mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa
> mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz
> mit sozialem Hass als Dauerzustand: Von Obergerichtsvollzieherin bis zu ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern und mit Gerichte übergreifenden Verfahren der sozialen Zerschlagung

BVERFG-406. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 335)

Zu BVERFG-403. Anzugreifende und beantragte Hoheitsakte in chronologischer Reihenfolge
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten,
Nonstop-Verfahren seit 2010 ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende,
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
und nachfolgendem Versäumnisurteil 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024
mit Einspruch vom 28.03.2024 gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung
und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit persönlichem Anschreiben vom 10.02.2024
gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit SCHUFA-Vorstand für Politik und Datenschutz (ehemaliges Mitglied der Bundesregierung, verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag)
und mit Gerichte übergreifender Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . .
bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage
zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort
mit sozialer Zerschlagung, sozialer Isolierung, sozialer Ausgrenzung, mit verfassungswidrigem Datenmissbrauch, mit „Hass im Netz“,
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

„Alle Jahre wieder“ - An Weihnachten kommt das Christkind zu allen Menschen und schenkt ihnen Liebe, Freude und Frieden, so christliche Tradition seit 2 Jahrtausenden. Seit Jahren beklagt der Beschwerdeführer
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten,
Nonstop-Verfahren seit 2010 ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende,
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft:
Sieh Anlagen in Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 und 25.01.2024:
Anlage VB-2310: Stellungnahme vom 10.12.2023 an das Sozialgericht Düsseldorf (S 31 P 146/22) mit den Kapiteln 34, 35 und 36 (insgesamt 71 Seiten) wegen
Schreiben vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023). mit
Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA) und Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Anlage SGB)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87)
Anlage VB-2311 a: Aufforderung durch das Sozialgericht Düsseldorf_ (S 31 P 146/22) zur Stellungnahme
Anlage VB-2311 b: Antwort des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.12.2023 (**eingegangen am 21.12.2023**) durch Bearbeiterin

Frau Jans auf Stellungnahme vom 10.12.2023 (Anlage VB-2310) und Aufforderung zu einer 2.Stellungnahme mit neuem Aktenzeichen (S 31 P 457/23)
Das Sozialgericht plante, dass der Beschwerdeführer die Weihnachtszeit nutzt für eine 2.Stellungnahme, weil offensichtlich die 1.Stellungnahme inkl. Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (AR 9561/23, BvR 207/24) den Vorstellungen des Sozialgerichts nicht entsprochen hat.

Anlage VB-2314: Angefochtener Hoheitsakt in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (AR 9561/23)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203)
Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22 Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag, **30.12.2023**) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin

Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der **Weihnachtszeit 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, mit Erscheinungstermin im Büro der OGVin Sommerfeld (Velbert) am **Mittwoch, 27.12.2023**

Statt dessen:
Online-Abruf der SCHUFA-Auskunft am 27.12.2023
SCHUFA-Personal hat Anspruch auf friedvolle Weihnachtszeit und kann daher trotz Digitalisierung die SCHUFA-Auskunft erst am 5.Jan.2024 zustellen. Sieh
Anlage SGD :
SCHUFA-Auskunft, online abgerufen am 27.Dez.2023, eingegangen per Post am 5.Jan.2024:
Verfassungswidriger, heimtückischer Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen wegen **verfassungswidriger Zielsetzungen zur Durchsetzung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt), durch Helfer und Helfershelfer dieser Staatsanwälte**
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, gegen Rentner jetzt im 83.Lebensjahr,
unter persönlicher Verantwortung des
Altbundeskanzler (1998-2005, sanktioniert wegen Ukraine-Putin-Krieg) und der Altbundeskanzlerin (2005-2021) **mit Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,**
mit Zufügung kapitaler Vermögensschäden,
mit rechtshängiger Klage am Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf, mit verfassungswidrigem judikativem **Boykott, trotz erdrückender Beweislage und mit Anspruch auf Rehabilitierung und Staatshaftung gemäß Art.34 GG**.
Soziale Zerschlagung seit 2010 durch verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälten in Kumpanei mit Helfern und Helfershelfern, ist ein hinreichender Grund, einen Sozialversicherungsträger, der keine soziale Sicherheit, aber soziale Zerschlagung für Versicherungsnehmer über viele Jahre hinweg verfolgt, **endlich aus den Verkehr zu ziehen.**

Verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen: Alle Informationen aus öffentlichen Verzeichnissen stammen von Helfern der genannten Staatsanwälte, haben ausschließlich die zu
bekämpfende Zielsetzung der verfassungswidrigen, öffentlichen Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung, ohne Respekt vor Alter und einer herausragenden Lebensleistung. Helfershelfer der genannten Staatsanwälte: **RAe Giebel und Kollegen,** Prozessbevollmächtigte des Sozialversicherungsträgers und eigenverantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, beklagt wegen sozialer Zerschlagung seit 2010 mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, in
Verbindung mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998. Belastende SCHUFA-Eintragungen sind sofort zu löschen.

Sofortige Abwehrmaßnahmen gegen SCHUFA-Vorgänge eingeleitet, weil die **verantwortlichen Rechtsanwälte** der SCHUFA-Eintragungen gleichzeitig
die Prozessbevollmächtigten der Beschwerdegegners sind:
DEBEKA Kranken-Versicherungsverein a.G., vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, Zeuge in verfassungswidrigen Bußgeldverfahren,
vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**, verantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),
unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer, mit Unterstützung durch Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieher, mit judikativem Service für Richter.

Sofortige Abwehrmaßnahmen gegen verfassungswidrige SCHUFA-Vorgänge bei:
> Vorstand der SCHUFA HOLDING AG (Dr. Ole Schröder)
> Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
> Landgericht Wuppertal, Beschwerdegericht zu
> Amtsgericht Velbert, 10 C 211/23
> Sozialgericht Düsseldorf, S 31 P 457/23

Sofortige Abwehrmaßnahmen gegen verfassungswidrige SCHUFA-Vorgänge bei:
> Vorstand der SCHUFA HOLDING AG (Dr. Ole Schröder, Vorstand Datenschutz und Politik, Mitglied der verantwortlichen Bundesregierung bei der Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010-2012)
Sieh Anlage SGE, SGE-2, SGE-3, SGE-4

Erste Information an das Bundesverfassungsgericht (AR 9561/23)
Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024
"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch."
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)
mit den Kapitel **BVERFG-401** und **BVERFG-402**

Kapitel **BVERFG-401**. **Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung**
Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsopfer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte,
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen
durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte.
durch Prozessbevollmächtigten der verfassungswidrigen Sozialversicherungen,
mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto gegen staatliche Übergriffe, trotz und
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Kapitel **BVERFG-402.** **Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:**
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung

weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem totalem Staatsversagen.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)

Parallel zu den SCHUFA-Vorgängen und Stellungnahmen am Sozialgericht Düsseldorf wird **vom Amtsgericht Velbert** das nächste Gerichtsverfahren gestartet: Sieh
Anlage LG-24/01: Schriftsatz des Amtsgerichtes Velbert 10 C 211/23 vom 12.01.2024 (eingegangen am 24.02.2024), mit dem ein weiteres verfassungswidriges Verfahren dem Zerschlagungsopfer aufgezwungen wird und daher mit sofortiger Beschwerde zurückgewiesen wird, wobei zu beachten ist:
Das Zerschlagungsopfer hat seit vielen Jahren keine Kontakte mehr zu dem Sozialversicherungsträger und seinem Prozessbevollmächtigten. Er muss sich ständig gegen verfassungswidrige Gerichtsverfahren wehren, die ihm aufgezwungen werden. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft. Das gilt auch für „Anspruchsbegründungen“, die zurückzuweisen sind, weil sie verfassungswidrig sind.
„Anspruchsbegründungen“ bei verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind äußerst erbärmlich, weil das Zerschlagungsopfer seit 2010 jede Verfassungswidrigkeit mit Verfassungsbeschwerden bekämpft.
Es geht um soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen:
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte z.B. Art.6 EMRK
in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, denen **mehrfache kriminelle Freiheitsberaubungen** vorzuwerfen sind, sowie Psychoterror, Polizei-Terror vor Gerichtsverfahren, Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nach Niederschlagung von Petitionen an

den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010-2012),
jetzt auch noch mit „Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke der sozialen Diskreditierung, der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung.

Die angefochtenen Hoheitsakte in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 sind noch nicht abschließend erledigt, wird dem Beschwerdeführer bereits ein weiteres verfassungswidriges Verfahren gemäß Anlage LG-24/01 aufgezwungen, parallel zu verfassungswidrigen SCHUFA-Vorgängen und zu wiederholten Stellungnahmen am Sozialgericht Düsseldorf
Anlage VB-2314: Angefochtener Hoheitsakt in Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (AR 9561/23)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203)
Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22 Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag, **30.12.2023**) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin
Anlage LG-24/02: Schreiben vom 28.02.2024 an Zentrale Zahlstelle Justiz
mit Zurückweisung von Rechnung, Mahnung und ggf. weiterer Kosten Kassenzeichen X701143342707X, Geschäftszeichen 16 T 207/2023 001 (270) Landgericht Wuppertal mit den Anlagen 01 bis 04 sowie Anlage SGC und Anlage SGG

In Anbetracht der beschriebenen Vorgänge hat der Beschwerdeführer mit ausführlicher Begründung Rechtsmittel gegen das neue Verfahren am Amtsgericht 10 C 211/23 eingelegt und ein Widerspruchsverfahren beantragt **gegen verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, mit denen soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen durch soziale Diskreditierung, soziale Isolierung und soziale Ausgrenzung verfestigt wird. Ohne Zweifel hat das Widerspruchsverfahren signifikante Bedeutung**

Anlage VB-2401, Anlage VB-2402
Schriftsatz vom 23.03.2024 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Anlage LG-24/03:
Widerspruch-Verfahren mit Antrag an
Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.

Anlage LG-24/03 c)
Schreiben vom 10.Feb.2024 an
Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 01)

Das Beschwerdegericht im Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 versagt bis heute rechtliches Gehör entgegen Art.103 Abs.1 GG
Trotz der laufenden Beschwerdeverfahren inkl. Rechtsmittel der Anhörungsrüge wird dem Beschwerdeführer ein Versäumnisurteil zugestellt, in dem nicht einmal erkennbar ist, worin das Versäumnis besteht.

Anzugreifender Hoheitsakt gemäß Anlage LG-24/04:
Versäumnisurteil 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil" ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz" sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**
Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Anlage AG-24/06
Gegenerklärungen des Antragsgegners Albin Ockl vom 31.10.2022 zu den Mahnbescheiden der DEBEKA Krankenversicherungsverein

Anlage VB-2402 als Ergänzung zu Anlage VB-2401
Schriftsatz mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23
und 11 C 406/22 (16 T 207/23)
mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Verfassungswidrig:
Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
Sieh Anlage VB-24/01 und VB-24/02
mit den Kapiteln LG-24/01, LG-24/02, LG-24/03.

Kapitel **LG-24/01.** **Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO, weil**
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers,
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen
Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht, beklagt wegen Rehabilitierung und Schadenersatz,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,
Bundesdatenschutzbeauftragte : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 29) wie z.B
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

> > > Das Zerschlagungsopfer ist mit Recht stolz darauf, dass führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung mit aktiver Beteiligung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa wie zum Beispiel (ausbaufähig). . . .

Kapitel **LG-24/02.** **Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO, weil**
> weil über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, mit Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
gemäß Kapitel LG-24/01.
> weil vorrangig Beendigung von über 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern gegen Rentner im 83.Lebensjahr unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (SPD) und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) und des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern (letztere CDU/CSU)
> weil judikativer Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
am Landgericht Wuppertal (2.Zivilkammer 2 O 70/15, 2 O 163/16),
am Verwaltungsgericht Berlin (OVG 11.Senat 11 RM 3/23),
am Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 1697/23)
> weil staatsanwaltliche Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Nonstop-Verfahren seit 2011
mit weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck durch beklagte Bundesregierung gemäß Art.34 GG
nach Niederschlagung von Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 / 2011
am laufendem Bande ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende
> weil mit Treib- und Hetzjagd seit 1998 gegen seinen Bruder am Wohnort in Bayern bis in den wirtschaftlichen Ruin und bis in den erzwungenen Freitod in 2012
mit anschließender Nachlassinsolvenz
> weil horrende Renten-Plünderung auf Pfändungsschutz-Konto
für verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 im 83.Lebensjahr unter weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Weisungsdruck durch die beklagte Bundesregierung
> weil soziale Isolierung und soziale Ausgrenzung mit „Hass im Netz“, mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA/Scoring-Lügen ohne Relevanz zu Verbraucherschutz
durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers
in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und ihren Helfern und
in Kumpanei mit SCHUFA-Vorstand (Mitglieder der Bundesregierung in 2010 / 2011 mit Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag)
> weil im Jan.2024 eingeleitetes SCHUFA-Widerspruchsverfahren unter Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
> weil verfassungswidriger Missbrauch von Freiheitsberaubung (2mal), psychischer Terror und Polizei-Terror bei Dunkelheit vor Gerichtsverfahren, ohne Wissen des Richters (Jan.2023)
unter Verantwortung von weisungsgebundenen Staatsanwälten und ihren Helfern
> weil soziale Zerschlagung, soziale Isolierung und soziale

Ausgrenzung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
„nur“ eine verfassungswidrige, Gerichte übergreifende Folge-Zwangsmaßnahme von über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 ist.

Kapitel **LG-24/03.** **Sofortige Beschwerde gemäß §572 ZPO, weil aktuelles Widerspruchsverfahren bei**
Dem Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit:
„Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen, heimtückisch nicht wegen Verbraucherschutz, sondern zum Zwecke der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung
durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 in Kumpanei mit
> weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung und in Kumpanei mit
> SCHUFA-Vorstand, beteiligt an der Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in 2010/2011 und parallel an den Bayerischen Landtag als ehemaliges Mitglied der CDU/CSU-geführten Bundesregierung zusammen mit seiner Frau als Bundesministerin
und jetzt beteiligt mit verfassungswidrigen SCHUFA/Scoring-Lügen ohne Respektierung von Datenschutz
gemäß Anlage LG-24/03
Brutal verfassungswidrig:
Nicht nur soziale Zerschlagung, getoppt mit sozialer Isolierung und sozialer Ausgrenzung, mit Opferkriminalisierung, Opfer verhöhnende Diffamierung, ohne Respekt vor Alter, Lebensleistung, deutsche Grundrechte, Europäische Menschenrechte, ... in Kumpanei vereint:
Weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung, ehemalige Mitglieder der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand mit Ehefrau), verantwortlich für Niederschlagung intensiver Petitionen an den Deutschen Bundestag und an den Bayerischen Landtag, mit Hilfeschreiben an Staatsorgane, an Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, an Mitglieder des Petitionsausschusses, mit Verfassungsbeschwerden, alles ausführlichst dokumentiert) und
Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, der für kriminelle Beihilfe mehr Kosten geltend machen will.

Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln LG-24/01, LG-24/02, LG-24/03 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 177/226)

Zu BVERFG-404. Widerspruch-Verfahren gemäß Anlage LG-24/03 mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.
Kriminelle Eskalation der sozialen Zerschlagung durch verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen durch Sozialversicherungsträger
zu sozialer Diskreditierung, sozialer Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung mit „Hass im Netz“
durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung
in krimineller Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers und
mit ehemaligem Mitglied der Bundesregierung (SCHUFA-Vorstand)
zum Zeitpunkt der Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München mit verheerenden Folgewirkungen am Wohnort und am Geburtsort
Pervers: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit verheerenden Folgewirkungen und daher
SCHUFA-Eintragungen wegen Verbraucherschutz
Pervers: Staatsbürger nach politisch motivierten Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren mit einem SCHUFA-Basisscore von 9.91% von theoretisch möglichen 100% öffentlich angeprangert
Noch perverser: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit verheerenden Folgewirkungen und staatliche Einsparung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit SCHUFA-Basisscore von 9.91%, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz

Der Beklagte, zum 1.Mal konfrontiert mit SCHUFA-Vorgängen, war völlig überrascht von den Ergebnissen und Erkenntnissen aus dem SCHUFA-Abruf. Sieh Anlage SGD.

Die SCHUFA ist „gegen jede Form der Ausgrenzung oder Abwertung von Menschen“, so Werbe-Slogan und Anspruch. Verbraucherschutz ist offizielle Zielsetzung der SCHUFA-Eintragungen.
Für SCHUFA-Opfer ist dieser Anspruch purer Hohn und boshafte Diskriminierung. Auch SCHUFA-Opfer sind Verbraucher, die offensichtlich nicht zu schützen sind. Bei politisch motivierter Zerschlagung wird das SCHUFA-System in krimineller Weise für soziale Isolierung, soziale Diskreditierung und soziale Aussperrung in verfassungswidriger Weise missbraucht.

Der Beschwerdeführer ist gezwungen, ein Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen durch weisungsgebundene Staatsanwälte zu benutzen, um Kredite zu vermeiden, die er nicht zurückzahlen kann. Inhaber eines Pfändungsschutz-Konto können in Deutschland bei keiner Bank ein 2.Konto eröffnen und erhalten keinen Kredit, nicht einmal einen Dispo-Kredit. Rentner können ihre Rente nur über das Pfändungsschutz-Konto beziehen.
Der Beschwerdeführer beklagt bis heute
staatsanwaltliche Sabotage und judikativen Boykott zu über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, seit mehr als 30% seines Lebens:

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 15.Sept.2023

BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005), unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
in 2010 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag für politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort,
am Geburtsort in Bayern mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz (2012)
am Wohnort in NRW mit Gerichte übergreifendem Schadenersatz/Rehabilitierung-Boykott seit 2011,
mit Schadenersatz-Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagtenTäters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps,
mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von mehrfacher Freiheitsberaubung (verfassungswidrigem Missbrauch von JVA-Service) und von Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherinnen unter weisungsgebundenen Staatsanwälten, obwohl
kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend,
mit Willkür-Kontopfändungen / Kontoplünderung hoher Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige

Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto
Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Polizei-Terror, mit Banken-Terror, Psycho-Terror unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit ist zuständig für das Widerspruchsverfahren gegen die SCHUFA. Sieh
Anlage LG-24/03:
Widerspruch-Verfahren mit Antrag an
Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.
Anlage LG-24/03 a)
Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 23)
Anlage LG-24/03 b)
Eingangsbestätigung / Nachforderung (Az: 90.24.75: 0067) vom 21.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
Anlage LG-24/03 c)
Schreiben vom 10.Feb.2024 an
Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 01).

Zu BVERFG-405. Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal hebeln Grundrechte aus
> mit Hass am Weihnachtsfest 2023: Obergerichtsvollzieherin datiert Weihnachtsfest als Termin für Zwangsvollstreckungssache : Sieh Anlage Sommerfeld 8 und 9 (VB-2312 a/c), Zurückweisung mit Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023, Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
> mit „Hass im Netz“: Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer finden Helfershelfer: SCHUFA-Vorstand für „Datenschutz und Politik“, ehemaliges Mitglied der Bundesregierung bei Niederschlagung der Petitionen des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München
Nachgewiesene Zusammenhänge mit den Petitionen des Beschwerdeführers :
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
> mit Hass gegen Rentner im 83.Lebensjahr: Monatliche Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto mit wirkungslosem „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe mit Raubjustiz wegen
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
> mit Hass wegen Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde und Anhörungsrüge mit Verweigerung der Bescheidung und Erlass eines „Versäumnisurteils“, um auf Rechtsargumente verzichten zu können: Grundrechte sind unverzichtbar und das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum!
> mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa
> mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz
> mit sozialem Hass als Dauerzustand: Von Obergerichtsvollzieherin bis zu ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern und mit Gerichte übergreifenden Verfahren der sozialen Zerschlagung

„Alle Jahre wieder“ - An Weihnachten kommt das Christkind zu allen Menschen und schenkt ihnen Liebe, Freude und Frieden, so christliche Tradition seit Jahrtausenden. Seit Jahren beklagt der Beschwerdeführer
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten,
Nonstop-Verfahren seit 2010 ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende,
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft:

Sieh Anlagen in dieser Verfassungsbeschwerde und in Verfassungsbeschwerden vom 01.01.2024 und 25.01.2024:

Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der **Weihnachtszeit 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, mit Erscheinungstermin im Büro der OGVin Sommerfeld (Velbert) am **Mittwoch, 27.12.2023**
Zwangsvollstreckungssache ist eingegangen am 19.12.2023: Ein hasserfülltes Weihnachtsgeschenk mit Psycho-Terror.

Die Obergerichtsvollzieherin ist auch beteiligt an der SCHUFA-Eintragung gemäß Anlage SGD: Beteiligte der SCHUFA-Eintragung sind.
Weisungsgebundene Staatsanwälte, Helfer und Helfershelfer unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung
> RAe Giebel und Kollegen, als Prozessbevollmächtigte des Beschwerdegegners in der SCHUFA-Eintragung nicht erkennbar (Beschwerdegegner absichtlich unterdrückt),
> OGVin Sommerfeld, verantwortlich für Eintragungen in öffentliche Verzeichnisse gemäß Anlage SGD
Dr. Ole Schröder, heute im Vorstand der SCHUFA Holding AG, damals Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesinnenminister Thomas de Maiziere, der vorher im Kabinett von Merkel I Chef des Bundeskanzleramts gewesen ist, der zusammen mit der Bundeskanzlerin alle unsere Bemühungen des Wiederaufbaus in dieser Zeit (seit 2005) verhindert hat, sowie seine Frau,
Kristina Schröder, damals Bundesministerin im Kabinett Merkel II.

Sozialer Hass als Dauerzustand von Obergerichtsvollzieherin bis zu ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am am Geburtsort in Bayern und mit Gerichte übergreifenden Verfahren der sozialen Zerschlagung

Sozialer Hass als Dauerzustand zum Beispiel: Sieh
Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts nach Wiederholung in der **Weihnachtszeit 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.
Fortsetzung der Wiederholung mit
Verfassungswidrigem Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts im April 2024 nach Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 wegen
Absolut totalem Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren seit 2011
Erzwingung einer politisch motivierten Justiz im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundeskanzleramtes
Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Entscheidung der Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht Düsseldorf

Von Sozialem Hass als Dauerzustand zu sozialer Spaltung mit SCHUFA-Eintragungen
Sieh Anlage 24/03 a) Seite 2
Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 23)

Aus der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 vom 01.01.2024, Anlage SGC, Seite 13
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203/216)
„ . . . Mit Verfassungsbeschwerde vom 15.09.2023 (1 BvR 1923/23, 244 Seiten) als Fortsetzung der Verfassungsbeschwerden vom 14.Jan.2023, vom 31.März 2023, 25.Mai 2023, 08.Juli 2023, 10.Aug.2023 vorgetragen,
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidriger Pflegeversicherung
mit verfassungswidriger Plünderung des Pfändungsschutz-Konto zu verfassungswidriger Krankenversicherung:
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
> > > Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,

anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005), unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2024 Digitalisierungsnotstand in Deutschland) . . . . **“**

Die beklagten SCHUFA-Eintragungen haben nichts mit Verbraucherschutz zu tun, sondern mit über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998. Die SCHUFA-Vorgänge sind bereits in terminierten Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf sowie am Bundesverfassungsgericht in der laufenden Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024 enthalten. Ich (Beschwerdeführer) beklage den Sozialversicherungsträger, dass er Opferkriminalisierung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen

betreibt, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, und so mit sozialer Zerschlagung seit diesem Zeitpunkt an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt ist. **Faktenlage ist:**
Die Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und parallel an den Bayerischen Landtag in 2010/2011 wurde von der CDU/CSU-geführten Bundesregierung erzwungen. Mitglieder dieser Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt waren
Dr. Ole Schröder, heute im Vorstand der SCHUFA Holding AG, damals Parlamentarischer Staatssekretär bei Bundesinnenminister Thomas de Maiziere, der vorher im Kabinett von
Merkel I Chef des Bundeskanzleramts gewesen ist, der zusammen mit der Bundeskanzlerin alle unsere Bemühungen des Wiederaufbaus in dieser Zeit verhindert hat, sowie seine Frau,
Kristina Schröder, damals Bundesministerin im Kabinett Merkel II.
Die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel wurde von
Bundespräsident Horst Köhler im Oktober 2009 ernannt.
Der Bundespräsident ist in derselben Woche (31.Mai 2010) zurückgetreten, als er meinen Brief erhalten hat, in dem ich um seine Unterstützung in der laufenden Petition gebeten habe: Sieh Anlage SGC Seite 37/44:
> Unbestreitbar: Persönliche Verantwortung von Merkel / Söder zu Zerschlagungen mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin Eva-Maria Michel (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF,
und demonstrativer Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel nach mehrfachem Briefwechsel und Verfassungsbeschwerde
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/GEZgnadenlos.pdf
mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativer Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler unmittelbar nach Schreiben vom 25.05.2010 bei laufender Petition an den Deutschen Bundestag:
Wir klagen an (nach Eingang des Schreibens am 31.05.2010 zurückgetreten)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Faktenlage ist, dass die SCHUFA-Eintragungen der **RAe Giebel und Kollegen,** Prozessbevollmächtigte des Sozialversicherungsträgers DEBEKA, ohne unser Wissen vorgenommen wurden. Der Sozialversicherungsträger wird beschuldigt, dass er Opferkriminalisierung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen betreibt, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, und so mit sozialer Zerschlagung seit diesem Zeitpunkt an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt ist. Darauf hinzuweisen ist, dass **RAe Giebel und Kollegen im wesentlichen nur Zinseszins-Rechnungen leisten,** in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung. Wie schwer es ist, von der Bundesregierung Schadenersatz zu erhalten, haben die Vorgänge im Deutschen Bundestag um die grundgesetzliche Schuldenbremse im Bundeshaushalt für 2024 gezeigt.
Faktenlage ist auch, dass in den SCHUFA-Eintragungen nicht erkennbar ist, dass die **RAe Giebel und Kollegen als** Prozessbevollmächtigte des beschuldigten Sozialversicherungsträgers DEBEKA in soziale Zerschlagung verwickelt sind, und **mit „Hass im Netz“ soziale Isolierung mit Opferkriminalisierung veranstalten**.
Sie werden dabei von Helfern weisungsgebundener Staatsanwälte unterstützt mit öffentlichen Verzeichnissen.

Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024
Zu BVERFG-401. Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung
Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsopfer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren
brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich
mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen
durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte
durch Prozessbevollmächtigte der Sozialversicherungen
mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger
mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Sieh **Anlage SGE:**
Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte
ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht
gemäß Anlage SGD im Schriftsatz vom 08.Jan.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 59)

Sieh **Anlage SGD :**
SCHUFA-Auskunft, online abgerufen am 27.Dez.2023, eingegangen per Post am 5.Jan.2024:
Verfassungswidriger, heimtückischer Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen wegen **verfassungswidriger Zielsetzungen zur Durchsetzung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt), durch Helfer und Helfershelfer dieser Staatsanwälte**
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, gegen Rentner jetzt im 83.Lebensjahr,

unter persönlicher Beteiligung des
Altbundeskanzler (1998-2005, sanktioniert wegen Ukraine-Putin-Krieg) und der Altbundeskanzlerin (2005-2021) **mit Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa,**
mit Zufügung kapitaler Vermögensschäden,
mit rechtshängiger Klage am Verwaltungsgericht Berlin und Verwaltungsgericht Düsseldorf, mit verfassungswidrigem judikativem Boykott, trotz erdrückender Beweislage und mit Anspruch auf Rehabilitierung und Staatshaftung gemäß Art.34 GG.
Soziale Zerschlagung seit 2010 durch verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälten in Kumpanei mit Helfern und Helfershelfern, ist ein hinreichender Grund, einen Sozialversicherungsträger, der keine soziale Sicherheit, aber soziale Zerschlagung für Versicherungsnehmer über viele Jahre hinweg verfolgt, endlich aus den Verkehr zu ziehen.
Alle Informationen aus öffentlichen Verzeichnissen stammen von Helfern der genannten Staatsanwälte, haben ausschließlich die zu **bekämpfende Zielsetzung** der verfassungswidrigen, öffentlichen Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung, ohne Respekt vor Alter und einer herausragenden Lebensleistung. Helfershelfer der genannten Staatsanwälte: **RAe Giebel und Kollegen,**
Prozessbevollmächtigte des Sozialversicherungsträgers, beklagt wegen sozialer Zerschlagung seit 2010 mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, in Verbindung mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
Belastende SCHUFA-Eintragungen sind sofort zu löschen.

Die genannten Rechtsanwälte haben keinerlei Kontakt mit dem Beschwerdeführer, sie täuschen die Öffentlichkeit, indem sie jeden Hinweis darauf vermeiden, dass sie die Prozessbevollmächtigten des Sozialversicherungsträgers sind, der vom Beschwerdeführer **wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und wegen extremistischer Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit systematischer Hetze zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung mittels SCHUFA-Eintragungen zu bekämpfen ist.**
Warum dies alles? Die politisch motivierten und sozialen Zerschlagungen sind das Ergebnis verfassungswidriger Maximierung durch eine politische Nachfolge-Generation, in der Kräfte die Oberhand gewonnen haben, für die Neidhass auf Leistungen vorhergehender Generationen und letztendlich Selbstzerstörung oberste Handlungsmaxime sind:
Judikativer Boykott - Staatsanwaltliche Sabotage - Rentenplünderungen auf Pfändungsschutz-Konto - Soziale Spaltung mit SCHUFA/Scoring-Lügen - ohne Respekt vor Grundrechten > > > gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, ohne Respekt vor ihrem Alter und jetzt
Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen.

Zu BVERFG-406. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der
KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Dr. Günter Rexrodt,
Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf
dem Senatsempfang der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
auf der ONLINE 1996 in Hamburg:
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute
besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten
Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Henning Voscherau,
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 –
1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland
(1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe
in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie
Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down to ONLINE'94
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Karel van Miert,
EU-Kommissar für Wettbewerb der EUROPÄISCHEN KOMMISSION,
Brüssel, auf der ONLINE ´97:
Maßnahmen der EU zur Öffnung des Telekommunikations-
marktes für neue Wettbewerber.
Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes
aus der Sicht der Europäischen Kommission
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down to ONLINE'96

Erkki Liikanen,
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der
Europäischen Kommission, Brüssel, auf der ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down to ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

> > > Das Zerschlagungsopfer ist mit Recht stolz darauf, dass
führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft
und Verwaltung mit aktiver Beteiligung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa wie zum Beispiel:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH‘88
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Scroll down

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik
auf der ONLINE 1980
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE ´92
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Joachim Jacob, DER BUNDESBEAUFTRAGTE FÜR DEN DATENSCHUTZ auf der ONLINE 1994 in Hamburg, zum Thema **„Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes Informationsmanagement"**
> > > http://www.euro-online.de/1994.htm

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger,
9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft,
Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > https://ifdt.org/kpf/

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts dir Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Wir trauern um
hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Dr. Henning Voscherau, *verstorben am 24. August 2016*
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 - 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

Dr. Joachim Jacob, *verstorben am 13.Januar 2024*
Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)
auf der 17.Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum Thema
Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes Informationsmanagement *(ISBN 3-89077-126-2)*

>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg>http://www.euro-online.de/h6.htm

>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg

>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg

>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation, Fachhochshule Fulda, Congressleiter der
Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > http://www.euro-online.de/h6.htm#

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter der ONLINE 1999, Hessischer Datenschutzbeauftragter seit 2020
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post/Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof.Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 8)

Prof.Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später
Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam,
Congressleiter der ONLINE 2000 bis ONLINE 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim

Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 10)

und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen,
ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 innovationsorientierten Referenten pro Congressmesse,
für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist **strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier**,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Rechtsbeugung im deutschen Recht ist die vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts durch Richter, Amtsträger oder Schiedsrichter bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei, **in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier**,
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zu politisch motivierter Justiz mit judikativer Boykottierung und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz.

Absolut totales Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Sozialgerichtsverfahren als Nonstop-Veranstaltungen seit 2011, seit über 12 Jahren ist zu bekämpfen. Anzumahnen ist die Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, solange keine Abhilfe verfügbar:
Sozialgerichte sind längst informiert über die Verfassungswidrigkeit der Sozialversicherungen und sehen zu, wie der Beklagte vom Kläger in verfassungswidriger Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und deren Helfern gehetzt wird. Der Beklagte ist

längst das Justizopfer wegen **absolut totalem Justizversagen ohne Respekt vor Grundrechten, Lebensleistung und fortgeschrittenem Lebensalter.** Daher Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 im Allgemeinem Register des Bundesverfassungsgericht
unter AR 9651/23 als Sammelstelle weiterer Vorgänge festgehalten:
„Nie wieder politisch motivierte Zerschlagungsjustiz wie unter der NS-Diktatur“, so Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren (Mai 1949). Nie wieder ist jetzt 2023:
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, jetzt im 83.Lebensjahr
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
nicht trotz, sondern
wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Diese Verfassungsbeschwerde gegen weisungsgebundene Staatsanwälte und ihre Helfer unter Weisungsdruck durch beklagtes Bundeskanzleramt (Bundesregierung) ist überfällig, weil es brutal asozial und extremistisch verfassungswidrig ist, politisch motivierte Zerschlagungen bis in den Tod unüberwindbar zu machen:
mit sozialer Zerschlagung, mit sozialer Diskriminierung, mit sozialer Ausgrenzung und mit sozialer Spaltung in der Gesellschaft zur Durchsetzung politisch motivierter, verfassungswidriger Justiz seit 1998, seit über 25 Jahren
"All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie das 1000-jährige Reich geendet hat. Daher jetzt mit Grundgesetz gegen soziale Verfassungswidrigkeiten!" Der Anfang war vor über 25 Jahren!

Erdrückende Beweislage gegen Leugnen und Vergessen über mehr als
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
zuletzt wegen verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 parallel zu
verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu
verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei
mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und
mit SCHUFA-Vorstand für Politik und Datenschutz
und mit Gerichte übergreifender Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Der Beschwerdeführer beantragt Annahme zur Entscheidung der Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024 und 10.04.2024
Sieh Anlage VB-2401 mit Anlage LG-24/04, Anlage VB-2402
mit Vorrang für
Widerspruch-Verfahren gemäß Anlage LG-24/03 mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (BVERFG-404),
mit Vorrang für
Rehabilitierung und Schadenersatz zu über
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr.
Deutschland verweigert bis heute den grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß Art.34 GG
mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott und toleriert „Hass an Weihnachten“, „Hass im Netz“, “Hass“ (Neidhass) wegen Weltklasse-Höchstleistungen für die Zukunft von Deutschland und Europa, „Hass“ gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, „Hass“ gegen Rehabilitierung und Schadenersatz.

Velbert, 10.04.2024

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur
unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

<u>Anlage VB-2401</u>
Schriftsatz vom 23.03.2024 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

<u>Anlage LG-24/01</u>: Schriftsatz des Amtsgerichtes Velbert 10 C 211/23 vom 12.01.2024 (eingegangen am 24.02.2024), mit dem ein weiteres verfassungswidriges Verfahren dem Zerschlagungsopfer aufgezwungen wird und daher mit sofortiger Beschwerde zurückgewiesen wird, wobei zu beachten ist:
Das Zerschlagungsopfer hat seit vielen Jahren keine Kontakte mehr zu dem Sozialversicherungsträger und seinem Prozessbevollmächtigten. Er muss sich gegen verfassungswidrige Gerichtsverfahren wehren, die ihm aufgezwungen werden. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft. Das gilt auch für „Anspruchsbegründungen“, die zurückzuweisen sind, weil sie verfassungswidrig sind.
„Anspruchsbegründungen“ bei verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind äußerst erbärmlich, weil das Zerschlagungsopfer seit 2010 jede Verfassungswidrigkeit mit Verfassungsbeschwerden bekämpft.
Es geht um soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen:
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte z.B. Art.6 EMRK in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, denen mehrfache kriminelle Freiheitsberaubungen vorzuwerfen sind, sowie Psychoterror, Polizei-Terror vor Gerichtsverfahren, Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nach Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010-2012,
jetzt auch noch mit „Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung.

<u>Anlage LG-24/02</u>: Schreiben vom 28.02.2024 an Zentrale Zahlstelle Justiz
mit Zurückweisung von Rechnung, Mahnung und ggf. weiterer Kosten Kassenzeichen X701143342707X, Geschäftszeichen 16 T 207/2023 001 (270) Landgericht Wuppertal mit den Anlagen 01 bis 04 sowie Anlage SGC und Anlage SGG
Anlage 01
Rechnung vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)
Mahnung vom 22.02.2024 (eingegangen am 22.02.2024)
Anlage 02
Schreiben des Bundesverfassungsgericht vom 01.12.2023 (AR 9651/23, eingegangen am 07.12.2023)
Anlage 03
Schreiben vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal (16 T 207/23): Zurückweisung des Beschlusses vom 15.12.2023 einschließlich aller Kosten mit Verfassungsbeschwerde vom

01.01.2024 mit Hinweis auf die Kapitel der Verfassungsbeschwerde (Die gesamte Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 umfasst die Kapitel BVERFG-396, BVERFG-397, **BVERFG-398,** BVERFG-399, BVERFG-400 auf insgesamt 92 Seiten)
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203/221)

Anlage 04
Übernahme der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 ff. vom Allgemeinen Register in das Verfahrensregister (1 BvR 207/24, bisher AR 9651/23) mit Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26.01.2024 (eingegangen am 31.01.2024), Allgemeines Register als Sammelstelle für Verfassungsbeschwerden wegen Gerichte übergreifender Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und am Amtsgericht Velbert zu
Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen als Fortsetzung zu über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Anlage SGC:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
"All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie es geendet hat. Da kann man nur sagen: Wehret den Anfängen!" Der Anfang war vor über 25 Jahren:
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
zuletzt wegen verfassungswidriger Plünderung von Pfändungsschutzkonto seit 2013 parallel zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen
Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsbefugnis und Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 05.Nov.2023
mit Eingang einer verfassungswidrigen Bescheidung am 30.12.23
und zu sofortiger Beschwerde nach Rechtspfleger-Beschluss am Amtsgericht Velbert und mit Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute
unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) mit verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten
mit direkter Verantwortung für
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im > > > 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zur Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203)

Anlage SGG: (an das Landgericht)
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23) **vom 25.01.2024**
"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel **zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen** seit 2011 (über 12 Jahre) **zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen** und **zu sozialer Spaltung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen mit den Kapiteln BVERFG-401 und BVERFG-402: BVERFG-401. Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung**
Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsopfer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich
mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen
durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte
durch Prozessbevollmächtigte der Sozialversicherungen

mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
BVERFG-402. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen
Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)

Anlage LG-24/03:
Widerspruch-Verfahren mit Antrag an
Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.
Anlage LG-24/03 a)
Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 23)
Anlage LG-24/03 b)
Eingangsbestätigung / Nachforderung (Az: 90.24.75: 0067) vom 21.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
Anlage LG-24/03 c)
Schreiben vom 10.Feb.2024 an
Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 01)

> Seite 16/70, **Anlage SGD: SCHUFA-Auskunft vom 27.12.2023** (eingegangen am 05.01.2024) mit Stellungnahme am 16.01.2024

> Seite 17/77, **Anlage SGE: Mein Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte** ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht gemäß **Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 59)

> Seite 18/85, **Anlage SGE-2:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 23.Jan.2024 (eingegangen am 29.01.2024) ohne Abhilfe

Seite 18/86 , **Anlage SGE-3: Mein Schriftsatz vom 05.Feb.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Information über Verfassungsbeschwerden und weitergehende Begründung**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 121).

> Seite 18/99, **Anlage SGE-4:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 07.Feb.2024 (eingegangen am 09.02.2024) ohne Abhilfe.

> Seite 18/100, **Anlage SGF:**
Verfahrensbestätigung des Bundesverfassungsgerichts unter Aktenzeichen 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23)

> Seite 18/101, **Anlage SGG** im Schriftsatz vom 31.Jan.2024 an das Sozialgericht:
Verfassungsbeschwerde (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr bis zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel
zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Isolierung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen gemäß
Kapitel BVERFG-401 und BVERFG-402.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)

Anlage ONLINE PROGRAMM
ONLINE'99, 22. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56#anfang
Scroll down after link to ONLINE 1999
Beiliegend: Seminarreihe > online < 1975.
Das Programm der ONLINE'99 ist beigefügt, um darauf hinzuweisen, dass Herr Prof. Roßnagel selbst als Congressleiter an der Durchführung dieser Congressmesse beteiligt war.
Der Datenschutz hat in seinem Lebenswerk einen besonderen Stellenwert: Als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH hat er bereits in den 1970er Jahren die ersten Datenschutz-Beauftragten persönlich ausgebildet, mit dem Wissensstand von damals (sieh beiliegende ONLINE-Seminarreihe aus 1975, BDSG seit 1978)
und in 1977 ein Symposium zu ITK-Innovationen mit Referaten und Diskussionen über 3 Tage sowie Dokumentation in einem Symposiumsordner:
Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen, Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern, Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Auf der ONLINE'94 in Hamburg hatte Datenschutz und Datensicherheit einen besonderen Schwerpunkt: Im Plenum der
Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob
Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)
auf der 17.Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum Thema
Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes

Informationsmanagement (ISBN 3-89077-126-2)
Außerdem 2 internationale Kolloquien zu:
Kolloqium A: Aktuelle Probleme der IT-Sicherheit und Lösungsansätze
Kolloqium B: Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr, Auflagen und wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten
Um dies zu verdeutlichen, hat er aus aktuellem Anlass im Schreiben an das Sozialgericht Düsseldorf Kapitel
45. (41.Aktualisiert wegen Datenschutz) Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers,
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
mit Schreiben vom 16.Feb.2024 neu formuliert:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice
(ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen
Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,
Bundesdatenschutzbeauftragte : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 29) wie z.B
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 131)
Er macht darauf aufmerksam, dass er nur parallel zu anderen Gerichtsverfahren gegen verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen ankämpfen kann. Bitte um Mitteilung, welche weiteren Beweisunterlagen benötigt werden.

Anlage SGH:
Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.** Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragte in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren

---

Anlage LG-24/04:
„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**

Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Anlage AG-24/06
Gegenerklärungen des Antragsgegners Albin Ockl vom 31.10.2022 zu den Mahnbescheiden der DEBEKA Krankenversicherungsverein

Anlage VB-2402 als Ergänzung zu Anlage VB-2401
Schriftsatz mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23
und 11 C 406/22 (16 T 207/23)
mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Sozialer Hass als Dauerzustand zum Beispiel: Sieh
Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts nach Wiederholung in der **Weihnachtszeit 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.
Fortsetzung der Wiederholung mit
Verfassungswidrigem Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts im April 2024 nach Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 wegen
Absolut totalem Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren seit 2011
Erzwingung einer politisch motivierten Justiz im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundeskanzleramtes
Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Entscheidung der Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht Düsseldorf

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024
Anlage VB-2315:
Schriftsatz vom 19.Jan.2024 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Vorlage von **Anlage SGE:**
Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte
ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht
gemäß Anlage SGD im Schriftsatz vom 08.Jan.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 59)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024:

Anlage VB-2310: Stellungnahme vom 10.12.2023 an das Sozialgericht Düsseldorf (S 31 P 146/22) mit den Kapiteln 34, 35 und 36 (insgesamt 71 Seiten) wegen
Schreiben vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023). mit
Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA) und Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Anlage SGB)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87)
Anlage VB-2311 a: Aufforderung durch das Sozialgericht Düsseldorf_ (S 31 P 146/22) zur Stellungnahme
Anlage VB-2311 b: Antwort des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.12.2023 (eingegangen am 21.12.2023) durch Bearbeiterin Frau Jans auf Stellungnahme vom 10.12.2023 (Anlage VB-2310)
und Aufforderung zu einer 2.Stellungnahme mit neuem Aktenzeichen (S 31 P 457/23)

Anlage VB-2312: Soziale Zerschlagungen ohne Beachtung in Sozialgerichten
Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen
wegen Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Psycho-Terror und mit Androhung von Hausfriedensbruch durch Schlosser-Gehilfen auf umfriedeten Grundstück, mit ausführlicher Begründung und Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA)
Aus Punkt c) der Begründung zu judikativem Boykott: „ . . . Darüber hinaus wurde dieses Verfahren bereits einmal abgeschoben, mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 8.Dez.2014 (VG 27 K 496.14), an das Landgericht Wuppertal
abgeschoben und dort in 2 Verfahren (Zerschlagung 1: 2 O 70/15, Zerschlagung 2: 2 O 163/16) aufgeteilt.
Mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 21.07.2017 (VG 27 K 308.14) wurden die Verfahren vom Landgericht Wuppertal zurückgeholt und am Verwaltungsgericht Berlin wieder weitergeführt.
Darüber hinaus wurde der Unterzeichner vom Verwaltungsgericht

Düsseldorf über eine Vereinbarung mit dem Verwaltungsgericht Berlin informiert, dass die verfassungswidrige Beteiligung des ÖRR/WDR an den **politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** (Zerschlagung 3) am Verwaltungsgericht Berlin eine angemessene Berücksichtigung findet. Die Klage gegen den ÖRR/WDR mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 ist rechtshängig am Verwaltungsgericht Düsseldorf. Es ist Menschenrechte verachtend, den Schadenersatz für **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen zu boykottieren oder** von einem Gericht ins andere verschieben zu wollen, obwohl dies an Verwaltungsgerichten gar nicht möglich ist, und das Opfer verantwortlich zu machen für die dadurch verursachten verheerenden Folgewirkungen (Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer Zerschlagung). Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen im fortgeschrittenem Lebensalter werden in den wirtschaftlichen Ruin gezwungen, ausgeraubt und bis in den Tod gehetzt, ohne Respekt vor Ihrer Lebensleistung."

Anlage VB-2312 b) Beschlüsse der politisch motivierten Zerschlagung durch judikativen Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz aus
> über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Berlin mit Abschiebung der judikativen Verantwortung an das Landgericht Wuppertal in 2014 und mit Zurückholung der judikativen Verantwortung in 2017.

Anlage VB-2313:
Petition Pet 1-17-09-703-005442 mit insgesamt 53 Kapiteln (hier Kapitel 37-41 in Anlage)
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
Schreiben vom 03.01.2011
an den Bundespräsidenten,
an den Deutschen Bundestag und
an das Bundesverfassungsgericht
der Bundesrepublik Deutschland

Anlage VB-2314: Anzufechtender Hoheitsakt
Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22 Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag, 30.12.2023) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin

Anlage VB-2314-1:
Zurückweisung des Beschlusses
mit Brief vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal mit Hinweis auf Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
gemäß Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.1023 (AR 9561/23, eingegangen am 07.12.2023) und telefonischer Bestätigung des Eingangs des Beschlusses des **anzufechtenden Hoheitsaktes** durch das Bundesverfassungsgericht.
Zurückzuweisende Rechnung des Landgerichts Wuppertal vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023

Anlage VB-2306 a) b) c)
Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern
a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe
Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)
b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010
c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307
Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.
Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308
Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a)
mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023
Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**
Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)
nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74)

Anlage VB-2309
Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren
gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß
BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
mit Hinweis auf
Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.
Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf
Scroll down after link (page 268)
Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

<u>Anlage VB-2301</u>: Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-392.
a) Beschluss IV-3 ORbs 15/23 Ws Oberlandesgericht Düsseldorf (zu IV-3 ORbs 133/23) 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023 (eingegangen am 28.Sept.2023)
b) Beschluss IV-3 ORbs 133/23 Oberlandesgericht Düsseldorf 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 21.Aug.2023 (eingegangen am 24.Aug.2023)
c) Urteil (?) / Beschluss 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 19.09.2023 (eingegangen am 05.10.2023 in Briefumschlag der Staatsanwaltschaft Wuppertal)
d) Rechnung zu 523 Js-OWi 824/22 1 (271) der Staatsanwaltschaft Wuppertal in neutralem Umschlag
e) Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023)

<u>Anlage VB-2302</u>: Mitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 16.Mai 2023 (2 BvR 539/23, eingegangen am 19.Mai 2023)
zu Verfassungsbeschwerde vom 14.Januar 2023
gegen das Urteil des Amtsgerichtes Velbert vom 24.02.2023 gemäß Anlage VB-2301 e)

<u>Anlage VB-2303</u>:
Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023
06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023.
Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.
Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 58)

<u>Anlage VB-2304</u>:
Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011 im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von
25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.
Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.
Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.
Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf
staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen
mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung
eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .
Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal > > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 38)

Der Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 enthält folgende Anlagen:

Anlage OWiV-04 OLG
Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt), auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG
Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG
Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit
Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und
nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 10/21/28)
und mit Hinweis:
Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von
weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert
wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen,
wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier
von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert,
gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr,
der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend,
der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist,
der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste
u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG
Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.
Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:
Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.
Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

Anlage OWiV-01
Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft
Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf

vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben
Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze
Anlage OWiV-02 a
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: Sieh > > > > > > > > > Seite 11

Anlage OWiV-03
Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2305: Erzwingung von politisch motivierter Zerschlagungsjustiz:
Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
nicht unter Richterkontrolle, sondern unter Kontrolle von weisungsgebundenen Staatsanwälten und unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes hier mit:

> Anlage VB-2305 a) Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-393.
Verfassungswidriger Kostenfestsetzungsbeschluss (11 C 406/22 Amtsgericht Velbert) vom 12.10.2023 mit wahrheitswidriger Begründung (eingegangen am 14.10.2023) durch Rechtspfleger Jacob als Richterersatz

> Anlage VB-2305 b) Schriftsatz vom 05.10.2023 an Amtsgericht Velbert **11 C 406/22**
(Stellungnahme zu Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (**Anlage VB-2305 c)**)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 107)
mit den Anlage AGV-10/01, Anlage AGV-10/02 und Anlage VB-2327
Zurückweisung aller Kostenforderungen und Wiederholung des Antrags auf sofortigen Stopp der Kontopfändung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Missbrauch für verfassungswidrige Krankenversicherung
entsprechend der vorgelegten Verfassungsbeschwerden:
1. Verfassungsbeschwerde (2 BvR 538/23) vom 31.03.2023
wegen Urteil 11 C 406/22 zu Abbruch der mündlichen Verhandlung am 12.01.2023, verkündet am 09.02.2023, eingegangen am 09.03.2023 mit Beugung Recht und Verfassung, Verfahren übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
Sieh Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 Seite 11
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74 / 84)

2. Verfassungsbeschwerde (1 BvR 1680/23) vom 15.09.2023
wegen Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen
nach 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter, ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Anlage AGV-10/01: Schriftsatz vom 6.04.2023 an das Amtsgericht Velbert mit Übergabe der
Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
sind die einzige Ursache für Altersarmut. Mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren, heute im Alter von über 80 Jahren, unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten,
werden Rehabilitierung und Schadenersatz .
vom Kläger sabotiert und von der Justiz boykottiert. Kläger, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Richter Hand in Hand mit strafbarer Rechtsbeugung gegen Zerschlagungsopfer.

Anlage AGV-10/02
Verfassungsbeschwerde vom 15.09.2023 (1 BvR 1923/23) mit
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerden vom 14.Jan.2023, vom 31.März 2023, 25.Mai 2023, 08.Juli 2023, 10.Aug.2023
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidriger Pflegeversicherung
mit verfassungswidriger Plünderung des Pfändungsschutz-Konto
zu verfassungswidriger Krankenversicherung
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005), unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
in 2010 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag für politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort,
am Geburtsort in Bayern mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz (2012)
am Wohnort in NRW mit Gerichte übergreifendem Schadenersatz/Rehabilitierung-Boykott seit 2011,
mit Schadenersatz-Sabotage durch
weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagtenTäters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps,
mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von mehrfacher Freiheitsberaubung (verfassungswidrigem Missbrauch von JVA-Service) und von Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherinnen unter weisungsgebundenen Staatsanwälten, obwohl
kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend,
mit Willkür-Kontopfändungen / Kontoplünderung hoher Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto
Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Polizei-Terror, mit Banken-Terror, Psycho-Terror unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten . .

BVERFG-391. Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Helfer und Helfershelfer ohne Richterkontrolle ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten

Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Schadenersatz-Sabotage und Kontoplünderung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagtenTäters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
unter dem Deckmantel des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten, von Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, von Alter und von erdrückender Beweislage
Von Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen nach25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter,

ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren
Beginn einer neuartigen Hexenverfolgung,
wenn das Denkvermögen wegen Überforderung ausgeschaltet wird,
wenn Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum zerschlagen und mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen abgestraft werden
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Richterkontrollen und mit Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramts
> Deutschland ist mit Hexenjagd unterwegs, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen, mit Abschaltung des Denkvermögens über kausale Zusammenhänge: nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage VB-2327 mit Anlage VB-2327a
Staatsanwaltschaftliche Exzesse auf Pfändungsschutz-Konto seit 2013 und Kontoplünderung seit 2021 Gesamt 12.206,20 € (Okt.2023: 12.710,37 €)
Nach mehrfachem Einspruch gegen horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010,
nach Aufbrauch aller Altersrücklagen bis 2010.
Verfassungswidrige Rechtsanwendungen mit Kontozwangsmaßnahmen sind staatsanwaltschaftliche Exzesse, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht mehr respektiert werden, haben keine Rechtskraft und daher als Willkürakte eines totalen Justiz-Versagen zu bewerten.
Geplündert werden nicht nur Rentenzahlungen im hohen Rentenalter, sondern alle Zahlungseingänge über der Schutzgrenze des Pfändungsschutzkonto
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr und totalem Justiz-Versagen
wegen Verweigerung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz, jetzt auch mit
Anspruch auf Opferschutz, Schmerzensgeld und ein humanes Lebensende
wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> Anlage VB-2305 c) Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (eingegangen am 26.09.2023)
mit verfassungswidriger Kostenanklage am Landgericht Wuppertal (10 O 168/22) nach Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22)

> Anlage VB-2305 d)
Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) gemäß Abrechnung vom 13.04.2023 (11 C 406/22 002 (276))

> Anlage VB-2305 e),f) Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspfleger Ermanns
Sieh auch Anlage VB-2327a

> Anlage VB-2305 g) Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna mit Schreiben vom 26.10.2023 (eingegangen am 3.11.2023) mit Erfahrungen zu 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen gegen **Rentner jetzt im 83. Lebensjahr**, sieh auch Anlagen für die sofortige Beschwerde am Landgericht Wuppertal
(zu **BVERFG-393.** Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 82.Lebensjahr, und
Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer (Rechtspfleger Jacob, Rechtspfleger Ermanns, Obergerichtsvollzieherin Sommerfeld, Gerichtsvollzieherin Ritzhaupt, Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna aktualisiert am 6.11.2023)
Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna war bereits in 2014/2015 an der wirtschaftlichen Zerschlagung des Beschwerdeführers beteiligt.
Wahrheitswidrig ist die Behauptung der Rechtspflegerin, dass der Beschwerdeführer seinen Widerspruch gegen Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Sozialversicherung zurückgenommen habe. Tatsache ist, dass der Widerspruch mehrfach Gegenstand von Verfassungsbeschwerden ist.

Anlage VB-2306 a) b) c)
Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern
a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe
Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)
b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010
c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307
Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal: Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.
Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308
Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a) mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023
Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**
Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)
nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

Anlage VB-2309
Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren
gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß
BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und
Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
mit Hinweis auf
Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.
Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf
Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlage VB-2311/A:
Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichts (AR 1497/23) vom 08.03.2023 mit nicht zutreffenden Annahmen:
Staatsanwälte haben den Polizei-Terror auf befriedeten Grundstück bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermin gegen Bürger(in) im 82.Lebensjahr veranlasst.
Die Ladung des Amtsgerichtes hat nicht eine „Zwischenentscheidung" des Amtsgerichtes, sondern ein verfassungswidriges Urteil zur Folge, gegen das jetzt Verfassungsbeschwerde fortzusetzen ist. Sieh
C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023 (eingegangen am 09.03.2023), Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung, warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.
Polizei-Terror verniedlichende Stellungnahme der AR-Referentin Krause-Reul am Bundesverfassungsgericht, seit vielen Jahren zuständig, obwohl immer wieder konkrete anzufechtende Hoheitsakte vorgelegt, weil bis heute:
2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück,
> ohne Haftbefehl beim 1.Mal,
> beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror, angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von skrupellosen Staatsanwälten
mit juristischem Service für Sozialversicherungsträger seit 2010 und mit judikativem Service für Richter an den Amtsgerichten in Velbert und Mettmann, am Landgericht Wuppertal, an Sozialgericht Düsseldorf, an Bundesamt für Justiz (BfJ) seit 2007, mit Klage-Erzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht gegen verantwortliche Polizeitrupps bei 1. und 2. Freiheitsberaubung unter Information an AR-Referentin im Bundesverfassungsgericht
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
mit Schreiben an den Bundespräsidenten wegen 1. und 2. Freiheitsberaubung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25 unten)

Anlage VB-2312/B: Anzufechtende Hoheitsakte
Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)
Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
vom 01.02.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

Anlage VB-2313/B
Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal(124 Seiten)
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023)
nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die Schranken zuweisen
Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen. Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.
2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle
Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.
> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022)
wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal
mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen
Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt (Sieh Kapitel 08)
08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:
Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis 2003
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:
Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.
Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben.
Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.
Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal,
weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung,
weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.
Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.
Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden. Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 182)
Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG07(KV), LG08(KV), LG09(KV), LG10(KV), Anlage OWiV-02 aktualisiert (OWiV-02a, OWiV-02b), OWiV-03

Anlage LG-07(KV)
Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)
50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf
Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)
Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter
nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung,
nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)
Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren
nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss
24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**
25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:
Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates
zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und
zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann
26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf
Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):
Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert
26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit

Anlage OWiV-01
Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

am Amtsgericht Velbert
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Anlage OWiV-02: aktualisiert
Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze
Anlage OWiV-02 a
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
mit Kapitel BVERFG-380
BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.
Staatsanwaltschaftliche Exzesse
mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,
mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!
Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:
Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde
Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation,
von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.
2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor
Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen
Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in

Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger
Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)
Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:
> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.
> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psychoterror . . .
> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010, selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:
> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt,
weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.
Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,
> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz
> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b
Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage
> Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
156. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
gemäß Informationen zum Güteverfahren beim Oberverwaltungsgericht
> > > http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service
Hand-in-Hand:
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks / Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr leisten können. Seit 2010.
Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden Lebenswerkes, hat das klagende Opfer,
nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn
hinnehmen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf
Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03
Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des

Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2314/B
Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022 (124 Seiten)
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß
Anlage LG-03 (KV)
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 153)
Schriftsatz vom 24.12.2022 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG-03(KV), LG-04(KV), LG-05(KV), LG-06(KV)

Anlage LG-03 (KV)
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage LG-04 (KV)
Schriftsatz vom 28.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .
> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,
> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).
> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,
> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,
> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang
haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.
> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.
Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)
ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und
dafür auch noch Kosten berechnen will.
Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen
Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren
03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:
Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998
05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)
Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)
Anlage LG-06 (KV)
Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhnend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer
Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022
mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden. (15 M 1627/22)

Anlage VB-2315/C
Urteil 11 C 406/22 des Amtsgerichtes Velbert, verkündet am 09.02.2023 ohne Kenntnis des Geladenen zu Güteverhandlung, mit vorhergehendem Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück, nach kurzer Erklärung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung Abbruch der Güteverhandlung am 12.01.2023 ohne Begründung durch jungen Einzelrichter Bäcker, eingegangen am 09.03.2023, vorgelegt in der Verfassungsbeschwerde wegen entscheidungsrelevanter Zusammenhänge mit der gesamten Verfassungsbeschwerde.

Anlage VB-2316/C
Persönliches, vorausgegangenes Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters,
mit Einspruch gegen Ladung und Verfügung und mit Antrag auf Aufhebung des Ladetermins mit Begründung und umfangreichen Anlagen von 44 Seiten
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22, Sieh Anlage LG-03 (KV)
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
mit **Anlage VB-2305:** Seite 42
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,** der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Anlage VB-2317/D
Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023) (Seite 1-4) mit Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 (persönlich an Richterin am 24.02.2023 übergeben) mit schriftlichem Antrag auf Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde (auf Verlangen der Richterin schnellstmöglich per Fax am 24.02.2023 nachgereicht). Rechtsbeschwerde mehrfach an Landgericht Wuppertal, an Oberlandesgericht Düsseldorf und an das Bundesverfassungsgericht.

Anlage VB-2318/D
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 13.03.2023 (eingegangen am 23.03.2023) mit Androhung eines Gerichtsbescheids über verfassungswidrige Pflegeversicherung des Sozialversicherungsträgers ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

Anlage VB-2319/D
Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 14.03.2023 (eingegangen am 31.März 2023). Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus
> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Anlage VB-2320/D
Schriftsatz vom 28.Jan.2023 mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF
gemäß Punkt 17 und 18
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 69)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2301 bis VB-2303

Anlage VB-2301
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04
Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001. Brutal verfassungswidrig:
Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates
mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)
> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder,**
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**
mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz
> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,
> mit extremistischer Ausuferung durch Treib-und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz
> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn,
mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.
002. Brutal verfassungswidrig:
Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal
mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen
Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.
Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern
Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert
Justiz verweigert Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.
Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)
Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19
Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01
Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022) mit verkürzter Notfrist
durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
d) mit nicht lesbarer Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert
(Seite 26-28)

Anlage LG-02
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)
BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht:
Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)
Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)
Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022
Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken
nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:
Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,
mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder,
mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,
beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:
Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem
herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in
Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit
Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit,
mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“,
mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für
extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen
Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anträge
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03
26 OWi-523 Js 814/22-84/22
Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)
Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .
weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)
weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,
weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,
weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,
weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,
Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.
02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf
03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist strafbar **in besonders schwer wiegenden Fällen**,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .
Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:
Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07
Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage
gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)
Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:
Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, versklavt:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,
Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.
Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin
> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung
> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),
> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanzen von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperre und Bundeskanzleramt mit **persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel** am Verwaltungsgericht Düsseldorf
> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.
(Anlage LG-05, LG-06)
Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?
> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen
> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022
zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:
Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:
Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022)
mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:
Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022

Anlage LG-07:
Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)
Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und
nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den **Schlesinger-Skandal** zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
gemäß Anlage LG-03
Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303
Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (**eingegangen am 06.12.2022** mit förmlicher Zustellung)
Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304
Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008
174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE. Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phönix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von
Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.
Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)
Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.
Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (sieh Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf
Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,
Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.
Intendanz-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:
> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und
nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von
Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.
Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:
Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu
Monika Piel, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen)
nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)
Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin
Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justitiarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.
2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:
Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.
Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,
Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk, vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:
Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013:
Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),
Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.
Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.
Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)
2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007
Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung
Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer
und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.
Folgewirkungen der Rundfunksperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine
daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),
Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.
Rundfunksperre des Klägers zu einer
Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbidungszentrum Mainz/Wiesbaden.
Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie **Kaizen,**
in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung
eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210
26 Jahre Europäische Congressmessen.
Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,
mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester
Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.
177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:
Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > > >
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.
Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?
Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.
Zerschlagen nicht nur:
Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,
Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.
Danach
Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten,
Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin
Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert
Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts-und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:
Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld
Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am
laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011
Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht
der 2.Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung
Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten
Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81.Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und
Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012
Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.
Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert,
Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen
Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten
Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr
mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden
Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsopfer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,**
der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend
mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt,
mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,
mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,
mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,
mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin
Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,
gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:
> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale

Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers) nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011**)**
jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22
jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und Pflegeversicherung.
Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:
Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier
Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher
Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.
Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte

Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

An den
Präsidenten des
Bundesverfassungsgerichts

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 29.04.2024

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto
zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung
mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen
Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr

wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Seit 2007 mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) durch weisungsgebundene Staatsanwälte im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ)
In 2010/2011 mit Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin)
sowie mit Wissen aller Staatsorgane und aller Länderregierungen in Deutschland unter führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) und unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022)
mit Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87 / 146 / 203 / 335)

Judikativer Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
Sabotage durch Staatsanwälte zu Verfahren für
Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen seit 2010, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Brutal verfassungswidrig, Opfer verhöhnend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Im Beschwerdeverfahren:
Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, Justizopfer ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010 im 70.Lebensjahr gegen Staatsanwälte von Wuppertal,
DEBEKA Kranken-Versicherungsverein a.G., vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, Zeuge in verfassungswidrigen Bußgeldverfahren,
vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**, verantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),
unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer, mit Unterstützung durch Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieher, mit judikativem Service für Richter

Begründung der Verfassungsbeschwerde (Forts. mit laufender Nummer)

BVERFG-407. Unverhältnismäßig verfassungswidrig: Datenschutz-Skandal im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
> Schauprozess am Amtsgericht Velbert
mit angekündigten Doppelversäumnisurteil gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Stigmatisierung als Täter (Datenverfälschung, Datenmissbrauch) nach
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr.
> Fortsetzung am Amtsgericht Mettmann
mit Nonstop-Bußgeldverfahren mit de facto Teilversäumnis-Urteilen/Beschlüssen seit 2011 ohne Respektierung von Grundrechten
> mit SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte des Klägers in Kumpanei mit SCHUFA-Vorstand, als Mitglied der Bundesregierung an Niederschlagung der Petitionen des Beklagten an Deutschen Bundestag in Berlin und an Bayerischen Landtag in München (2010-2012) beteiligt
> mit demonstrativem Rücktritt des Bundespräsidenten
nach schriftlicher Bitte des Petenten (Mai 2010) um Unterstützung seiner Petition an Deutschen Bundestag
> mit demonstrativem Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden nach schriftlicher Bitte des Petenten (Jan.2011/Jan.2013) um Unterstützung seiner Petition an Deutschen Bundestag.
Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998 (über 25 Jahre) mit Zerschlagung im 60.Lebensjahr erzwungen wegen
Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit Kapitalflucht durch staatliche UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde,
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
Nach Aufbrauch der Altersrücklagen in 2010 (70.Lebensjahr): Petitionen an Deutschen Bundestag in Berlin und an Bayerischen Landtag in München in 2010-2012
Nach Niederschlagung der Petitionen unter Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern:
> Seit 2011: Ausschließlich Teilversäumnis-Urteile/Beschlüsse (explizit und de facto), Gerichte übergreifend am laufendem Bande, in Nonstop-Verfahren, mit Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998, obwohl <gebetsmühlenartig> vorgetragen.
> Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG (per Gericht, notfalls per Staatshaftung)
ohne judikativem Boykott, ohne staatsanwaltliche Sabotage unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und ohne Altersbegrenzung
im 83. Lebensjahr mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Pfändungsschutz gegen staatsanwaltliche

Übergriffe, Rentenplünderung durch verfassungswidrige Sozialversicherungen
> Von Teilversäumnis-Urteilen am laufenden Bande unterdrückt: Kausale Zusammenhänge mit
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 1998
inkl. sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugriff auf Versicherungsleistungen seit 2010 und
mit sozialer Diskreditierung und sozialer Ausgrenzung ohne Respektierung des grundgesetzlichen Datenschutzes vor Datenmissbrauch / Datenverfälschung mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers
> Jetzt mit Androhung eines doppelten Versäumnisurteils, um auf eine Urteilsbegründung mit Rechtsargumenten verzichten zu können > Grundrechte sind unverzichtbar und nicht verhandelbar!
Erzwingung einer verfassungswidrigen Flickwerk-Sonderlösung für eine Grundversicherung mit grundgesetzlichen Anforderungen wie bei einer Standard-Grundversicherung, die nicht mit Güteverhandlungen erreichbar.
> Eskalation der Güteverhandlung zu einem Hass-Tribunal als Schauprozess für Interessenten des Klägers (Gerichtsverfahren, bei denen die Verurteilung des Beklagten bereits im Voraus feststeht und angekündigt),
mit judikativer Zusicherung der Datensicherheit des vom Kläger aufgebauten Kommunikationssystem wegen Übertragung der Gerichtsverhandlung in Rechtsanwaltsbüro des Klägers,
mit judikativer Zusicherung einer datenschutzrechtlichen Bewertung, letztere ohne Richter bei laufenden „Hass im SCHUFA-Netz“ unter Verantwortung des Klägers und beteiligter Staatsanwälte
> Judikative Zusicherungen sind Opfer verhöhnend. Mit einem Schauprozess wird der Beklagte als Täter stigmatisiert, obwohl er das Opfer ist. Langjähriger Datenmissbrauch und Datenverfälschung ohne Respektierung des Datenschutzes mit einem Doppelversäumnisurteil als unerträgliche Eskalation von ständigen Teilversäumnisurteilen und sozialer Zerschlagung seit 2011.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.

Der Kläger hat übersichtlich hingewiesen, wie sich der Hass mit Teilversäumnis-Urteilen seit 2011 unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten und ihrer Helfer (Rechtsanwälte des Klägers, Obergerichtsvollzieherinnen u.a.) unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal in unerträglichem Maße bis zur Inszenierung von Schauprozessen, hier mit Fortsetzung der Nonstop-Verfahren am Amtsgericht Mettmann verfestigt hat. Sieh

BVERFG-405. Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal hebeln Grundrechte aus
> mit Hass am Weihnachtsfest 2023: Obergerichtsvollzieherin datiert Weihnachtsfest als Termin für Zwangsvollstreckungssache: Sieh Anlage Sommerfeld 8 (VB-2312 a), Zurückweisung schon im Vorfeld mit

Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023, Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit einer Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
> mit „Hass im Netz“: Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer finden Helfershelfer:
> SCHUFA-Vorstand für „Datenschutz und Politik“ Dr. Ole Schröder, Mitglied des Deutschen Bundestags (2002-2017), u.a. Mitglied im Haushaltsausschuss (Haushaltsfehlbeträge!), ehemaliges Mitglied der Bundesregierung im Kabinett Merkel 2 (2009-2013), Parlamentarischer Staatssekretär bei CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maiziere bis März 2011, danach bei CSU-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich, bei Niederschlagung der Petitionen des Beschwerdeführers an Deutschen Bundestag in Berlin und an Bayerischen Landtag in München.
Nachgewiesene Zusammenhänge mit den Petitionen des Beschwerdeführers :
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
> mit Hass gegen Rentner im 83.Lebensjahr: Monatliche Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto mit wirkungslosem „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe mit Raubjustiz wegen
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
> mit Hass wegen Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde und Anhörungsrüge mit Verweigerung der Bescheidung und Erlass eines „Versäumnisurteils“, um auf Rechtsargumente verzichten zu können: Grundrechte sind unverzichtbar und das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum!
> mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa
> mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz
> mit sozialem Hass als Dauerzustand: Von Obergerichtsvollzieherin bis zu ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern und mit Gerichte übergreifenden Verfahren der sozialen Zerschlagung

Der Hass weisungsgebundener Staatsanwälte kennt keine Grenzen und verursacht ständig Hassvermehrung und neuen Schaden durch Opferkriminalisierung so lange, bis im Opfer trotz eines herausragenden Lebenswerkes nur noch der Täter erkannt wird **und das seit über 25 Jahren:**

Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)

zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Isolierung, sozialer Ausgrenzung, sozialer Spaltung
zu verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit SCHUFA-Eintragungen
Der eskalierende Missbrauch einer Güteverhandlung zu einem Hass-Tribunal als
Schauprozess für Interessenten des Klägers (Gerichtsverfahren, bei denen die Verurteilung des Beklagten bereits im Voraus feststeht und dies mit einem angekündigten und beantragten Doppel-Versäumnisurteil),
mit judikativer Zusicherung der Datensicherheit des vom Kläger aufgebauten Kommunikationssystem wegen Übertragung der Gerichtsverhandlung in das Rechtsanwaltsbüro des Klägers,
mit judikativer Zusicherung einer datenschutzrechtlichen Bewertung bei laufenden „Hass im SCHUFA-Netz“ unter Verantwortung des Klägers, ist nicht mehr kommentierbar:
Man muss nicht Richter sein, um dies alles zu erkennen. Der Beklagte kann alles beweisen, nur die Beweiskette wird immer länger.

Diese judikativen Zusicherungen sind Opfer verhöhnend. Mit einem Schauprozess **wird der Beklagte jetzt als Täter stigmatisiert,** obwohl er das Opfer ist. Mit einer Güteverhandlung soll er erneut eine verfassungswidrige Grundsicherung akzeptieren. Zur judikativen Zusicherung einer datenschutzrechtlichen Bewertung: Sieh
Anlage VB-2405
Mitteilung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Herrn Thor) vom 15.04.2024 mit Hinweis auf Verwaltungsgericht Wiesbaden, offensichtlich mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte. Eine direkte Kommunikation mit einem Congressleiter (Univ.-Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, heute Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit) der 22. Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes IV gemäß Anlage unter Gesamtleitung der Congressmesse und des professionellen Verlagsservice durch den Beklagten (3 Seiten beigefügt) war nicht möglich. Der Beklagte ist nicht interessiert an einem Gerichtsverfahren gegen einen früheren Congressleiter, aber an Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitalem Innovationswachstum in Deutschland und Europa gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach **Art.34 GG ohne judikativem Boykott und ohne Versäumnisurteile in Schauprozessen mit einem Datenschutz-Skandal unter Beteiligung des SCHUFA-Vorstandes, der Rechtsanwälte des Klägers und weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und gegen staatsanwaltliche Sabotage.**

Der Beklagte kann in seinem Alter nicht an allen Verwaltungsgerichten in Deutschland Gerichtsverfahren eröffnen. Es geht auch nicht um einen Congressleiter, der Zeuge ist für die Datenschutz-Anstrengungen in seinem gesamten Lebenswerk:
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .(Sieh Kapitel **BVERFG-406)**

Tatsache ist, dass der Beschwerdeführer Datenschutz seit Bestehen und Entstehen des BDSG unterstützt: Sieh **Anlage SGH:**

Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.** Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren

Fortsetzung einer ungeheuerlichen Zerschlagungsjustiz mit angekündigtem Doppel-Versäumnisurteil in einem Hass-Tribunal als Schauprozess ist wohl einfacher als Datenschutzprobleme zu lösen? Darf nicht wahr sein.

Das alles ist im deutschen Recht ist eine vorsätzlich verfassungswidrige Anwendung des Rechts durch einen Einzel-Richter am Amtsgericht bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten des Klägers, der mit seinen Rechtsanwälten und mit einem SCHUFA-Vorstand, belastet durch seine ehemalige Tätigkeit als Mitglied der Bundesregierung, soziale Ausgrenzung betreibt durch verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen, **in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier**:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern<
mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zu politisch motivierter Justiz mit judikativer Boykottierung und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz.

Absolut totales Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Sozialgerichtsverfahren und Amtsgerichtsverfahren als Nonstop-Veranstaltungen seit 2011, seit über 12 Jahren ist zu bekämpfen. Anzumahnen ist die Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, solange keine Abhilfe verfügbar: Sozialgerichte Amtsgerichte sind längst informiert über die Verfassungswidrigkeit der Sozialversicherungen und sehen zu, wie der Beklagte vom Kläger in verfassungswidriger Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und deren Helfern gehetzt wird. Der Beklagte ist längst das Justizopfer wegen **absolut totalem Justizversagen ohne Respekt vor Grundrechten, Lebensleistung und fortgeschrittenem Lebensalter.** Daher nach Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (1 BvR 207/24) neue Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 und hier
„Nie wieder politisch motivierte Zerschlagungsjustiz wie unter der NS-Diktatur“, so Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren (Mai 1949). Nie wieder ist jetzt 2023:
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, jetzt im 83.Lebensjahr
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
nicht trotz, sondern
wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für

Langjähriger Datenmissbrauch und Datenverfälschung ohne Respektierung des Datenschutzes mit einem angekündigten Doppelversäumnisurteil als unerträgliche Eskalation von ständigen Teilversäumnisurteilen (explizit und de facto) und sozialer Zerschlagung seit 2011.

Der Beschwerdeführer beantragt Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen der Grundrechte. Anzugreifende Hoheitsakte:

Sieh **Anlage VB-2404 a)**
Persönliches Anschreiben des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 18.04.2024 mit judikativen Zusicherungen und mit den Anlagen gemäß Anlage VB-2404 b) und c)
(eingegangen am 23.04.2024)
Sieh **Anlage VB-2404 b)**
Einzelrichter-Beschluss Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) als unanfechtbare Entscheidung. Unanfechtbarkeit ohne Begründung ist anzufechten, weil rechtswidrig ohne Beachtung von eingelegten Rechtsmitteln und weil verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten.
Sieh **Anlage VB-2403 b)**
Verfügung 10 C 211/23 des Amtsgerichtes Velbert vom 10.04.2024, mit Aufforderung an Kläger, zur Einspruchsbegründung des Beklagten vom 28.03.2024 (Anlage LG-24/05, Eingang im Amtsgericht am 05.04.2024, 218 Seiten) Stellung zu nehmen und mit Ladung zum Gerichtstermin am 26.06.2024.

Gleichheit vor dem Gesetz? Kläger muss seine Anträge nicht mehr begründen, um unangreifbar zu sein, weil umtriebige Staatsanwälte dies schon erledigt haben: Sieh Stellungnahme ohne Begründung.
Anlage VB-2404 c)
Stellungnahme des angestellten Rechtsanwaltes Ümit Yildirim der Rechtsanwälte Giebel und Kollegen vom 16.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit 3 Anträgen auf 1 Seite ohne Begründung (Antrag 1., Antrag 2., weiterer Antrag). Alle unbegründeten Anträge sind mit Einspruch abzuwehren.

Sieh **Anlage VB-2403 a)**
Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Gütetermin,
Einspruch mit neuer
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 226)

Anlage LG-24/04 in
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 247:
„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und

ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar
ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig,
daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen
Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-
Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen
Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit
„Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto
eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
**über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998,
mehr als 30% seines Lebens,**

Anlage AG-24/05 in
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 251:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch
gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen
rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**
Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und
Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit
wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen
Beschwerde an das Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 275)

Anlage VB-2406
Fortsetzung von Nonstop-Bußgeldverfahren mit zu erwartenden
Teilversäumnisurteil seit 2011 ohne Respekt vor Grundrechten am
Amtsgericht Mettmann unter Federführung weisungsgebundener
Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung
und Schadenersatz beklagten Bundesregierung
nach über **25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer
Zerschlagung im 83.Lebensjahr und mit einer Hetzjagd gegen ihn
und in den wirtschaftlichen Ruin und Freitod seines Bruders mit
Nachlass-Insolvenz (2012) nach Niederschlagung der Petition
durch eine Staatssekretärin, später Staatsministerin des heutigen
Ministerpräsidenten in Bayern.**

**Anlage VB-2312 d) Sommerfeld 10
Verfassungswidriger Missbrauch des
Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respekt vor Grundrechten mit
Wiederholung:** Sieh **Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 (sozialer
Hass als Dauerzustand) nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage
VB-2312 a)** Verfassungswidriger Missbrauch des
Zwangsvollstreckungsrechts mit Datierung auf das
Weihnachtsfest 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen
Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene
Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur
nächsten Wiederholung.

Siehe auch Kapitel-Übersicht der Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024:

BVERFG-403. Anzugreifende und beantragte Hoheitsakte in chronologischer Reihenfolge
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten,
Nonstop-Verfahren seit 2010 ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende,
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
und nachfolgendem „Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024
mit Einspruch vom 28.03.2024 gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung
und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit persönlichem Anschreiben vom 10.02.2024
gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit SCHUFA-Vorstand für Politik und Datenschutz (ehemaliges Mitglied der Bundesregierung, verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag)
und mit Gerichte übergreifender Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . .
bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage
zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort
mit sozialer Zerschlagung, sozialer Isolierung, sozialer Ausgrenzung, mit verfassungswidrigem Datenmissbrauch, mit „Hass im Netz“,
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

BVERFG-404. Widerspruch-Verfahren gemäß Anlage LG-24/03 mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.
Kriminelle Eskalation der sozialen Zerschlagung durch verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
und mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen durch Sozialversicherungsträger
zu sozialer Diskreditierung, sozialer Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung mit „Hass im Netz“
durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung
in krimineller Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers und
mit ehemaligem Mitglied der Bundesregierung (SCHUFA-Vorstand)
zum Zeitpunkt der Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München mit verheerenden Folgewirkungen am Wohnort und am Geburtsort
Pervers: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit verheerenden Folgewirkungen und daher
SCHUFA-Eintragungen wegen „Verbraucherschutz“

Pervers: Staatsbürger nach politisch motivierten Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren mit einem SCHUFA-Basisscore von 9.91% von theoretisch möglichen 100% öffentlich angeprangert
Noch perverser: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit verheerenden Folgewirkungen und staatliche Einsparung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit SCHUFA-Basisscore von 9.91%, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz

BVERFG-405. Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal hebeln Grundrechte aus
> mit Hass am Weihnachtsfest 2023: Obergerichtsvollzieherin datiert Weihnachtsfest als Termin für Zwangsvollstreckungssache : Sieh Anlage Sommerfeld 8 (VB-2312 a), Zurückweisung mit Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023, Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
> mit „Hass im Netz“: Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer finden Helfershelfer: SCHUFA-Vorstand für „Datenschutz und Politik“, ehemaliges Mitglied der Bundesregierung bei Niederschlagung der Petitionen des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München
Nachgewiesene Zusammenhänge mit den Petitionen des Beschwerdeführers :
Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler in 2010
Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
> mit Hass gegen Rentner im 83.Lebensjahr: Monatliche Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto mit wirkungslosem „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe mit Raubjustiz wegen
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
> mit Hass wegen Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde und Anhörungsrüge mit Verweigerung der Bescheidung und Erlass eines „Versäumnisurteils“, um auf Rechtsargumente verzichten zu können: Grundrechte sind unverzichtbar und das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum!
> mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa
> mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz
> mit sozialem Hass als Dauerzustand: Von Obergerichtsvollzieherin bis zu ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern und mit Gerichte übergreifenden Verfahren der sozialen Zerschlagung

BVERFG-406. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 335)

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Velbert, 29.04.2024

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur
unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben
und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlage VB-2403 a)
Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Gütetermin,
Einspruch mit neuer
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 226)

Anlage LG-24/04 in
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 247:
„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar
ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05 in
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 251:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**
Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 275)

Anlage VB-2403 b)
Verfügung des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 10.04.2024 (eingegangen am 15.04.2024) mit Ladung zur mündlichen Verhandlung über Einspruch und Hauptsache

Anlage VB-2404 a)
Persönliches Anschreiben des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 18.04.2024 mit judikativen Zusicherungen und mit den Anlagen gemäß Anlage VB-2404 b) und c) (eingegangen am 23.04.2024)
Anlage VB-2404 b)
Einzelrichter-Beschluss Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) als unanfechtbare

Entscheidung. Unanfechtbarkeit ohne Begründung ist anzufechten, weil rechtswidrig ohne Beachtung von eingelegten Rechtsmitteln und weil verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten.

Anlage VB-2404 c)
Stellungnahme des angestellten Rechtsanwaltes Ümit Yildirim der Rechtsanwälte Giebel und Kollegen vom 16.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit 3 Anträgen auf 1 Seite ohne Begründung (Antrag 1., Antrag 2., weiterer Antrag). Alle Anträge ohne Begründung sind mit Einspruch abzuwehren.

Anlage VB-2405
Mitteilung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Herrn Thor) vom 15.04.2024 mit Hinweis auf Verwaltungsgericht Wiesbaden, offensichtlich mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte. Eine direkte Kommunikation mit einem Congressleiter (Univ.-Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, heute Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit) der 22. Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes IV gemäß Anlage unter Gesamtleitung der Congressmesse und des professionellen Verlagsservice durch den Beklagten (3 Seiten beigefügt) war nicht möglich. Der Beklagte ist nicht interessiert an einem Gerichtsverfahren gegen einen früheren Congressleiter, aber an Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitalem Innovationswachstum in Deutschland und Europa gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach **Art.34 GG ohne judikativem Boykott und ohne Versäumnisurteile in Schauprozessen mit einem Datenschutz-Skandal unter Beteiligung des SCHUFA-Vorstandes, der Rechtsanwälte des Klägers und weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und gegen staatsanwaltliche Sabotage.**

Anlage VB-2406
Fortsetzung von Nonstop-Bußgeldverfahren mit zu erwartenden Teilversäumnisurteil seit 2011 ohne Respekt vor Grundrechten am **Amtsgericht Mettmann** unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung nach über **25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und mit einer Hetzjagd gegen ihn und in den wirtschaftlichen Ruin und Freitod seines Bruders mit Nachlass-Insolvenz (2012) nach Niederschlagung der Petition durch eine Staatssekretärin, später Staatsministerin des heutigen Ministerpräsidenten in Bayern.**

Anlage VB-2312 d) Sommerfeld 10
Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respekt vor Grundrechten mit Wiederholung: Sieh **Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a)** Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Datierung auf das **Weihnachtsfest 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.

Anlage VB-2401
Schriftsatz vom 23.03.2024 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Anlage LG-24/01: Schriftsatz des Amtsgerichtes Velbert 10 C 211/23 vom 12.01.2024 (eingegangen am 24.02.2024), mit dem ein weiteres verfassungswidriges Verfahren dem Zerschlagungsopfer aufgezwungen wird und daher mit sofortiger Beschwerde zurückgewiesen wird, wobei zu beachten ist:
Das Zerschlagungsopfer hat seit vielen Jahren keine Kontakte mehr zu dem Sozialversicherungsträger und seinem Prozessbevollmächtigten. Er muss sich gegen verfassungswidrige Gerichtsverfahren wehren, die ihm aufgezwungen werden.
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft. Das gilt auch für „Anspruchsbegründungen“, die zurückzuweisen sind, weil sie verfassungswidrig sind.
„Anspruchsbegründungen“ bei verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind äußerst erbärmlich, weil das Zerschlagungsopfer seit 2010 jede Verfassungswidrigkeit mit Verfassungsbeschwerden bekämpft.
Es geht um soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen:
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte z.B. Art.6 EMRK in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, denen mehrfache kriminelle Freiheitsberaubungen vorzuwerfen sind, sowie Psychoterror, Polizei-Terror vor Gerichtsverfahren, Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nach Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010-2012,
jetzt auch noch mit „Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung.

Anlage LG-24/02: Schreiben vom 28.02.2024 an Zentrale Zahlstelle Justiz
mit Zurückweisung von Rechnung, Mahnung und ggf. weiterer Kosten Kassenzeichen X701143342707X, Geschäftszeichen 16 T 207/2023 001 (270) Landgericht Wuppertal mit den Anlagen 01 bis 04 sowie Anlage SGC und Anlage SGG
Anlage 01
Rechnung vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)
Mahnung vom 22.02.2024 (eingegangen am 22.02.2024)
Anlage 02
Schreiben des Bundesverfassungsgericht vom 01.12.2023 (AR 9651/23, eingegangen am 07.12.2023)
Anlage 03
Schreiben vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal

(16 T 207/23): Zurückweisung des Beschlusses vom 15.12.2023 einschließlich aller Kosten mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 mit Hinweis auf die Kapitel der Verfassungsbeschwerde (Die gesamte Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 umfasst die Kapitel BVERFG-396, BVERFG-397, **BVERFG-398,** BVERFG-399, BVERFG-400 auf insgesamt 92 Seiten)
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203/221)
Anlage 04
Übernahme der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 ff. vom Allgemeinen Register in das Verfahrensregister (1 BvR 207/24, bisher AR 9651/23) mit Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26.01.2024 (eingegangen am 31.01.2024), Allgemeines Register als Sammelstelle für Verfassungsbeschwerden wegen Gerichte übergreifender Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und am Amtsgericht Velbert zu
Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen als Fortsetzung zu über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Anlage SGC:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
"All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie es geendet hat. Da kann man nur sagen: Wehret den Anfängen!" Der Anfang war vor über 25 Jahren:
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
zuletzt wegen verfassungswidriger Plünderung von Pfändungsschutzkonto seit 2013 parallel zu **v**erfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen
Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsbefugnis und Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 05.Nov.2023
mit Eingang einer verfassungswidrigen Bescheidung am 30.12.23 und zu sofortiger Beschwerde nach Rechtspfleger-Beschluss am Amtsgericht Velbert und mit Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) mit verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten
mit direkter Verantwortung für
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im > > > 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zur Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203)

Anlage SGG: (an das Landgericht)
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23) **vom 25.01.2024**
"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel **zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen** seit 2011 (über 12 Jahre) **zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen** und **zu sozialer Spaltung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen mit den Kapiteln BVERFG-401 und BVERFG-402: BVERFG-401. Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung**
Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsopfer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich
mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen
durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte
durch Prozessbevollmächtigte der Sozialversicherungen

mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
BVERFG-402. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen
Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)

Anlage LG-24/03:
Widerspruch-Verfahren mit Antrag an
Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.
Anlage LG-24/03 a)
Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 23)
Anlage LG-24/03 b)
Eingangsbestätigung / Nachforderung (Az: 90.24.75: 0067) vom 21.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
Anlage LG-24/03 c)
Schreiben vom 10.Feb.2024 an
Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 01)

> Seite 16/70, **Anlage SGD: SCHUFA-Auskunft vom 27.12.2023** (eingegangen am 05.01.2024) mit Stellungnahme am 16.01.2024

> Seite 17/77, **Anlage SGE: Mein Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte** ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht gemäß **Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 59)

> Seite 18/85, **Anlage SGE-2:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 23.Jan.2024 (eingegangen am 29.01.2024) ohne Abhilfe

Seite 18/86 , **Anlage SGE-3: Mein Schriftsatz vom 05.Feb.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Information über Verfassungsbeschwerden und weitergehende Begründung**
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 121).

> Seite 18/99, **Anlage SGE-4:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 07.Feb.2024 (eingegangen am 09.02.2024) ohne Abhilfe.

> Seite 18/100, **Anlage SGF:**
Verfahrensbestätigung des Bundesverfassungsgerichts unter Aktenzeichen 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23)

> Seite 18/101, **Anlage SGG** im Schriftsatz vom 31.Jan.2024 an das Sozialgericht:
Verfassungsbeschwerde (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr bis zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel
zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Isolierung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen gemäß
Kapitel BVERFG-401 und BVERFG-402.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)

Anlage ONLINE PROGRAMM
ONLINE'99, 22. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56#anfang
Scroll down after link to ONLINE 1999
Beiliegend: Seminarreihe > online < 1975.
Das Programm der ONLINE'99 ist beigefügt, um darauf hinzuweisen, dass Herr Prof. Roßnagel selbst als Congressleiter an der Durchführung dieser Congressmesse beteiligt war.
Der Datenschutz hat in seinem Lebenswerk einen besonderen Stellenwert: Als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH hat er bereits in den 1970er Jahren die ersten Datenschutz-Beauftragten persönlich ausgebildet, mit dem Wissensstand von damals (sieh beiliegende ONLINE-Seminarreihe aus 1975, BDSG seit 1978)
und in 1977 ein Symposium zu ITK-Innovationen mit Referaten und Diskussionen über 3 Tage sowie Dokumentation in einem Symposiumsordner:
Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen, Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern, Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Auf der ONLINE'94 in Hamburg hatte Datenschutz und Datensicherheit einen besonderen Schwerpunkt: Im Plenum der
Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob
Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)
auf der 17.Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum Thema
Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes

Informationsmanagement (ISBN 3-89077-126-2)
Außerdem 2 internationale Kolloquien zu:
Kolloqium A: Aktuelle Probleme der IT-Sicherheit und Lösungsansätze
Kolloqium B: Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr, Auflagen und wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten
Um dies zu verdeutlichen, hat er aus aktuellem Anlass im Schreiben an das Sozialgericht Düsseldorf Kapitel
45. (41.Aktualisiert wegen Datenschutz) Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers,
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
mit Schreiben vom 16.Feb.2024 neu formuliert:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice
(ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen
Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister,
Bundesdatenschutzbeauftragte : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 29) wie z.B
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 131)
Er macht darauf aufmerksam, dass er nur parallel zu anderen Gerichtsverfahren gegen verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen ankämpfen kann. Bitte um Mitteilung, welche weiteren Beweisunterlagen benötigt werden.

Anlage SGH:
Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.** Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren

---

Anlage LG-24/04:
„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**

Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Anlage AG-24/06
Gegenerklärungen des Antragsgegners Albin Ockl vom 31.10.2022 zu den Mahnbescheiden der DEBEKA Krankenversicherungsverein

Anlage VB-2402 als Ergänzung zu Anlage VB-2401
Schriftsatz mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23
und 11 C 406/22 (16 T 207/23)
mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Sozialer Hass als Dauerzustand zum Beispiel: Sieh
Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts nach Wiederholung in der **Weihnachtszeit 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.
Fortsetzung der Wiederholung mit
Verfassungswidrigem Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts im April 2024 nach Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 wegen
Absolut totalem Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren seit 2011
Erzwingung einer politisch motivierten Justiz im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundeskanzleramtes
Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Entscheidung der Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht Düsseldorf

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024
Anlage VB-2315:
Schriftsatz vom 19.Jan.2024 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Vorlage von **Anlage SGE:**
Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte
ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht
gemäß Anlage SGD im Schriftsatz vom 08.Jan.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 59)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024:

Anlage VB-2310: Stellungnahme vom 10.12.2023 an das Sozialgericht Düsseldorf (S 31 P 146/22) mit den Kapiteln 34, 35 und 36 (insgesamt 71 Seiten) wegen
Schreiben vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023). mit
Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA) und Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Anlage SGB)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87)
Anlage VB-2311 a: Aufforderung durch das Sozialgericht Düsseldorf_ (S 31 P 146/22) zur Stellungnahme
Anlage VB-2311 b: Antwort des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.12.2023 (eingegangen am 21.12.2023) durch Bearbeiterin Frau Jans auf Stellungnahme vom 10.12.2023 (Anlage VB-2310) und Aufforderung zu einer 2.Stellungnahme mit neuem Aktenzeichen (S 31 P 457/23)

Anlage VB-2312: Soziale Zerschlagungen ohne Beachtung in Sozialgerichten
Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen
wegen Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Psycho-Terror und mit Androhung von Hausfriedensbruch durch Schlosser-Gehilfen auf umfriedeten Grundstück, mit ausführlicher Begründung und Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA)
Aus Punkt c) der Begründung zu judikativem Boykott: „ . . . Darüber hinaus wurde dieses Verfahren bereits einmal abgeschoben, mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 8.Dez.2014 (VG 27 K 496.14), an das Landgericht Wuppertal
abgeschoben und dort in 2 Verfahren (Zerschlagung 1: 2 O 70/15, Zerschlagung 2: 2 O 163/16) aufgeteilt.
Mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 21.07.2017 (VG 27 K 308.14) wurden die Verfahren vom Landgericht Wuppertal zurückgeholt und am Verwaltungsgericht Berlin wieder weitergeführt. Darüber hinaus wurde der Unterzeichner vom Verwaltungsgericht

Düsseldorf über eine Vereinbarung mit dem Verwaltungsgericht Berlin informiert, dass die verfassungswidrige Beteiligung des ÖRR/WDR an den **politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** (Zerschlagung 3) am Verwaltungsgericht Berlin eine angemessene Berücksichtigung findet. Die Klage gegen den ÖRR/WDR mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 ist rechtshängig am Verwaltungsgericht Düsseldorf. Es ist Menschenrechte verachtend, den Schadenersatz für **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen zu boykottieren oder** von einem Gericht ins andere verschieben zu wollen, obwohl dies an Verwaltungsgerichten gar nicht möglich ist, und das Opfer verantwortlich zu machen für die dadurch verursachten verheerenden Folgewirkungen (Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer Zerschlagung). Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen im fortgeschrittenem Lebensalter werden in den wirtschaftlichen Ruin gezwungen, ausgeraubt und bis in den Tod gehetzt, ohne Respekt vor Ihrer Lebensleistung."

Anlage VB-2312 b) Beschlüsse der politisch motivierten Zerschlagung durch judikativen Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz aus
> über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Berlin mit Abschiebung der judikativen Verantwortung an das Landgericht Wuppertal in 2014 und mit Zurückholung der judikativen Verantwortung in 2017.

Anlage VB-2313:
Petition Pet 1-17-09-703-005442 mit insgesamt 53 Kapiteln (hier Kapitel 37-41 in Anlage)
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
Schreiben vom 03.01.2011
an den Bundespräsidenten,
an den Deutschen Bundestag und
an das Bundesverfassungsgericht
der Bundesrepublik Deutschland

Anlage VB-2314: Anzufechtender Hoheitsakt
Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22 Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag, 30.12.2023) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin

Anlage VB-2314-1:
Zurückweisung des Beschlusses
mit Brief vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal mit Hinweis auf Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
gemäß Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.1023 (AR 9561/23, eingegangen am 07.12.2023) und telefonischer Bestätigung des Eingangs des Beschlusses des **anzufechtenden Hoheitsaktes** durch das Bundesverfassungsgericht.
Zurückzuweisende Rechnung des Landgerichts Wuppertal vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023

Anlage VB-2306 a) b) c)
Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern
a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe
Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)
b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010
c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307
Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.
Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308
Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a)
mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023
Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**
Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)
nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74)

Anlage VB-2309
Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren
gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß
BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
mit Hinweis auf
Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.
Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf
Scroll down after link (page 268)
Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

<u>Anlage VB-2301</u>: Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-392.
a) Beschluss IV-3 ORbs 15/23 Ws Oberlandesgericht Düsseldorf (zu IV-3 ORbs 133/23) 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023 (eingegangen am 28.Sept.2023)
b) Beschluss IV-3 ORbs 133/23 Oberlandesgericht Düsseldorf 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 21.Aug.2023 (eingegangen am 24.Aug.2023)
c) Urteil (?) / Beschluss 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 19.09.2023 (eingegangen am 05.10.2023 in Briefumschlag der Staatsanwaltschaft Wuppertal)
d) Rechnung zu 523 Js-OWi 824/22 1 (271) der Staatsanwaltschaft Wuppertal in neutralem Umschlag
e) Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023)

<u>Anlage VB-2302</u>: Mitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 16.Mai 2023 (2 BvR 539/23, eingegangen am 19.Mai 2023)
zu Verfassungsbeschwerde vom 14.Januar 2023
gegen das Urteil des Amtsgerichtes Velbert vom 24.02.2023 gemäß Anlage VB-2301 e)

<u>Anlage VB-2303</u>:
Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023
06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023.
Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.
Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 58)

<u>Anlage VB-2304</u>:
Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011 im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von
25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.
Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.
Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.
Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf
staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen
mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung
eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .
Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal > > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 38)

Der Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 enthält folgende Anlagen:

Anlage OWiV-04 OLG
Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt), auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG
Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG
Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit
Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und
nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 10/21/28)
und mit Hinweis:
Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von
weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert
wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen,
wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier
von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert,
gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr,
der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend,
der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist,
der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste
u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG
Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.
Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:
Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.
Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

Anlage OWiV-01
Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft
Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf

vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben
Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze
Anlage OWiV-02 a
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: Sieh > > > > > > > > Seite 11

Anlage OWiV-03
Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2305: Erzwingung von politisch motivierter Zerschlagungsjustiz:
Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
nicht unter Richterkontrolle, sondern unter Kontrolle von weisungsgebundenen Staatsanwälten und unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes hier mit:

> Anlage VB-2305 a) Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-393.
Verfassungswidriger Kostenfestsetzungsbeschluss (11 C 406/22 Amtsgericht Velbert) vom 12.10.2023 mit wahrheitswidriger Begründung (eingegangen am 14.10.2023) durch Rechtspfleger Jacob als Richterersatz

> Anlage VB-2305 b) Schriftsatz vom 05.10.2023 an Amtsgericht Velbert **11 C 406/22**
(Stellungnahme zu Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (**Anlage VB-2305 c)**)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 107)
mit den Anlage AGV-10/01, Anlage AGV-10/02 und Anlage VB-2327
Zurückweisung aller Kostenforderungen und Wiederholung des Antrags auf sofortigen Stopp der Kontopfändung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Missbrauch für verfassungswidrige Krankenversicherung
entsprechend der vorgelegten Verfassungsbeschwerden:
1. Verfassungsbeschwerde (2 BvR 538/23) vom 31.03.2023
wegen Urteil 11 C 406/22 zu Abbruch der mündlichen Verhandlung am 12.01.2023, verkündet am 09.02.2023, eingegangen am 09.03.2023 mit Beugung Recht und Verfassung, Verfahren übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
Sieh Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 Seite 11
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74 / 84)

2. Verfassungsbeschwerde (1 BvR 1680/23) vom 15.09.2023
wegen Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen
nach 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter, ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Anlage AGV-10/01: Schriftsatz vom 6.04.2023 an das Amtsgericht Velbert mit Übergabe der
Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
sind die einzige Ursache für Altersarmut. Mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren, heute im Alter von über 80 Jahren, unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten,
werden Rehabilitierung und Schadenersatz .
vom Kläger sabotiert und von der Justiz boykottiert. Kläger, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Richter Hand in Hand mit strafbarer Rechtsbeugung gegen Zerschlagungsopfer.

Anlage AGV-10/02
Verfassungsbeschwerde vom 15.09.2023 (1 BvR 1923/23) mit
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerden vom 14.Jan.2023, vom 31.März 2023, 25.Mai 2023, 08.Juli 2023, 10.Aug.2023
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidriger Pflegeversicherung
mit verfassungswidriger Plünderung des Pfändungsschutz-Konto
zu verfassungswidriger Krankenversicherung
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005), unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
in 2010 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag für politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort,
am Geburtsort in Bayern mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz (2012)
am Wohnort in NRW mit Gerichte übergreifendem Schadenersatz/Rehabilitierung-Boykott seit 2011,
mit Schadenersatz-Sabotage durch
weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagtenTäters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps,
mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von mehrfacher Freiheitsberaubung (verfassungswidrigem Missbrauch von JVA-Service) und von Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherinnen unter weisungsgebundenen Staatsanwälten, obwohl
kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend,
mit Willkür-Kontopfändungen / Kontoplünderung hoher Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto
Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Polizei-Terror, mit Banken-Terror, Psycho-Terror unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten . .

BVERFG-391. Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Helfer und Helfershelfer ohne Richterkontrolle ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten

Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Schadenersatz-Sabotage und Kontoplünderung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagtenTäters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
unter dem Deckmantel des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten, von Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, von Alter und von erdrückender Beweislage
Von Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen nach25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter,

ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren
Beginn einer neuartigen Hexenverfolgung,
wenn das Denkvermögen wegen Überforderung ausgeschaltet wird,
wenn Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum zerschlagen und mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen abgestraft werden
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Richterkontrollen und mit Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramts
> Deutschland ist mit Hexenjagd unterwegs, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen, mit Abschaltung des Denkvermögens über kausale Zusammenhänge: nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage VB-2327 mit Anlage VB-2327a
Staatsanwaltschaftliche Exzesse auf Pfändungsschutz-Konto seit 2013 und Kontoplünderung seit 2021 Gesamt 12.206,20 € (Okt.2023: 12.710,37 €)
Nach mehrfachem Einspruch gegen horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010,
nach Aufbrauch aller Altersrücklagen bis 2010.
Verfassungswidrige Rechtsanwendungen mit Kontozwangsmaßnahmen sind staatsanwaltschaftliche Exzesse, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht mehr respektiert werden, haben keine Rechtskraft und daher als Willkürakte eines totalen Justiz-Versagen zu bewerten.
Geplündert werden nicht nur Rentenzahlungen im hohen Rentenalter, sondern alle Zahlungseingänge über der Schutzgrenze des Pfändungsschutzkonto
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr und totalem Justiz-Versagen
wegen Verweigerung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz, jetzt auch mit
Anspruch auf Opferschutz, Schmerzensgeld und ein humanes Lebensende
wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> Anlage VB-2305 c) Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (eingegangen am 26.09.2023)
mit verfassungswidriger Kostenanklage am Landgericht Wuppertal (10 O 168/22) nach Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22)

> Anlage VB-2305 d)
Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) gemäß Abrechnung vom 13.04.2023 (11 C 406/22 002 (276))

> Anlage VB-2305 e),f) Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspfleger Ermanns
Sieh auch Anlage VB-2327a

> Anlage VB-2305 g) Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna mit Schreiben vom 26.10.2023 (eingegangen am 3.11.2023) mit Erfahrungen zu 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen gegen **Rentner jetzt im 83. Lebensjahr**, sieh auch Anlagen für die sofortige Beschwerde am Landgericht Wuppertal
(zu **BVERFG-393.** Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 82.Lebensjahr, und
Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer (Rechtspfleger Jacob, Rechtspfleger Ermanns, Obergerichtsvollzieherin Sommerfeld, Gerichtsvollzieherin Ritzhaupt, Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna aktualisiert am 6.11.2023)
Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna war bereits in 2014/2015 an der wirtschaftlichen Zerschlagung des Beschwerdeführers beteiligt.
Wahrheitswidrig ist die Behauptung der Rechtspflegerin, dass der Beschwerdeführer seinen Widerspruch gegen Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Sozialversicherung zurückgenommen habe. Tatsache ist, dass der Widerspruch mehrfach Gegenstand von Verfassungsbeschwerden ist.

Anlage VB-2306 a) b) c)
Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern
a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe
Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)
b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010
c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307
Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal: Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.
Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308
Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a) mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023
Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**
Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)
nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

Anlage VB-2309
Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren
gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß
BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und
Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
mit Hinweis auf
Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.
Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf
Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlage VB-2311/A:
Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichts (AR 1497/23) vom 08.03.2023 mit nicht zutreffenden Annahmen:
Staatsanwälte haben den Polizei-Terror auf befriedeten Grundstück bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermin gegen Bürger(in) im 82.Lebensjahr veranlasst.
Die Ladung des Amtsgerichtes hat nicht eine „Zwischenentscheidung" des Amtsgerichtes, sondern ein verfassungswidriges Urteil zur Folge, gegen das jetzt Verfassungsbeschwerde fortzusetzen ist. Sieh
C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023 (eingegangen am 09.03.2023), Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung, warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.
Polizei-Terror verniedlichende Stellungnahme der AR-Referentin Krause-Reul am Bundesverfassungsgericht, seit vielen Jahren zuständig, obwohl immer wieder konkrete anzufechtende Hoheitsakte vorgelegt, weil bis heute:
2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück,
> ohne Haftbefehl beim 1.Mal,
> beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror, angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von skrupellosen Staatsanwälten
mit juristischem Service für Sozialversicherungsträger seit 2010 und mit judikativem Service für Richter an den Amtsgerichten in Velbert und Mettmann, am Landgericht Wuppertal, an Sozialgericht Düsseldorf, an Bundesamt für Justiz (BfJ) seit 2007, mit Klage-Erzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht gegen verantwortliche Polizeitrupps bei 1. und 2. Freiheitsberaubung unter Information an AR-Referentin im Bundesverfassungsgericht
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
mit Schreiben an den Bundespräsidenten wegen 1. und 2. Freiheitsberaubung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25 unten)

Anlage VB-2312/B: Anzufechtende Hoheitsakte
Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)
Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
vom 01.02.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

Anlage VB-2313/B
Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal(124 Seiten)
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023)
nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die Schranken zuweisen
Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen.
Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.
2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle
Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.
> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022)
wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal
mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen
Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt (Sieh Kapitel 08)
08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:
Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis 2003
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:
Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.
Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben.
Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.
Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal,
weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung,
weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.
Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.
Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden. Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 182)
Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG07(KV), LG08(KV), LG09(KV), LG10(KV), Anlage OWiV-02 aktualisiert (OWiV-02a, OWiV-02b), OWiV-03

Anlage LG-07(KV)
Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)
50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf
Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)
Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter
nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung,
nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)
Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren
nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss
24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**
25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:
Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates
zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann
26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf
Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):
Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert
26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit

Anlage OWiV-01
Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

am Amtsgericht Velbert
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Anlage OWiV-02: aktualisiert
Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze
Anlage OWiV-02 a
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
mit Kapitel BVERFG-380
BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.
Staatsanwaltschaftliche Exzesse
mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,
mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!
Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:
Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde
Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation,
von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.
2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor
Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen
Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in

Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger
Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)
Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:
> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.
> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psychoterror . . .
> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010, selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:
> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt,
weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.
Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,
> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz
> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b
Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage
> Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
156. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
gemäß Informationen zum Güteverfahren beim Oberverwaltungsgericht
> > > http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service
Hand-in-Hand:
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks / Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr leisten können. Seit 2010.
Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden Lebenswerkes, hat das klagende Opfer,
nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn
hinnehmen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf
Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03
Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des

Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2314/B
Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022 (124 Seiten)
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage LG-03 (KV)
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 153)
Schriftsatz vom 24.12.2022 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG-03(KV), LG-04(KV), LG-05(KV), LG-06(KV)

Anlage LG-03 (KV)
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage LG-04 (KV)
Schriftsatz vom 28.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .
> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,
> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).
> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,
> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,
> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang
haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.
> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.
Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)
ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und
dafür auch noch Kosten berechnen will.
Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen
Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren
03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:
Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998
05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)
Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)
Anlage LG-06 (KV)
Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhnend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer
Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022
mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden. (15 M 1627/22)

Anlage VB-2315/C
Urteil 11 C 406/22 des Amtsgerichtes Velbert, verkündet am 09.02.2023 ohne Kenntnis des Geladenen zu Güteverhandlung, mit vorhergehendem Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück, nach kurzer Erklärung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung Abbruch der Güteverhandlung am 12.01.2023 ohne Begründung durch jungen Einzelrichter Bäcker, eingegangen am 09.03.2023, vorgelegt in der Verfassungsbeschwerde wegen entscheidungsrelevanter Zusammenhänge mit der gesamten Verfassungsbeschwerde.

Anlage VB-2316/C
Persönliches, vorausgegangenes Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters,
mit Einspruch gegen Ladung und Verfügung und mit Antrag auf Aufhebung des Ladetermins mit Begründung und umfangreichen Anlagen von 44 Seiten
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22, Sieh Anlage LG-03 (KV)
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
mit **Anlage VB-2305:** Seite 42
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,** der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Anlage VB-2317/D
Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023) (Seite 1-4) mit Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 (persönlich an Richterin am 24.02.2023 übergeben) mit schriftlichem Antrag auf Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde (auf Verlangen der Richterin schnellstmöglich per Fax am 24.02.2023 nachgereicht). Rechtsbeschwerde mehrfach an Landgericht Wuppertal, an Oberlandesgericht Düsseldorf und an das Bundesverfassungsgericht.

Anlage VB-2318/D
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 13.03.2023 (eingegangen am 23.03.2023) mit Androhung eines Gerichtsbescheids über verfassungswidrige Pflegeversicherung des Sozialversicherungsträgers ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

Anlage VB-2319/D
Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 14.03.2023 (eingegangen am 31.März 2023). Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus
> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Anlage VB-2320/D
Schriftsatz vom 28.Jan.2023 mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF
gemäß Punkt 17 und 18
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 69)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2301 bis VB-2303

Anlage VB-2301
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04
Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert
001. Brutal verfassungswidrig:
Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates
mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)
> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder,**
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**
mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz
> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,
> mit extremistischer Ausuferung durch Treib-und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz
> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn,
mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.
002. Brutal verfassungswidrig:
Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal
mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen
Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.
Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern
Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert
Justiz verweigert Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.
Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)
Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19
Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01
Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022) mit verkürzter Notfrist
durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
d) mit nicht lesbarer Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert
(Seite 26-28)

Anlage LG-02
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)
BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht:
Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)
Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)
Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022
Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken
nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:
Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,
mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder,
mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,
beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:
Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem
herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in
Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit
Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit,
mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“,
mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für
extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen
Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anträge
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03
26 OWi-523 Js 814/22-84/22
Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)
Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .
weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)
weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,
weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,
weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,
weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,
Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.
02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf
03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist strafbar **in besonders schwer wiegenden Fällen**,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .
Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:
Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07
Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage
gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)
Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:
Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, versklavt:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,
Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.
Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin
> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung
> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),
> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanzen von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperre und Bundeskanzleramt mit **persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel** am Verwaltungsgericht Düsseldorf
> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.
(Anlage LG-05, LG-06)
Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?
> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen
> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022
zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:
Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:
Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022)
mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:
Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022

Anlage LG-07:
Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)
Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und
nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den **Schlesinger-Skandal** zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
gemäß Anlage LG-03
Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303
Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (**eingegangen am 06.12.2022** mit förmlicher Zustellung)
Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304
Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008
174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE. Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phönix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von
Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.
Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)
Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.
Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (sieh Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf
Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,
Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.
Intendanz-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:
> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und
nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von
Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.
Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:
Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu
Monika Piel, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen)
nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)
Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin
Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justitiarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.
2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:
Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.
Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,
Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk, vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:
Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013:
Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),
Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.
Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.
Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)
2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007
Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung
Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer
und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.
Folgewirkungen der Rundfunksperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine
daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),
Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.
Rundfunksperre des Klägers zu einer
Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbidungszentrum Mainz/Wiesbaden.
Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie **Kaizen,**
in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung
eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210
26 Jahre Europäische Congressmessen.
Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,
mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester
Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.
177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:
Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > > >
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.
Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?
Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.
Zerschlagen nicht nur:
Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,
Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.
Danach
Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten,
Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin
Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert
Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts-und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:
Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld
Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am
laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011
Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht
der 2.Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung
Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten
Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81.Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und
Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012
Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.
Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert,
Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen
Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten
Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr
mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden
Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsopfer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,**
der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend
mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt,
mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,
mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,
mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,
mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin
Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,
gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:
> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale

Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers) nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011**)**
jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22
jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und Pflegeversicherung.
Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:
Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier
Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher
Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.
Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte

Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
AR 2655/24

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 02.08.2024

Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 (AR 2655/24)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156)

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch.“ Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.
Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto
zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal
Hier: Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“
durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung

mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Seit 2007 mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) durch weisungsgebundene Staatsanwälte im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ)
In 2010/2011 mit Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin)
sowie mit Wissen aller Staatsorgane und aller Länderregierungen in Deutschland unter führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) und unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022)
mit Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87 / 146 / 203 / 335)

Judikativer Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
Sabotage durch Staatsanwälte zu Verfahren für
Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen seit 2010, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Brutal verfassungswidrig, Opfer verhöhnend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Im Beschwerdeverfahren:
Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, Justizopfer ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010, seit dem 70.Lebensjahr
gegen weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung
gegen
DEBEKA Kranken-Versicherungsverein a.G., vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, Zeuge in verfassungswidrigen Bußgeldverfahren seit 2011,
vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**, verantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen in einem Datenschutz-Skandal, mit technischem Service zu einem Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, in Gerichte übergreifenden Verfahren, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),
unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten,
mit juristischem Service für Kläger gegen das Opfer, mit Unterstützung durch Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieher, mit judikativem Service für willfärige Richter, die nicht weisungsgebunden sind.

Beschwerdeführer beantragt Annahme der Verfassungsbeschwerde zur Entscheidung einschließlich Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024 (AR 2655/24).

Begründung der Verfassungsbeschwerde (Forts. mit laufender Nummer)

BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil: Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen
> > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit, mit Plünderung von Versicherungsleistungen, mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsbebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer (willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email-/Telefon-Anschluss

> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal
mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit,
mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.

Richter am Amtsgericht Velbert:
„Beklagter errichtete sodann einen aus mehreren Bänden bestehenden Turm aus Büchern sowie zwei Aktenordnern“ *(Hass macht blind für qualifiziertes Beweismaterial: Diffamierung historischer Dokumente für Nachweis des Datenschutz-Skandals, Beweise waren nicht erwünscht, weil die Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage reduziert: „Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“) Sieh Anlage LSG-30.*
Hass macht blind: Mit Versäumnisurteil nicht nur Argumentation unterdrückt, sondern Qualifikation historischer Dokumente zu Weltklasse-Höchstleistungen mit blindem Hass diffamiert! *Sieh Anlage VB-2407a*

Urteilsbegründung heuchlerisch: Krankenversicherung ist „Ausfluss des Sozialstaatsprinzips“ und kommt damit allen Versicherten und auch dem Beklagten zu Gute *(Das Gute kann den Beklagten nicht erreichen, weil der „Ausfluss des Sozialstaatsprinzips“ nicht möglich ist): Hoher Erklärungsbedarf ohne jede Stellungnahme, wie der „Ausfluss des Sozialstaatsprinzips“ auf einem Pfändungsschutz-Konto mit Pfändung bis zum Pfändungsschutz-Limit funktionieren soll und wie eine Grundversicherung nicht diskriminieren kann.*

Nonstop-Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung in Gerichte übergreifenden Verfahren seit 2011 sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz: *„Ausfluss“ der UMTS-Auktion 2000 (50 Mrd €) kam allen Staatsbürgern zu Gute, der Beklagte hatte aber einen Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe. Weil der Wiederaufbau seines Unternehmens ohne Schadenersatz unterdrückt wurde, waren seine Altersrücklagen in 2010 (70.Lebensjahr) aufgebraucht. Seitdem wurden ihm verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto aufgezwungen, er muss Gerichte übergreifende Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011 hinehmen, nach Niederwerfung der Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und an den Bayerischen Landtag in München (2010-2011). Sein Bruder am Geburtsort hat diesen Hass nicht überlebt. Dies alles unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin.*

Urteilsbegründung wahrheitswidrig mit verfassungswidriger Opfer-Verhöhnung: *Beklagter hat nicht behauptet, dass Sozialversicherungen verfassungswidrig seien, weil sie soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 83.Lebensjahr betrieben. Art.1 Abs.1 GG gilt auch für Angehörige der Rentnergeneration über 80 Jahre.*
Ohne Respektierung von Grundrechten des Beklagten sind Urteile und Beschlüsse verfassungswidrig. Respektlosigkeit der jüngeren Justizgeneration vor dem Grundgesetz ist Besornis erregend.

Richtig ist: Beschwerdeführer hat nachgewiesen, dass nicht nur am Amtsgericht Velbert, sondern auch am Amtsgericht Mettmann und am Sozialgericht Düsseldorf politisch motivierte Zerschlagung mit sozialer Zerschlagung mit Hilfe von und im Umfeld von verfassungswidrigen Sozialversicherungen fortgesetzt wird:
Sieh Kapitel BVERFG-403 – BVERFG-406 aus Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 und BVERFG-407 aus Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024). Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

BVERFG-403. Anzugreifende und beantragte Hoheitsakte in chronologischer Reihenfolge
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten,
Nonstop-Verfahren seit 2010 ohne Weihnachtsruhe, ohne Osterruhe, ohne Urlaubsruhe, ohne Wochenende,
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
und nachfolgendem „Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024
mit Einspruch vom 28.03.2024 gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung
und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit persönlichem Anschreiben vom 10.02.2024
gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit SCHUFA-Vorstand für Politik und Datenschutz (ehemaliges Mitglied der Bundesregierung, verantwortlich für Niederschlagung der Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag)
und mit Gerichte übergreifender Fortsetzung eines Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . .
bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage
zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort
mit sozialer Zerschlagung, sozialer Isolierung, sozialer Ausgrenzung, mit verfassungswidrigem Datenmissbrauch, mit „Hass im Netz“,
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

BVERFG-404. Widerspruch-Verfahren gemäß Anlage LG-24/03 mit Antrag an Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.
Kriminelle Eskalation der sozialen Zerschlagung durch verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen durch Sozialversicherungsträger
zu sozialer Diskreditierung, sozialer Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung mit „Hass im Netz“

durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung
in krimineller Kumpanei mit Rechtsanwälten des Sozialversicherungsträgers und
mit ehemaligem Mitglied der Bundesregierung (SCHUFA-Vorstand)
zum Zeitpunkt der Niederschlagung der
Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München (2010-2011) mit verheerenden Folgewirkungen am Wohnort und am Geburtsort
Pervers: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit verheerenden Folgewirkungen und daher
SCHUFA-Eintragungen wegen „Verbraucherschutz“
Pervers: Staatsbürger nach politisch motivierten Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren mit einem SCHUFA-Basisscore von 9.91% von theoretisch möglichen 100% öffentlich angeprangert
Noch perverser: Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen mit verheerenden Folgewirkungen und staatliche Einsparung von Rehabilitierung und Schadenersatz mit SCHUFA-Basisscore von 9.91%, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz

BVERFG-405. Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal hebeln Grundrechte aus
> mit Hass am Weihnachtsfest 2023: Obergerichtsvollzieherin datiert Weihnachtsfest als Termin für Zwangsvollstreckungssache : Sieh Anlage Sommerfeld 8 (VB-2312 a), Zurückweisung mit Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023, Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
> mit „Hass im Netz“: Weisungsgebundene Staatsanwälte und Helfer finden Helfershelfer: SCHUFA-Vorstand für „Datenschutz und Politik“, ehemaliges Mitglied der Bundesregierung bei Niederschlagung der Petitionen des Beschwerdeführers an den Deutschen Bundestag in Berlin und den
Bayerischen Landtag in München
Nachgewiesene Zusammenhänge mit den Petitionen des Beschwerdeführers :
> demonstrativer Rücktritt des Bundespräsidenten
nach schriftlicher Bitte des Petenten (Mai 2010) um Unterstützung seiner Petition an Deutschen Bundestag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
> demonstrativer Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
> mit Hass gegen Rentner im 83.Lebensjahr: Monatliche Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto mit wirkungslosem „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe mit Raubjustiz wegen
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung

> mit Hass wegen Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde und Anhörungsrüge mit Verweigerung der Bescheidung und Erlass eines „Versäumnisurteils“, um auf Rechtsargumente verzichten zu können: Grundrechte sind unverzichtbar und das Amtsgericht ist kein grundrechtsfreier Raum!
> mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa
> mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz
> mit sozialem Hass als Dauerzustand: Von Obergerichtsvollzieherin bis zu ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern und mit Gerichte übergreifenden Verfahren der sozialen Zerschlagung

BVERFG-406. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

BVERFG-407. Unverhältnismäßig verfassungswidrig:
Datenschutz-Skandal im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
> Schauprozess am Amtsgericht Velbert
mit angekündigten Doppelversäumnisurteil gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Stigmatisierung als Täter (Datenverfälschung, Datenmissbrauch) nach
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr.
> Fortsetzung am Amtsgericht Mettmann
mit Nonstop-Bußgeldverfahren mit de facto Teilversäumnis-Urteilen/Beschlüssen seit 2011 ohne Respektierung von Grundrechten
> mit SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte des Klägers in Kumpanei mit SCHUFA-Vorstand, als Mitglied der Bundesregierung an Niederschlagung der Petitionen des Beklagten an Deutschen Bundestag in Berlin und an Bayerischen Landtag in München (2010-2012) beteiligt
> mit demonstrativem Rücktritt des Bundespräsidenten
nach schriftlicher Bitte des Petenten (Mai 2010) um Unterstützung seiner Petition an Deutschen Bundestag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
> mit demonstrativem Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden nach schriftlicher Bitte des Petenten (Jan.2011/Jan.2013) um Unterstützung seiner Petition an Deutschen Bundestag:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998 (über 25 Jahre) mit Zerschlagung im 60.Lebensjahr erzwungen wegen
Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit Kapitalflucht durch staatliche UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde,
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
Nach Aufbrauch der Altersrücklagen in 2010 (70.Lebensjahr): Petitionen an Deutschen Bundestag in Berlin und an Bayerischen Landtag in München in 2010-2012

Nach Niederschlagung der Petitionen unter Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern:
> Seit 2011: Ausschließlich Teilversäumnis-Urteile/Beschlüsse (explizit und de facto), Gerichte übergreifend am laufendem Bande, in Nonstop-Verfahren, mit Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998, obwohl <gebetsmühlenartig> vorgetragen.
> Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG (per Gericht, notfalls per Staatshaftung)
ohne judikativem Boykott, ohne staatsanwaltliche Sabotage unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und ohne Altersbegrenzung
im 83. Lebensjahr mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Pfändungsschutz gegen staatsanwaltliche Übergriffe, Rentenplünderung durch verfassungswidrige Sozialversicherungen
> Von Teilversäumnis-Urteilen am laufenden Bande unterdrückt: Kausale Zusammenhänge mit
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 1998
inkl. sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugriff auf Versicherungsleistungen seit 2010 und
mit sozialer Diskreditierung und sozialer Ausgrenzung ohne Respektierung des grundgesetzlichen Datenschutzes vor Datenmissbrauch / Datenverfälschung mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers
> Jetzt mit Androhung eines doppelten Versäumnisurteils, um auf eine Urteilsbegründung mit Rechtsargumenten verzichten zu können > Grundrechte sind unverzichtbar und nicht verhandelbar!
Erzwingung einer verfassungswidrigen Flickwerk-Sonderlösung für eine Grundversicherung mit grundgesetzlichen Anforderungen wie bei einer Standard-Grundversicherung, die nicht mit Güteverhandlungen erreichbar.
> Eskalation der Güteverhandlung zu einem Hass-Tribunal als Schauprozess für Interessenten des Klägers (Gerichtsverfahren, bei denen die Verurteilung des Beklagten bereits im Voraus feststeht und angekündigt),
mit judikativer Zusicherung der Datensicherheit des vom Kläger aufgebauten Kommunikationssystem wegen Übertragung der Gerichtsverhandlung in Rechtsanwaltsbüro des Klägers,
mit judikativer Zusicherung einer datenschutzrechtlichen Bewertung (?), letztere ohne Richter bei laufenden „Hass im SCHUFA-Netz“ unter Verantwortung des Klägers und beteiligter Staatsanwälte
> Judikative Zusicherungen sind Opfer verhöhnend. Mit einem Schauprozess wird der Beklagte als Täter stigmatisiert, obwohl er das Opfer ist. Langjähriger Datenmissbrauch und Datenverfälschung ohne Respektierung des Datenschutzes mit einem Doppelversäumnisurteil als unerträgliche Eskalation von ständigen Teilversäumnisurteilen und sozialer Zerschlagung seit 2011.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.

Die verfassungswidrige Technik-Unterstützung bis zu Home-Office-Anwendungen am Amtsgericht Velbert über Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung durch Kläger (Anlage VB-2411) zeigt Auswirkungen auf nachfolgende Gerichtsverfahren in Mettmann, Düsseldorf und Essen: Mobbing in Gerichtsverfahren mit Überflutung durch neue Gerichtsverfahren mit **Erschließung neuer Hasspotentiale ohne Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz** gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG **weil judikativer Boykott und staatsanwaltliche Sabotage**

> Mobbing in Hauptverhandlung des Strafverfahrens am Amtsgericht Mettmann (32 OWi-543 Js 77/24-46/24 durch Vorsitzende Einzelrichterin: (*„Sind Sie Reichsbürger?“, „Alles Humbug“, Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage reduziert: „Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“ u.a.)*
> Mobbing im Berufungsverfahren am Landessozialamt NRW (L 5 P 110/24 in Essen) durch Prozessbevollmächtigten des Klägers: *„Im übrigen gedenke ich nicht auf den Reichsbürgerschwachsinn zu erwidern“ (Sieh Anlage LSG-28)*
Ziesetzung des Mobbing: Glaubwürdigkeit des Beklagten zu vorgelegten Beweisen über mehr als 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagung zu untergraben, offensichtlich erfolgreich! **Hass macht blind!**

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt: Sieh Anlage VB-2412:
> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatdresse (Anlage VB-2412a)
> mit Kopien zu einer Sammlung **verfassungswidriger Mahnbescheide** (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf, (Anlage VB-2412b)

Anlage VB-2403 a) ausVerfassungsbeschwerde vom 29.04.2024
Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Gütetermin,
Einspruch mit neuer
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 226)

c) Der Täter und sein Prozessbevollmächtigter sind auch für Kosten der Mahnverfahren selbst verantwortlich, weil: Sieh **Anlage AG-24/05**:
Die Anwendung der Mahnbescheide ist ein verfassungswidriger Missbrauch von Mahnbescheiden, weil diese als Beitrag zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung zu bekämpfen sind und den Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz selbst in hohem Alter untergraben. Der Antragsgegner, über 82 Jahre alt, ist Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mit erdrückender Beweislage, hat mit Vorrang Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen:
Politisch motivierter Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998), bis heute mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz,
nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
mit weltweit größtem Congressangebot für digitales Innovationswachstum und
mit professionellem Verlagsservice für nachhaltiges, exzellentes Wissensmanagement des digitalen Innovationswachstum,
im Zuge einer Menschen und Bürger verachtenden Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik mit extremistischer Ausuferung

> zu bundesweiten, politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998, am Wohnort und am Geburtsort;
> zu unverhältnismäßiger Opferkriminalisierung seit 2010,
> zu politisch motivierter Sklavenhaltung seit 2010 wie ein Untertan ohne Grundrechte,
> zu politischem Desaster mit Ukraine-Krieg-Zeitenwende

Die Versicherungsprobleme sind ausschließlich verursacht durch verheerende Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder seit 1998.
Mahnverfahren am Mahngericht sind verwerflich, weil das Mahngericht längst mit Gegenerklärungen zu den Mahnbescheiden des Klägers informiert ist.

Der **verfassungswidrige Missbrauch von Mahnbescheiden** ist vom Kläger verursacht. Kostenverantwortung hat daher ausschließlich der Kläger.

Ein Versäumnisurteil ist nicht nachvollziehbar, weil der Beklagte seit 2011 keinen Gerichtstermin versäumt hat und hier mit einer sofortigen Beschwerde das neue Verfahren des Klägers sofort zurückgewiesen hat und bis heute keine Bescheidung des eingelegten Rechtsmittel erhalten hat, sodass er gezwungen war, als weiteres Rechtsmittel die Anhörungsrüge einzusetzen. Das Versäumnis wurde höchstens vom Beschwerdegericht verursacht, garantiert nicht vom Beklagten.

Weitergehende Begründung mit Verfassungsbeschwerde gegen „Gütetermin“ am 26.06.2024:

d) Soziale Zerschlagung durch den Kläger und durch seinen Prozessbevollmächtigten mit sozialer Diskreditierung und sozialer Ausgrenzung durch „Hass im SCHUFA-Netz“ ist Teil von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung, sozialer Isolierung und sozialer Ausgrenzung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt Rentner im 83.Lebensjahr.
Soziale Zerschlagung wird mit Verfassungsbeschwerde bekämpft.
Die neue Verfassungsbeschwerde (Anlage AG-24/07) umfasst folgende Kapitel (BVERFG-403 - BVERFG-406),
----

Langjähriger Datenmissbrauch und Datenverfälschung ohne Respektierung des Datenschutzes mit einem angekündigten Doppelversäumnisurteil als unerträgliche Eskalation von ständigen Teilversäumnisurteilen zeigt:
Hass macht blind für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
mit Fortsetzung durch soziale Zerschlagung im Umfeld von verfassungswidrigen Sozialversicherungen und Rentenplünderung für verfassungswidrige Sozialversicherungen

Daher seit 2010 gefordert: Rehabilitierung und Schadenersatz
Jetzt endlich Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz gemäß grundgesetzlichem Anspruch (Art.34 GG)

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156)

Verfassungswidrige Technik-Unterstützung des Klägers zur Verdeckung einer Gerichte übergreifenden Hass-Justiz im Hintergrund, verdeckt durch eine Videowand, mit einem Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz, zeigt den Notstand des Datenschutzes am Amtsgericht Velbert: Schutzbedarf der Daten wird nicht mehr erkannt, Datenschutz wird vorgeheuchelt.

Erste Auswirkungen auf
nachfolgende Gerichtsverfahren in Mettmann und Essen: Mobbing in Gerichtsverfahren
> Mobbing in Hauptverhandlung des Strafverfahrens am Amtsgericht Mettmann (32 OWi-543 Js 77/24-46/24 durch Vorsitzende Einzelrichterin:
(*„Sind Sie Reichsbürger?“, „Alles Humbug“ u.a.)*
> Mobbing im Berufungsverfahren am Landessozialamt NRW (L 5 P 110/24 in Essen) durch Prozessbevollmächtigten des Klägers: *„Im übrigen gedenke ich nicht auf den Reichsbürgerschwachsinn zu erwidern“ (Sieh Anlage LSG-28)*
Ziesetzung des Mobbing: Glaubwürdigkeit des Beklagten zu vorgelegten Beweisen über mehr als 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagung zu untergraben, offensichtlich erfolgreich! **Hass macht blind! Blind für Rehabilitierung und Schadenersatz**

Velbert, 02.08.2024

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur
unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben
und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024

Anlage VB-2407
Urteil des Einzelrichters am Amtsgericht Velbert Dr.Krieger (10 C 211/23) ohne Datum zur mündlichen Verhandlung vom 26.06.2024 (eingeganhen am 31.07.2024)
Anlage VB-2407a)
Ohne Überschrift: Protokollartige Dokumentation (eingeangen am 04.07.2024) mit Geschäfts-Nr. 10 C 211/23
Öffentliche (?) Sitzung mit Videowand des Klägers mit
verfassungswidriger Rechtsanwendung von §128a ZPO
(Videoverhandlung mit Email-/Telefon-Wählanschluß) ohne Angabe zu Antrag über Auflistung der vorgenommenen Anschlüsse trotz Anmahnung des Beklagten.
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht
Anlage VB-2403 a)
Sieh Anlage zur Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024 (Seite 17)
Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Gütetermin,
Einspruch mit neuer
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 226)

Anlage VB-2408
Schriftsatz vom 28.05.2024 mit Anlage AGV-24/09
Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren 10 C 211/23 mit Begründung g) mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024) mit Begründung unter g
nach vorhergehenden Begründungen unter a bis f
Begründung unter g
g) Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)
Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024 gemäß Anlage AGV-24/9: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter > persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
gemäß Anlage AGV-24/09
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss, das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024
(eingegangen am 23.04.2024) mit Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 und 29.04.2024 mit Anlage VB-2404 a) b) und c) in der Verfassungsbeschwerde 29.04.2024
ohne Rücksicht auf Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 und der Anhörungsrüge vom 23.03.2024 am Beschwerdegericht
ohne Respektierung der Abwehrfunktionen von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
mit Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen betroffener Grundrechte
mit Begründung unter f
nach vorhergehenden Begründungen unter a bis e
Anlage AGV-24/09

Anlage VB-2409
Verfügung des Einzelrichters am Amtsgericht Velbert Dr.Krieger (10 C 211/23) vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)

Anlage VB-2410
Schriftsatz vom 06.05.2024 an da Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) mit Begründung f)
f) Termingerechte Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024 mit Verfassungsbeschwerden vom 29.04.2024 und 10.04.2024.
Nicht mehr tolerierbar: Hass, Diskriminierung, Datenschutz-Skandal, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit ständiger Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe mit Eskalation zu einem Hass-Tribunal mit Doppel-Versäumnisurteil gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
nach „de facto“-Teilversäumnis-Urteilen/-Beschlüssen am laufendem Bande seit 2011 mit
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) und des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern,
> inkl. soziale Zerschlagung unter sozialer Ausgrenzung mit SCHUFA-Eintragungen in einem Datenschutz-Skandal
> unter Mittäterschaft des des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter Federführung von Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin und Stellv. WDR-Intendantin (1997-2022)
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF (2007)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 10)
und demonstrativem Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012

> mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativem Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010
> mit Wissen aller Ministerpräsidenten von Deutschland (2005)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 08/12),
> mit Wissen aller zuständigen EU-Kommissare in Brüssel (2007)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 10)
mit Anmahnung der Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand gemäß Art.20 Abs.4 GG und
Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG iVm Art.34 GG

Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 und 29.04.2024 mit Anlage VB-2404 a) b) und c) in der Verfassungsbeschwerde 29.04.2024
ohne Rücksicht auf Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 und der Anhörungsrüge vom 23.03.2024 am Beschwerdegericht
ohne Respektierung der Abwehrfunktionen von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
mit Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen betroffener Grundrechte
mit Begründung unter f
nach vorhergehenden Begründungen unter a bis e

Anlage VB-2411
Anzufechtender Beschluss vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit verfassungswidriger Installation einer Videoverhandlung über Email-Adresse und Telefon-Nr. entgegen Anfechtung durch den Beklagten, weil verfassungswidrige Rechtsanwendung von §128 a Abs.1 ZPO in Kanzlei des Klägers. ermöglicht und eine im Verhandlungstermin beantragte Auflistung der Anschlüsse verweigert wurde (Anlage VB-2407a).

Anlage LSG-30 (zur Zeit als Leihgabe an Landessozialgericht NRW)
Zu Congressbänden und Aktenordnern für Verhandlungsnachweise im Datenschutz-Skandal (Turmartiger Aufbau gem. prtokollartiger Bezeichnung, Anlage VB-2407a)
Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)
mit Congress IV unter Leitung von
Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,
Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf
Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

Anlage VB-2412
Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt: Gemäß Anlage
> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatdresse (Anlage VB-2412 a)
> mit Kopien zu einer Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

Anlage LSG-28
Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „**Reichsbürgerschwachsinn“** einzugehen“. Einzelzeile-Stellungnahme ohne Begündung!

Anlage VB-2413
> Über 75 Jahre Grundgesetz & über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: mit weisungsgebunedenen Staatsanwälten zu Datenschutz-Skandal:
Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto einer XXL-Generationendiskriminierung mit weisungsgebundenen Staatsanwälten zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und „Hass hinter Videowand-Vernetzung“ in Gerichte übergreifenden Verfahren

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024
Anlage VB-2403 a)
Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Gütetermin,
Einspruch mit neuer
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 226)
Anlage LG-24/04 in
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 247:
„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar
ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05 in
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 251:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**
Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 275)

Anlage VB-2403 b)
Verfügung des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 10.04.2024 (eingegangen am 15.04.2024) mit Ladung zur mündlichen Verhandlung über Einspruch und Hauptsache

Anlage VB-2404 a)
Persönliches Anschreiben des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 18.04.2024 mit judikativen Zusicherungen und mit den Anlagen gemäß Anlage VB-2404 b) und c) (eingegangen am 23.04.2024)

Anlage VB-2404 b)
Einzelrichter-Beschluss Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 vom

18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) als unanfechtbare Entscheidung. Unanfechtbarkeit ohne Begründung ist anzufechten, weil rechtswidrig ohne Beachtung von eingelegten Rechtsmitteln und weil verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten.

Anlage VB-2404 c)
Stellungnahme des angestellten Rechtsanwaltes Ümit Yildirim der Rechtsanwälte Giebel und Kollegen vom 16.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit 3 Anträgen auf 1 Seite ohne Begründung (Antrag 1., Antrag 2., weiterer Antrag). Alle Anträge ohne Begründung sind mit Einspruch abzuwehren.

Anlage VB-2405
Mitteilung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Herrn Thor) vom 15.04.2024 mit Hinweis auf Verwaltungsgericht Wiesbaden, offensichtlich mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte. Eine direkte Kommunikation mit einem Congressleiter (Univ.-Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, heute Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit) der 22. Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes IV gemäß Anlage unter Gesamtleitung der Congressmesse und des professionellen Verlagsservice durch den Beklagten (3 Seiten beigefügt) war nicht möglich. Der Beklagte ist nicht interessiert an einem Gerichtsverfahren gegen einen früheren Congressleiter, aber an Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach **Art.34 GG ohne judikativem Boykott und ohne Versäumnisurteile in Schauprozessen mit einem Datenschutz-Skandal unter Beteiligung des SCHUFA-Vorstandes, der Rechtsanwälte des Klägers und weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und gegen staatsanwaltliche Sabotage.**

Anlage VB-2406
Fortsetzung von Nonstop-Bußgeldverfahren mit zu erwartenden Teilversäumnisurteil seit 2011 ohne Respekt vor Grundrechten am **Amtsgericht Mettmann** unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung
nach über **25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und mit einer Hetzjagd gegen ihn und in den wirtschaftlichen Ruin und Freitod seines Bruders mit Nachlass-Insolvenz (2012) nach Niederschlagung der Petition durch eine Staatssekretärin, später Staatsministerin des heutigen Ministerpräsidenten in Bayern.**

Anlage VB-2312 d) Sommerfeld 10
Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respekt vor Grundrechten mit Wiederholung: Sieh **Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a)** Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Datierung auf das **Weihnachtsfest 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.

Anlage VB-2401
Schriftsatz vom 23.03.2024 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Anlage LG-24/01: Schriftsatz des Amtsgerichtes Velbert 10 C 211/23 vom 12.01.2024 (eingegangen am 24.02.2024), mit dem ein weiteres verfassungswidriges Verfahren dem Zerschlagungsopfer aufgezwungen wird und daher mit sofortiger Beschwerde zurückgewiesen wird, wobei zu beachten ist:
Das Zerschlagungsopfer hat seit vielen Jahren keine Kontakte mehr zu dem Sozialversicherungsträger und seinem Prozessbevollmächtigten. Er muss sich gegen verfassungswidrige Gerichtsverfahren wehren, die ihm aufgezwungen werden.
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft. Das gilt auch für „Anspruchsbegründungen“, die zurückzuweisen sind, weil sie verfassungswidrig sind.
„Anspruchsbegründungen“ bei verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind äußerst erbärmlich, weil das Zerschlagungsopfer seit 2010 jede Verfassungswidrigkeit mit Verfassungsbeschwerden bekämpft.
Es geht um soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen:
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte z.B. Art.6 EMRK in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, denen mehrfache kriminelle Freiheitsberaubungen vorzuwerfen sind, sowie Psychoterror, Polizei-Terror vor Gerichtsverfahren, Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nach Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010-2012,
jetzt auch noch mit „Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung.

Anlage LG-24/02: Schreiben vom 28.02.2024 an Zentrale Zahlstelle Justiz
mit Zurückweisung von Rechnung, Mahnung und ggf. weiterer Kosten Kassenzeichen X701143342707X, Geschäftszeichen 16 T 207/2023 001 (270) Landgericht Wuppertal mit den Anlagen 01 bis 04 sowie Anlage SGC und Anlage SGG
Anlage 01
Rechnung vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)
Mahnung vom 22.02.2024 (eingegangen am 22.02.2024)
Anlage 02
Schreiben des Bundesverfassungsgericht vom 01.12.2023 (AR 9651/23, eingegangen am 07.12.2023)

Anlage 03
Schreiben vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal (16 T 207/23): Zurückweisung des Beschlusses vom 15.12.2023 einschließlich aller Kosten mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 mit Hinweis auf die Kapitel der Verfassungsbeschwerde (Die gesamte Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 umfasst die Kapitel BVERFG-396, BVERFG-397, **BVERFG-398,** BVERFG-399, BVERFG-400 auf insgesamt 92 Seiten)
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203/221)
Anlage 04
Übernahme der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 ff. vom Allgemeinen Register in das Verfahrensregister (1 BvR 207/24, bisher AR 9651/23) mit Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26.01.2024 (eingegangen am 31.01.2024), Allgemeines Register als Sammelstelle für Verfassungsbeschwerden wegen Gerichte übergreifender Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und am Amtsgericht Velbert zu
Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen als Fortsetzung zu über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Anlage SGC:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
"All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie es geendet hat. Da kann man nur sagen: Wehret den Anfängen!" Der Anfang war vor über 25 Jahren:
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
zuletzt wegen verfassungswidriger Plünderung von Pfändungsschutzkonto seit 2013 parallel zu **v**erfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen
Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsbefugnis und Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 05.Nov.2023
mit Eingang einer verfassungswidrigen Bescheidung am 30.12.23 und zu sofortiger Beschwerde nach Rechtspfleger-Beschluss am Amtsgericht Velbert und mit Fortsetzung eines

Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) mit verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten
mit direkter Verantwortung für
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im > > > 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zur Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203)

Anlage SGG: (an das Landgericht)
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23) **vom 25.01.2024**
"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel **zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen** seit 2011 (über 12 Jahre) **zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen** und **zu sozialer Spaltung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen mit den Kapiteln BVERFG-401 und BVERFG-402: BVERFG-401. Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung**
Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsopfer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich
mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur

Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen
durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte
durch Prozessbevollmächtigte der Sozialversicherungen
mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
BVERFG-402. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste

wegen totalem Staatsversagen.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)

Anlage LG-24/03:
Widerspruch-Verfahren mit Antrag an
Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.
Anlage LG-24/03 a)
Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 23)
Anlage LG-24/03 b)
Eingangsbestätigung / Nachforderung (Az: 90.24.75: 0067) vom 21.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
Anlage LG-24/03 c)
Schreiben vom 10.Feb.2024 an
Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 01)

> Seite 16/70, **Anlage SGD: SCHUFA-Auskunft vom 27.12.2023** (eingegangen am 05.01.2024) mit Stellungnahme am 16.01.2024

> Seite 17/77, **Anlage SGE: Mein Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte** ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht gemäß **Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 59)

> Seite 18/85, **Anlage SGE-2:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 23.Jan.2024 (eingegangen am 29.01.2024) ohne Abhilfe

Seite 18/86 , **Anlage SGE-3: Mein Schriftsatz vom 05.Feb.2024 an**

den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Information über Verfassungsbeschwerden und weitergehende Begründung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 121).

> Seite 18/99, **Anlage SGE-4:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 07.Feb.2024 (eingegangen am 09.02.2024) ohne Abhilfe.

> Seite 18/100, **Anlage SGF:**
Verfahrensbestätigung des Bundesverfassungsgerichts unter Aktenzeichen 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23)

> Seite 18/101, **Anlage SGG** im Schriftsatz vom 31.Jan.2024 an das Sozialgericht:
Verfassungsbeschwerde (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr bis zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel
zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Isolierung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen gemäß
Kapitel BVERFG-401 und BVERFG-402.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)

Anlage ONLINE PROGRAMM
ONLINE'99, 22. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56#anfang
Scroll down after link to ONLINE 1999
Beiliegend: Seminarreihe > online < 1975.
Das Programm der ONLINE'99 ist beigefügt, um darauf hinzuweisen, dass Herr Prof. Roßnagel selbst als Congressleiter an der Durchführung dieser Congressmesse beteiligt war.
Der Datenschutz hat in seinem Lebenswerk einen besonderen Stellenwert: Als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH hat er bereits in den 1970er Jahren die ersten Datenschutz-Beauftragten persönlich ausgebildet, mit dem Wissensstand von damals (sieh beiliegende ONLINE-Seminarreihe aus 1975, BDSG seit 1978) und in 1977 ein Symposium zu ITK-Innovationen mit Referaten und Diskussionen über 3 Tage sowie Dokumentation in einem Symposiumsordner:
Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen, Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern, Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Auf der ONLINE'94 in Hamburg hatte Datenschutz und Datensicherheit einen besonderen Schwerpunkt: Im Plenum der

Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob
Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)
auf der 17.Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum Thema
Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes Informationsmanagement (ISBN 3-89077-126-2)
Außerdem 2 internationale Kolloquien zu:
Kolloqium A: Aktuelle Probleme der IT-Sicherheit und Lösungsansätze
Kolloqium B: Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr, Auflagen und wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten
Um dies zu verdeutlichen, hat er aus aktuellem Anlass im Schreiben an das Sozialgericht Düsseldorf Kapitel
45. (41.Aktualisiert wegen Datenschutz) Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers,
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
mit Schreiben vom 16.Feb.2024 neu formuliert:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice
(ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen
Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 29) wie z.B
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 131)
Er macht darauf aufmerksam, dass er nur parallel zu anderen Gerichtsverfahren gegen verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen ankämpfen kann. Bitte um Mitteilung, welche weiteren Beweisunterlagen benötigt werden.

Anlage SGH:
Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.** Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren

---

Anlage LG-24/04:
„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**
Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Anlage AG-24/06
Gegenerklärungen des Antragsgegners Albin Ockl vom 31.10.2022 zu den Mahnbescheiden der DEBEKA Krankenversicherungsverein

Anlage VB-2402 als Ergänzung zu Anlage VB-2401
Schriftsatz mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23
und 11 C 406/22 (16 T 207/23)
mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Sozialer Hass als Dauerzustand zum Beispiel: Sieh
Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts nach Wiederholung in der **Weihnachtszeit 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.
Fortsetzung der Wiederholung mit
Verfassungswidrigem Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts im April 2024 nach Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 wegen
Absolut totalem Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren seit 2011
Erzwingung einer politisch motivierten Justiz im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundeskanzleramtes
Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Entscheidung der Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht Düsseldorf

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024
Anlage VB-2315:
Schriftsatz vom 19.Jan.2024 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Vorlage von **Anlage SGE:**
Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte
ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht
gemäß Anlage SGD im Schriftsatz vom 08.Jan.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 59)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024:

Anlage VB-2310: Stellungnahme vom 10.12.2023 an das Sozialgericht Düsseldorf (S 31 P 146/22) mit den Kapiteln 34, 35 und 36 (insgesamt 71 Seiten) wegen
Schreiben vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023). mit
Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA) und Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Anlage SGB)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87)
Anlage VB-2311 a: Aufforderung durch das Sozialgericht Düsseldorf_ (S 31 P 146/22) zur Stellungnahme
Anlage VB-2311 b: Antwort des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.12.2023 (eingegangen am 21.12.2023) durch Bearbeiterin Frau Jans auf Stellungnahme vom 10.12.2023 (Anlage VB-2310)
und Aufforderung zu einer 2.Stellungnahme mit neuem Aktenzeichen (S 31 P 457/23)

Anlage VB-2312: Soziale Zerschlagungen ohne Beachtung in Sozialgerichten
Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen
wegen Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Psycho-Terror und mit Androhung von Hausfriedensbruch durch Schlosser-Gehilfen auf umfriedeten Grundstück, mit ausführlicher Begründung und Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA)
Aus Punkt c) der Begründung zu judikativem Boykott: „ . . . Darüber hinaus wurde dieses Verfahren bereits einmal abgeschoben, mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 8.Dez.2014 (VG 27 K 496.14), an das Landgericht Wuppertal
abgeschoben und dort in 2 Verfahren (Zerschlagung 1: 2 O 70/15, Zerschlagung 2: 2 O 163/16) aufgeteilt.
Mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 21.07.2017 (VG 27 K 308.14) wurden die Verfahren vom Landgericht Wuppertal zurückgeholt und am Verwaltungsgericht Berlin wieder weitergeführt.
Darüber hinaus wurde der Unterzeichner vom Verwaltungsgericht

Düsseldorf über eine Vereinbarung mit dem Verwaltungsgericht Berlin informiert, dass die verfassungswidrige Beteiligung des ÖRR/WDR an den **politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** (Zerschlagung 3) am Verwaltungsgericht Berlin eine angemessene Berücksichtigung findet. Die Klage gegen den ÖRR/WDR mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 ist rechtshängig am Verwaltungsgericht Düsseldorf. Es ist Menschenrechte verachtend, den Schadenersatz für **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen zu boykottieren oder** von einem Gericht ins andere verschieben zu wollen, obwohl dies an Verwaltungsgerichten gar nicht möglich ist, und das Opfer verantwortlich zu machen für die dadurch verursachten verheerenden Folgewirkungen (Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer Zerschlagung). Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen im fortgeschrittenem Lebensalter werden in den wirtschaftlichen Ruin gezwungen, ausgeraubt und bis in den Tod gehetzt, ohne Respekt vor Ihrer Lebensleistung."

Anlage VB-2312 b) Beschlüsse der politisch motivierten Zerschlagung durch judikativen Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz aus
> über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Berlin mit Abschiebung der judikativen Verantwortung an das Landgericht Wuppertal in 2014 und mit Zurückholung der judikativen Verantwortung in 2017.

Anlage VB-2313:
Petition Pet 1-17-09-703-005442 mit insgesamt 53 Kapiteln (hier Kapitel 37-41 in Anlage)
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
Schreiben vom 03.01.2011
an den Bundespräsidenten,
an den Deutschen Bundestag und
an das Bundesverfassungsgericht
der Bundesrepublik Deutschland

Anlage VB-2314: Anzufechtender Hoheitsakt
Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22 Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag, 30.12.2023) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin

Anlage VB-2314-1:
Zurückweisung des Beschlusses
mit Brief vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal mit Hinweis auf Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
gemäß Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.1023 (AR 9561/23, eingegangen am 07.12.2023) und telefonischer Bestätigung des Eingangs des Beschlusses des **anzufechtenden Hoheitsaktes** durch das Bundesverfassungsgericht.
Zurückzuweisende Rechnung des Landgerichts Wuppertal vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023

Anlage VB-2306 a) b) c)
Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern
a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe
Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)
b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010
c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307
Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.
Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308
Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a)
mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023
Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**
Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)
nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74)

Anlage VB-2309
Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren
gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß
BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
mit Hinweis auf
Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.
Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf
Scroll down after link (page 268)
Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

<u>Anlage VB-2301</u>: Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-392.
a) Beschluss IV-3 ORbs 15/23 Ws Oberlandesgericht Düsseldorf (zu IV-3 ORbs 133/23) 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023 (eingegangen am 28.Sept.2023)
b) Beschluss IV-3 ORbs 133/23 Oberlandesgericht Düsseldorf 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 21.Aug.2023 (eingegangen am 24.Aug.2023)
c) Urteil (?) / Beschluss 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 19.09.2023 (eingegangen am 05.10.2023 in Briefumschlag der Staatsanwaltschaft Wuppertal)
d) Rechnung zu 523 Js-OWi 824/22 1 (271) der Staatsanwaltschaft Wuppertal in neutralem Umschlag
e) Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023)

<u>Anlage VB-2302</u>: Mitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 16.Mai 2023 (2 BvR 539/23, eingegangen am 19.Mai 2023)
zu Verfassungsbeschwerde vom 14.Januar 2023
gegen das Urteil des Amtsgerichtes Velbert vom 24.02.2023 gemäß Anlage VB-2301 e)

<u>Anlage VB-2303</u>:
Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023
06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023.
Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.
Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 58)

<u>Anlage VB-2304</u>:
Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011 im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von
25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.
Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.
Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.
Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf
staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen
mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung
eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .
Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal > > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 38)

Der Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 enthält folgende Anlagen:

Anlage OWiV-04 OLG
Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt), auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG
Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG
Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit
Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und
nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 10/21/28)
und mit Hinweis:
Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von
weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert
wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen,
wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier
von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert,
gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr,
der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend,
der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist,
der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste
u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG
Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.
Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:
Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.
Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

Anlage OWiV-01
Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft
Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf

vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben
Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze
Anlage OWiV-02 a
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: Sieh > > > > > > > > > Seite 11

Anlage OWiV-03
Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2305: Erzwingung von politisch motivierter Zerschlagungsjustiz:
Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
nicht unter Richterkontrolle, sondern unter Kontrolle von weisungsgebundenen Staatsanwälten und unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes hier mit:

> Anlage VB-2305 a) Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-393.
Verfassungswidriger Kostenfestsetzungsbeschluss (11 C 406/22 Amtsgericht Velbert) vom 12.10.2023 mit wahrheitswidriger Begründung (eingegangen am 14.10.2023) durch Rechtspfleger Jacob als Richterersatz

> Anlage VB-2305 b) Schriftsatz vom 05.10.2023 an Amtsgericht Velbert **11 C 406/22**
(Stellungnahme zu Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (**Anlage VB-2305 c)**)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 107)
mit den Anlage AGV-10/01, Anlage AGV-10/02 und Anlage VB-2327
Zurückweisung aller Kostenforderungen und Wiederholung des Antrags auf sofortigen Stopp der Kontopfändung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Missbrauch für verfassungswidrige Krankenversicherung
entsprechend der vorgelegten Verfassungsbeschwerden:
1. Verfassungsbeschwerde (2 BvR 538/23) vom 31.03.2023
wegen Urteil 11 C 406/22 zu Abbruch der mündlichen Verhandlung am 12.01.2023, verkündet am 09.02.2023, eingegangen am 09.03.2023 mit Beugung Recht und Verfassung, Verfahren übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
Sieh Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 Seite 11
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74 / 84)

2. Verfassungsbeschwerde (1 BvR 1680/23) vom 15.09.2023
wegen Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen
nach 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter, ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Anlage AGV-10/01: Schriftsatz vom 6.04.2023 an das Amtsgericht Velbert mit Übergabe der
Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
sind die einzige Ursache für Altersarmut. Mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren, heute im Alter von über 80 Jahren, unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten,
werden Rehabilitierung und Schadenersatz .
vom Kläger sabotiert und von der Justiz boykottiert. Kläger, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Richter Hand in Hand mit strafbarer Rechtsbeugung gegen Zerschlagungsopfer.

Anlage AGV-10/02
Verfassungsbeschwerde vom 15.09.2023 (1 BvR 1923/23) mit
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerden vom 14.Jan.2023, vom 31.März 2023, 25.Mai 2023, 08.Juli 2023, 10.Aug.2023
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidriger Pflegeversicherung
mit verfassungswidriger Plünderung des Pfändungsschutz-Konto
zu verfassungswidriger Krankenversicherung
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005), unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
in 2010 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag für politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort,
am Geburtsort in Bayern mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz (2012)
am Wohnort in NRW mit Gerichte übergreifendem Schadenersatz/Rehabilitierung-Boykott seit 2011,
mit Schadenersatz-Sabotage durch
weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagtenTäters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps,
mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von mehrfacher Freiheitsberaubung (verfassungswidrigem Missbrauch von JVA-Service) und von Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherinnen unter weisungsgebundenen Staatsanwälten, obwohl
kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend,
mit Willkür-Kontopfändungen / Kontoplünderung hoher Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto
Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Polizei-Terror, mit Banken-Terror, Psycho-Terror unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten . .

BVERFG-391. Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Helfer und Helfershelfer ohne Richterkontrolle ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten

Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Schadenersatz-Sabotage und Kontoplünderung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagtenTäters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
unter dem Deckmantel des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten, von Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, von Alter und von erdrückender Beweislage
Von Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen nach25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter,

ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren
Beginn einer neuartigen Hexenverfolgung,
wenn das Denkvermögen wegen Überforderung ausgeschaltet wird,
wenn Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum zerschlagen und mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen abgestraft werden
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Richterkontrollen und mit Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramts
> Deutschland ist mit Hexenjagd unterwegs, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen, mit Abschaltung des Denkvermögens über kausale Zusammenhänge: nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage VB-2327 mit Anlage VB-2327a
Staatsanwaltschaftliche Exzesse auf Pfändungsschutz-Konto seit 2013 und Kontoplünderung seit 2021 Gesamt 12.206,20 € (Okt.2023: 12.710,37 €)
Nach mehrfachem Einspruch gegen horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010,
nach Aufbrauch aller Altersrücklagen bis 2010.
Verfassungswidrige Rechtsanwendungen mit Kontozwangsmaßnahmen sind staatsanwaltschaftliche Exzesse, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht mehr respektiert werden, haben keine Rechtskraft und daher als Willkürakte eines totalen Justiz-Versagen zu bewerten.
Geplündert werden nicht nur Rentenzahlungen im hohen Rentenalter, sondern alle Zahlungseingänge über der Schutzgrenze des Pfändungsschutzkonto
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr und totalem Justiz-Versagen
wegen Verweigerung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz, jetzt auch mit
Anspruch auf Opferschutz, Schmerzensgeld und ein humanes Lebensende
wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> Anlage VB-2305 c) Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (eingegangen am 26.09.2023)
mit verfassungswidriger Kostenanklage am Landgericht Wuppertal (10 O 168/22) nach Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22)

> Anlage VB-2305 d)
Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) gemäß Abrechnung vom 13.04.2023 (11 C 406/22 002 (276))

> Anlage VB-2305 e),f) Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspfleger Ermanns
Sieh auch Anlage VB-2327a

> Anlage VB-2305 g) Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna mit Schreiben vom 26.10.2023 (eingegangen am 3.11.2023) mit Erfahrungen zu 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen gegen **Rentner jetzt im 83. Lebensjahr**, sieh auch Anlagen für die sofortige Beschwerde am Landgericht Wuppertal
(zu **BVERFG-393.** Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 82.Lebensjahr, und
Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer (Rechtspfleger Jacob, Rechtspfleger Ermanns, Obergerichtsvollzieherin Sommerfeld, Gerichtsvollzieherin Ritzhaupt, Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna aktualisiert am 6.11.2023)
Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna war bereits in 2014/2015 an der wirtschaftlichen Zerschlagung des Beschwerdeführers beteiligt.
Wahrheitswidrig ist die Behauptung der Rechtspflegerin, dass der Beschwerdeführer seinen Widerspruch gegen Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Sozialversicherung zurückgenommen habe. Tatsache ist, dass der Widerspruch mehrfach Gegenstand von Verfassungsbeschwerden ist.

Anlage VB-2306 a) b) c)
Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern
a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe
Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)
b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010
c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307
Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal: Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.
Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308
Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a) mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023
Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**
Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)
nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

Anlage VB-2309
Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren
gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß
BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und
Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
mit Hinweis auf
Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.
Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf
Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlage VB-2311/A:
Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichts (AR 1497/23) vom 08.03.2023 mit nicht zutreffenden Annahmen:
Staatsanwälte haben den Polizei-Terror auf befriedeten Grundstück bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermin gegen Bürger(in) im 82.Lebensjahr veranlasst.
Die Ladung des Amtsgerichtes hat nicht eine „Zwischenentscheidung" des Amtsgerichtes, sondern ein verfassungswidriges Urteil zur Folge, gegen das jetzt Verfassungsbeschwerde fortzusetzen ist. Sieh
C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023 (eingegangen am 09.03.2023), Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung, warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.
Polizei-Terror verniedlichende Stellungnahme der AR-Referentin Krause-Reul am Bundesverfassungsgericht, seit vielen Jahren zuständig, obwohl immer wieder konkrete anzufechtende Hoheitsakte vorgelegt, weil bis heute:
2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück,
> ohne Haftbefehl beim 1.Mal,
> beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror, angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von skrupellosen Staatsanwälten
mit juristischem Service für Sozialversicherungsträger seit 2010 und mit judikativem Service für Richter an den Amtsgerichten in Velbert und Mettmann, am Landgericht Wuppertal, an Sozialgericht Düsseldorf, an Bundesamt für Justiz (BfJ) seit 2007, mit Klage-Erzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht gegen verantwortliche Polizeitrupps bei 1. und 2. Freiheitsberaubung unter Information an AR-Referentin im Bundesverfassungsgericht
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
mit Schreiben an den Bundespräsidenten wegen 1. und 2. Freiheitsberaubung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25 unten)

Anlage VB-2312/B: Anzufechtende Hoheitsakte
Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)
Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
vom 01.02.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

Anlage VB-2313/B
Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal(124 Seiten)
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023)
nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die Schranken zuweisen
Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen. Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.
2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle
Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.
> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022)
wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal
mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen
Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt (Sieh Kapitel 08)
08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:
Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis 2003
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:
Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.
Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben.
Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.
Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal,
weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung,
weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.
Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.
Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden. Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 182)
Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG07(KV), LG08(KV), LG09(KV), LG10(KV), Anlage OWiV-02 aktualisiert (OWiV-02a, OWiV-02b), OWiV-03

Anlage LG-07(KV)
Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)
50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf
Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)
Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter
nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung,
nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)
Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren
nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss
24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**
25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:
Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates
zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann
26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf
Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):
Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert
26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit

Anlage OWiV-01
Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

am Amtsgericht Velbert
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Anlage OWiV-02: aktualisiert
Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze
Anlage OWiV-02 a
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
mit Kapitel BVERFG-380
BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.
Staatsanwaltschaftliche Exzesse
mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,
mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!
Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:
Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde
Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation,
von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.
2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor
Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen
Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in

Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger
Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)
Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:
> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.
> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psychoterror . . .
> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010, selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:
> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt,
weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.
Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,
> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz
> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b
Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage
> Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
156. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
gemäß Informationen zum Güteverfahren beim Oberverwaltungsgericht
> > > http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service
Hand-in-Hand:
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks / Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr leisten können. Seit 2010.
Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden Lebenswerkes, hat das klagende Opfer,
nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn
hinnehmen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf
Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03
Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des

Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2314/B
Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022 (124 Seiten)
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage LG-03 (KV)
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 153)
Schriftsatz vom 24.12.2022 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG-03(KV), LG-04(KV), LG-05(KV), LG-06(KV)

Anlage LG-03 (KV)
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage LG-04 (KV)
Schriftsatz vom 28.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .
> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,
> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).
> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,
> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,
> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang
haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.
> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.
Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)
ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und
dafür auch noch Kosten berechnen will.
Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen
Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren
03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:
Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998
05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)
Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)
Anlage LG-06 (KV)
Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhnend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer
Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022
mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden. (15 M 1627/22)

Anlage VB-2315/C
Urteil 11 C 406/22 des Amtsgerichtes Velbert, verkündet am 09.02.2023 ohne Kenntnis des Geladenen zu Güteverhandlung, mit vorhergehendem Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück, nach kurzer Erklärung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung Abbruch der Güteverhandlung am 12.01.2023 ohne Begründung durch jungen Einzelrichter Bäcker, eingegangen am 09.03.2023, vorgelegt in der Verfassungsbeschwerde wegen entscheidungsrelevanter Zusammenhänge mit der gesamten Verfassungsbeschwerde.

Anlage VB-2316/C
Persönliches, vorausgegangenes Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters,
mit Einspruch gegen Ladung und Verfügung und mit Antrag auf Aufhebung des Ladetermins mit Begründung und umfangreichen Anlagen von 44 Seiten
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22, Sieh Anlage LG-03 (KV)
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
mit **Anlage VB-2305:** Seite 42
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,** der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Anlage VB-2317/D
Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023) (Seite 1-4) mit Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 (persönlich an Richterin am 24.02.2023 übergeben) mit schriftlichem Antrag auf Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde (auf Verlangen der Richterin schnellstmöglich per Fax am 24.02.2023 nachgereicht). Rechtsbeschwerde mehrfach an Landgericht Wuppertal, an Oberlandesgericht Düsseldorf und an das Bundesverfassungsgericht.

Anlage VB-2318/D
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 13.03.2023 (eingegangen am 23.03.2023) mit Androhung eines Gerichtsbescheids über verfassungswidrige Pflegeversicherung des Sozialversicherungsträgers ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

Anlage VB-2319/D
Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 14.03.2023 (eingegangen am 31.März 2023). Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus
> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Anlage VB-2320/D
Schriftsatz vom 28.Jan.2023 mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF
gemäß Punkt 17 und 18
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 69)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2301 bis VB-2303

Anlage VB-2301
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04
Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001. Brutal verfassungswidrig:
Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates
mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)
> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder,**
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**
mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz
> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,
> mit extremistischer Ausuferung durch Treib-und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz
> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn,
mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.
002. Brutal verfassungswidrig:
Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal
mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen
Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.
Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern
Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert
Justiz verweigert Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.
Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)
Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19
Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01
Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022) mit verkürzter Notfrist
durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
d) mit nicht lesbarer Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert
(Seite 26-28)

Anlage LG-02
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)
BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht:
Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)
Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)
Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022
Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken
nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:
Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,
mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder,
mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,
beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:
Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem
herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in
Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit
Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit,
mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“,
mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für
extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen
Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anträge
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03
26 OWi-523 Js 814/22-84/22
Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)
Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .
weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)
weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,
weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,
weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,
weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,
Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.
02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf
03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist strafbar **in besonders schwer wiegenden Fällen**,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .
Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:
Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07
Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage
gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)
Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:
Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, versklavt:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,
Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.
Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin
> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung
> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),
> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanzen von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperre und Bundeskanzleramt mit **persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel** am Verwaltungsgericht Düsseldorf
> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.
(Anlage LG-05, LG-06)
Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?
> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen
> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022
zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:
Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:
Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022)
mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:
Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022

Anlage LG-07:
Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)
Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und
nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den **Schlesinger-Skandal** zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
gemäß Anlage LG-03
Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303
Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (**eingegangen am 06.12.2022** mit förmlicher Zustellung)
Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304
Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008
174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE. Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phönix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von
Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.
Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)
Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.
Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (sieh Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf
Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,
Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.
Intendanz-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:
> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und
nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von
Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.
Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:
Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu
Monika Piel, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen)
nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)
Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin
Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justitiarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.
2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:
Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.
Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,
Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk, vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:
Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013:
Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),
Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.
Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.
Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)
2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007
Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung
Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer
und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.
Folgewirkungen der Rundfunksperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine
daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),
Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.
Rundfunksperre des Klägers zu einer
Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbidungszentrum Mainz/Wiesbaden.
Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie **Kaizen,**
in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung
eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210
26 Jahre Europäische Congressmessen.
Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,
mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester
Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.
177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:
Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > > >
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.
Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?
Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.
Zerschlagen nicht nur:
Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,
Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.
Danach
Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten,
Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin
Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert
Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts-und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:
Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld
Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am
laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011
Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht
der 2.Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung
Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten
Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81.Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und
Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012
Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.
Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert,
Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen
Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten
Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr
mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden
Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsopfer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,**
der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend
mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt,
mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,
mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,
mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,
mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin
Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,
gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:
> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können

wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers) nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011**)**
jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22
jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und Pflegeversicherung.
Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:
Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier
Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher
Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.
Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf

Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
1 BvR 1943/24

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 26.08.2024

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24
vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 (AR 2655/24)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228)

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch.“ Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigem Übermaß.
Von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto
zu verfassungswidrigem Missbrauch von Gerichte übergreifenden
Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Spaltung, Isolierung, Ausgrenzung
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal
Hier: Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11)
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024
gegen Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für
Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz
beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024

und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim
Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“
durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit
weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit
ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem
Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in
Deutschland und Europa

In 2010/2011 mit Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin)
sowie mit Wissen aller Staatsorgane und aller Länderregierungen in Deutschland
unter führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) und unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022)
mit Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87 / 146 / 203 / 335)

Judikativer Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
Sabotage durch Staatsanwälte zu Verfahren für
Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen seit 2010, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Brutal verfassungswidrig, Opfer verhöhnend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Im Beschwerdeverfahren:
Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, Justizopfer ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010, seit dem 70.Lebensjahr
gegen weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung
gegen
DEBEKA Kranken-Versicherungsverein a.G., vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, Zeuge in verfassungswidrigen Bußgeldverfahren seit 2011,
vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**, verantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen in einem Datenschutz-Skandal, mit technischem Service zu einem Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, in Gerichte übergreifenden Verfahren, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),
unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten,
mit juristischem Service für Kläger gegen das Opfer, mit Unterstützung durch Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieher, mit judikativem Service für willfährige Richter, die nicht weisungsgebunden sind.

Begründung (Forts. mit laufender Nummer)

BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) gemäß
Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß

Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender Hoheitsakt:
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Rechtsstaat für Sozialstaat ausgehebelt, Grundrechte ausgehebelt, weil: Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat, Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, haben daher keine Rechtskraft einschließlich vorläufiger Vollstreckbarkeit.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert ohne Beachtung von sofortiger Beschwerde (03.03.2024) mit nachfolgender Anhörungsrüge (23.03.2024) am Landgericht Wuppertal: Rechtswidrig und verfassungswidrig.
Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert mit Technik-Unterstützung des Prozessbevollmächtigten des Klägers als Schauprozess missbraucht:
> Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, willfährige Richter in Gerichte übergreifenden Verfahren
> Schauprozess als Auftaktveranstaltung für nachfolgende Veranstaltungen
> > für Strafverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 am Amtsgericht Mettmann (vorher Velbert)
> > für Berufungsverfahren zu Mehrfach-Gerichtsbescheiden am Landessozialgericht NRW in Essen
> > für neues Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf
> Gerichte übergreifend:Soziale Zerschlagung durch Verfassungswidrige Sozialversicherungen (diskriminierende Grundversicherungen) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, mit Rentenplünderung im 83.Lebensjahr für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (dieses zum Schutz vor staatsanwaltschaftlichen Übergriffen) bis zum Pfändungsschutz-Limit, mit Plünderung von Versicherungsleistungen, mit Plünderung von Energiekosteneinsparungen, mit Plünderung vom Zahlungseingängen aller Art . . . . . .
> > > Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) > mit Hass gegen Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa, für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ unter dem Deckmantel von Verbraucherschutz
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit technik-unterstützter Video- und Audio-Kommunikation (Netzunterstützung) für Gerichte übergreifende Verfahren mit Aufhebung von Sichtbegrenzung und Entfernungsbegrenzung
> Aufhebung von Sichtbegrenzung: Zuschaltung von weisungsgebundenen Staatsanwälten & Co. unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung, ihrer Helfer und Helfershelfer

(willfährige Einzelrichter, Rechtspfleger, Gerichtsvollzieher, . . .) mittels Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung
> Aufhebung von Entfernungsbegrenzung wegen übergreifender Verfahren in Berlin, Düsseldorf, Wiesbaden, Essen, Wuppertal, Mettmann, Velbert, : . . mit Home-Office-Unterstützung durch einen neuartigen, verfassungswidrigen Schauprozess mittels Email/Telefon-Anschluss
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale im Gerichtssaal
mit Einführung von (Teil-)Versäumnisurteilen zur Einsparung von Argumenten trotz persönlicher Anwesenheit,
mit Reduzierung der Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage: („Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“)
> > > Erschließung neuer Hasspotentiale mit Mobbing im Gerichtssaal von Gerichte übergreifenden Verfahren mit Fragen wie „Sind sie Reichsbürger?“ und Feststellungen „Alles Humbug“
> > > Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen: Null Bedeutung für verfassungsrechtliche Bewertung, ohne Respektierung an Amtsgerichten und Sozialgerichten
> > > zu bekämpfen: Erzeugnisse von verfassungswidrigen Mahnverfahren am Amtsgericht Mayen, Zumüllen mit serienartigen Einzelbriefen
durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, der in den Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz verwickelt ist und mit Mobbing-Einzelzeilen gerichtliche Stellungnahmen durchführt.
> Nur die Wahrheit zählt: Auch der Datenschutz ist ein Grundrecht, der hier nicht respektiert wird. Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Klägers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.
> Anzugreifende Hoheitsakte gemäß Kapitel BVERFG-407 mit besonderem Bezug zu den Kapiteln BVERFG-403 bis BVERFG-406.

Die verfassungswidrige Technik-Unterstützung bis zu Homeoffice-Anwendungen am Amtsgericht Velbert über Email-Anschluss mit telefonischer Unterstützung durch Kläger (Anlage VB-2411) zeigt Auswirkungen auf nachfolgende Gerichtsverfahren in Mettmann, Düsseldorf und Essen: Mobbing in Gerichtsverfahren mit Überflutung durch neue Gerichtsverfahren mit **Erschließung neuer Hasspotentiale ohne Zugang zu Rehabilitierung und Schadenersatz** gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG **weil judikativer Boykott und staatsanwaltliche Sabotage**

> Mobbing in Hauptverhandlung des Strafverfahrens am Amtsgericht Mettmann (32 OWi-543 Js 77/24-46/24 durch Vorsitzende Einzelrichterin: (*„Sind Sie Reichsbürger?“, „Alles Humbug“, Gerichtskommunikation auf eine einzige Frage reduziert: „Haben sie bezahlt? Ja oder Nein!“ u.a.)*
> Mobbing im Berufungsverfahren am Landessozialamt NRW (L 5 P 110/24 in Essen) durch Prozessbevollmächtigten des Klägers: *„Im übrigen gedenke ich nicht auf den Reichsbürgerschwachsinn zu erwidern“ (Sieh Anlage LSG-28)*
Zielsetzung des Mobbing: Glaubwürdigkeit des Beklagten zu vorgelegten Beweisen über mehr als 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagung zu untergraben, offensichtlich erfolgreich! **Hass macht blind!**

Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt: Sieh Anlage VB-2412:
> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatdresse (Anlage VB-2412a)
> mit Kopien zu einer Sammlung **verfassungswidriger Mahnbescheide** (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf, (Anlage VB-2412b)

Langjähriger Datenmissbrauch und Datenverfälschung ohne Respektierung des Datenschutzes mit einem angekündigten Doppelversäumnisurteil als unerträgliche Eskalation von ständigen Teilversäumnisurteilen zeigt:
Hass macht blind für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
mit Fortsetzung durch soziale Zerschlagung im Umfeld von verfassungswidrigen Sozialversicherungen und Rentenplünderung für verfassungswidrige Sozialversicherungen

Daher seit 2010 gefordert: Rehabilitierung und Schadenersatz
Jetzt endlich Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
gemäß grundgesetzlichem Anspruch (Art.34 GG)

Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156)

Verfassungswidrige Technik-Unterstützung des Klägers zur Verdeckung einer Gerichte übergreifenden Hass-Justiz im Hintergrund, verdeckt durch eine Videowand, mit einem Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz, zeigt den Notstand des Datenschutzes am Amtsgericht Velbert: Schutzbedarf der Daten wird nicht mehr erkannt, Datenschutz wird vorgeheuchelt.

Erste Auswirkungen auf
nachfolgende Gerichtsverfahren in Mettmann und Essen: Mobbing in Gerichtsverfahren
> Mobbing in Hauptverhandlung des Strafverfahrens am Amtsgericht Mettmann (32 OWi-543 Js 77/24-46/24 durch Vorsitzende Einzelrichterin:
(*„Sind Sie Reichsbürger?“, „Alles Humbug“ u.a.)*
> Mobbing im Berufungsverfahren am Landessozialamt NRW (L 5 P 110/24 in Essen) durch Prozessbevollmächtigten des Klägers: *„Im übrigen gedenke ich nicht auf den Reichsbürgerschwachsinn zu erwidern“ (Sieh Anlage LSG-28)*
Zielsetzung des Mobbing: Glaubwürdigkeit des Beklagten zu vorgelegten Beweisen über mehr als 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagung zu untergraben, offensichtlich erfolgreich! **Hass macht blind! Blind für Rehabilitierung und Schadenersatz**

Velbert, 26.08.2024

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur
unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben
und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

<u>Anlage VB-2414</u>
Schriftsatz vom 24.08.2024 an Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) mit **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten / Rechnungen gemäß Anlage AGV-24/11 (a,b, . . .).

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024

Anlage VB-2407
Urteil des Einzelrichters am Amtsgericht Velbert Dr.Krieger (10 C 211/23) ohne Datum zur mündlichen Verhandlung vom 26.06.2024 (eingeganhen am 31.07.2024)
Anlage VB-2407a)
Ohne Überschrift: Protokollartige Dokumentation (eingeangen am 04.07.2024) mit Geschäfts-Nr. 10 C 211/23
Öffentliche (?) Sitzung mit Videowand des Klägers mit
verfassungswidriger Rechtsanwendung von §128a ZPO
(Videoverhandlung mit Email-/Telefon-Wählanschluß) ohne Angabe zu Antrag über Auflistung der vorgenommenen Anschlüsse trotz Anmahnung des Beklagten.
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht
Anlage VB-2403 a)
Sieh Anlage zur Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024 (Seite 17)
Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Gütetermin,
Einspruch mit neuer
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 226)

Anlage VB-2408
Schriftsatz vom 28.05.2024 mit Anlage AGV-24/09
Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren 10 C 211/23 mit Begründung g) mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024) mit Begründung unter g
nach vorhergehenden Begründungen unter a bis f
Begründung unter g
g) Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)
Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024 gemäß Anlage AGV-24/9: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter > persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
gemäß Anlage AGV-24/09
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss, das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024
(eingegangen am 23.04.2024) mit Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 und 29.04.2024 mit Anlage VB-2404 a) b) und c) in der Verfassungsbeschwerde 29.04.2024
ohne Rücksicht auf Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 und der Anhörungsrüge vom 23.03.2024 am Beschwerdegericht
ohne Respektierung der Abwehrfunktionen von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
mit Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen betroffener Grundrechte
mit Begründung unter f
nach vorhergehenden Begründungen unter a bis e
Anlage AGV-24/09

Anlage VB-2409
Verfügung des Einzelrichters am Amtsgericht Velbert Dr.Krieger (10 C 211/23) vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)

Anlage VB-2410
Schriftsatz vom 06.05.2024 an da Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) mit Begründung f)
f) Termingerechte Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024 mit Verfassungsbeschwerden vom 29.04.2024 und 10.04.2024.
Nicht mehr tolerierbar: Hass, Diskriminierung, Datenschutz-Skandal, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit ständiger Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe mit Eskalation zu einem Hass-Tribunal mit Doppel-Versäumnisurteil gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
nach „de facto“-Teilversäumnis-Urteilen/-Beschlüssen am laufendem Bande seit 2011 mit
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) und des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern,
> inkl. soziale Zerschlagung unter sozialer Ausgrenzung mit SCHUFA-Eintragungen in einem Datenschutz-Skandal
> unter Mittäterschaft des des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter Federführung von Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin und Stellv. WDR-Intendantin (1997-2022)
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF (2007)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 10)
und demonstrativem Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012

> mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativem Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010
> mit Wissen aller Ministerpräsidenten von Deutschland (2005)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 08/12),
> mit Wissen aller zuständigen EU-Kommissare in Brüssel (2007)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 10)
mit Anmahnung der Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand gemäß Art.20 Abs.4 GG und Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG iVm Art.34 GG

Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 und 29.04.2024 mit Anlage VB-2404 a) b) und c) in der Verfassungsbeschwerde 29.04.2024
ohne Rücksicht auf Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 und der Anhörungsrüge vom 23.03.2024 am Beschwerdegericht
ohne Respektierung der Abwehrfunktionen von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
mit Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen betroffener Grundrechte
mit Begründung unter f
nach vorhergehenden Begründungen unter a bis e

Anlage VB-2411
Anzufechtender Beschluss vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit verfassungswidriger Installation einer Videoverhandlung über Email-Adresse und Telefon-Nr. entgegen Anfechtung durch den Beklagten, weil verfassungswidrige Rechtsanwendung von §128 a Abs.1 ZPO in Kanzlei des Klägers. ermöglicht und eine im Verhandlungstermin beantragte Auflistung der Anschlüsse verweigert wurde (Anlage VB-2407a).

Anlage LSG-30 (zur Zeit als Leihgabe an Landessozialgericht NRW)
Zu Congressbänden und Aktenordnern für Verhandlungsnachweise im Datenschutz-Skandal (Turmartiger Aufbau gem. prtokollartiger Bezeichnung, Anlage VB-2407a)
Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)
mit Congress IV unter Leitung von
Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,
Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

Anlage VB-2412
Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt: Gemäß Anlage
> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatdresse (Anlage VB-2412 a)
> mit Kopien zu einer Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

Anlage LSG-28
Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „**Reichsbürgerschwachsinn“** einzugehen“. Einzelzeile-Stellungnahme ohne Begündung!

Anlage VB-2413
> Über 75 Jahre Grundgesetz & über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: mit weisungsgebunedenen Staatsanwälten zu Datenschutz-Skandal:
Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto einer XXL-Generationendiskriminierung mit weisungsgebundenen Staatsanwälten zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und „Hass hinter Videowand-Vernetzung“ in Gerichte übergreifenden Verfahren

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024
Anlage VB-2403 a)
Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Gütetermin,
Einspruch mit neuer
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 226)
Anlage LG-24/04 in
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 247:
„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar
ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05 in
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 251:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**
Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 275)

Anlage VB-2403 b)
Verfügung des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 10.04.2024 (eingegangen am 15.04.2024) mit Ladung zur mündlichen Verhandlung über Einspruch und Hauptsache

Anlage VB-2404 a)
Persönliches Anschreiben des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 18.04.2024 mit judikativen Zusicherungen und mit den Anlagen gemäß Anlage VB-2404 b) und c) (eingegangen am 23.04.2024)

Anlage VB-2404 b)
Einzelrichter-Beschluss Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 vom

18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) als unanfechtbare Entscheidung. Unanfechtbarkeit ohne Begründung ist anzufechten, weil rechtswidrig ohne Beachtung von eingelegten Rechtsmitteln und weil verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten.

Anlage VB-2404 c)
Stellungnahme des angestellten Rechtsanwaltes Ümit Yildirim der Rechtsanwälte Giebel und Kollegen vom 16.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit 3 Anträgen auf 1 Seite ohne Begründung (Antrag 1., Antrag 2., weiterer Antrag). Alle Anträge ohne Begründung sind mit Einspruch abzuwehren.

Anlage VB-2405
Mitteilung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Herrn Thor) vom 15.04.2024 mit Hinweis auf Verwaltungsgericht Wiesbaden, offensichtlich mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte. Eine direkte Kommunikation mit einem Congressleiter (Univ.-Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, heute Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit) der 22. Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes IV gemäß Anlage unter Gesamtleitung der Congressmesse und des professionellen Verlagsservice durch den Beklagten (3 Seiten beigefügt) war nicht möglich. Der Beklagte ist nicht interessiert an einem Gerichtsverfahren gegen einen früheren Congressleiter, aber an Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach **Art.34 GG ohne judikativem Boykott und ohne Versäumnisurteile in Schauprozessen mit einem Datenschutz-Skandal unter Beteiligung des SCHUFA-Vorstandes, der Rechtsanwälte des Klägers und weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und gegen staatsanwaltliche Sabotage.**

Anlage VB-2406
Fortsetzung von Nonstop-Bußgeldverfahren mit zu erwartenden Teilversäumnisurteil seit 2011 ohne Respekt vor Grundrechten am **Amtsgericht Mettmann** unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung
nach über **25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und mit einer Hetzjagd gegen ihn und in den wirtschaftlichen Ruin und Freitod seines Bruders mit Nachlass-Insolvenz (2012) nach Niederschlagung der Petition durch eine Staatssekretärin, später Staatsministerin des heutigen Ministerpräsidenten in Bayern.**

Anlage VB-2312 d) Sommerfeld 10
Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respekt vor Grundrechten mit Wiederholung: Sieh **Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a)** Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Datierung auf das **Weihnachtsfest 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.

Anlage VB-2401
Schriftsatz vom 23.03.2024 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Anlage LG-24/01: Schriftsatz des Amtsgerichtes Velbert 10 C 211/23 vom 12.01.2024 (eingegangen am 24.02.2024), mit dem ein weiteres verfassungswidriges Verfahren dem Zerschlagungsopfer aufgezwungen wird und daher mit sofortiger Beschwerde zurückgewiesen wird, wobei zu beachten ist:
Das Zerschlagungsopfer hat seit vielen Jahren keine Kontakte mehr zu dem Sozialversicherungsträger und seinem Prozessbevollmächtigten. Er muss sich gegen verfassungswidrige Gerichtsverfahren wehren, die ihm aufgezwungen werden.
Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft. Das gilt auch für „Anspruchsbegründungen“, die zurückzuweisen sind, weil sie verfassungswidrig sind.
„Anspruchsbegründungen“ bei verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind äußerst erbärmlich, weil das Zerschlagungsopfer seit 2010 jede Verfassungswidrigkeit mit Verfassungsbeschwerden bekämpft.
Es geht um soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen:
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte z.B. Art.6 EMRK in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, denen mehrfache kriminelle Freiheitsberaubungen vorzuwerfen sind, sowie Psychoterror, Polizei-Terror vor Gerichtsverfahren, Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nach Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010-2012,
jetzt auch noch mit „Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung.

Anlage LG-24/02: Schreiben vom 28.02.2024 an Zentrale Zahlstelle Justiz
mit Zurückweisung von Rechnung, Mahnung und ggf. weiterer Kosten Kassenzeichen X701143342707X, Geschäftszeichen 16 T 207/2023 001 (270) Landgericht Wuppertal mit den Anlagen 01 bis 04 sowie Anlage SGC und Anlage SGG
Anlage 01
Rechnung vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)
Mahnung vom 22.02.2024 (eingegangen am 22.02.2024)
Anlage 02
Schreiben des Bundesverfassungsgericht vom 01.12.2023 (AR 9651/23, eingegangen am 07.12.2023)

Anlage 03
Schreiben vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal (16 T 207/23): Zurückweisung des Beschlusses vom 15.12.2023 einschließlich aller Kosten mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 mit Hinweis auf die Kapitel der Verfassungsbeschwerde (Die gesamte Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 umfasst die Kapitel BVERFG-396, BVERFG-397, **BVERFG-398,** BVERFG-399, BVERFG-400 auf insgesamt 92 Seiten)
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203/221)
Anlage 04
Übernahme der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 ff. vom Allgemeinen Register in das Verfahrensregister (1 BvR 207/24, bisher AR 9651/23) mit Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26.01.2024 (eingegangen am 31.01.2024), Allgemeines Register als Sammelstelle für Verfassungsbeschwerden wegen Gerichte übergreifender Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und am Amtsgericht Velbert zu
Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen als Fortsetzung zu über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Anlage SGC:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
"All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie es geendet hat. Da kann man nur sagen: Wehret den Anfängen!" Der Anfang war vor über 25 Jahren:
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
zuletzt wegen verfassungswidriger Plünderung von Pfändungsschutzkonto seit 2013 parallel zu **v**erfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen
Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsbefugnis und Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 05.Nov.2023
mit Eingang einer verfassungswidrigen Bescheidung am 30.12.23 und zu sofortiger Beschwerde nach Rechtspfleger-Beschluss am Amtsgericht Velbert und mit Fortsetzung eines

Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) mit verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten
mit direkter Verantwortung für
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im > > > 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zur Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203)

Anlage SGG: (an das Landgericht)
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23) **vom 25.01.2024**
"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel **zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen** seit 2011 (über 12 Jahre) **zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen** und **zu sozialer Spaltung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen mit den Kapiteln BVERFG-401 und BVERFG-402: BVERFG-401. Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung**
Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsopfer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich
mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur

Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen
durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte
durch Prozessbevollmächtigte der Sozialversicherungen
mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
BVERFG-402. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste

wegen totalem Staatsversagen.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)

Anlage LG-24/03:
Widerspruch-Verfahren mit Antrag an
Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.
Anlage LG-24/03 a)
Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 23)
Anlage LG-24/03 b)
Eingangsbestätigung / Nachforderung (Az: 90.24.75: 0067) vom 21.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
Anlage LG-24/03 c)
Schreiben vom 10.Feb.2024 an
Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 01)

> Seite 16/70, **Anlage SGD: SCHUFA-Auskunft vom 27.12.2023** (eingegangen am 05.01.2024) mit Stellungnahme am 16.01.2024

> Seite 17/77, **Anlage SGE: Mein Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte** ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht gemäß **Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 59)

> Seite 18/85, **Anlage SGE-2:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 23.Jan.2024 (eingegangen am 29.01.2024) ohne Abhilfe

Seite 18/86 , **Anlage SGE-3: Mein Schriftsatz vom 05.Feb.2024 an**

den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Information über Verfassungsbeschwerden und weitergehende Begründung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 121).

> Seite 18/99, **Anlage SGE-4:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 07.Feb.2024 (eingegangen am 09.02.2024) ohne Abhilfe.

> Seite 18/100, **Anlage SGF:**
Verfahrensbestätigung des Bundesverfassungsgerichts unter Aktenzeichen 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23)

> Seite 18/101, **Anlage SGG** im Schriftsatz vom 31.Jan.2024 an das Sozialgericht:
Verfassungsbeschwerde (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr bis zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel
zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Isolierung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen gemäß
Kapitel BVERFG-401 und BVERFG-402.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)

Anlage ONLINE PROGRAMM
ONLINE'99, 22. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56#anfang
Scroll down after link to ONLINE 1999
Beiliegend: Seminarreihe > online < 1975.
Das Programm der ONLINE'99 ist beigefügt, um darauf hinzuweisen, dass Herr Prof. Roßnagel selbst als Congressleiter an der Durchführung dieser Congressmesse beteiligt war.
Der Datenschutz hat in seinem Lebenswerk einen besonderen Stellenwert: Als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH hat er bereits in den 1970er Jahren die ersten Datenschutz-Beauftragten persönlich ausgebildet, mit dem Wissensstand von damals (sieh beiliegende ONLINE-Seminarreihe aus 1975, BDSG seit 1978) und in 1977 ein Symposium zu ITK-Innovationen mit Referaten und Diskussionen über 3 Tage sowie Dokumentation in einem Symposiumsordner:
Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen, Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern, Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Auf der ONLINE'94 in Hamburg hatte Datenschutz und Datensicherheit einen besonderen Schwerpunkt: Im Plenum der

Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob
Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)
auf der 17.Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum Thema
Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes Informationsmanagement (ISBN 3-89077-126-2)
Außerdem 2 internationale Kolloquien zu:
Kolloqium A: Aktuelle Probleme der IT-Sicherheit und Lösungsansätze
Kolloqium B: Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr, Auflagen und wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten
Um dies zu verdeutlichen, hat er aus aktuellem Anlass im Schreiben an das Sozialgericht Düsseldorf Kapitel
45. (41.Aktualisiert wegen Datenschutz) Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers,
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
mit Schreiben vom 16.Feb.2024 neu formuliert:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice
(ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen
Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 29) wie z.B
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 131)
Er macht darauf aufmerksam, dass er nur parallel zu anderen Gerichtsverfahren gegen verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen ankämpfen kann. Bitte um Mitteilung, welche weiteren Beweisunterlagen benötigt werden.

Anlage SGH:
Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.** Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren

---

Anlage LG-24/04:
„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**
Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Anlage AG-24/06
Gegenerklärungen des Antragsgegners Albin Ockl vom 31.10.2022 zu den Mahnbescheiden der DEBEKA Krankenversicherungsverein

Anlage VB-2402 als Ergänzung zu Anlage VB-2401
Schriftsatz mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23
und 11 C 406/22 (16 T 207/23)
mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Sozialer Hass als Dauerzustand zum Beispiel: Sieh
Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts nach Wiederholung in der **Weihnachtszeit 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.
Fortsetzung der Wiederholung mit
Verfassungswidrigem Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts im April 2024 nach Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 wegen
Absolut totalem Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren seit 2011
Erzwingung einer politisch motivierten Justiz im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundeskanzleramtes
Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Entscheidung der Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht Düsseldorf

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024
Anlage VB-2315:
Schriftsatz vom 19.Jan.2024 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Vorlage von **Anlage SGE:**
Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte
ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht
gemäß Anlage SGD im Schriftsatz vom 08.Jan.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 59)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024:

Anlage VB-2310: Stellungnahme vom 10.12.2023 an das Sozialgericht Düsseldorf (S 31 P 146/22) mit den Kapiteln 34, 35 und 36 (insgesamt 71 Seiten) wegen
Schreiben vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023). mit
Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA) und Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Anlage SGB)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87)
Anlage VB-2311 a: Aufforderung durch das Sozialgericht Düsseldorf_ (S 31 P 146/22) zur Stellungnahme
Anlage VB-2311 b: Antwort des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.12.2023 (eingegangen am 21.12.2023) durch Bearbeiterin Frau Jans auf Stellungnahme vom 10.12.2023 (Anlage VB-2310) und Aufforderung zu einer 2.Stellungnahme mit neuem Aktenzeichen (S 31 P 457/23)

Anlage VB-2312: Soziale Zerschlagungen ohne Beachtung in Sozialgerichten
Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen
wegen Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Psycho-Terror und mit Androhung von Hausfriedensbruch durch Schlosser-Gehilfen auf umfriedeten Grundstück, mit ausführlicher Begründung und Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA)
Aus Punkt c) der Begründung zu judikativem Boykott: „ . . . Darüber hinaus wurde dieses Verfahren bereits einmal abgeschoben, mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 8.Dez.2014 (VG 27 K 496.14), an das Landgericht Wuppertal
abgeschoben und dort in 2 Verfahren (Zerschlagung 1: 2 O 70/15, Zerschlagung 2: 2 O 163/16) aufgeteilt.
Mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 21.07.2017 (VG 27 K 308.14) wurden die Verfahren vom Landgericht Wuppertal zurückgeholt und am Verwaltungsgericht Berlin wieder weitergeführt. Darüber hinaus wurde der Unterzeichner vom Verwaltungsgericht

Düsseldorf über eine Vereinbarung mit dem Verwaltungsgericht Berlin informiert, dass die verfassungswidrige Beteiligung des ÖRR/WDR an den **politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** (Zerschlagung 3) am Verwaltungsgericht Berlin eine angemessene Berücksichtigung findet. Die Klage gegen den ÖRR/WDR mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 ist rechtshängig am Verwaltungsgericht Düsseldorf. Es ist Menschenrechte verachtend, den Schadenersatz für **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen zu boykottieren oder** von einem Gericht ins andere verschieben zu wollen, obwohl dies an Verwaltungsgerichten gar nicht möglich ist, und das Opfer verantwortlich zu machen für die dadurch verursachten verheerenden Folgewirkungen (Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer Zerschlagung). Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen im fortgeschrittenem Lebensalter werden in den wirtschaftlichen Ruin gezwungen, ausgeraubt und bis in den Tod gehetzt, ohne Respekt vor Ihrer Lebensleistung."

Anlage VB-2312 b) Beschlüsse der politisch motivierten Zerschlagung durch judikativen Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz aus
> über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Berlin mit Abschiebung der judikativen Verantwortung an das Landgericht Wuppertal in 2014 und mit Zurückholung der judikativen Verantwortung in 2017.

Anlage VB-2313:
Petition Pet 1-17-09-703-005442 mit insgesamt 53 Kapiteln (hier Kapitel 37-41 in Anlage)
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
Schreiben vom 03.01.2011
an den Bundespräsidenten,
an den Deutschen Bundestag und
an das Bundesverfassungsgericht
der Bundesrepublik Deutschland

Anlage VB-2314: Anzufechtender Hoheitsakt
Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22 Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag, 30.12.2023) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin

Anlage VB-2314-1:
Zurückweisung des Beschlusses
mit Brief vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal mit Hinweis auf Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
gemäß Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.1023 (AR 9561/23, eingegangen am 07.12.2023) und telefonischer Bestätigung des Eingangs des Beschlusses des **anzufechtenden Hoheitsaktes** durch das Bundesverfassungsgericht.
Zurückzuweisende Rechnung des Landgerichts Wuppertal vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023

Anlage VB-2306 a) b) c)
Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern
a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe
Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)
b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010
c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307
Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal:
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.
Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308
Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a)
mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023
Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**
Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)
nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74)

Anlage VB-2309
Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren
gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß
BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
mit Hinweis auf
Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.
Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf
Scroll down after link (page 268)
Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

<u>Anlage VB-2301</u>: Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-392.
a) Beschluss IV-3 ORbs 15/23 Ws Oberlandesgericht Düsseldorf (zu IV-3 ORbs 133/23) 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023 (eingegangen am 28.Sept.2023)
b) Beschluss IV-3 ORbs 133/23 Oberlandesgericht Düsseldorf 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 21.Aug.2023 (eingegangen am 24.Aug.2023)
c) Urteil (?) / Beschluss 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 19.09.2023 (eingegangen am 05.10.2023 in Briefumschlag der Staatsanwaltschaft Wuppertal)
d) Rechnung zu 523 Js-OWi 824/22 1 (271) der Staatsanwaltschaft Wuppertal in neutralem Umschlag
e) Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023)

<u>Anlage VB-2302</u>: Mitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 16.Mai 2023 (2 BvR 539/23, eingegangen am 19.Mai 2023)
zu Verfassungsbeschwerde vom 14.Januar 2023
gegen das Urteil des Amtsgerichtes Velbert vom 24.02.2023 gemäß Anlage VB-2301 e)

<u>Anlage VB-2303</u>:
Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023
06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023.
Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.
Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 58)

<u>Anlage VB-2304</u>:
Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011 im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von
25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.
Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.
Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.
Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf
staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen
mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung
eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .
Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal > > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 38)

Der Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 enthält folgende Anlagen:

Anlage OWiV-04 OLG
Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt), auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG
Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG
Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit
Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und
nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 10/21/28)
und mit Hinweis:
Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von
weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert
wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen,
wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier
von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert,
gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr,
der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend,
der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist,
der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste
u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG
Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.
Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:
Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.
Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

Anlage OWiV-01
Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft
Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf

vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben
Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze
Anlage OWiV-02 a
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: Sieh > > > > > > > > > Seite 11

Anlage OWiV-03
Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2305: Erzwingung von politisch motivierter Zerschlagungsjustiz:
Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
nicht unter Richterkontrolle, sondern unter Kontrolle von weisungsgebundenen Staatsanwälten und unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes hier mit:

> Anlage VB-2305 a) Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-393.
Verfassungswidriger Kostenfestsetzungsbeschluss (11 C 406/22 Amtsgericht Velbert) vom 12.10.2023 mit wahrheitswidriger Begründung (eingegangen am 14.10.2023) durch Rechtspfleger Jacob als Richterersatz

> Anlage VB-2305 b) Schriftsatz vom 05.10.2023 an Amtsgericht Velbert **11 C 406/22**
(Stellungnahme zu Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (**Anlage VB-2305 c)**)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 107)
mit den Anlage AGV-10/01, Anlage AGV-10/02 und Anlage VB-2327
Zurückweisung aller Kostenforderungen und Wiederholung des Antrags auf sofortigen Stopp der Kontopfändung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Missbrauch für verfassungswidrige Krankenversicherung
entsprechend der vorgelegten Verfassungsbeschwerden:
1. Verfassungsbeschwerde (2 BvR 538/23) vom 31.03.2023
wegen Urteil 11 C 406/22 zu Abbruch der mündlichen Verhandlung am 12.01.2023, verkündet am 09.02.2023, eingegangen am 09.03.2023 mit Beugung Recht und Verfassung, Verfahren übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
Sieh Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 Seite 11
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74 / 84)

2. Verfassungsbeschwerde (1 BvR 1680/23) vom 15.09.2023
wegen Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen
nach 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter, ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Anlage AGV-10/01: Schriftsatz vom 6.04.2023 an das Amtsgericht Velbert mit Übergabe der
Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
sind die einzige Ursache für Altersarmut. Mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren, heute im Alter von über 80 Jahren, unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten,
werden Rehabilitierung und Schadenersatz .
vom Kläger sabotiert und von der Justiz boykottiert. Kläger, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Richter Hand in Hand mit strafbarer Rechtsbeugung gegen Zerschlagungsopfer.

Anlage AGV-10/02
Verfassungsbeschwerde vom 15.09.2023 (1 BvR 1923/23) mit
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerden vom 14.Jan.2023, vom 31.März 2023, 25.Mai 2023, 08.Juli 2023, 10.Aug.2023
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidriger Pflegeversicherung
mit verfassungswidriger Plünderung des Pfändungsschutz-Konto
zu verfassungswidriger Krankenversicherung
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005), unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
in 2010 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag für politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort,
am Geburtsort in Bayern mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz (2012)
am Wohnort in NRW mit Gerichte übergreifendem Schadenersatz/Rehabilitierung-Boykott seit 2011,
mit Schadenersatz-Sabotage durch
weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagtenTäters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps,
mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von mehrfacher Freiheitsberaubung (verfassungswidrigem Missbrauch von JVA-Service) und von Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherinnen unter weisungsgebundenen Staatsanwälten, obwohl
kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend,
mit Willkür-Kontopfändungen / Kontoplünderung hoher Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto
Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Polizei-Terror, mit Banken-Terror, Psycho-Terror unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten . .

BVERFG-391. Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Helfer und Helfershelfer ohne Richterkontrolle ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten

Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Schadenersatz-Sabotage und Kontoplünderung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagtenTäters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
unter dem Deckmantel des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten, von Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, von Alter und von erdrückender Beweislage
Von Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen nach25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter,

ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren
Beginn einer neuartigen Hexenverfolgung,
wenn das Denkvermögen wegen Überforderung ausgeschaltet wird,
wenn Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum zerschlagen und mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen abgestraft werden
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Richterkontrollen und mit Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramts
> Deutschland ist mit Hexenjagd unterwegs, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen, mit Abschaltung des Denkvermögens über kausale Zusammenhänge: nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage VB-2327 mit Anlage VB-2327a
Staatsanwaltschaftliche Exzesse auf Pfändungsschutz-Konto seit 2013 und Kontoplünderung seit 2021 Gesamt 12.206,20 € (Okt.2023: 12.710,37 €)
Nach mehrfachem Einspruch gegen horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010,
nach Aufbrauch aller Altersrücklagen bis 2010.
Verfassungswidrige Rechtsanwendungen mit Kontozwangsmaßnahmen sind staatsanwaltschaftliche Exzesse, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht mehr respektiert werden, haben keine Rechtskraft und daher als Willkürakte eines totalen Justiz-Versagen zu bewerten.
Geplündert werden nicht nur Rentenzahlungen im hohen Rentenalter, sondern alle Zahlungseingänge über der Schutzgrenze des Pfändungsschutzkonto
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr und totalem Justiz-Versagen
wegen Verweigerung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz, jetzt auch mit
Anspruch auf Opferschutz, Schmerzensgeld und ein humanes Lebensende
wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> Anlage VB-2305 c) Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (eingegangen am 26.09.2023)
mit verfassungswidriger Kostenanklage am Landgericht Wuppertal (10 O 168/22) nach Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22)

> Anlage VB-2305 d)
Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) gemäß Abrechnung vom 13.04.2023 (11 C 406/22 002 (276))

> Anlage VB-2305 e),f) Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspfleger Ermanns
Sieh auch Anlage VB-2327a

> Anlage VB-2305 g) Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna mit Schreiben vom 26.10.2023 (eingegangen am 3.11.2023) mit Erfahrungen zu 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen gegen **Rentner jetzt im 83. Lebensjahr**, sieh auch Anlagen für die sofortige Beschwerde am Landgericht Wuppertal
(zu **BVERFG-393.** Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 82.Lebensjahr, und
Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer (Rechtspfleger Jacob, Rechtspfleger Ermanns, Obergerichtsvollzieherin Sommerfeld, Gerichtsvollzieherin Ritzhaupt, Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna aktualisiert am 6.11.2023)
Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna war bereits in 2014/2015 an der wirtschaftlichen Zerschlagung des Beschwerdeführers beteiligt.
Wahrheitswidrig ist die Behauptung der Rechtspflegerin, dass der Beschwerdeführer seinen Widerspruch gegen Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Sozialversicherung zurückgenommen habe. Tatsache ist, dass der Widerspruch mehrfach Gegenstand von Verfassungsbeschwerden ist.

Anlage VB-2306 a) b) c)
Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern
a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe
Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)
b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010
c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307
Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal: Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.
Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308
Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a) mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023
Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**
Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)
nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

Anlage VB-2309
Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren
gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß
BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und
Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
mit Hinweis auf
Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.
Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf
Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlage VB-2311/A:
Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichts (AR 1497/23) vom 08.03.2023 mit nicht zutreffenden Annahmen:
Staatsanwälte haben den Polizei-Terror auf befriedeten Grundstück bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermin gegen Bürger(in) im 82.Lebensjahr veranlasst.
Die Ladung des Amtsgerichtes hat nicht eine „Zwischenentscheidung" des Amtsgerichtes, sondern ein verfassungswidriges Urteil zur Folge, gegen das jetzt Verfassungsbeschwerde fortzusetzen ist. Sieh
C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023 (eingegangen am 09.03.2023), Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung, warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.
Polizei-Terror verniedlichende Stellungnahme der AR-Referentin Krause-Reul am Bundesverfassungsgericht, seit vielen Jahren zuständig, obwohl immer wieder konkrete anzufechtende Hoheitsakte vorgelegt, weil bis heute:
2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück,
> ohne Haftbefehl beim 1.Mal,
> beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror, angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von skrupellosen Staatsanwälten
mit juristischem Service für Sozialversicherungsträger seit 2010 und mit judikativem Service für Richter an den Amtsgerichten in Velbert und Mettmann, am Landgericht Wuppertal, an Sozialgericht Düsseldorf, an Bundesamt für Justiz (BfJ) seit 2007, mit Klage-Erzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht gegen verantwortliche Polizeitrupps bei 1. und 2. Freiheitsberaubung unter Information an AR-Referentin im Bundesverfassungsgericht
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
mit Schreiben an den Bundespräsidenten wegen 1. und 2. Freiheitsberaubung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25 unten)

Anlage VB-2312/B: Anzufechtende Hoheitsakte
Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)
Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
vom 01.02.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

Anlage VB-2313/B
Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal(124 Seiten)
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023)
nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die Schranken zuweisen
Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen. Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.
2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle
Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.
> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022)
wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal
mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen
Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt (Sieh Kapitel 08)
08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:
Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis 2003
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:
Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.
Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben.
Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.
Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal,
weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung,
weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.
Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.
Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden. Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 182)
Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG07(KV), LG08(KV), LG09(KV), LG10(KV), Anlage OWiV-02 aktualisiert (OWiV-02a, OWiV-02b), OWiV-03

Anlage LG-07(KV)
Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)
50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf
Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)
Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter
nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung,
nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)
Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren
nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss
24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**
25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:
Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates
zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und
zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann
26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf
Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):
Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert
26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit

Anlage OWiV-01
Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

am Amtsgericht Velbert
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Anlage OWiV-02: aktualisiert
Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze
Anlage OWiV-02 a
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
mit Kapitel BVERFG-380
BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.
Staatsanwaltschaftliche Exzesse
mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,
mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!
Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:
Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde
Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation,
von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.
2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor
Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen
Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in

Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger
Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)
Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:
> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.
> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psychoterror . . .
> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010, selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:
> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt,
weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.
Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,
> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz
> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b
Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage
> Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
156. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
gemäß Informationen zum Güteverfahren beim Oberverwaltungsgericht
> > > http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service
Hand-in-Hand:
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks / Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr leisten können. Seit 2010.
Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden Lebenswerkes, hat das klagende Opfer,
nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn
hinnehmen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf
Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03
Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des

Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2314/B
Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022 (124 Seiten)
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage LG-03 (KV)
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 153)
Schriftsatz vom 24.12.2022 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG-03(KV), LG-04(KV), LG-05(KV), LG-06(KV)

Anlage LG-03 (KV)
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage LG-04 (KV)
Schriftsatz vom 28.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .
> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,
> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).
> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,
> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,
> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang
haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.
> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.
Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)
ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und
dafür auch noch Kosten berechnen will.
Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen
Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren
03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:
Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998
05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)
Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)
Anlage LG-06 (KV)
Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhnend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer
Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022
mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden. (15 M 1627/22)

Anlage VB-2315/C
Urteil 11 C 406/22 des Amtsgerichtes Velbert, verkündet am 09.02.2023 ohne Kenntnis des Geladenen zu Güteverhandlung, mit vorhergehendem Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück, nach kurzer Erklärung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung Abbruch der Güteverhandlung am 12.01.2023 ohne Begründung durch jungen Einzelrichter Bäcker, eingegangen am 09.03.2023, vorgelegt in der Verfassungsbeschwerde wegen entscheidungsrelevanter Zusammenhänge mit der gesamten Verfassungsbeschwerde.

Anlage VB-2316/C
Persönliches, vorausgegangenes Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters,
mit Einspruch gegen Ladung und Verfügung und mit Antrag auf Aufhebung des Ladetermins mit Begründung und umfangreichen Anlagen von 44 Seiten
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22, Sieh Anlage LG-03 (KV)
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
mit **Anlage VB-2305:** Seite 42
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,** der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Anlage VB-2317/D
Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023) (Seite 1-4) mit Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 (persönlich an Richterin am 24.02.2023 übergeben) mit schriftlichem Antrag auf Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde (auf Verlangen der Richterin schnellstmöglich per Fax am 24.02.2023 nachgereicht). Rechtsbeschwerde mehrfach an Landgericht Wuppertal, an Oberlandesgericht Düsseldorf und an das Bundesverfassungsgericht.

Anlage VB-2318/D
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 13.03.2023 (eingegangen am 23.03.2023) mit Androhung eines Gerichtsbescheids über verfassungswidrige Pflegeversicherung des Sozialversicherungsträgers ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

Anlage VB-2319/D
Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 14.03.2023 (eingegangen am 31.März 2023). Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus
> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Anlage VB-2320/D
Schriftsatz vom 28.Jan.2023 mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF
gemäß Punkt 17 und 18
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 69)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2301 bis VB-2303

Anlage VB-2301
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04
Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001. Brutal verfassungswidrig:
Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates
mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)
> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder,**
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**
mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz
> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,
> mit extremistischer Ausuferung durch Treib-und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz
> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn,
mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.
002. Brutal verfassungswidrig:
Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal
mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen
Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.
Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern
Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert
Justiz verweigert Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.
Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)
Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19
Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01
Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022) mit verkürzter Notfrist
durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
d) mit nicht lesbarer Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert
(Seite 26-28)

Anlage LG-02
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)
BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht:
Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)
Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)
Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022
Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken
nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:
Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,
mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder,
mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,
beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:
Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem
herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in
Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit
Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit,
mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“,
mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für
extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen
Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anträge
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03
26 OWi-523 Js 814/22-84/22
Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)
Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .
weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)
weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,
weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,
weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,
weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,
Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.
02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf
03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist strafbar **in besonders schwer wiegenden Fällen**,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .
Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:
Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07
Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage
gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)
Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:
Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, versklavt:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,
Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.
Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin
> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung
> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),
> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanzen von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperre und Bundeskanzleramt mit **persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel** am Verwaltungsgericht Düsseldorf
> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.
(Anlage LG-05, LG-06)
Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?
> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen
> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022
zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:
Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:
Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022)
mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:
Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022

Anlage LG-07:
Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)
Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und
nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den **Schlesinger-Skandal** zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
gemäß Anlage LG-03
Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303
Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (**eingegangen am 06.12.2022** mit förmlicher Zustellung)
Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304
Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008
174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE. Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phönix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von
Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.
Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)
Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.
Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (sieh Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf
Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,
Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.
Intendanz-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:
> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und
nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von
Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.
Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:
Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu
Monika Piel, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen)
nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)
Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin
Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justitiarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.
2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:
Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.
Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,
Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk, vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:
Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013:
Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),
Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.
Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.
Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)
2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007
Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung
Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer
und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.
Folgewirkungen der Rundfunksperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine
daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),
Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.
Rundfunksperre des Klägers zu einer
Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbidungszentrum Mainz/Wiesbaden.
Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie **Kaizen,**
in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung
eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210
26 Jahre Europäische Congressmessen.
Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,
mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester
Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.
177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:
Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > > >
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.
Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?
Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.
Zerschlagen nicht nur:
Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,
Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.
Danach
Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten,
Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin
Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert
Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts-und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:
Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld
Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am
laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011
Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht
der 2.Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung
Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten
Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81.Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und
Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012
Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.
Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert,
Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen
Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten
Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr
mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden
Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsopfer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,**
der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend
mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt,
mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,
mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,
mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,
mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin
Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,
gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:
> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können

wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers) nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011**)**
jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22
jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und Pflegeversicherung.
Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:
Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier
Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher
Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.
Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf

Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
Präsident

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 01.09.2024

Verfassungsbeschwerde
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24
vom 19.07.2024 zu Hauptverhandlung vom 09.07.2024
(Anlage RBSD-07)
in verfassungswidrigen Nonstop-Bußgeldverfahren seit 2011 an
den Amtsgerichten Mettmann und Velbert
wegen Nicht-Bescheidung eingelegter Rechtsmittel am
Rechtsbeschwerdegericht (Oberlandesgericht Düsseldorf):
> Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde vom 15.Juli 2024
(Anlage VB-ME02)
> Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 15.Aug.2024
(Anlage VB-ME01)

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit
hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung mit
verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu
Versicherungsleistungen seit 2010 (70. Lebensjahr, jetzt
im 83.Lebensjahr), mit verfassungswidrigem Übermaß,
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem
Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in
Deutschland und Europa seit 1998 (Gründungsjahr von Google).

Hier: Hemmungslose Eskalation sozialer Zerschlagung als Teil politisch motivierter Zerschlagungen
Verfassungswidriger Missbrauch von verfassungswidrigen Nonstop-Bußgeldbescheiden seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Pflegeversicherungen
mit Rentenplünderung bis zum Limit
auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen seit 2013 (über 10 Jahre)
unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte
unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes mit direkter Verantwortung für
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit 2011
nach Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München durch eine CDU/CSU-geführten Bundesregierung
mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit Wissen aller Ministerpräsidenten aller deutschen Bundesländer seit 2005
mit Aufzwingung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten und unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von weisungsgebundenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

2024: Rückverlegung der Nonstop-Bußgeldverfahren vom Amtsgericht Velbert an das Amtsgericht Mettmann nach Abwehr durch Verfassungsbeschwerde vom 19.Okt.2023
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87)

jetzt mit Gerichte übergreifender Auftakt-Veranstaltung am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23:
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 (AR2655/24)
vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228)

Hier: **Verfassungsbeschwerde**
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024 zu Hauptverhandlung vom 09.07.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Begründung der Verfassungsbeschwerde:

BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 89)
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr (2011) unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten.
Opfer verhöhnendes Bußgeldverfahren im Verbund von Gerichte übergreifenden Verfahren mit
Auftaktveranstaltung am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte & Co. (willfährige Richter, Gerichtsvollzieher, Rechtspfleger u.a.)
mit Technik-Unterstützung für Audio- und Video-Kommunikation durch Prozessbevollmächtigten des Zeugen und Klägers, der in einen Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und „Hass mit einer Videowand-Vernetzung“ verwickelt ist,
gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 (AR 2655/24),
mit einziger Zielsetzung: Soziale Zerschlagung mit Opferkriminalisierungswahnsinn durch Boykottierung und Sabotierung von Rehabilitierung und Schadenersatz für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Anzufechtender Hoheitsakt gem. Anlage RBSD-07:
Urteil 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 der Vorsitzenden Einzelrichterin vom 19.07.2024

Sieh

Anlage VB-ME01:
Anhörungsrüge an Oberlandesgericht Düsseldorf (Rechtsbeschwerdegericht zu Amtsgericht Mettmann) vom 15.Aug.2024 wegen Nicht-Bescheidung der Rechtsbeschwerde

Anlage VB-ME02: mit Anlage RBSD-01, Anlage RBSD-02, Anlage RBSD-03, Anlage RBSD-04, Anlage RBSD-05, Anlage RBSD-06, Anlage RBSD-07
Rechtsbeschwerde an Oberlandesgericht Düsseldorf (Rechtsbeschwerdegericht zu Amtsgericht Mettmann) vom 15.Juli 2024

c-OLG) Rechtsbeschwerde: Kompakter Überblick für Rechtsbeschwerde

Anzumahnen: Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG gegen Nonstop-Bußgeldverfahren seit 2011 an den Amtsgerichten Mettmann / Velbert:
„Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist."
Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig.
Verfassungswidrige Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft. Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum im Sozialstaat.: Übermaßverbot (aus dem in Art.20, 28 I GG normierten Rechtsstaatsprinzip abgeleiteter Grundsatz) ist zu respektieren
Bußgeldbescheide und Bußgeldverfahren seit 2011 brutal verfassungswidrig (Anlage OWiM-01).
Bußgeldverfahren parallel zu Berufungsverfahren am Landessozialgericht NRW in Essen sind verfassungswidrig (Anlage OWiM-02)
Nonstop-Bußgeldverfahren seit 2011: Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren (Art.6 EMRK) wird mit Füßen getreten. Diskriminierende Zulassungsverfahren zur Rechtsbeschwerde sind verfassungswidrig, weil . .
> weil über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 1998, Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit kapitalen Vermögensschäden, unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder gegen Rentner im 83.Lebensjahr (2024)
> weil judikative Boykottierung und staatsanwaltliche Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG
> weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, z.B. indem Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutzkonto sofort gepfändet werden
> weil Rentenplünderung (über 500 €/Monat), gegen Rentner im 83.Lebensjahr, zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit auf Pfändungsschutz-Konto, dieses wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, daher brutal verfassungswidriger Missbrauch
> weil Datenschutz-Skandal: Opferdaten mit hohem Schutzbedarf werden von Mehrfach-Tätern zu Täterdaten transformiert durch ständige Unterdrückung kausaler Prioritäten unter Verantwortung des Sozialversicherungsträger und seines Prozessbevollmächtigten, der weisungsgebundenen Staatsanwälte und ihrer Helfer, des SCHUFA-Vorstandes (ehemaliges Mitglied der Bundesregierung im Kabinett Merkel 2, verantwortlich für Niederschlagung der parallelen Petitionen an Deutschen Bundestag in Berlin und am Bayerischen Landtag in München, 2010-2012)
Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Ausgrenzung, soziale Diskreditierung als hemmungslose Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 (über 25 Jahre) am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
nicht trotz, sondern wegen einem
herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa

Einspruch gegen das verfassungswidrige Urteil mit Widerstand ist grundrechtsgleiches Recht nach Art.20 Abs.4 GG, zu <u>respektieren</u> und nicht als Rechtsmittel einzulegen.
> Bußgeldverfahren unter Verantwortung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der wegen grundgesetzlichem Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG beklagten Bundesregierung, mit judikativer Boykottierung und staatsanwaltlicher Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs bis dato

<u>Anlage RBSD-02:</u>
Kompakter Überblick der Argumente zur Hauptverhandlung vom 09.07.2024
mit Auflistung zusätzlicher Beweismittel und zusätzlicher Anlagen: hier auszugsweise Kopien zur 22.Europäischen Congressmesse ONLINE'99, Anlage SGD und Anlage SGH
<u>Anlage SGD</u> aus **Anlage OWiM-02**
SCHUFA-Auskunft, online abgerufen am 27.Dez.2023, eingegangen per Post am 5.Jan.2024:
Verfassungswidriger, heimtückischer Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen wegen **verfassungswidriger Zielsetzungen zur Durchsetzung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt), durch Helfer und Helfershelfer dieser Staatsanwälte** .....
Alle Informationen aus öffentlichen Verzeichnissen stammen von Helfern der genannten Staatsanwälte, haben ausschließlich die zu **bekämpfende Zielsetzung** der verfassungswidrigen, öffentlichen Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung, ohne Respekt vor Alter und einer herausragenden Lebensleistung. Helfershelfer der genannten Staatsanwälte: **RAe Giebel und Kollegen,** Prozessbevollmächtigte des Sozialversicherungsträgers, beklagt wegen sozialer Zerschlagung seit 2010 mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, in Verbindung mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998. Belastende SCHUFA-Eintragungen sind sofort zu löschen.
<u>Anlage SGH</u> aus Anlage OWiM-02:
Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe des Beklagten, aus denen die **Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH** mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.**
Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der
ONLINE'94 (**17.Europäische Congressmesse** für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob** und auf der ONLINE'99 (**22.Europäische Congressmesse** für Technische Kommunikation) **Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter** von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren.

Sieh kompakte Begründung vom 29.Juni 2024: **<u>Anlage RBSD-03</u>**

Zu **bm) Definitiv Einspruch gegen verfassungswidriges Nonstop-Bußgeldverfahren seit 2011 am Amtsgericht Mettmann**
mit erweiterter Begründung vom 29.Juni 2024
unter Hinweis auf Berufungsverfahren am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Schriftsatz vom 15.Juni 2024
Kein grundrechtsfreier Raum am Amtsgericht Mettmann
für Gerichte übergreifende Nonstop-Hetzjagd von weisungsgebundenen

Staatsanwälten unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung seit über 12 Jahren
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
mit einer Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012)
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), mit hemmungsloser Eskalation der sozialen Zerschlagung (Z4) im 83.Lebensjahr zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diskreditierung und sozialer Aussperrung,
mit judikativem Boykott und staatsanwaltschaftlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit einem
verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und dem SCHUFA-Vorstand, einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung im Kabinett Merkel II, verantwortlich für Niederschlagung von parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München,
Sozialversicherungsträger betreibt soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
Verfassungswidrige Nonstop-Bußgeldverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert sind Teil eines bundesweiten Datenschutz-Skandals seit 2011unter SCHUFA-Beteiligung.
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert (Anlage LSG-02)
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
Nonstop-Bußgeldverfahren: Mehrfach und brutal verfassungswidrig.
Gefordert: Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG

Zur Hauptverhandlung vom 09.07.2024 am Amtsgericht Mettmann wurde ein kompakter Überblick der Argumente, zusätzliche Beweismittel und zusätzliche Anlagen der Vorsitzenden Richterin angeboten. Das Angebot wurde ohne Begründung zurückgewiesen.
Versagung von rechtlichem Gehör ist verfassungswidrig (Art.103 Abs.1 GG)
Schon das sofortige Auspacken der Beweismittel wurde mit der Eröffnung der Hauptverhandlung unterbrochen.
Vorsitzende Richterin mit Sätzen wie:
„Beweismittel sind nur auf Anforderung auszupacken“. Verfassungswidrig (Art.103 Abs.1 GG)
„Das ist doch alles Humbug“
„Sind Sie vielleicht ein Reichsbürger?“
„Es interessiert nur eine Frage: Haben Sie bezahlt? Ja oder Nein!“
Und „Gesetze sind einzuhalten“.
Beschwerdeführer: „Rechtsanwendungen der Gesetze ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig“

Um einen effizienten Dialog ohne ständige Unterbrechungen zu ermöglichen, hat der Beschwerdeführer die Überlassung eines
Kompakten Überblicks der Argumente zur Hauptverhandlung vom 09.07.2024 mit Auflistung zusätzlicher Beweismittel und zusätzlicher Anlagen (Anlage RBSD-02) angeboten. Das Angebot wurde abgelehnt, weil „Es interessiert nur eine Frage: Haben Sie bezahlt? Ja oder Nein!“
Vorsitzende Richterin: „Sie können ja ein Grundrecht einlegen“ (!)
Beschwerdeführer: „Grundrechte werden nicht eingelegt. Jeder deutsche Staatsbürger hat Grundrechte, die zu respektieren sind. Ohne Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechten sind Rechtsanwendungen (Gesetzesanwendungen) verfassungswidrig.“
Sozialversicherungsträger wird vom Beschwerdeführer am Landessozialgericht NRW mit Nachweis beschuldigt: „Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010“
Prozessbevollmächtigter des Sozialversicherungsträgers ist in einen **Datenschutz-Skandal** verwickelt, mit Nachweis durch SCHUFA-Auskunft:
Anlage SGD aus Anlage OWiM-02: Mit „Hass im SCHUFA-Netz“ wird soziale Diskreditierung, soziale Ausgrenzung, soziale Diskriminierung u.a. nachgewiesen. Soziale Zerschlagung im 83.Lebensjahr, mit Nonstop-Veranstaltungen seit 2011, ist die Fortsetzung von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 1998, Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit kapitalen Vermögensschäden, mit Zerschlagung und Hetze seines Bruders in den Tod (2012) und in den wirtschaftlichen Ruin mit Nachlassinsolvenz. Der Beschwerdeführer war der einzige Erbe.
Es reicht, weiterführende Lektüre in den Anlagen. Sieh Anlage RBSD-03 ff.

Die Vorsitzende Richterin hat von diesem Sozialversicherungsträger mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen per Telefon den aktuellen Schuldenstand einer verfassungswidrigen Pflegeversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf einem Pfändungsschutzkonto mit Pfändung bis zum Schutz-Limit abgefragt, und
hat mit einer solchen Verhandlungsführung erreicht, dass alles schnell zu Ende war mit der Urteilsverkündung: Erhöhtes Strafmaß im Wiederholungsfall der Wiederholungsfälle seit 2011 (Soziale Zerschlagung mit Gerichte übergreifenden Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren, **keine Chance für Menschenrechte**).
Die Vorsitzende Richterin kennt weder Respekt vor Grundrechten noch Respekt vor dem Alter eines Rentners im 83.Lebensjahr mit Nachweis eines herausragenden Lebenswerkes unter Ablehnung von jeglichem Beweismaterial

Offensichtlich war die Vorsitzende Richterin über die verfassungswidrige Videovernetzung des Prozessbevollmächtigten des Zeugen aus der Sicht des verantwortlichen Staatsanwalts optimal eingestellt:
Opfer verhöhnendes Bußgeldverfahren im Verbund von Gerichte übergreifenden Verfahren mit
Auftaktveranstaltung am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte & Co. (willfährige Richter, Gerichtsvollzieher, Rechtspfleger u.a.)
mit Technik-Unterstützung für Audio- und Video-Kommunikation durch Prozessbevollmächtigten des Zeugen und Klägers, der in einen Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und „Hass mit einer Videowand-Vernetzung“ verwickelt ist, . . .

Der Unterzeichner weist darauf hin, dass die betroffenen Nonstop-Bußgeldverfahren von 2011-bis 2019 am Amtsgericht Mettmann stattgefunden haben, anschließend an das Amtsgericht Velbert verschoben wurden und jetzt wieder an das Amtsgericht Mettmann

zurück verschoben werden. Mit gerichtlichen Verschiebungen werden Probleme auf Kosten des Opfers mit Opferkriminalisierung verschoben, hier mit einem Opferkriminalisierungs-Wahnsinn vor dem Hintergrund eines Datenschutz-Skandals in einem Justiz-Skandal. Siehe Anlage AGV-24/08: **Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024 (1 BvR 1943/24)** mit Hinweis auf Anlage VB-2406 der Verfassungsbeschwerde.

BVERFG-407. Unverhältnismäßig verfassungswidrig: Datenschutz-Skandal im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
> Schauprozess am Amtsgericht Velbert
mit angekündigten Doppelversäumnisurteil gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Stigmatisierung als Täter (Datenverfälschung, Datenmissbrauch) nach
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr.
> Fortsetzung am Amtsgericht Mettmann
mit Nonstop-Bußgeldverfahren mit de facto Teilversäumnis-Urteilen/Beschlüssen seit 2011 ohne Respektierung von Grundrechten
> mit SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte des Klägers in Kumpanei mit SCHUFA-Vorstand, als Mitglied der Bundesregierung an Niederschlagung der Petitionen des Beklagten an Deutschen Bundestag in Berlin und an Bayerischen Landtag in München (2010-2012) beteiligt
> mit demonstrativem Rücktritt des Bundespräsidenten
nach schriftlicher Bitte des Petenten (Mai 2010) um Unterstützung seiner Petition an Deutschen Bundestag
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf
> mit demonstrativem Rücktritt der WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden nach schriftlicher Bitte des Petenten (Jan.2011/Jan.2013) um Unterstützung seiner Petition an Deutschen Bundestag.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf

Politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998 (über 25 Jahre) mit Zerschlagung im 60.Lebensjahr erzwungen wegen
Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit Kapitalflucht durch staatliche UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde,
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021)
Nach Aufbrauch der Altersrücklagen in 2010 (70.Lebensjahr): Petitionen an Deutschen Bundestag in Berlin und an Bayerischen Landtag in München in 2010-2012
Nach Niederschlagung der Petitionen unter Verantwortung der Altbundeskanzlerin und des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern:
> Seit 2011: Ausschließlich Teilversäumnis-Urteile/Beschlüsse (explizit und de facto), Gerichte übergreifend am laufendem Bande, in Nonstop-Verfahren, mit Versagung von rechtlichem Gehör zu kausalen Zusammenhängen mit politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998, obwohl <gebetsmühlenartig> vorgetragen.

> Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG (per Gericht, notfalls per Staatshaftung)
ohne judikativem Boykott, ohne staatsanwaltliche Sabotage unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und ohne Altersbegrenzung
im 83. Lebensjahr mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Pfändungsschutz gegen staatsanwaltliche Übergriffe, Rentenplünderung durch verfassungswidrige Sozialversicherungen
> Von Teilversäumnis-Urteilen am laufenden Bande unterdrückt: Kausale Zusammenhänge mit
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 1998
inkl. sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugriff auf Versicherungsleistungen seit 2010 und
mit sozialer Diskreditierung und sozialer Ausgrenzung ohne Respektierung des grundgesetzlichen Datenschutzes vor Datenmissbrauch / Datenverfälschung mit „Hass im SCHUFA-Netz“ durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers
> Jetzt mit Androhung eines doppelten Versäumnisurteils, um auf eine Urteilsbegründung mit Rechtsargumenten verzichten zu können > Grundrechte sind unverzichtbar und nicht verhandelbar!
Erzwingung einer verfassungswidrigen Flickwerk-Sonderlösung für eine Grundversicherung mit grundgesetzlichen Anforderungen wie bei einer Standard-Grundversicherung, die nicht mit Güteverhandlungen erreichbar.
> Eskalation der Güteverhandlung zu einem Hass-Tribunal als Schauprozess für Interessenten des Klägers (Gerichtsverfahren, bei denen die Verurteilung des Beklagten bereits im Voraus feststeht und angekündigt),
mit judikativer Zusicherung der Datensicherheit des vom Kläger aufgebauten Kommunikationssystem wegen Übertragung der Gerichtsverhandlung in Rechtsanwaltsbüro des Klägers,
mit judikativer Zusicherung einer datenschutzrechtlichen Bewertung, letztere ohne Richter bei laufendem „Hass im SCHUFA-Netz“ unter Verantwortung des Klägers und beteiligter Staatsanwälte
> Judikative Zusicherungen sind Opfer verhöhnend. Mit einem Schauprozess wird der Beklagte als Täter stigmatisiert, obwohl er das Opfer ist. Langjähriger Datenmissbrauch und Datenverfälschung ohne Respektierung des Datenschutzes mit einem Doppelversäumnisurteil als unerträgliche Eskalation von ständigen Teilversäumnisurteilen und sozialer Zerschlagung seit 2011.
> Nur die Wahrheit zählt: Der Datenschutz ist nicht nur ein deutsches Grundrecht, das hier nicht respektiert wird, sondern ein
Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK),
Datenschutz ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, Artikel 12.
Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.

Sieh **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24**
vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024 (AR 2655/24)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228)

Gegen den Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers verwickelt sind, sind wirksame Maßnahmen dringend erforderlich.

Wirksame Maßnahmen sind dringend erforderlich, um . . .
> um den grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Vorrang vor Gericht verfolgen zu können
> ohne judikativen Boykott,
> ohne staatsanwaltliche Sabotage,
> ohne Datenschutz-Skandal,
> ohne Nonstop-Bußgeldveranstaltungen seit 2011,
> ohne verfassungswidriges Übermaß politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren mit hemmungsloser Eskalation zu sozialer Zerschlagung
u.a.m.

Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig.
Verfassungswidrige Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft. Eine Wiederholung von Nonstop-Bußgeldveranstaltungen seit 2011 ist ein verfassungswidriges Übermaß politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren mit hemmungsloser Eskalation zu sozialer Zerschlagung mit Gerichte übergreifenden Verfahren.

Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum, auch nicht bei einem Wechsel der Amtsgerichte.

Velbert, 01.09.2024

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlagen der Verfassungsbeschwerde:

Anlage VB-ME01:
Anhörungsrüge an Oberlandesgericht Düsseldorf (Rechtsbeschwerdegericht zu Amtsgericht Mettmann) vom 15.Aug.2024 wegen Nicht-Bescheidung der Rechtsbeschwerde

Anlage VB-ME02: mit Anlage RBSD-01, Anlage RBSD-02, Anlage RBSD-03, Anlage RBSD-04, Anlage RBSD-05, Anlage RBSD-06, Anlage RBSD-07
Rechtsbeschwerde an Oberlandesgericht Düsseldorf (Rechtsbeschwerdegericht zu Amtsgericht Mettmann) vom 15.Juli 2024

Anlage RBSD-01:
Anmeldung des Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde vom 11.07.2024 an das Amtsgericht Mettmann

Anlage RBSD-02:
Kompakter Überblick der Argumente zur Hauptverhandlung vom 09.07.2024 mit Auflistung zusätzlicher Beweismittel und zusätzlicher Anlagen: hier auszugsweise Kopien zur 22.Europäischen Congressmesse ONLINE'99, Datenschutz-Skandal zu Opferdaten mit hohem Schutzbedarf, Anlage SGD und Anlage SGH
Anlage SGD aus Anlage **OWiM-02**
SCHUFA-Auskunft, online abgerufen am 27.Dez.2023, eingegangen per Post am 5.Jan.2024:
Verfassungswidriger, heimtückischer Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen wegen **verfassungswidriger Zielsetzungen zur Durchsetzung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt), durch Helfer und Helfershelfer dieser Staatsanwälte** .....
Alle Informationen aus öffentlichen Verzeichnissen stammen von Helfern der genannten Staatsanwälte, haben ausschließlich die zu **bekämpfende Zielsetzung** der verfassungswidrigen, öffentlichen Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung, ohne Respekt vor Alter und einer herausragenden Lebensleistung. Helfershelfer der genannten Staatsanwälte: **RAe Giebel und Kollegen,** Prozessbevollmächtigte des Sozialversicherungsträgers, beklagt wegen sozialer Zerschlagung seit 2010 mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, in Verbindung mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998. Belastende SCHUFA-Eintragungen sind sofort zu löschen.
Anlage SGH aus Anlage OWiM-02
Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe des Beklagten, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.** Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die **ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland** vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob** und auf der **ONLINE'99** (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) **Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter** von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren.

Anlage RBSD-03:
Schriftsatz vom 29.Juni 2024 an das Amtsgericht Mettmann (32 OWi-543 Js 77/24-46/24) als Fortsetzung des Schriftsatzes

vom 08.Mai 2024 mit den Anlage OWiM-01, Anlage OWiM-02 mit Anlage LSG-02, Anlage AGV-24/08 in Schriftsatz vom 08.Mai 2024
> Stellungnahme des Amtsgerichtes Mettmann vom 27.05.2024 (Anlage RBSD-04)
Definitiv Einspruch mit erweiterter Begründung vom 29.Juni 2024, weil mehrfach und brutal verfassungswidrig
u.a. mit Hinweis auf Berufungsverfahren am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Schriftsatz vom 15.Juni 2024
Wiederholt: Anmahnung der Respektierung des grundrechtsgleichen Rechtes auf Widerstand gem. Art.20 Abs.4 GG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 142)

Anlage OWiM-01: Zerschlagung 5 (Z5)
Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren an Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und jetzt mit Datenschutz-Skandal wegen Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
Legende der zugesandten Schriftsätze **seit 2011**mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiM-02 mit Anlage LSG-02:
Kapitelübersicht (7 Seiten von 700 Seiten) zu
Berufung vom 15.Juni 2024 am Landessozialgericht NRW in Essen wegen Anfechtung von
brutal verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden
S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)
wegen sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen einschließlich Pflegeversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und
wegen Datenschutz-Skandal unter direkter Verantwortung der Rechtsanwälte **Giebel und Kollegen (Prozessbevollmächtigte** des Sozialversicherungsträgers) in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und dem SCHUFA-Vorstand (ehemaliges Regierungsmitglied im Kabinett Merkel 2, verantwortlich für Niederschlagung der parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag 2010-2012, weil)
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Diskreditierung und Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“
> > > **http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf**
Scroll down after link (page 280)
Zeuge: **Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999, **Hessischer Datenschutzbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit** seit 2020 (Anlage LSG-02, Seite 7)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 01)

Anlage LSG-02
Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten
Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine

beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage im Schriftsatz vom 08.Mai 2024 (21 Seiten)
Anlage AGV-24/08: Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 088)

Anlage RBSD-04: Stellungnahme des Amtsgerichtes Mettmann vom 27.05.2024 (3 Zeilen, eingegangen am 05.06.2024) zum Schriftsatz vom 08.Mai 2024 durch Justizbeschäftigte Almtwly

Anlage RBSD-05: Ladung zur Hauptverhandlung vom 15.04.2024 (eingegangen am 24.04.2024) nach Einspruch vom 15.01.2024 gegen Bußgeldbescheid vom 02.01.2024

Anlage RBSD-06:
Einspruch vom 15.01.2024 gegen Bußgeldbescheid vom 02.01.2024 (eingegangen am 05.01.2024)

Anlage RBSD-07: Verfassungswidriges Urteil 32 OWi-543 Js 77/24-46/24
der Vorsitzenden Einzelrichterin Wierzba vom 19.07.2024
(eingegangen am 23.7.2024)

Anlagen im Schriftsatz vom 29.Juni 2024

Anlage OWiM-01: Zerschlagung 5 (Z5)
Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren an Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und jetzt mit Datenschutz-Skandal wegen Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
Legende der zugesandten Schriftsätze **seit 2011**mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiM-02 mit Anlage LSG-02:
Kapitelübersicht (7 Seiten von 700 Seiten) zu
Berufung vom 15.Juni 2024 wegen Anfechtung von brutal verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden
S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)
wegen sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen einschließlich Pflegeversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und
wegen Datenschutz-Skandal unter direkter Verantwortung der Rechtsanwälte **Giebel und Kollegen (Prozessbevollmächtigte** des Sozialversicherungsträgers) in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und dem SCHUFA-Vorstand (ehemaliges Regierungsmitglied im Kabinett Merkel 2, verantwortlich für Niederschlagung der parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag 2010-2012, weil)
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Diskreditierung und Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 280)
Zeuge: **Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999, **Hessischer Datenschutzbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit** seit 2020 (Anlage LSG-02, Seite 7)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 01)

Anlage LSG-02:
Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen

mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres

Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage im Schriftsatz vom 08.Mai 2024

Anlage AGV-24/08: Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024

Legende aller schriftlichen Eingaben seit 2011 an das Amtsgericht Mettmann und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren und Zwangsverfahren der Kreisverwaltung

Schriftsatz vom 30.05.2011 an Direktor des Amtsgerichts Herrn Dr. Thomas Künzel mit beiliegender Fax-Antwort vom 15.02.2011 an Kreisverwaltung Mettmann (Herrn Kardell und Herrn Sturm, Anlage 1) und mit Rückweisung des Kostenbescheids am 28.03.2011 (Anlage 2)
Die Unterlagen enthalten ausführliche Informationen und weiterführende Internet-Links über
> UMTS-Auktion 2000 und verheerende Folgewirkungen (UMTS-GAU) auf weltweit herausragende Unternehmensleistung für Innovationstransfer und Innovationseffizienz, auf Lebenswerk und Existenz-Grundlage des Vorgeladenen
> Petition des Vorgeladenen beim Deutschen Bundestag
> Klage des Vorgeladenen gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Schreiben an das Amtsgericht Mettmann nachlesbar mit Mausklick auf Internet-PDF
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf
Scroll down after link (page 15)

Schriftsatz vom 15.08.2011 an das Amtsgericht Mettmann
01. Vorwurf der Ordnungswidrigkeit: Schlimmer als nur eine unverschämte Beleidigung
02. Skandalös: Konzertierte Treibjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000 durch Politik, Verwaltung und Justiz
03. Gründe und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anfallende Gerichtskosten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 27.02.2012 an das Amtsgericht Mettmann
04. Mit der Wiederholung wird der Vorwurf der Ordnungswidrigkeit eine Beleidigung, die noch unverschämter ist
05. Einspruch gegen den Bußgeld-Bescheid ist überzeugend begründet gemäß §16 OWiG (Rechtfertigender Notstand) und §10 OWiG (Fehlen von Vorsatz und Fahrlässigkeit)
06. Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren
07. Recht auf ein faires Verfahren: Schadenersatz und Rehabilitierung vor Verurteilung wegen verheerender Folgewirkungen
08. Antrag auf Einstellung des Ordnungswidrigkeitsverfahren, auf Unterlassung einer Wiederholung und auf Kostenerstattung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 19.03.2012 an das Amtsgericht Mettmann
09. Vorgeladener hat ein Recht auf ein faires Verfahren. Das Gericht hat mehrfach dagegen verstoßen
10. Kein faires Verfahren: Vorgeladener wurde vom Gericht getäuscht. Keine Begründung zur Ordnungswidrigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 30.07.2012 an das Amtsgericht Mettmann
11. Gericht verfälscht das Gerichtsverfahren durch Kenntnislosigkeit des Einspruchs vom 19.03.2012
12. Betroffener hat keine Verantwortung für Gerichtskosten, Zeugenkosten, Bußgeldbescheide, die ohne sein Verschulden aufgezwungen werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 06.11.2012 an das Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann, Gerichtskasse Düsseldorf
13. Für Opfer der UMTS-Auktion2000 unerträglich: Von deutscher Justiz wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Beschlüssen und neuen Zwangsmaßnahmen, mit Information über Beschlüsse erst durch Vollstreckungsankündigung der Gerichtskasse (Spitzenleistung der NRW-Strafjustiz)
14. Zur Erinnerung an die Situation für Opfer der UMTS-Auktion2000 mit verheerenden Folgewirkungen, die von einem zuständigen Gericht längst zu bewerten sind
15. Deutsche haben Grundrechte, Europäer haben eine Europäische Menschenrechtskonvention. Welche Rechte haben Opfer des UMTS-GAU aus 2000 ?

16. Vollstreckungsankündigung mit beiliegendem Beschluss des Landgerichtes Wuppertal, der mit einer Verspätung von über 1 Monat dem Betroffenen zum 1.Mal zur Kenntnis gebracht wird, ist nur mit Entrüstung zurückweisbar
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 21.12.2012 an das Amtsgericht Mettmann mit Kopie an das Landgericht Wuppertal und Gerichtskasse Düsseldorf
Einspruch gegen
Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-523 Js 2043/11-2/12
vom 05.12.2012 (eingegangen am 13.12.2012) mit dem
Rechtsbehelf der Anhörungsrüge,
Befangenheitsantrag gegen Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel
17. Einspruch gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-523 Js 2043/11-2/12 (eingegangen am 13.12.2012) mit dem Rechtsbehelf der Anhörungsrüge
18. Mehrfach falsche Darstellung verursachen in unerträglicher Weise eine völlige Verdrehung des Sachverhaltes
19. Exzessive Verstöße gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren
20. Befangenheitsantrag: Besorgnis der Befangenheit gegen Richter und Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel wegen Vertrauensmissbrauch und Täuschung
21. Befangenheit des verantwortlichen Richters verhindert rechtsstaatliches, faires Verfahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 04.02.2013 an das Amtsgericht Mettmann mit Kopie an das Landgericht Wuppertal
Widerspruch zum formlosen Schreiben vom 16.01.2013 (eingegangen am 22.01.2013)
mit Befangenheitsantrag gegen Richter und Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel
und Rechtsmittel der Berufung an das zuständige Berufungsgericht
22. Befangenheitsantrag: Besorgnis der Befangenheit gegen Richter und Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel
wegen Vertrauensmissbrauch und Täuschung
wegen Missachtung des Befangenheitsantrags vom 21.12.2012
und Verstoß gegen das Grundgesetz Art.103 Abs.1 GG (Missachtung des Anhörungsrüge vom 21.12.2012) erhärtet
23. Rechtsmittel der Berufung an das zuständige Berufungsgericht: Treib- und Hetzjagd in Widerspruch zu Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss
24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht Vosswinkel
25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:
Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates
zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und
zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann
26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 28.02.2013 an das Amtsgericht Mettmann mit Kopie an das Landgericht Wuppertal
Antwort auf formloses Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 18.02.2013 (eingegangen am 22.02.2013) nach Widerspruch zum formlosen Schreiben vom 16.01.2013 (eingegangen am 22.01.2013) **mit Befangenheitsantrag** gegen Richter und Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel und Rechtsmittel der Berufung an das zuständige Berufungsgericht
29. Verdeutlichung: Befangenheitsantrag bedeutet Ablehnungsgesuch an das Amtsgericht,
auch wenn sich der befangene Richter nach 2 Monaten als nicht befangen betrachtet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 26.04.2013 an das Amtsgericht Mettmann/Landgericht Wuppertal: Einspruch gegen
Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13
vom 15.04.2013 (eingegangen am 20.04.2013) zum Befangenheitsantrag
mit dem Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §28 StPO Abs.2
30. Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann vom 15.04.2013 hat keine reale Grundlage, weil ein Ablehnungsantrag vom 04.02.2013 überhaupt nicht existiert
31. Amtsgericht Mettmann verstößt nicht nur gegen das Grundgesetz, sondern beugt auch die Wahrheit, weil immer nur der Befangenheitsantrag vom 21.12.2012 zur Diskussion gestanden hat und kein Ablehnungsantrag vom 04.02.2013
32. Amtsgericht Mettmann verweigert nicht nur rechtliches Gehör, sondern macht es durch schnellen Richterspruch unmöglich
33. Befangenheit ist eine innere Haltung des Richters, die seine Neutralität, Distanz und Unparteilichkeit gegenüber den Verfahrensbeteiligten störend beeinflusst
34. Innere Haltung des Richters: Befangenheit des Richters so groß, dass selbst Grundrechte des Betroffenen nur störend waren
35. Rechtswidriger Auftrag einer Zwangsmaßnahme mit Haftbefehl und SCHUFA-Eintragung durch einen gemäß Faktenlage befangenen Richter ist sofort zurückzunehmen
Nachhaltige Schadenswirkung der SCHUFA-Eintragung ist sofort zu beseitigen
36. Was der abgelehnte Richter in Widerspruch zu §29 StPO Abs.1 unterlassen hat, ist vom Gericht ohne weitere Verzögerung einzuleiten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 06.05.2013 an das Amtsgericht Mettmann/Landgericht Wuppertal: Einspruch gegen
Festsetzung einer 3. Hauptverhandlung
des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13
vom 22.04.2013 (eingegangen am 25.04.2013) trotz laufenden Befangenheitsantrag seit 21.12.2013 gegen Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel
37. Erster Einspruch:
Justizbeschäftigte kann verantwortlichen Richter und Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel mit laufendem Ablehnungsantrag nicht vertreten
Mit dem Zeugen Timo Kluger wird der "Bock zum Gärtner gemacht": Zeuge und Täter in einer Person verstößt gegen die Rechtsstaatlichkeit und gegen das Grundgesetz
39. Dritter Einspruch:
Ordnungswidrigkeitsverfahren ist im vorliegendem Fall ein mehrfacher Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen das Grundgesetz
40. Vierter Einspruch:
Juristisches Mobbing durch Wiederholung juristischer Schikaneverfahren mit Täuschung und Vertrauensmissbrauch des Beklagten, mit Beugung von Wahrheit und Recht, mit Missbrauch von Staatsgewalt, mit Missachtung von Anhörungsrügen und Befangenheitsanträgen, mit massiven Verstößen gegen das Grundgesetz ....widerwärtig und verabscheuenswert
41. Fünfter Einspruch:
Beklagter, Opfer von juristischem Mobbing krimineller Ausprägung seit Januar 2011, fordert sofortige Löschung der SCHUFA-Eintragung und Aufhebung des Haftbefehls wegen Missbrauch von Staatsgewalt, Aufhebung einer 3. wiederholten Hauptverhandlung, Kostenentschädigung und Schmerzensgeld
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Zurückweisung des Erzwingungshaftverfahrens mit Schriftsatz vom 09.08.2013
42. Deutsches Grundrecht zum Widerstand gegen plumpe Verwaltungsübergriffe und tumben Missbrauch von Staatsgewalt
43. Entwürdigende, unerträgliche Ignoranz der Verwaltungsbehörde ist diskriminierend und diffamierend: Androhung von Erzwingungshaft für einen Bußgeldbescheid, der gegen das Grundgesetz verstößt
44. Verfahrensrüge zum Ordnungswidrigkeitsverfahren: Schriftliche Dokumente zur Vermeidung von Missverständnissen durch Amtsgericht bis heute vorenthalten. Qualitätsmängel dürfen nicht zu Lasten des Betroffenen führen
45. Verfahrensrüge zum Ordnungswidrigkeitsverfahren: Das Gericht ist nicht zuständig, weil das Sozialgericht Düsseldorf das Verfahren als zuständiges Fachgericht übernommen hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Einspruch gegen Zulassung der Rechtsbeschwerde mit Schriftsatz vom 27.08.2013
46. Verfahrensrüge zum Ordnungswidrigkeitsverfahren: Schriftliches Dokument zum Freispruch in der 3. Hauptverhandlung am 17.07.2013 wird dem Beklagten bis heute vorenthalten
47. Infamer Missbrauch des Ordnungswidrigkeitsgesetzes zur Generierung materiellen Rechts, weil keine Ordnungswidrigkeit vorliegt
Einspruch gegen Bußgeld- Bescheid wurde nicht zurückgenommen
48. Von einem harmlosen Verwaltungsübergriff zur Rechtsbeugung mit sittenwidriger Abzocke
49. Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention: Ein Buch mit sieben Siegeln für den Amtsanwalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Einspruch mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss vom 29.08.2013 (eingegangen am 17.09.2013) über Anordnung von Erzwingungshaft mit Schriftsatz vom 24.09.2013
50. Verfahrensrüge, immer wieder vorgetragen, bis heute nicht beantwortet, als Beweis, dass Bußgeldbescheid des Kreises nicht rechtswirksam wurde
51. Erweiterung der Verfahrensrüge: Krankheitsanzeige des Geschädigten ignoriert, dubiose Vorgänge der Unterdrückung von Dokumenten am Amtsgericht Mettmann
52. Blinder mit Krückstock kann unverschuldete Notlage erkennen. Aber: Verwaltungsbehörde fordert einen Beleg über Zahlungsunfähigkeit
53. Fortsetzung des Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Erzwingungshaftverfahren: Mehrfacher Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen das Grundgesetz, weil mit Ordnungswidrigkeitsverfahren sogenanntes materielles Recht generiert wird. Tatsächlich ist es materielles Unrecht, das mit Erzwingungshaft vollstreckt werden soll
54. Antrag an das Beschwerdegericht:
Rechtsstaatliches Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht (Art.20 Abs.3 GG) und mit anwaltlicher Vertretung,
Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, wegen Verhinderung eines Comeback durch totale Diskriminierung und Vernichtung seiner Altersrücklagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Schriftsatz vom 10.11.2013: Befangenheitsantrag gegen Richter am Landgericht Sahlenbeck
55. Befangenheitsantrag gemäß §24 StPO gegen Richter am Landgericht Sahlenbeck, weil totale Befangenheit offensichtlich
56. Mehrfache Ablehnungsgründe gemäß §24 StPO Abs.2: "Wegen Besorgnis der Befangenheit findet die Ablehnung statt, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters zu rechtfertigen"
57. Objektive Begründung des Befangenheitsantrags:
Anordnungen des Richters mit laufendem Befangenheitsantrag zurückzuweisen
Nicht Verzögerung des Verfahrens, sondern Bekämpfung der Verweigerungshaltung der Gerichte und Gleichbehandlung der Parteien sind rechtmäßige Ziele des Ablehnungsgesuchs
58. Völlig deplatziert: Richterliche Ermutigung zu Aushilfs- und Gelegenheitsarbeiten. Der Geschädigte hat sein Leben lang Spitzenleistung für Deutschland erbracht
Totales Versagen der deutschen Justiz, einen Unternehmensgenozid der staatlichen UMTS-Auktion 2000 aufzuarbeiten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Schriftsatz vom 25.11.2013 mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung des Richters mit laufenden Befangenheitsantrag vom 11.11.2013 (eingegangen am 16.11.2013)
59. Befangenheitsantrag gemäß §24 StPO gegen Richter am Landgericht Sahlenbeck, weil totale Befangenheit offensichtlich
Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung des Richters mit laufendem Befangenheitsantrag vom 11.11.2013 (eingegangen am 26.11.2013):
Dienstliche Äußerung, bestehend aus 1 Satz, nicht mehr nachvollziehbar
60. Dienstliche Äußerung des Richters mit laufendem Befangenheitsantrag ist eine Zumutung, blanker Hohn, Zynismus pur
Richter mit laufendem Befangenheitsantrag verweigert de facto eine Äußerung über den Ablehnungsgrund
61. Ablehnungsgründe objektiv nachprüfbar und bei Bedarf weiter ausführbar anhand vorliegender Tatsachen
62. Besorgnis der Befangenheit zusätzlich durch weitere Schriftsätze des vorausgegangenen Ordnungswidrigkeitsverfahrens erhärtet
Einschüchterungsaktivitäten der 6.Strafkammer durch sporadische, nicht angeforderte Beschlüsse in einem chaotischen Gerichtsverfahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Schriftsatz vom 11.12.2013 mit Einspruch gegen Beschluss der 6.Strafkammer vom 2.12.2013 (eingegangen am 04.12.2013) zur Umgehung eines Ablehnungsantrag gegen Richter am Landgericht Sahlenbeck und zur Durchsetzung der Anordnungen des Richters mit laufenden Befangenheitsantrags vom 14.10.2013
63. Widersprechende Faktenlage und totale Anhörungsresistenz: Betroffener erarbeitet eine qualifizierte und ausführliche Begründung zur Beschwerde und wehrt sich gegen totale Anhörungsresistenz des Beschwerdegerichts mit einem objektiv begründeten Befangenheitsantrag gemäß §24 StPO gegen Richter am Landgericht Sahlenbeck, weil totale Befangenheit offensichtlich
64. 6.Strafkammer des Landgerichts verweigert ordentliche Durchführung des Befangenheitsverfahrens und entbindet Richter mit laufenden Befangenheitsverfahren von der Verantwortung zur Fortsetzung des Verfahrens
Ordnungswidrigkeitsverfahren, ein schikanierendes Bußgeldverfahren seit 2011mit Freispruch in 2013, wird unter Leitung des Vorsitzenden Richters Jung mit einem 3-Richter-Kollegium fortgesetzt und die Anordnungen des Richters mit laufenden Befangenheitsverfahren erneuert
65. Überlänge des Gerichtsverfahrens seit 2011 ist zu rügen
Extremer Verstoß gegen Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG)
Anwaltliche Vertretung in Anbetracht eines 3-Richter-Teams der 6. Strafkammer unverzichtbar
Verzögerungsrüge und Antrag auf Kostenübernahme gemäß §198 bis 201 GVG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Schriftsatz vom 14.04.2016 mit Einspruch / Antwort auf Schreiben des Direktor des Amtsgericht Dr. Künzel vom 24.03.2016 (eingegangen am 01.04.2016) gemäß Anlage AG-01
Soziale Exklusion und psychische Zerschlagung des Unterzeichners (Opfer) durch deutsche Justiz und deutsche Staatsanwaltschaft mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagung
Kopie des Schreibens als Beweismittel an das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der letzten von drei aktuellen Verfassungsbeschwerden seit Dezember 2015.
71. Einspruch gegen Fortsetzung psychischer Zerschlagung mit verfassungswidrigen, schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren seit Januar 2011 mit ständigen Bußgeldbescheiden und mit Eskalation zu verfassungswidrigen Zwangsmaßnahmen im Juni 2014 wie Freiheitsberaubung mit physischer Gewalt ohne polizeilichen Ausweis, ohne Haftbefehl, Hausfriedensbruch ohne Durchsuchungsbefehl, Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung, mit Präsentationsfahrt in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter für Nachbarn und Schaulustige, mit Exzessen des Missbrauchs von Staatsgewalt nach Manipulation von Gerichtsakten am Landgericht Wuppertal.
Erbärmliches Fehlverhalten des verantwortlichen Staatsanwalts mit Beweisen in der Anlage dieses Schriftsatzes, für das ein Disziplinarverfahren zuständig ist, weil das Opfer ein Recht auf Rehabilitierung hat
Antrag auf Stellungnahme durch das Amtsgericht Mettmann im Zusammenhang mit der Beschuldigung geleisteter Hilfestellung zur Verdeckung des Missbrauchs von

Staatsgewalt durch rechtswidrige Täuschung des Opfers
Antrag auf Stellungnahme durch das Amtsgericht Mettmann zum Vorwurf psychischer Zerschlagung, der Gegenstand eines Klageerzwingungsverfahrens des Opfers beim 2.Strafsenat des Bundesgerichtshofs (2 ARs 349/15) und einer Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (AR 1204/16) ist
72. Stundung der Beiträge für Pflegeversicherung unverzichtbar
wegen qualifiziertem Nachweis von unverschuldeter, nicht abwendbarer Notlage und kapitalen Vermögensschäden des Opfers politisch motivierter Zerschlagung
Λ Beklagt: Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die Bundesregierung, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister
Λ Kläger/Opfer: In den 1970er Jahren Dozent und Entwickler der
in Mitteleuropa führenden Seminarreihe ONLINE,
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem jährlichen IT-Gipfel,
mit dem weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten,
Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Eskalation zu
psychischer Zerschlagung
Λ Verweigerung rechtlichen Gehörs durch alle Instanzen nur mit
Verfassungsbeschwerden zu bekämpfen:
Drei aktuelle Verfassungsbeschwerden seit Dezember 2015
Versagung rechtlichen Gehörs nicht hinnehmbar: Es geht nicht um Umstände und Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, sondern um politisch motivierte Zerschlagung durch die deutsche Bundesregierung, getoppt mit psychischer Zerschlagung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
BGH-Rechtsbeschwerden und Verfassungsbeschwerden zu Klagen gegen die Bundesrepublik Deutschland (Stand 2016)
wegen politisch motivierter und psychischer Zerschlagung sind rechtshängig
Einspruch gegen Unterlassung einer schriftlichen Begründung des Beschlusses oder Urteils (Versagung rechtlichen Gehörs ist nicht hinnehmbar).
73. Einspruch gegen Kosten jeglicher Art und
Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Hintergrund politisch motivierter Zerschlagung und psychischer Zerschlagung.
Versagung rechtlichen Gehörs ist, wenn weiter behauptet wird: Es ginge nur um Umstände und Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, tatsächlich geht es um politisch motivierte Zerschlagung unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung, getoppt mit psychischer Zerschlagung, nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Antrag auf Zurückweisung eines Bußgeldbescheides wie bei Verkehrsdelikten, weil hiermit von Vertretern einer unwissenden Generation politisch motivierte Zerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden und psychische Zerschlagung unter Verachtung fundamentaler Menschenrechte fortgesetzt wird.
Einspruch gegen Unterlassung einer ausführlichen, schriftlichen Begründung des Beschlusses oder Urteils (Versagung rechtlichen Gehörs ist nicht mehr hinnehmbar).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf

Schriftsatz vom 05.05.2016 mit **Einspruch gegen Ordnungswidrigkeitsverfahren und Vorladung zur Hauptverhandlung am 10. August 2016 beim Amtsgericht Mettmann gemäß förmlicher Zustellung vom 19.April 2016 (eingegangen am 21.04.2016)**
74. Einspruch gegen neues Ordnungswidrigkeitsverfahren zur Fortsetzung der psychischen Zerschlagung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft auf Anweisung des beklagten Bundeskanzleramtes
durch rechtswidrige, schikanierende, Grundrechte verachtende, überlange Gerichtsverfahren, Ordnungswidrigkeitsverfahren (juristisches Mobbing) vor dem Hintergrund politisch motivierter Zerschlagung
75. Erweiterte Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 20.04.2016 bzw. 21.04.2016 an den Ersten Senat und an den Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts
Erweiterte Verfassungsbeschwerde
vor dem Hintergrund von politisch motivierter Zerschlagung seit 2000 und psychischer Zerschlagung seit 2010
76. Antrag auf Aufhebung des Ordnungswidrigkeitsverfahrens mit Vorladung zur Hauptverhandlung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf

Schriftsatz vom 02.08.2016 mit **Einspruch gegen schikanierendes Ordnungswidrigkeitsverfahren inkl. Vorladung zur Hauptverhandlung beim Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und Antrag auf volle Kostenerstattung für die angesetzte Hauptverhandlung am Mittwoch, den 10.08.2016.**
77. Bis dato: Versagung von rechtlichem Gehör zu Einspruch gegen neues Ordnungswidrigkeitsverfahren zur Fortsetzung politisch motivierter und psychischer Zerschlagung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft auf Anweisung des beklagten Bundeskanzleramtes mit Schriftsatz vom 14.04.2016 und 05.05.2016 (Kapitel 71 bis 76)
78. In einem Rechtsstaat nicht mehr vorstellbar: Zweimal politisch motivierte Zerschlagungen von Kläger (1) und Opfer (2), bundespolitisch (1) und lokalpolitisch (2) motivierte Zerschlagungen mit heimtückischer Ausführung der Zerschlagungen, mit Todesfolge nach langjähriger Treib-und Hetzjagd, mit kapitalen Vermögensschäden, mit unbewältigter NS-Vergangenheit
Zwei zivilrechtliche Verfahren am Landgericht Wuppertal wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung im Doppelpack:
Kein Lügenmärchen, aber doppelte Staatsschuld von Deutschland und Bayern für Altersarmut
79. Doppelte Staatsschuld für politisch motivierte und heimtückisch ausgeführte Zerschlagungen
Doppelte Staatsschuld von Deutschland und Bayern für irreversible Zerschlagung mit Todesopfer, für kapitale Vermögensschäden, für Verweigerung von rechtlichem Gehör (Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht Art 103 GG mit Versagung des Zugangs zum Grundgesetz seit 2010)
Daher Antrag auf Kostenerstattung für jede Gerichtsverhandlung im Umfeld von Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
Anhörungsresistente, weisungsgebundene Staatsanwaltschaft Wuppertal hat volle Verantwortung für Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte
Antrag auf volle Kostenerstattung für die angesetzte Hauptverhandlung am Mittwoch, den 10.08.2016.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 38)

Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit
80. Begründung des Urteils aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 ist irreführend, wahrheitswidrig, diskriminierend und diffamierend
verstößt gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG
Versagung von rechtlichem Gehör für unverschuldete Notlage und erhöhte Kostenbelastung wegen politisch motivierter Zerschlagungen und Vernichtung totaler ansehnlicher Altersrücklagen bis 2010
Ablehnung einer Rechtsbeschwerde wegen Verkehrsordnungswidrigkeit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß § 321a ZPO
und Antrag auf Berufung am Landgericht Wuppertal.
81. Zwei Klagen wegen politisch motivierter Zerschlagungen an der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal
> > > Erste Klage (2 O 70/15) am Landgericht Wuppertal seit 30.03.2015:
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter Zerschlagung mit
verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-151617.pdf

> > > Zweite Klage (2 O 163/16) am Landgericht Wuppertal seit 06.07.2016:
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag, mit krimineller Rechtsbeugung vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden
gegen den Freistaat Bayern
vertreten durch Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese
vertreten von dem leitenden Staatsminister (Beklagte).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
82. Versagung von rechtlichem Gehör zu unverschuldeter Notlage des Opfers politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit und nach verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 durch deutsche Bundesregierung, durch Diskriminierung und Diffamierung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
Im Widerspruch
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagung
Heute: Opfer ist gezwungen, mit Pfändungsschutz-Konto massiven Missbrauch von tumber Staatsgewalt zu begrenzen
83. Besorgnis der psychischen Zerschlagung mit grobem Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
Sieh Begründung des Urteils aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016: irreführend, wahrheitswidrig, diskriminierend und diffamierend
Fortsetzung massiver Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte mit finaler Zerschlagung
Einspruch gegen Fortsetzung psychischer Zerschlagung mit verfassungswidrigen, schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren seit Januar 2011 mit ständigen Bußgeldbescheiden und mit Eskalation zu verfassungswidrigen Zwangsmaßnahmen im Juni 2014 wie Freiheitsberaubung mit physischer Gewalt ohne polizeilichen Ausweis, ohne Haftbefehl, Hausfriedensbruch ohne Durchsuchungsbefehl, Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung, mit Präsentationsfahrt in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter für Nachbarn und Schaulustige, mit Exzessen des Missbrauchs von Staatsgewalt nach Manipulation von Gerichtsakten am Landgericht Wuppertal.
Erbärmliches Fehlverhalten des verantwortlichen Staatsanwalts mit Beweisen in der Anlage des Schriftsatzes vom 14.04.2016 an das Amtsgericht Mettmann, für das ein Disziplinarverfahren zuständig ist, weil das Opfer ein Recht auf Rehabilitierung hat
Antrag auf Stellungnahme durch das Amtsgericht Mettmann im Zusammenhang mit der Beschuldigung geleisteter Hilfestellung zur Verdeckung des Missbrauchs von Staatsgewalt durch rechtswidrige Täuschung des Opfers: Ohne Beantwortung durch das Amtsgericht
Antrag auf Stellungnahme durch das Amtsgericht Mettmann zum Vorwurf psychischer Zerschlagung, der Gegenstand eines Klageerzwingungsverfahrens des Opfers beim 2.Strafsenat des Bundesgerichtshofs (2 ARs 349/15) und einer Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (2 BvR 741/16) ist: Ohne Beantwortung durch das Amtsgericht
84. Einspruch gegen das Urteil mit dem Rechtsmittel der Berufung, weil es im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen stattfindet, und weil ein Bußgeldverfahren wegen einer Verkehrsordnungswidrigkeit keine Basis hat, indem keine Verkehrsordnungswidrigkeit vorliegt
Das Opfer beantragt, diese seit 2011 andauernden, schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit juristischem Mobbing endlich einzustellen.
Ordnungswidrigkeitsverfahren wie bei Verkehrsdelikten ist etwas anderes als Ordnungswidrigkeitsverfahren bei politisch motivierter und psychischer Zerschlagung.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Schriftsatz vom 13.10.2016 mit wiederholtem Antrag auf Zulassung der Berufung mit anwaltlicher Vertretung auf Staatskosten mit Schriftsatz vom 01./03.Sept. 2016:

Nicht mehr zumutbare Untätigkeit des Landgerichts und Fortsetzung der Schikanierung durch das Amtsgericht mit einem rechtsbeugenden Urteil zu einer nicht vorhandenen Verkehrsordnungswidrigkeit, daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge

85. Beklagt vom Betroffenen: Untätigkeit des Landgerichts Wuppertal wegen Antrag auf Zulassung der Berufung mit anwaltlicher Vertretung auf Staatskosten gemäß Schriftsatz vom 03./01.Sept.2016
vor dem Hintergrund politisch motivierter, extremistischer Zerschlagungen
86. Hier: Weder Bußgeldverfahren, noch Ordnungswidrigkeitsverfahren, sondern Fortsetzung politisch motivierter, extremistischer Zerschlagungen mit rechtsbeugender Vortäuschung einer nicht vorliegenden Verkehrsordnungswidrigkeit unter Verantwortung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und der beklagten Bundesregierung
87. Rechtsmittel der Berufung und der Anhörungsrüge wegen
schikanierender, rechtswidriger Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und Antrag auf anwaltliche Unterstützung wegen nicht vorhandener Erfahrung in Strafverfahren, die durch staatliches Fehlverhalten mit Staatsgewalt erzwungen sind.
Opfer politisch motivierter, extremistischer Zerschlagung will keine Rechtsbeschwerde mit / ohne anwaltliche Vertretung am Oberlandesgericht Düsseldorf, sondern ein ordentliches Berufungsverfahren am Landgericht mit anwaltlicher Vertretung nicht nur wegen rechtswidriger Bußgeldverfahren, sondern auch wegen unerträglicher Menschenrechtsverletzungen gemäß Aktenzeichen 3132 E – 2591 (Präsident des Landgerichts Wuppertal)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 79)

Schriftsatz vom 02.November 2016 mit Einspruch gegen rechtswidrige, Urteil manipulierende Beschlüsse des Amtsgerichtes Mettmann vom 18.10.2016 (eingegangen am 26.10.2016, Anlage 1810) mit sofortiger Beschwerde

88. Deutsche Justiz ist nicht mehr in der Lage, den Anforderungen eines Rechtsstaates gerecht zu werden
Hier: Gericht manipuliert eigenes Urteil zu seinen Gunsten mit Beschluss und verwendet diesen rechtswidrigen Beschluss als Vorlage für einen weiteren Beschluss
Daher Zurückweisung beider Beschlüsse mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde
89. Beklagt: Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Schriftsatz vom 13.Okt. 2016 an Präsident des Landgerichts Wuppertal (3132 E 2591) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 95)

Schriftsatz vom 25.Feb.2017 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Einspruch gegen / Zurückweisung von
Mitteilung der Staatsanwaltschaft 08.02.2017 (eingegangen am 13.02.2017),
gegen Kostenverantwortung für rechtswidriges Verfahren
gegen rechtswidrige Beschlüsse vom 18.10.2016 (eingegangen am 26.10.2016)
nach rechtswidrigem Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Rechtsbeugung) und nach Rechtsmittel der Berufung
in rechtswidrigen, schikanierenden Gerichtsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011, mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

90. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe (Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3),
Eskalation zu Sippenzerschlagung und zu massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld, Staatshaftung für erzwungene Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffener Bürger bis
in den Tod
91. Katastrophale Sachkenntnisse und Darstellungen der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes zu den politisch motivierten Zerschlagungen nicht vom Opfer verschuldet
Vom Gericht zu verantworten:
Diskriminierende und diffamierende Darstellung der Vorgänge im beigefügten Urteil der

Hauptverhandlung vom 10.08.2016, sodass eine Rechtsbeschwerde mit Unterdrückung von Sachargumenten überhaupt nicht möglich war
Daher Rechtsmittel der Berufung
wegen rechtswidriger, schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren unter Vortäuschung von Verkehrsordnungswidrigkeiten seit 2011
für Eskalation staatlicher Übergriffe mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte in 2014
92. Skandalöse Rechtsbeugung (vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts zum Nachteil des verurteilten Opfers)
Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf IV-3 RBs 196/16 (723 Js 331 /16 StA Wuppertal) vom 28.12.2016 (eingegangen am 30.12.2016) mit Schreiben vom 02.01.2017 zurückgewiesen, weil eine Rechtsbeschwerde nicht möglich war und nicht stattgefunden hat
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 vorzutäuschen
mit krimineller Unterdrückung des Schreibens vom 02.01.2017 über eine nicht existente Rechtsbeschwerde
Vorgetäuschte Rechtskraft mit Manipulationsvermerk auf einem Urteil mit Rechtsbeugung ist strafbar. Das Urteil, der Manipulationsvermerk und jede Kostenrechnung wird vom Opfer der Rechtsbeugungsjustiz zurückgewiesen.
93. Besonders diskriminierende Auswüchse mit Unwahrheiten und Halbwahrheiten im Urteil mit strafbarer Rechtsbeugung vom 10.08.2016:
„ auch Messeauftritte geplant “ (1)
„ Pflegepflichtversicherung Kündigung liegt nicht vor..“ (2)
„ Krankenversicherung auf Notlagentarif umgestellt “ (3)
„ irreversible Zerschlagung seines Bruders “ (4)
„ seit 2010 in erzwungener Altersarmut “ (5)
„ sehr erfolgreich in der IT- und Telekommunikationsbranche tätig “ (6)
„ zur Höhe der Rente befragt antwortete er, dass er diese für seine Prozesse benötigte “ (7)
„ sein Vorbringen zu einer erzwungenen Altersarmut hat er nicht konkretisieren können “ (8)
„ möglich, ein Büro zu unterhalten, um Prozesse zu führen “ (9)
„ Geldbuße von 180,00 € “ (10)
Anhörungsrüge als letztes Rechtsmittel, Abhilfe zu erreichen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)

Schriftsatz vom 30.Mai 2017 mit Einspruch gegen verfassungswidrige Beschlüsse mit jahrelangen Verstößen gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG im Umfeld von
politisch motivierten Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge.
94. Verfassungswidrige Beschlüsse mit jahrelangen Verstößen gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG sind unterste Schublade einer Bananenrepublik
Zurückweisung des Beschlusses mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art. 20 Abs.4 GG
95. Widerstand nach dem dem grundrechtsgleichen Recht gemäß
Art. 20 Abs.4 GG gegen politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge.
unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4)
wegen massiver Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften (psychische Zerschlagung, Zerschlagung 5)
wegen Versagung von jeglichem Gehör zu Rehabilitierung
trotz intensiver Bemühungen seit 2003 mit offensichtlicher Erklärungsnot aller Täter, Mittäter und Mitwisser (Zerschlagung 6)

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 131)

Schriftsatz vom 21.Juni 2017 mit Zurückweisung eines
neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17
nach Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige Beschwerde wegen
Verurteilung für Verkehrsordnungswidrigkeit ohne jeden Bezug zur Realität
Anspruch auf Staatshaftung für Zerschlagung Nr.5
96. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind
staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte:
Unterzeichner ist das Opfer, nicht der Täter,
ohne Verantwortung für juristisches Desaster deutscher Justiz wegen nicht mehr vorstellbarer Vorgänge
97. Hier am Amtsgericht Mettmann Zerschlagung 5:
Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch
skrupellose, weisungsgebundene, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zurückweisung mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
98. Unverzichtbar: Wiederholter, unmissverständlicher Widerspruch sowohl gegen schriftliche Verfahren als auch gegen Verfahren mit Hauptverhandlung am Amtsgericht Mettmann ,
mit dem Vorwurf, die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu wollen und die
Fortsetzung verfassungswidriger Verfahren im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen zu betreiben
99. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, hier Justizopfer erhebt Anspruch auf Schadenersatz einschließlich Schmerzensgeld und
auf Rehabilitierung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen Nr.5
unter Verantwortung von weisungsgebundener, diskriminierender und diffamierender Staatsanwaltschaft Wuppertal
für rechtswidrige und rechtsbeugende Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 mit Eskalation zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Rufschädigung mit Methoden der Verbrecherbekämpfung zur Einschüchterung und Schikanierung,
juristisches Mobbing mit rechtsbeugenden, diskriminierenden und diffamierenden Verfahren
In diesem Kontext: Zurückweisung jeder staatsanwaltschaftlichen Kostenrechnung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 149)

Schriftsatz vom 25.Juli 2017 mit Zurückweisung eines
neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17
100. Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge gemäß Schriftsatz vom 21.Juni 2017
Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zu schwersten Vorwürfen gegen staatliche Täter 1 und 2 wegen politisch motivierten Zerschlagungen 1 bis 6
Zurückzuweisen: Justizobersekretärin mit staatsanwaltschaftlicher Computerunterstützung informiert über mehrfach verfassungswidrige Gerichtsverfahren entgegen Faktenlage 01 bis 10 plus X
Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör durch Unterdrückung einer Urteilsbegründung
Strafbar: Versagung von rechtlichem Gehör durch unterirdische Rechtsbeugungsjustiz

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 170)

Schriftsatz vom 04.Dez.2017 mit Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017 sowie mit
Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
Einspruch gegen jede Kostenberechnung
101. Täuschung unter Verantwortung des gleichen Staatsanwalts, der die Kreisverwaltung und das Amtsgericht Mettmann bearbeitet
Vorladung vom 06.07.2017 (eingegangen am 13.07.2017) wegen Einspruch gegen Bußgeldbescheid vom 15.12.2017
Einspruch mit Schriftsatz vom 25.Juli 2017 mit Zurückweisung eines neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17
Zusätzliche Anhörung durch den Kreis Mettmann Az. 32-32/991700528/34 und Zurückweisung mit Schriftsatz vom 20.Aug.2017
Einstellungsmitteilung vom 23.08.2017 (eingegangen am 25.08.2017) zur Ordnungswidrigkeit vom 02.07.2017
Annahme, dass Vorladungstermin damit entfällt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 187)

Schriftsatz vom 20.Dez.2017 mit Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017 mit
Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
102. „Staatsanwalt“ ist
verantwortlich für kriminelle Hassjustiz seit 2011 gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen,
reagiert mit Antrag auf Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft,
nach Einspruch vom 05.12.2017 gegen Urteil vom 29.11.2017
nach Antrag des Justizopfers auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer ist Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)!
103. „Staatsanwalt“, verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagung Nr.5 seit 2011 mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte,
manipuliert zum wiederholten Mal die Dokumentation des Justizopfers im Internet mit rechtswidrigen Löschaktionen,
betreibt kriminelle Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen,
will mit Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft eine Geldbuße für eine nicht stattgefundene Verkehrsordnungswidrigkeit erpressen (strafbare Rechtsbeugung im Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.Aug.2016)
leugnet penetrant die Kenntnis der Umstände, mit denen Altersarmut erzwungen wurde, diskriminiert und diffamiert, was das Zeug hält.
104. Unerträglich in einem Rechtsstaat:
Staatsanwaltschaftliche Übergriffe unter Weisung durch das beklagte Bundeskanzleramt (Bundesrepublik Deutschland)
Erzwungene Altersarmut und erhöhte Kosten infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind
Auswirkungen staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
105. Unerträglich in einem Rechtsstaat:
Staatsanwaltschaftliche Übergriffe mit Weisung durch das beklagte Bundeskanzleramt
auf Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 6,

auf Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems,

auf Zwangsbenutzer von Pfändungsschutzkonten.
Extremistische Ausuferung von schikanierenden
„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann zu
Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, psychische Zerschlagung seit 2011
(Zerschlagung 5)
106. Widerstand gegen staatsanwaltschaftliche Übergriffe ist ein
grundrechtsgleiches Recht nach Art. 20 Abs.4 GG
Erdrückende Beweislage: Beweise und Belege über kriminelle staatliche
Übergriffe, mit kapitalen Vermögensschäden inkl. Vernichtung ansehnlicher
Altersrücklagen im Zuge von politisch motivierten Zerschlagungen in
zuständigen Gerichtsverfahren längst vorgelegt
Staatsanwaltschaftliche Übergriffe öffentlich anzuprangern: Hasskriminelle
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
Definitiv abzulehnen und zu verabscheuen: Vorlage weiterer Belege ohne
Beachtung von erdrückender Beweislage, feiger Missbrauch von staatlich
erzwungener Altersarmut durch diskriminierende, diffamierende
Staatsanwaltschaft für finale Zerschlagung
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
> > > Übergabe an Verwaltungsgericht Berlin wegen Rechtsanspruch auf
Rehabilitierung mit Schadenersatz inkl. Schmerzensgeld infolge
feiger, staatsanwaltschaftlicher Übergriffe seit 2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 mit Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
107. Schriftsätze vom 04.Dez.2017 und 20.Dez.2017 zu einem
unterirdischen Bußgeldverfahren, das zu
Politisch motivierter Zerschlagung Nr.5 seit 2011 (sieh abschließende
Legende) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren,
Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen
internationale Menschenrechte mit Unterstützung durch weisungsgebundene
Staatsanwaltschaft zum kriminellen Zwecke der psychischen Zerschlagung
missbraucht wird.
Ausführliche Stellungnahmen des Justizopfers eines teuflischen
Unrechtssystems contra 1-Satz-Begründung eines Versäumnisbeschlusses
108. Dem Justizopfer wird von einer „jungen“ Richterin am Amtsgericht ein
Versäumnisurteil untergeschoben entgegen den vorgelegten Beweisen, dass
er von einem skrupellosen Staatsanwalt getäuscht wurde
Respektlos: Justizopfer mit einem herausragendem Lebenswerk, mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa, hat keine Veranlassung für ein solches Versäumnis
Hauptverantwortlich als Richter für
politisch motivierte Zerschlagung Nr.5 seit 2011 (sieh abschließende
Legende) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren,
Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen
internationale Menschenrechte: Amtsgerichtsdirektor Dr. Künzel
Unerträglich: Weiterschieben der Verantwortung für ein Justizopfer eines
teuflischen Unrechtssystems mit massiven Verstößen gegen internationale
Menschenrechte an eine jüngere Kollegin
109. Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
gemäß § 24 StPO (§ 42 ZPO)
Ablehnungsgesuch erhärtet durch Versagung von rechtlichem Gehör
Junge Richterin hat nicht den erforderlichen Respekt vor einem Justizopfer
trotz seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Vorwurf der sozialen Zerschlagung und der psychischen Zerschlagung durch
skrupellose, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften: Junge Richterin hat

nicht das notwendige „Standing“ zur Verhinderung eines erneuten staatlichen Übergriffes auf ein wehrloses Justizopfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortige Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17
110. „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16: Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
111. „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16: Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010
Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.
Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems
112. Sofortige Beschwerde und Zurückweisung aller Kosten und Zwangsmaßnahmen, weil:
Fortsetzung eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaft
mit Weisung aus beklagtem Bundeskanzleramt
(direkt beklagt in Zerschlagung 1 und Zerschlagung 6, indirekt beklagt in allen weiteren Zerschlagungen wegen Beteiligung)
mit strafbarer Rechtsbeugung und Wahrheitsbeugung
mit Verstoß gegen internationale Menschenrechte
mit Wiederholung der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft
Zerschlagung 5 mit Amtsgericht Mettmann seit 2011
Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.Aug.2017 ist rechtswidrig wegen (strafbarer) Rechtsbeugung gemäß §339 StGB
Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.Dez.2017 verstößt außerdem gegen §96 Abs.1 Nr.4 OWiG
Verfassungswidriger Verstoß der Staatsanwaltschaft gegen Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG)
Widerstand gegen Missbrauch von Staatsgewalt durch diskriminierende Justiz in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem

ist grundrechtsgleiches Recht des Justizopfers (Art.20 Abs.4 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 55)

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 (eingegangen am 19.Jan.2018) im Befangenheitsverfahren gegen Frau Richterin am Amtsgericht Küppers
113. Ablehnungsgesuche sind gesetzlich geregelt mit § 24 StPO (§ 42 ZPO)
Gesetzliche Vorgaben sind zu beachten. Daher:
Zurückweisung der Stellungnahme der Justizobersekretärin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 86)

Schriftsatz vom 24.Feb.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhefus
114. Sofortige Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhefus
gemäß §311 StPO und §28 Abs.2 StPO
Rechtswidrige Ausführung des Verfahrens wegen Besorgnis der Befangenheit von Richterin am Amtsgericht Küppers
Überforderung des Richters am Amtsgericht, weil er nur die Zurückweisung der Stellungnahme einer Justizobersekretärin vom 31.01.2018 durch den Beschwerdeführer kommentieren wollte angesichts „schwer nachvollziehbarer“ Argumente mit
politisch motivierten Zerschlagungen Nr.1 bis 6
mit Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland (vertreten vom Bundeskanzleramt)
mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
trotz der Zerschlagung 4 und 5 unter Verantwortung des Amtsgerichtes seit 2011 und
trotz einem parallelen Beschwerdeverfahren wegen Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft in einer hasskriminellen Treib- und Hetzjagd unter Verantwortung von Amtsgerichtsdirektor Dr. Künzel
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Beschwerdeführers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Justizopfer politisch motivierter Zerschlagungen hat Anspruch auf rechtliches Gehör wegen staatlich erzwungener Altersarmut, aber ohne Entmündigung
115. Verfassungswidrig: Gleichzeitige Dreifach-Verfolgung durch skrupellose, weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
mit Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt wegen einer kriminellen, gigantischen Umverteilungspolitik
mit politisch motivierten Zerschlagungen zum Schaden von Deutschland
Aktuell: Verfassungswidrige Dreifach-Verfolgung an 2 Amtsgerichten mit 4 Richtern in derselben Angelegenheit, Verstoß gegen Art.103 Abs.3 GG
Anträge im Beschwerdeverfahren
116. „Bußgeldverfahren“ 32 OWi-923 Js 283/17-360/17: Teil eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
117. „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16: Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts
Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.
Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems
118. Mit gigantischen Zerschlagungen einer kriminellen Umverteilungspolitik Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung,
mit Versagung, Verhinderung und Unterbindung von rechtlichem Gehör,
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, . . .
nach politisch motivierter Zerschlagung des Justizopfers trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution trotz Anerkennung durch respektable Persönlichkeiten aus Deutschland, Europa und weltweit
119. Justizopfer eines teuflischen Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems wehrt sich seit 2010
gegen extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe
auf Anraten des Deutschen Bundespräsidenten
auf Anraten des Deutschen Bundestags
gegen Entmündigung infolge staatlich erzwungener Altersarmut
Herrschaft des Unrechts
oder so funktioniert das teuflische Unrechtssystem
120. Sofortige Beschwerde und Zurückweisung aller Kosten und Zwangsmaßnahmen, weil:
Fortsetzung eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaft
mit Weisung aus beklagtem Bundeskanzleramt
(direkt beklagt in Zerschlagung 1 und Zerschlagung 6, indirekt beklagt in allen weiteren Zerschlagungen wegen führender Beteiligung)
mit strafbarer Rechtsbeugung und Wahrheitsbeugung
mit Verstoß gegen internationale Menschenrechte
mit Wiederholung der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft
mit Zerschlagung 5 mit Amtsgericht Mettmann seit 2011
Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.Aug.2016 ist rechtswidrig wegen (strafbarer) Rechtsbeugung gemäß §339 StGB
Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.Dez.2017 verstößt außerdem gegen §96 Abs.1 Nr.4 OWiG
Beschluss 32 OWi-923 Js 283/17-360/17 vom 29.Nov.2017 nach Täuschung durch Einstellungsmitteilung durch Staatsanwalt (unverschuldetes Versäumnis)
Verfassungswidriger Verstoß der Staatsanwaltschaft gegen Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG) mit ungeheuerlicher Dreifachverfolgung in derselben Angelegenheit an 2 Amtsgerichten
mit 4 Richtern zu einer „Ordnungswidrigkeit“ (Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems)
Widerstand gegen Missbrauch von Staatsgewalt durch diskriminierende Justiz in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem

ist grundrechtsgleiches Recht des Justizopfers (Art.20 Abs.4 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 105)

Schriftsatz vom 04.März 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung der Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 10.11.2013 mit Erinnerung /Erneuerung des Ablehnungsgesuchs gegen den Richter und mit Zurückweisung einer rechtswidrigen Bestandskraft
121. Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortige Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann
zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17 zurückzuweisen
mit unerträglicher Stellungnahme durch Richter mit unterbrochenem Befangenheitsverfahren
122. Richter mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 2013 ist für ein Beschwerdeverfahren nicht zulässig
Unveränderte Befangenheit dieses Richters unerträglich: Ablehnungsgesuch nach §24 StPO gegen Richter mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 2013 wird erinnert/erneuert
123. Grundrechtsgleiches Recht nach Art. 20 Abs.4 GG zum Widerstand gegen rechtswidrige „Bestandskraft“ aus verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör durch das Landgericht zu Beschwerden und Einsprüchen
gegen ein Recht und Wahrheit beugendes Urteil des Amtsgerichts Mettmann, wenn andere Abhilfe ohne Entmündigung nicht möglich ist, und gegen Urteil manipulierende Beschlüsse zu einer
hasskriminellen Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung
im Umfeld eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 150)

Schriftsatz vom 26.März 2018 an das Landgericht mit Anhörungsrüge wegen Anhörungsresistenz zu Argumenten der Sofortige Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung
124. Aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagungen zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit
Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung nach
Zurückweisung der Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 10.11.2013 mit Erinnerung /Erneuerung des Ablehnungsgesuchs gegen den Richter und
mit Zurückweisung einer rechtswidrigen, unterirdischen "Bestandskraft"
125. Vorgeschützte, vorgeheuchelte, derart rechtswidrige, unterirdische "Bestandskraft" eines Urteils der ersten Instanz ist in einem Rechtsstaat nicht mehr akzeptabel.
Schon das „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16
ist Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
Schon das „Urteil“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16
ist mit strafbarer Rechtsbeugung einer vorgetäuschten Verkehrsordnungswidrigkeit in der ersten Instanz zurückgewiesen
Bußgeldverfahren und Urteil getoppt von vorgeschützter, vorgeheuchelter, derart rechtswidriger, unterirdischer "Bestandskraft"
Rechtswidrige, unterirdische Bestandskraft wird vorgeschützt, um eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit durch Beschwerdeinstanz zu verhindern
Erinnerung an ersten Fall der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Manipulation von Gerichtsakten in der 6.Strafkammer in 2014 (vor 4 Jahren)
Psychische Zerschlagung des Opfers seit 2011 als Fortsetzung der politisch

motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes
Kein Weiter so ! Daher Zurückweisung des Beschlusses mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge
126. „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16: Akt eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches
Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik der „alten“ Generation seit
1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier
(1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin
kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen
Unrechtssystems ist zu schützen
127. „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16: Akt eines teuflischen,
Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem
Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches
Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts
Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.
Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems
128. Mit gigantischen Zerschlagungen einer kriminellen Umverteilungspolitik
verschuldet:
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung,
mit Versagung, Verhinderung und Unterbindung von rechtlichem Gehör,
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer
Sicherheit, . . .
nach politisch motivierter Zerschlagung des Justizopfers trotz Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution und trotz Anerkennung durch
respektable Persönlichkeiten aus Deutschland, Europa und weltweit
129. Kein Weiter so !
Justizopfer eines teuflischen Menschenrechte-verletzenden
Unrechtssystems wehrt sich seit 2010
gegen extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe
auf Anraten des Deutschen Bundespräsidenten
auf Anraten des Deutschen Bundestags
gegen Entmündigung infolge staatlich erzwungener Altersarmut
Herrschaft des Unrechts oder
so funktioniert das teuflische Unrechtssystem mit neuer Zerschlagungs-
Strategie einer unterirdischen "Bestandskraft"
Hier: „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 ist nur ein Akt eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit
Folgeverfahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 27.April 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung des Beschlusses vom 12.04.2018 (eingegangen am 20.April 2018) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge
im Verfahren zur sofortigen Beschwerde vom 24.Feb.2018 gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhefus vom 09.Feb.2018 (eingegangen am 19.Feb.2018) und Zurückweisung aller Kosten in einem verfassungswidrigen Verfahren, das mit einer Verkehrsordnungswidrigkeit oder einer anderen Ordnungswidrigkeit überhaupt nichts zu tun hat.
130. Sofortige Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhefus vom 09.Feb.2018 mit qualifizierter Begründung der Verfassungswidrigkeit vorgetragen
Nicht Ordnungswidrigkeit, sondern Verfassungswidrigkeit wird beklagt
Duplex-Beschwerdeverfahren, durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft erzwungen, haben eine einzige Zielsetzung: Psychologische Zerschlagung eines Justizopfers in einem nicht mehr hinnehmbaren Unrechtssystem
131. Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts
Erzwingung durch eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung des Opfers
> 26 Qs 82/18 (923 Js-OWi 283/17) gemäß Kapitel 130
> 26 Qs 22/18 (723 Js 331/16) gemäß Kapitel 124 im Schriftsatz vom 26.März 2018 an die 6.Strafkammer
Einzige Ursache: Politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens sind einzige Ursache der seit 2011 stattfindenden Schikaneverfahren zur psychischen Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte unter Beteiligung des 6.Strafkammer
132. Weitere Anhörungsrüge 26 Qs 22/18 im Kontext zur rechtshängigen Anhörungsrüge 26 QS 82/18 gemäß §33a und §356a StPO
mit Zurückweisung des Beschlusses vom 12.04.2018
Anhörungsrüge wegen Anhörungsresistenz zu Argumenten der Sofortigen Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd
Verfassungswidrig: Gleichzeitige Dreifach-Verfolgung durch skrupellose, weisungsgebundene Staatsanwaltschaft gemäß Kapitel 115
mit Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt wegen einer kriminellen, gigantischen Umverteilungspolitik
mit politisch motivierten Zerschlagungen zum Schaden von Deutschland
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 220)

Schriftsatz vom 10.Mai 2018 zwecks Mitteilung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wegen wiederholter Versagung von rechtlichem Gehör in einem Duplex-Beschwerdeverfahren und Zurückweisung aller Rechnungen sowie der/die Ladung(en) zur Justizvollzugsanstalt aus diesem verfassungswidrigen Verfahren
133. Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts
Erzwingung durch eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung des Opfers
> 26 Qs 82/18 (923 Js-OWi 283/17) gemäß Kapitel 130 im Schriftsatz vom 27.April 2018 und
> 26 Qs 22/18 (723 Js 331/16) gemäß Kapitel 124 im Schriftsatz vom 26.März 2018 an die 6.Strafkammer
mit Versagung von rechtlichem Gehör und Versagung einer Bescheidung von Anhörungsrügen im wiederholten Falle
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 254)

Schriftsatz vom 17.Juni 2018 mit Anfechtung der Duplex-Beschlüsse der 6.Strafkammer vom 06.Juni 2018 (eingegangen am 12.Juni 2018) im Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal und mit Antrag auf unverzügliche Rückerstattung des erpressten Lösegelds und Haftentschädigung inkl. Schmerzensgeld

134. Mit Schriftsatz vom 10.Mai 2018 Information an die 6. Strafkammer über termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde innerhalb eines Monats
Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit Schriftsatz vom 18.Mai 2018 termingerecht durchgeführt
Bundespräsident mit Schriftsatz vom 10.Juni 2018 um Vermittlung und Stellungnahme gebeten
135. Verfassungswidrig: Beide Beschlüsse der 6.Strafkammer zu o.g. Aktenzeichen vom 06.Juni 2018 (eingegangen am 12.Juni 2018) im Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage.
Strafbare Rechtsbeugung der 1.Instanz, deren Auflösung durch 2.Instanz trotz ausführlicher Beweisvorlage verhindert wird
Beide Beschlüsse: Ursache für Eskalation zu schwerem Missbrauch von Staatsgewalt mit diskriminierenden Haftbefehl
Daher: Nachreichung dieses Schriftsatzes an laufende Verfassungsbeschwerde.
136. Duplex-Beschlüsse der 6.Strafkammer des Landgerichts als Ursache für Eskalation zu schwerem Missbrauch von Staatsgewalt
> mit Überfall auf 77-jährigen Rentner im Schlafanzug,
> mit 4-Mann-Polizeitrupp mit Verhöhnung des Grundgesetzes
> mit Haftbefehl ohne Möglichkeit der Kenntnisnahme von Rechten
> mit anschließender totaler Isolationshaft in
> Gefangenenzelle mit offenem "indischen Plumpsklo" und intensivem Uringestank in der Zelle und Untersagung der Toilettenbenutzung auf der Etage gegenüber
Antrag auf unverzügliche Rückerstattung des erpressten Lösegelds und Haftentschädigung inkl. Schmerzensgeld
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 277)

Schriftsatz vom 01.Jan.2019 an das Amtsgericht Mettmann mit Zurückweisung jeglicher Zwangsmassnahmen gemäß Antrag der Verwaltungsbehörde (Kreis Mettmann - Bußgeldstelle) im Schreiben des Amtsgerichtes Mettmann vom 27.12.2018 (eingegangen am 29.Dez.2018)
137. Verfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zu staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto sind keine Ordnungswidrigkeitsverfahren und keine Bußgeldverfahren:
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
Daher Zurückweisung jeglicher Zwangsmassnahmen und Übergabe des Schreibens vom 27.12.2018 des Amtsgerichtes Mettmann an Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf> > >
Scroll down after link (page 280)

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen (L 5 P 88/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 308)

Schriftsatz vom 25.Jan.2019 an das Amtsgericht Mettmann mit
Zurückweisung eines "Bußgeldes" in neuem "Bußgeldverfahren" und
Zurückweisung jeglicher Zwangsmassnahmen gemäß formlosen Schreiben
vom 09.01.2019 (eingegangen am 14.01.2019) durch Richterin am
Amtsgericht Küppers mit laufenden Befangenheitsverfahren
Erinnerung an und Wiederholung des Ablehnungsgesuchs
Anhörungsrüge mit Einspruch gegen Rechtsbelehrung
138. Schriftsatz vom 01.Jan.2019 an das Amtsgericht Mettmann mit
Zurückweisung jeglicher Zwangsmassnahmen gemäß Antrag der
Verwaltungsbehörde (Kreis Mettmann - Bußgeldstelle) im Schreiben des
Amtsgerichtes Mettmann vom 27.12.2018 (eingegangen am 29.Dez.2018)
Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der
regierenden Generation seit 1998
Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren durch skrupellose
Staatsanwaltschaft für soziale und psychische Zerschlagung seit 2011
Extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung unter Verantwortung der politischen Führung
139. Ungeheuerlich: Politisch motivierte Sippenzerschlagung
als Klagegrund gegen die deutsche Bundesregierung
als Antragsgrund zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
als Motiv zu heimtückischen Attacken einer skrupellosen Staatsanwaltschaft
gegen das Grundrecht der Freiheit des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
Daher Verzicht auf Hauptverhandlung
Erinnerung / Wiederholung: Ablehnungsgesuch
gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
Politisch motivierte Sippenzerschlagung, als Resultat einer kriminellen
Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung der höchsten
politischen Führung in Deutschland, ist das
Werk einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft und
keine Verkehrsordnungswidrigkeit mit Erzwingungshaft für "Bußgelder",
alias Zerschlagungsgelder.
Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, Widerspruch gegen Verfahren als
Einzelrichter-Veranstaltung
Antrag und Anspruch des Zerschlagungsopfers: Freispruch mit
Zurückweisung des verfassungswidrigen Antrags der Verwaltungsbehörde
Mettmann auf Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von
Erzwingungshaft.
140. Kein Weiter so mit verfassungswidrigen "Bußgeldverfahren" seit 2011!
Daher Anhörungsrüge wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu
ungeheuerlichen Vorgängen der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit Todesopfer, Rufmord am Wohnsitz und am Geburtsort,
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, kapitalen und ruinösen
Vermögensschäden u.a. trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution: Massiver Verstoß gegen
grundrechtsgleiches Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsbelehrung, die eine sofortige
Beschwerde mit vorrangigen Sachargumenten ausschließt
Antrag auf Freispruch und Zurückweisung eines diskriminierenden
"Bußgeldes" (alias Zerschlagungsgeldes), mit dem das Zerschlagungsopfer
zum Täter diskriminiert wird.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 27)

Schriftsatz vom 25.Feb.2019 an das Amtsgericht Mettmann mit
Stellungnahme zu Erinnerung an und Wiederholung des
Ablehnungsgesuchs gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
gemäß formlosen Anschreiben vom 11.02.2019
141. Ablehnungsgesuche sind gesetzlich geregelt mit § 24 StPO (§ 42 ZPO)
Gesetzliche Vorgaben sind zu beachten. Daher:
Zurückweisung einer weiteren Kommunikation mit der abgelehnten Richterin
am Amtsgericht Küppers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 61)

Schriftsatz vom 26.Sept.2019 an das Amtsgericht Mettmann mit Zurückweisung des Beschlusses 33 OWi-723 JS 331/16-39/16 vom 03.Sept.2019

142. Faktenlage mit neuer Verfassungsbeschwerde wegen Opfer-Diskriminierung, Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Terrorisierung, Opfer-Entrechtung und Opfer-Entmündigung
Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, auch am Amtsgericht Mettmann ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.
Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt sind verfassungswidrig!
Daher Zurückweisung des Beschlusses
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 08.Mai 2024 an das Amtsgericht Mettmann (32 OWi-543 Js 77/24-46/24)
mit Einspruch gegen verfassungswidrige
Fortsetzung von Nonstop-Bußgeldverfahren mit zu erwartendem verfassungswidrigen de-facto-Teilversäumnisurteil seit 2011 ohne Respekt vor Grundrechten am Amtsgericht Mettmann (Anlage VB-2406).
Daher Anmahnung der Respektierung des grundrechtsgleichen Rechtes auf Widerstand gemäß Art.20 Abs.4 GG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 115)

Schriftsatz vom 29.Juni 2024 an das Amtsgericht Mettmann (32 OWi-543 Js 77/24-46/24)
> Stellungnahme des Amtsgerichtes Mettmann vom 27.05.2024 (eingegangen am 05.06.2024) durch Justizbeschäftigte Almtwly
Definitiv Einspruch mit erweiterter Begründung vom 29.Juni 2024, weil mehrfach und brutal verfassungswidrig
u.a. mit Hinweis auf Berufungsverfahren am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Schriftsatz vom 15.Juni 2024
Wiederholt: Anmahnung der Respektierung des grundrechtsgleichen Rechtes auf Widerstand gemäß Art.20 Abs.4 GG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 142)

Schriftsatz vom 15.Juli 2024 an das Oberlandesgericht Düsseldorf
mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen verfassungswidriges Urteil **32 OWi-543 Js 77/24-46/24 (Amtsgericht Mettmann)** vom 19.07.2024 (eingegangen am 23.7.2024)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 204)

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und Geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
1 BvR 1943/24

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 17.09.2024

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 (AR 2655/24)
vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.20224
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228/hier 334)
"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen tiefer greifenden, radikalen Epochenbruch.“ Die Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten mit hemmungsloser Eskalation hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr .
> Von verfassungswidrigem Missbrauch Gerichte übergreifender Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (im Alter von 70 Jahren, über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal
zu verfassungswidriger Renten-Plünderung seit 2021 (im Alter von 80 Jahren) auf Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ vor staatlichen Übergriffen unter Verantwortung der Ampel-Regierung

Hier: Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen Urteile vom 19.März 2024 / 26.Juni 2024 am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23, einer Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten mit Zurückweisung aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11, Anlage VB-2415)
und nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024

Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 vom 02.08.2024
gegen Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Auftakt-Veranstaltung für Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten
unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 23.03.2024
und zu sofortiger Beschwerde vom 03.03.2024
und mit Antrag auf ein paralleles Widerspruchsverfahren beim Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
gegen verfassungswidrigen Datenmissbrauch mit „Hass im SCHUFA-Netz“
durch Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und mit ehemaligen Mitgliedern der Bundesregierung
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa

Im Beschwerdeverfahren:
Albin L. Ockl, Beschwerdeführer, Beklagter, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, Justizopfer ohne rechtsanwaltliche Unterstützung seit 2010, seit dem 70.Lebensjahr
gegen weisungsgebundene Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung gegen
DEBEKA Kranken-Versicherungsverein a.G., vertreten durch Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, Zeuge in verfassungswidrigen Bußgeldverfahren seit 2011,
vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**, verantwortlich für verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen in einem Datenschutz-Skandal, mit technischem Service zu einem verfassungswidrigem Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte, ihre Helfer und Helfershelfer, in Gerichte übergreifenden Verfahren, Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),
unterstützt von weisungsgebundenen Staatsanwälten,
mit juristischem Service für Kläger gegen das Opfer, mit Unterstützung durch Fachkräfte für Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto und Datenschutz-Skandal, Rechtspfleger und Obergerichtsvollzieher, mit judikativem Service für willfährige Richter, die nicht weisungsgebunden sind,
unterstützt durch judikative Mängel, bei Rechtsanwendungen Grundrechte zu respektieren
unterstützt durch eine mangelhafte Datenschutzorganisation im gesamten Gerichtsbezirk (Datenschutz-Notsand von betroffenen Personen nicht überprüfbar, jedoch große Besorgnis zu Fragen: Wer hat Zugang zu welchen Daten? Wie wird unterschiedlicher Schutzbedarf von Daten mit Datensicherungsmaßnahmen umgesetzt? Beschwerdeführer hat daher größte Zweifel, dass der Datenschutz-Skandal am Amtsgericht überhaupt behandelt werden kann! Höchster Schutzbedarf für Opferdaten bei politisch motivierten Zerschlagungen!)
unterstützt durch judikativen Boykott von Einzelrichtern als Helfer für weisungsgebundene Staatsanwälte

Begründung (Forts. mit laufender Nummer)

BVERFG-410. Hemmungslose Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigem Schauprozess am Amtsgericht Velbert, ohne Respektierung des Datenschutz-Grundrechts in einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ gegen Opfer politisch motivierter Zerschlagungen und mit Missbrauch einer verfassungswidrigen Videowandvernetzung (BVERFG-408) für eine Hassgemeinschaft unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung.
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (eingegangen am 31.07.2024) gemäß : Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m..
Höchst wahrheitswidrig, weil Urteil mit Dokumentation zu einer Märchenstunde, die wirklich so nicht stattgefunden hat und auch nur 16 Min. gedauert hat, einschl. dem Start einer verfassungswidrigen „Hybrid-Sitzung“ mit Inbetriebnahme einer skandalösen Videowand-Vernetzung:
Erschließung neuer Hasspotentiale mit verfassungswidriger Vernetzung einer Hassgemeinschaft hinter einer Videowand mit anschließendem Shitstorm gemäß

BVERFG-409. Schriftsatz an Amtsgericht Velbert vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414) Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil 10 C 211/23 zum Gerichtsverfahren (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten/Rechnungen (Anlage AGV-24/11) gemäß

Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 mit
BVERFG-408. Anzugreifender „Hoheitsakt“
Urteil 10 C 211/23 am Amtsgericht Velbert (? ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024): Anlage VB-2407
Wahrheitswidrig, rechtswidrig, verfassungswidrig, von weisungsgebundenen Staatsanwälten serviert, mit Technikunterstützung durch Prozessbevollmächtigten des Klägers, im Umfeld eines Datenschutz-Skandals des Prozessbevollmächtigten mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und mit „Hass in neuem Netz für Gerichte übergreifende Verfahren“ u.a.m.
inkl. Kostenfestsetzungsbeschluss vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024, Anlage VB-2415 a) zu rechtswidrigem und verfassungswidrigem Urteil durch „Rechtspfleger“(Helfer für weisungsgebundene Staatsanwälte, Fachkraft für Rentenplünderung und Datenschutz-Skandal mit öffentlichen Verzeichnissen im SCHUFA-Netz)
Rentenplünderung einer verfassungswidrigen Raubjustiz seit 2021 (Ampel-Regierung) auf Pfändungsschutzkonto ohne „Schutz“ vor staatsanwaltlichen Übergriffen bis zum Limit,
daher ständige Zurückweisung des verfassungswidrigen Missbrauchs von Mahnbescheiden am Amtsgericht Mayen,
weil judikativer Boykott und staatsanwaltliche Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) auf Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern seit 1998,

erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000 wegen einem Haushaltsloch von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler mit Unterstützung durch Chef der Staatskanzlei (heute Bundespräsident, 1998/1999-2005)
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzlerin in politischer Kumpanei mit bayerischen Staatsminister (2005-2021, heute Ministerpräsident von Bayern) und
danach seit 80.Lebensjahr (2021) unter Verantwortung der beklagten Ampelregierung mit Rentenplünderung, Datenschutz-Skandal,
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
nach Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes seit 1998 (Gründungsjahr von Google), weil Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltiges Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa !

Sieh Anlage LSG-02 (als Anlage AGV-24/09 an
Amtsgericht Velbert 10 C 211/23) am 28.05.2024 in
neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
„**75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:**
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden können“, aber aufgezwungen werden:
Faktenlage: In dieser Güteverhandlung am Amtsgericht Velbert (26.Juni 2024, 09.30 -09.46 Uhr) wurde nur die Antwort zu 1 Frage zugelassen: „Haben Sie bezahlt? Ja oder Nein !“ und war nach 16 Minuten zu Ende trotz eines „turmartigen“ Aufbau von historischen Dokumenten zur Beweisführung zu einer echten Güteverhandlung, die nicht zugelassen wurde.

Erfahrungen des Beschwerdeführers zu „75 Jahren Bundestag“:
In 2010/2011 (im Alter von 70 Jahren) mit Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München unter einer CDU/CSU-geführten Bundesregierung
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzler und Alt-Bundeskanzlerin)
sowie mit Wissen aller Staatsorgane und aller Länderregierungen in Deutschland
unter führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3) und unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022)
mit Missbrauch verfassungswidriger Sozialversicherungen (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von weisungsgebundenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87 / 146 / 203 / 335)

Demonstrativer Rücktritt von
Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010 unmittelbar nach Bitte um Unterstützung seiner Petition an den Deutschen Bundestag:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Demonstrativer Rücktritt von
WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110129.pdf
nach Bitte um Unterstützung seiner Petition an den Deutschen Bundestag: „ An
Frau Monika Piel, ARD-Vorsitzende und Intendantin des WDR
Herrn Prof. Markus Schächter, Intendant des ZDF
Herrn Dr. Willi Steul, Intendant des DEUTSCHLANDRADIO
Herrn Ruprecht Polenz, Vorsitzender des ZDF-Fernsehrats

Petition Pet 1-17-09-703-005442 Velbert, 29.01.2011
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Opfer ohne Chance auf Grundrechte, degradiert und totgeschwiegen
Judikativer Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz
Sabotage durch Staatsanwälte zu Verfahren für
Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen seit 2010, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Brutal verfassungswidrig, Opfer verhöhnend, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Der Beschwerdeführer hat gegen die Urteile des Amtsgerichtes Velbert das Bundesverfassungsgericht mit Verfassungsbeschwerde angerufen und das Amtsgericht während des Gerichtsverfahrens ausführlich informiert. Sieh Kapitel **BVERFG-403 bis BVERFG-409 .**

BVERFG-411. > > > 75 Jahre Bundesrepublik Deutschland nach Gründung mit Unterzeichnung des Grundgesetzes:
Weisungsgebundene Staatsanwälte, Helfer und Helfershelfer sabotieren Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlungen zu
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung
mit verfassungswidrigem Übermaß im 83.Lebensjahr
> Sabotage von Güteverhandlungen am Amtsgericht Velbert mit Hassgemeinschaft hinter Videowand-Vernetzung durch willfährigen Einzelrichter: Grund zu weiterer Veranlassung durch das Amtsgericht nicht zu entnehmen (Anlage VB-2418)
Grundgesetzlicher Anspruch auf Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlungen nach Art. 34 GG
Daher Antrag auf Einbehaltung eines angemessenen Betrages im Bundeshaushalt 2025 für Fortsetzung von echten Güteverhandlungen!
> Judikativer Boykott und staatsanwaltliche Sabotage von Güteverhandlungen unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung:
> Verfassungswidrige Planung des Bundeshaushalts von 2025 mit Finanzbeträgen, die für Güteverhandlungen reserviert sind, die nicht abrufbar sind, weil deren Verwendung von weisungsgebundenen Staatsanwälten und ihren Helfern sabotiert und von willfährigen Richtern boykottiert wird.

Seit 2021: Weisungsgebundene Staatsanwälte der Ampelregierung haben die
> Rentenplünderung zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 <
auf Pfändungsschutzkonto zum „Schutz“ gegen staatliche Übergriffe“ in Gang gesetzt und seitdem
> > > 17.681,66 € für verfassungswidrige Sozialversicherungen mit monatlicher Fortsetzung geplündert, ohne auf ständigen Einspruch zu reagieren! (Stand Aug.2024).

Erinnerung an
Anlage VB-2408
Schriftsatz vom 28.05.2024 mit Anlage AGV-24/09
Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren 10 C 211/23 mit Begründung g) mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024) mit Begründung unter g
nach vorhergehenden Begründungen unter a bis f
Begründung unter g
g) Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)
Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024 gemäß Anlage AGV-24/9: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2) mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung (Z4)
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter > persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
gemäß Anlage AGV-24/09
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit
politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss, das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Siehe weitere Anlagen zur Verfassungsbeschwerde:

Anlage VB-2415
Hassgemeinschaft hinter verfassungswidriger Videowandvernetzung, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte, mit Verweigerung einer beantragten Information über angeschlossene Teilnehmer, mit Datenschutz-Skandal an Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) und im SCHUFA-Netz,
überschüttet Beschwerdeführer der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 nach Zusendung mit Schriftsatz vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414 eingeworfen am Amtsgericht am 30.08.2024) mit lawinenartig verfassungswidrigem Shitstorm der sozialen Zerschlagung mit Verfahrensfortpflanzung verfassungswidriger Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf:
Anlage **VB-2415 a**:
Kostenfestsetzungsbeschluss vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024) zu rechtswidrigem und verfassungswidrigem Urteil gemäß Anlage VB-2407 (Original ohne Datum, Datum nachgetragen mit 19.03.2024/17.07.2024 durch Rechtspfleger Ermanns),
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen
a) das Urteil des Amtsgerichts Velbert vom 26.Juni 2024 - 10 C 211/23 -,
b) das Versäumnisurteil des Amtsgerichts Velbert vom 19.März 2024 – 10 C 211/23
Anlage **VB-2415 b1** und Anlage **VB-2415 b2**
Abgabenachricht vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024) zu **verfassungswidrigem Missbrauch von Mahnverfahren für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen** am Amtsgericht Mayen (Anlage VB-2415 b1) und am Sozialgericht Düsseldorf (Anlage VB-2415 b2) trotz parallelem Berufungsverfahren am Landessozialgericht in NRW
Anlage **VB-2415 c/d**
Drohbriefe der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, verantwortlich für hemmungslose Eskalation der politisch motivierten Zerschlagungen (seit 1998) mit sozialer Zerschlagung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, mit Datenschutz-Skandal am Amtsgericht Velbert, im SCHUFA-Netz, in Videowand-Vernetzung der Hassgemeinschaft am Amtsgericht Velbert.
Sieh auch **Anlage VB-2412 a**.

Anlage VB-2416 (aus Anlage SGH der Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 Seite 84)

Nachweis für Datenschutz-Kompetenz des Beschwerdeführers:
Seminar-Prospekt der Seminarreihe >online< an der Technischen Akademie e.V. Wuppertal aus 1976

Anlage SGH:

Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.** Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren

Anlage VB-2417

Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses gemäß Anlage VB-2415 a) mit Schreiben vom 14.09.2024

Anlage VB-2418

Judikativer Boykott von Güteverhandlungen: Willfähriger Einzelrichter als Helfer für weisungsgebundene Staatsanwälte bei Sabotage von Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlungen unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung mit Antwortschreiben nach Zusendung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24

Anlage VB-2419

Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 und
nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
Untauglicher Versuch des Amtsgerichtes Mettmann mit Schreiben vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024),
nach Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 wegen Nicht-Bescheidung einer Anhörungsrüge an das Oberlandesgericht Düsseldorf vom 15.08.2024 (Rechtsbeschwerdegericht zu Amtsgericht Mettmann) mit einer unbekannten Verfügung in einem „Bußgeldverfahren“ der sozialen Zerschlagung abhelfen zu wollen.

Anlage VB-2420

Kontra heuchlerische Barmherzigkeit am Landessozialgericht, weil . . . .
> weil Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa bis 2003,
> weil Premium-Beiträge zu Sozialversicherungen bis zum 70.Lebensjahr (2010)
> weil seitdem, nach Niederschlagung von parallelen Petitionen an Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag sein Bruder in den Tod gehetzt (2012) wurde und der Beklagte Nonstop-Gerichtsverfahren (Gerichte übergreifend) ohne Unterbrechung an Weihnachten, an Ostern oder in Urlaub hinnehmen muss,
> weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto mit monatlichen Rentenplünderungen bis zum Limit gegen Rentner im 83.Lebensjahr,
> weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren in einem Rechtsstaat mit Grundgesetz seit über 75 Jahren verfassungswidrig ist

> weil es im Rechtsstaat einschl. Sozialstaat keinen grundrechtsfreien Raum gibt und Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten keine Rechtskraft haben,
> weil **Mobbing im Berufungsverfahren am Landessozialamt NRW (L 5 P 110/24 in Essen) durch Prozessbevollmächtigten des Klägers:** *„Im übrigen gedenke ich nicht auf den Reichsbürgerschwachsinn zu erwidern“ (Sieh Anlage LSG-28)*
Zielsetzung des Mobbing: Glaubwürdigkeit des Beklagten zu vorgelegten Beweisen über mehr als 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagung zu untergraben, offensichtlich erfolgreich! **Hass macht blind! Blind für Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung**.
> weil nicht nur Mobbing,
sondern auch SCHUFA-Eintragungen durch Prozessbevollmächtigten des Klägers mit Hass im SCHUFA-Netz wegen „Verbraucherschutz“, aber ohne Opferschutz in einem Datenschutz-Skandal und verantwortlich für
Videowandvernetzung einer Hassgemeinschaft am Amtsgericht Velbert.

Niemals zu vergessen:
75 Jahre Bundesrepublik mit Unterzeichnung des Grundgesetzes, mit Grundrechten zum Schutz vor
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen einschl. sozialer Zerschlagung

> Hetzjagd bayerischer Staatsanwälte mit bayerischen Behörden und sudetendeutschen Lokalpolitikern unter Schirmherrschaft des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern in politischer Kumpanei mit der Altbundeskanzlerin bis in den Tod seines Bruders (2012) und in seinen wirtschaftlichen Ruin (Gesamterbe: Beschwerdeführer)
> Zweimal Freiheitsberaubung gegen den Beschwerdeführer mit anschließender Rentenplünderung bis dato zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu sozialer Zerschlagung einschl. Datenschutz-Skandal mit Hass im SCHUFA-Netz und extremistischer Steigerung (2024) durch eine Hassgemeinschaft hinter einer Videowand-Vernetzung im Gerichtssaal mit anschließendem Shitstorm dieser Hassgemeinschaft
> Politisch motivierte Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerks mit Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen inkl. professionellem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa (weltweit ohne Vergleich)
> mit Zerschlagung seit 1998, dem Gründungsjahr von Google, von einem Altbundeskanzler, der vom Beschwerdeführer zu einer Plenaransprache eingeladen wurde (1991), weil er im Wahlkampf an der Basis den Computer als Jobkiller verteufelt hat,
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down after link to ONLINE 1988-1991
und von einer
Altbundeskanzlerin (ehemals DDR-Agitatorin), die westdeutsche Spitzen-Politiker zur Seite geräumt hat, für die es die leichteste Übung war, eine Zerschlagung durch den Altbundeskanzler zu einer Doppelzerschlagung am Wohnort und am Geburtsort zu toppen und parallele Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag nieder zu schlagen,
> mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, die sich nicht scheuen, ohne Respektierung von Menschenrechten politisch motivierte Zerschlagung seit über 25 Jahren mit sozialer Zerschlagung fortzusetzen, nach kapitalen Vermögensschäden, jetzt mit Rentenplünderung einer Raubjustiz auf Pfändungsschutzkonto, bis dato

> mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlungen, jetzt zum 3.Mal durch Hassgemeinschaft mit Videowandvernetzung am Amtsgericht Velbert.

> mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlungen, in 2021 (Regierungsende der Altbundeskanzlerin) zum 2.Mal durch Verweigerung am Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg mit der Besonderheit, dass die Frau des Bundespräsidenten Richterin am Verwaltungsgericht Berlin und der Bundespräsident als Kanzleramtschef des Altbundeskanzlers (1999-2005 mit UMTS-Auktion2000) und anschließend Bundesminister und Stellvertreter der Bundeskanzlerin im Kabinett von Merkel I mit Kanleramtschef / Bundesminister für besondere Aufgaben Thomas de Maiziere.

Beweise in Hülle und Fülle, von Richtern mit Blindheit und Taubheit boykottiert, trotz „turmartigen“ Aufbau am Amtsgericht Velbert. Daher an das Landessozialgericht in Essen angeliefert. Es geht nicht an, dass Finanzmittel im Bundeshaushalt für Lösungen aus Güteverhandlungen zweckentfremdend missbraucht werden, weil weisungsgebundene Staatsanwälte Güteverhandlungen und Abruf dieser Finanzmittel sabotieren und der Bundeskanzler die sabotierten Finanzmittel im nächsten Bundeshaushalt einplant und zusätzlich Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto bis zum Limit ausführen lässt für verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit über 14 Jahren (2010) für Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa.
„Wir sind nicht nur der kranke Mann Europas, sondern laut internationalem Währungsfonds der kranke Mann der Welt“, so
Carsten Linnemann, CDU-Generalsekrerär, laut WAZ vom 19.08.2023:

Auch Europäische Congressmessen für Mikroelektronik (Halbleitertechnik) des Beschwerdeführers mit Eigenfinanzierung unter Leitung führender Wissenschaftler zerschlagen, in den 1980er Jahren. Der Beschwerdeführer hat als Student noch Messungen am Transistor durchgeführt, in den 1960er Jahren.
Finanzmittel nach Verschiebung des Intel-Projektes in Sachsen-Anhalt: 10 Mrd € im Bundeshaushalt verfügbar. Darf nicht wahr sein: 10 Mrd € (10.000 Mio €) in nicht mehr wettbewerbsfähige Chip-Technologie von Intel in Brandenburg versenken! Der Intel-Wettbewerb wird nicht warten.

Kein Weiter so! Kampf gegen Hass und Blindheit ist grundrechtsgleiches Recht nach Art.20. Abs.4 GG
für Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG.

Velbert, 17.09.2024

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur
unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution,
die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben
und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003

Anlage VB-2415
Hassgemeinschaft hinter verfassungswidriger Videowandvernetzung, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte, mit Verweigerung einer beantragten Information über angeschlossene Teilnehmer, mit Datenschutz-Skandal an Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) und im SCHUFA-Netz,
überschüttet Beschwerdeführer der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 nach Zusendung mit Schriftsatz vom 24.08.2024 (Anlage VB-2414 eingeworfen am Amtsgericht am 30.08.2024) mit lawinenartig verfassungswidrigem Shitstorm der sozialen Zerschlagung mit Verfahrensfortpflanzung verfassungswidriger Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf:
Anlage **VB-2415 a**:
Kostenfestsetzungsbeschluss vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024) zu rechtswidrigem und verfassungswidrigem Urteil gemäß Anlage VB-2407 (Original ohne Datum, Datum nachgetragen mit 19.03.2024/17.07.2024 durch Rechtspfleger Ermanns),
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 gegen
a) das Urteil des Amtsgerichts Velbert vom 26.Juni 2024 - 10 C 211/23 -,
b) das Versäumnisurteil des Amtsgerichts Velbert vom 19.März 2024 – 10 C 211/23
Anlage **VB-2415 b1** und Anlage **VB-2415 b2**
Abgabenachricht vom 03.09.2024 (eingegangen am 07.09.2024 zu **verfassungswidrigem Missbrauch von Mahnverfahren für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen** am Amtsgericht Mayen (Anlage VB-2415 b1) und am Sozialgericht Düsseldorf (Anlage VB-2415 b2) trotz parallelem Berufungsverfahren am Landessozialgericht in NRW
Anlage **VB-2415 c/d**
Drohbriefe der Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers, verantwortlich für hemmungslose Eskalation der politisch motivierten Zerschlagungen (seit 1998) mit sozialer Zerschlagung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, mit Datenschutz-Skandal am Amtsgericht Velbert, im SCHUFA-Netz, für Videowand-Vernetzung der Hassgemeinschaft am Amtsgericht Velbert.
Sieh auch **Anlage VB-2412 a**.

Anlage VB-2416 (aus Anlage SGH der Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 Seite 84)
Nachweis für Datenschutz-Kompetenz des Beschwerdeführers:
Seminar-Prospekt der Seminarreihe >online< an der Technischen Akademie e.V. Wuppertal aus 1976
Anlage SGH:
Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.** Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren

Anlage VB-2417
Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses gemäß Anlage VB-2415 a) mit Schreiben vom 14.09.2024

Anlage VB-2418
Judikativer Boykott von Güteverhandlungen: Willfähriger Einzelrichter als Helfer für weisungsgebundene Staatsanwälte bei Sabotage von Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlungen unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung mit Antwortschreiben nach Zusendung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24

Anlage VB-2419
Abwehr eines verfassungswidrigen, hemmungslosen Aktionismus (verfassungswidriger Shitstorm) der sozialen Zerschlagung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 und
nach neuer Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024
Untauglicher Versuch des Amtsgerichtes Mettmann mit Schreiben vom 12.09.2024 (eingegangen am 17.09.2024),
nach Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 wegen Nicht-Bescheidung einer Anhörungsrüge an das Oberlandesgericht Düsseldorf vom 15.08.2024 (Rechtsbeschwerdegericht zu Amtsgericht Mettmann) mit einer unbekannten Verfügung in einem „Bußgeldverfahren“ der sozialen Zerschlagung abhelfen zu wollen.

Anlage VB-2420
Kontra heuchlerische Barmherzigkeit am Landessozialgericht, weil . . . .
> weil Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa bis 2003,
> weil Premium-Beiträge zu Sozialversicherungen bis zum 70.Lebensjahr (2010)
> weil seitdem, nach Niederschlagung von parallelen Petitionen an Deutschen Bundestag und an Bayerischen Landtag sein Bruder in den Tod gehetzt (2012) wurde und der Beklagte Nonstop-Gerichtsverfahren (Gerichte übergreifend) ohne Unterbrechung an Weihnachten, an Ostern oder in Urlaub hinnehmen muss,
> weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen auf Pfändungsschutz-Konto mit monatlichen Rentenplünderungen bis zum Limit gegen Rentner im 83.Lebensjahr,
> weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen seit über 25 Jahren und in einem Rechtsstaat mit Grundgesetz seit über 75 Jahren verfassungswidrig ist
> weil es im Rechtsstaat einschl. Sozialstaat keinen grundrechtsfreien Raum gibt und Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten keine Rechtskraft haben
> weil **Mobbing im Berufungsverfahren am Landessozialamt NRW (L 5 P 110/24 in Essen) durch Prozessbevollmächtigten des Klägers:** *„Im übrigen gedenke ich nicht auf den Reichsbürgerschwachsinn zu erwidern“ (Sieh Anlage LSG-28)*
Zielsetzung des Mobbing: Glaubwürdigkeit des Beklagten zu vorgelegten Beweisen über mehr als 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagung zu untergraben, offensichtlich erfolgreich! **Hass macht blind! Blind für Rehabilitierung, Schadenersatz und Güteverhandlung**.

> weil nicht nur Mobbing,
sondern auch SCHUFA-Eintragungen durch
Prozessbevollmächtigten des Klägers mit Hass im SCHUFA-Netz
wegen „Verbraucherschutz“, aber ohne Opferschutz in einem Datenschutz-Skandal und verantwortlich für
Videowandvernetzung einer Hassgemeinschaft am Amtsgericht Velbert.

Niemals zu vergessen:
75 Jahre Bundesrepublik mit Unterzeichnung des Grundgesetzes,
mit Grundrechten zum Schutz vor
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen einschl.
sozialer Zerschlagung

Anlage im Schriftsatz vom 26.08.2024

Anlage VB-2414
Schriftsatz vom 24.08.2024 an Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) mit **Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024 gegen Urteil zum Gerichtsverfahren** (ohne Datum, eingegangen am 31.07.2024) mit Zurückweisung einschließlich aller dadurch verursachten Kosten / Rechnungen gemäß Anlage AGV-24/11 (a,b, . . .).

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 02.08.2024

Anlage VB-2407
Urteil des Einzelrichters am Amtsgericht Velbert Dr. Krieger (10 C 211/23) ohne Datum zur mündlichen Verhandlung vom 26.06.2024 (eingegangen am 31.07.2024)
Anlage VB-2407a)
Ohne Überschrift: Protokollartige Dokumentation (eingegangen am 04.07.2024) mit Geschäfts-Nr. 10 C 211/23
Öffentliche (?) Sitzung mit Videowand des Klägers mit
verfassungswidriger Rechtsanwendung von §128a ZPO
(Videoverhandlung mit Email-/Telefon-Wählanschluß) ohne Angabe zu Antrag über Auflistung der vorgenommenen Anschlüsse trotz Anmahnung des Beklagten.
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht
Anlage VB-2403 a)
Sieh Anlage zur Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024 (Seite 17)
Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Gütetermin,
Einspruch mit neuer
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 226)

Anlage VB-2408
Schriftsatz vom 28.05.2024 mit Anlage AGV-24/09
Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren 10 C 211/23 mit Begründung g) mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024) mit Begründung unter g
nach vorhergehenden Begründungen unter a bis f
Begründung unter g
g) Anfechtung des verfassungswidrigen Gerichtsverfahren mit verfassungswidrigem Missbrauch von Verfügungsgewalt gemäß Verfügung vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)
Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024 gemäß Anlage AGV-24/9: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter > persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
gemäß Anlage AGV-24/09
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss, das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und

EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024
(eingegangen am 23.04.2024) mit Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 und 29.04.2024 mit Anlage VB-2404 a) b) und c) in der Verfassungsbeschwerde 29.04.2024
ohne Rücksicht auf Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 und der Anhörungsrüge vom 23.03.2024 am Beschwerdegericht
ohne Respektierung der Abwehrfunktionen von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
mit Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen betroffener Grundrechte
mit Begründung unter f
nach vorhergehenden Begründungen unter a bis e
Anlage AGV-24/09

Anlage VB-2409
Verfügung des Einzelrichters am Amtsgericht Velbert Dr. Krieger (10 C 211/23) vom 14.05.2024 (eingegangen am 17.05.2024)

Anlage VB-2410
Schriftsatz vom 06.05.2024 an da Amtsgericht Velbert (10 C 211/23) mit Begründung f)
f) Termingerechte Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024 mit Verfassungsbeschwerden vom 29.04.2024 und 10.04.2024.
Nicht mehr tolerierbar: Hass, Diskriminierung, Datenschutz-Skandal, soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
mit ständiger Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe mit Eskalation zu einem Hass-Tribunal mit Doppel-Versäumnisurteil gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa
nach „de facto“-Teilversäumnis-Urteilen/-Beschlüssen am laufendem Bande seit 2011 mit
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) und des heutigen Ministerpräsidenten von Bayern,
> inkl. soziale Zerschlagung unter sozialer Ausgrenzung mit SCHUFA-Eintragungen in einem Datenschutz-Skandal
> unter Mittäterschaft des des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks unter Federführung von Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin und Stellv. WDR-Intendantin (1997-2022)
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF (2007)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 10)
und demonstrativem Rücktritt von WDR-Intendantin und ARD-Vorsitzenden Monika Piel in 2011-2012

> mit Wissen aller Bundespräsidenten und demonstrativem Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler im Mai 2010
> mit Wissen aller Ministerpräsidenten von Deutschland (2005)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 08/12),
> mit Wissen aller zuständigen EU-Kommissare in Brüssel (2007)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 10)
mit Anmahnung der Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand gemäß Art.20 Abs.4 GG und Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG iVm Art.34 GG

Anfechtung des verfassungswidrigen Beschlusses vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 und 29.04.2024 mit Anlage VB-2404 a) b) und c) in der Verfassungsbeschwerde 29.04.2024
ohne Rücksicht auf Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 und der Anhörungsrüge vom 23.03.2024 am Beschwerdegericht
ohne Respektierung der Abwehrfunktionen von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten
mit Antrag auf Staatshaftung gemäß Art.20 Abs.3 GG in Verbindung mit Art.34 GG und Abwehrfunktionen betroffener Grundrechte
mit Begründung unter f
nach vorhergehenden Begründungen unter a bis e

Anlage VB-2411
Anzufechtender Beschluss vom 18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit verfassungswidriger Installation einer Videoverhandlung über Email-Adresse und Telefon-Nr. entgegen Anfechtung durch den Beklagten, weil verfassungswidrige Rechtsanwendung von §128 a Abs.1 ZPO in Kanzlei des Klägers. ermöglicht und eine im Verhandlungstermin beantragte Auflistung der Anschlüsse verweigert wurde (Anlage VB-2407a).

Anlage LSG-30 (zur Zeit als Leihgabe an Landessozialgericht NRW)
Zu Congressbänden und Aktenordnern für Verhandlungsnachweise im Datenschutz-Skandal (Turmartiger Aufbau gem. prtokollartiger Bezeichnung, Anlage VB-2407a)
Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22.Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

Anlage VB-2412
Beschwerdeführer wird vom Prozessbevollmächtigten des Beklagten zugemüllt: Gemäß Anlage
> mit einer Vielzahl ähnlicher Droh-Briefe an die Privatdresse (Anlage VB-2412 a)
> mit Kopien zu einer Sammlung verfassungswidriger Mahnbescheide, weil soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (alle mit Einspruch am Amtsgericht Mayen, als Grundlage eines neuen Verfahrens am Sozialgericht Düsseldorf mit Einspruch am Berufungsgericht in Essen). (Anlage VB-2412 b)

Anlage LSG-28
Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „**Reichsbürgerschwachsinn“** einzugehen“. Einzelzeile-Stellungnahme ohne Begründung!

Anlage VB-2413
> Über 75 Jahre Grundgesetz & über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: mit weisungsgebundenen Staatsanwälten zu Datenschutz-Skandal:
Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto einer XXL-Generationendiskriminierung mit weisungsgebundenen Staatsanwälten zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und „Hass hinter Videowand-Vernetzung“ in Gerichte übergreifenden Verfahren

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024
Anlage VB-2403 a)
Schriftsatz vom 25.04.2024 an das Amtsgericht Velbert (10 C 211/23 hier mit Einspruch des Beklagten gegen Gütetermin,
Einspruch mit neuer
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 (Anlage AG-24/07)
nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge und der Sofortigen Beschwerde am Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 226)
Anlage LG-24/04 in
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 247:
„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar
ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05 in
Verfassungsbeschwerde vom 10.04.2024 Seite 251:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**
Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 275)

Anlage VB-2403 b)
Verfügung des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 10.04.2024 (eingegangen am 15.04.2024) mit Ladung zur mündlichen Verhandlung über Einspruch und Hauptsache

Anlage VB-2404 a)
Persönliches Anschreiben des Richters am Amtsgericht Dr. Krieger vom 18.04.2024 mit judikativen Zusicherungen und mit den Anlagen gemäß Anlage VB-2404 b) und c) (eingegangen am 23.04.2024)

Anlage VB-2404 b)
Einzelrichter-Beschluss Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 vom

18.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) als unanfechtbare Entscheidung. Unanfechtbarkeit ohne Begründung ist anzufechten, weil rechtswidrig ohne Beachtung von eingelegten Rechtsmitteln und weil verfassungswidrig ohne Respektierung von Grundrechten.

Anlage VB-2404 c)
Stellungnahme des angestellten Rechtsanwaltes Ümit Yildirim der Rechtsanwälte Giebel und Kollegen vom 16.04.2024 (eingegangen am 23.04.2024) mit 3 Anträgen auf 1 Seite ohne Begründung (Antrag 1., Antrag 2., weiterer Antrag). Alle Anträge ohne Begründung sind mit Einspruch abzuwehren.

Anlage VB-2405
Mitteilung des Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit (Herrn Thor) vom 15.04.2024 mit Hinweis auf Verwaltungsgericht Wiesbaden, offensichtlich mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte. Eine direkte Kommunikation mit einem Congressleiter (Univ.-Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, heute Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit) der 22. Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes IV gemäß Anlage unter Gesamtleitung der Congressmesse und des professionellen Verlagsservice durch den Beklagten (3 Seiten beigefügt) war nicht möglich. Der Beklagte ist nicht interessiert an einem Gerichtsverfahren gegen einen früheren Congressleiter, aber an Rehabilitierung und Schadenersatz wegen Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach **Art.34 GG ohne judikativem Boykott und ohne Versäumnisurteile in Schauprozessen mit einem Datenschutz-Skandal unter Beteiligung des SCHUFA-Vorstandes, der Rechtsanwälte des Klägers und weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und gegen staatsanwaltliche Sabotage.**

Anlage VB-2406
Fortsetzung von Nonstop-Bußgeldverfahren mit zu erwartenden Teilversäumnisurteil seit 2011 ohne Respekt vor Grundrechten am **Amtsgericht Mettmann** unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung
nach über **25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und mit einer Hetzjagd gegen ihn und in den wirtschaftlichen Ruin und Freitod seines Bruders mit Nachlass-Insolvenz (2012) nach Niederschlagung der Petition durch eine Staatssekretärin, später Staatsministerin des heutigen Ministerpräsidenten in Bayern.**

Anlage VB-2312 d) Sommerfeld 10
Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respekt vor Grundrechten mit Wiederholung: Sieh **Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a)** Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Datierung auf das **Weihnachtsfest 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.

Anlage VB-2401
Schriftsatz vom 23.03.2024 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge und mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 und 11 C 406/22 (16 T 207/23) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Anlage LG-24/01: Schriftsatz des Amtsgerichtes Velbert 10 C 211/23 vom 12.01.2024 (eingegangen am 24.02.2024), mit dem ein weiteres verfassungswidriges Verfahren dem Zerschlagungsopfer aufgezwungen wird und daher mit sofortiger Beschwerde zurückgewiesen wird, wobei zu beachten ist:
Das Zerschlagungsopfer hat seit vielen Jahren keine Kontakte mehr zu dem Sozialversicherungsträger und seinem Prozessbevollmächtigten. Er muss sich gegen verfassungswidrige Gerichtsverfahren wehren, die ihm aufgezwungen werden. Rechtsanwendungen ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten sind verfassungswidrig und haben keine Rechtskraft. Das gilt auch für „Anspruchsbegründungen“, die zurückzuweisen sind, weil sie verfassungswidrig sind.
„Anspruchsbegründungen“ bei verfassungswidrigen Sozialversicherungen sind äußerst erbärmlich, weil das Zerschlagungsopfer seit 2010 jede Verfassungswidrigkeit mit Verfassungsbeschwerden bekämpft.
Es geht um soziale Zerschlagungen mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen:
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 ohne Respektierung Europäischer Menschenrechte z.B. Art.6 EMRK in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, denen mehrfache kriminelle Freiheitsberaubungen vorzuwerfen sind, sowie Psychoterror, Polizei-Terror vor Gerichtsverfahren, Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung nach Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag in 2010-2012,
jetzt auch noch mit „Hass im Netz“ mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke der sozialen Isolierung und sozialen Ausgrenzung.

Anlage LG-24/02: Schreiben vom 28.02.2024 an Zentrale Zahlstelle Justiz
mit Zurückweisung von Rechnung, Mahnung und ggf. weiterer Kosten Kassenzeichen X701143342707X, Geschäftszeichen 16 T 207/2023 001 (270) Landgericht Wuppertal mit den Anlagen 01 bis 04 sowie Anlage SGC und Anlage SGG
Anlage 01
Rechnung vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)
Mahnung vom 22.02.2024 (eingegangen am 22.02.2024)
Anlage 02
Schreiben des Bundesverfassungsgericht vom 01.12.2023 (AR 9651/23, eingegangen am 07.12.2023)

Anlage 03
Schreiben vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal (16 T 207/23): Zurückweisung des Beschlusses vom 15.12.2023 einschließlich aller Kosten mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 mit Hinweis auf die Kapitel der Verfassungsbeschwerde (Die gesamte Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024 umfasst die Kapitel BVERFG-396, BVERFG-397, **BVERFG-398,** BVERFG-399, BVERFG-400 auf insgesamt 92 Seiten)
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203/221)
Anlage 04
Übernahme der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 ff. vom Allgemeinen Register in das Verfahrensregister (1 BvR 207/24, bisher AR 9651/23) mit Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 26.01.2024 (eingegangen am 31.01.2024), Allgemeines Register als Sammelstelle für Verfassungsbeschwerden wegen Gerichte übergreifender Verfahren am Sozialgericht Düsseldorf und am Amtsgericht Velbert zu
Sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen als Fortsetzung zu über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung

Anlage SGC:
Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
"All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie es geendet hat. Da kann man nur sagen: Wehret den Anfängen!" Der Anfang war vor über 25 Jahren:
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
zuletzt wegen verfassungswidriger Plünderung von Pfändungsschutzkonto seit 2013 parallel zu **v**erfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen
Hier: Gerichte übergreifende Verfassungswidrigkeiten unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft unter Weisungsbefugnis und Weisungsdruck der wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung / Bundeskanzleramt
mit Verweigerung der Bescheidung zu Anhörungsrüge vom 05.Nov.2023
mit Eingang einer verfassungswidrigen Bescheidung am 30.12.23 und zu sofortiger Beschwerde nach Rechtspfleger-Beschluss am Amtsgericht Velbert und mit Fortsetzung eines

Opferkriminalisierungs-Wahnsinn am Sozialgericht, . . bis heute unter judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz trotz erdrückender Beweislage zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen

Verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) mit verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen
ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten
mit direkter Verantwortung für
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im > > > 83.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zur Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 203)

Anlage SGG: (an das Landgericht)
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23) **vom 25.01.2024**
"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel **zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen** seit 2011 (über 12 Jahre) **zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen** und **zu sozialer Spaltung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen mit den Kapiteln BVERFG-401 und BVERFG-402: BVERFG-401. Extremistische Ausuferung der sozialen Zerschlagung mit skrupelloser Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Diskriminierung und öffentlicher Diskreditierung**
Systematische Hetze gegen das Zerschlagungsopfer mit Helfern und Helfershelfern der weisungsgebundenen Staatsanwaltschaft unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt) wegen
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr und deren brutalen Missbrauch zur verfassungswidrigen Durchsetzung von politisch motivierter (Zerschlagungs-)Justiz
mit judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Sabotage durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> mit Eskalation der systematischen Hetze auf den öffentlichen Bereich
mit verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen und deren Erweiterung auf öffentliche Verzeichnisse unter Verantwortung derselben Staatsanwälte
mit verfassungswidrigem Missbrauch der Digitalisierung zur

Effizienz-Steigerung von diskriminierenden und diskreditierenden SCHUFA-Eintragungen und SCHUFA-Verzeichnissen
durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte
durch Prozessbevollmächtigte der Sozialversicherungen
mit Täuschung der Öffentlichkeit durch SCHUFA-Ankündigung ohne Hinweis auf die Prozessvollmacht durch einen Sozialversicherungsträger mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
nach über 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
BVERFG-402. Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste

wegen totalem Staatsversagen.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution mit Deutschland ist längst erwiesen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)

Anlage LG-24/03:
Widerspruch-Verfahren mit Antrag an
Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
nach SCHUFA-Abruf vom 27.12.2023, 2 Beschwerden an den SCHUFA-Vorstand mit Verweigerung direkter Kommunikation.
Anlage LG-24/03 a)
Schreiben (Az: 90.24.75: 0067) vom 24.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 23)
Anlage LG-24/03 b)
Eingangsbestätigung / Nachforderung (Az: 90.24.75: 0067) vom 21.Feb.2024 an Den Hessischen Datenschutzbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit
Anlage LG-24/03 c)
Schreiben vom 10.Feb.2024 an
Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Den Hessischen Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit mit Beweisanlagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 01)

> Seite 16/70, **Anlage SGD: SCHUFA-Auskunft vom 27.12.2023** (eingegangen am 05.01.2024) mit Stellungnahme am 16.01.2024

> Seite 17/77, **Anlage SGE: Mein Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte** ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht gemäß **Anlage SGD** im Schriftsatz vom 08.Jan.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 59)

> Seite 18/85, **Anlage SGE-2:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 23.Jan.2024 (eingegangen am 29.01.2024) ohne Abhilfe

Seite 18/86 , **Anlage SGE-3: Mein Schriftsatz vom 05.Feb.2024 an**

den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Information über Verfassungsbeschwerden und weitergehende Begründung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 121).

> Seite 18/99, **Anlage SGE-4:** Antwort des SCHUFA-Serviceteam vom 07.Feb.2024 (eingegangen am 09.02.2024) ohne Abhilfe.

> Seite 18/100, **Anlage SGF:**
Verfahrensbestätigung des Bundesverfassungsgerichts unter Aktenzeichen 1 BvR 207/24 (bisher AR 9651/23)

> Seite 18/101, **Anlage SGG** im Schriftsatz vom 31.Jan.2024 an das Sozialgericht:
Verfassungsbeschwerde (bisher AR 9651/23) vom 25.01.2024

"Deutschland braucht nicht nur eine Zeitenwende, sondern einen Epochenbruch.“ Diese Epoche der politisch motivierten Zerschlagungen ohne Respekt vor Grundrechten hat vor über 25 Jahren begonnen:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr bis zu sozialer Aussperrung.
von verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto parallel
zu verfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und
zu sozialer Isolierung mit verfassungswidrigen Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen gemäß
Kapitel BVERFG-401 und BVERFG-402.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 277)

Anlage ONLINE PROGRAMM
ONLINE'99, 22. Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56#anfang
Scroll down after link to ONLINE 1999
Beiliegend: Seminarreihe > online < 1975.
Das Programm der ONLINE'99 ist beigefügt, um darauf hinzuweisen, dass Herr Prof. Roßnagel selbst als Congressleiter an der Durchführung dieser Congressmesse beteiligt war.
Der Datenschutz hat in seinem Lebenswerk einen besonderen Stellenwert: Als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH hat er bereits in den 1970er Jahren die ersten Datenschutz-Beauftragten persönlich ausgebildet, mit dem Wissensstand von damals (sieh beiliegende ONLINE-Seminarreihe aus 1975, BDSG seit 1978) und in 1977 ein Symposium zu ITK-Innovationen mit Referaten und Diskussionen über 3 Tage sowie Dokumentation in einem Symposiumsordner:
Praxis von Datenschutz und Datensicherung in Online-Systemen, Erfahrungsaustausch mit EDV-Anwendern und EDV-Herstellern, Informationen über Sicherheits-Projekte und -Systeme
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#8
Auf der ONLINE'94 in Hamburg hatte Datenschutz und Datensicherheit einen besonderen Schwerpunkt: Im Plenum der

Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob
Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)
auf der 17.Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum Thema
Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes Informationsmanagement (ISBN 3-89077-126-2)
Außerdem 2 internationale Kolloquien zu:
Kolloqium A: Aktuelle Probleme der IT-Sicherheit und Lösungsansätze
Kolloqium B: Katastrophenschutz und Gefahrenabwehr, Auflagen und wirtschaftliche Lösungsmöglichkeiten
Um dies zu verdeutlichen, hat er aus aktuellem Anlass im Schreiben an das Sozialgericht Düsseldorf Kapitel
45. (41.Aktualisiert wegen Datenschutz) Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers,
Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage
mit Schreiben vom 16.Feb.2024 neu formuliert:
Von der in Deutschland führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice
(ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000
Verfassungswidrige Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde, dessen
Pfändungsschutzkonto heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Weisung durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz überleben muss, die totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane und alle Landesregierungen und alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen.
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-26.pdf
Scroll down after link (page 29) wie z.B
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für die digitale Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 131)
Er macht darauf aufmerksam, dass er nur parallel zu anderen Gerichtsverfahren gegen verfassungswidrige SCHUFA-Eintragungen ankämpfen kann. Bitte um Mitteilung, welche weiteren Beweisunterlagen benötigt werden.

Anlage SGH:
Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.** Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz** Dr. Joachim Jakob und auf der ONLINE'99 (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren

---

Anlage LG-24/04:
„Versäumnisurteil“ 10 C 211/23 (Amtsgericht Velbert) vom 19.03.2024 (eingegangen am 22.03.2024 und sofort nachgeliefert),
mit Einspruch gegen ein nicht nachvollziehbares „Versäumnisurteil“ ohne Begründung und ohne Rechtskraft einschließlich Kosten und Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung zu bekämpfen, weil ohne Respektierung von Grundrechten, daher verfassungswidrig und ohne Rechtskraft und daher auch nicht vorläufig vollstreckbar ohne Beachtung der sofortigen Beschwerde, daher rechtswidrig, daher Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde erweitert mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge,
gegen einen klagenden Sozialversicherungsträger und einen Prozessbevollmächtigten, die mit verfassungswidrigen Nonstop-Verfahren seit 2011 soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, soziale Isolierung und soziale Aussperrung mit „Hass im Netz“ sowie Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto eines Rentners im 83.Lebensjahr betreiben, daher
brutal verfassungswidrig im Zuge von
über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,

Anlage AG-24/05:
Schriftsatz vom 28.03.2024 an das Amtsgericht Velbert mit Einspruch gegen das Versäumnisurteil 10 C 211/23 vom 19.03.2024 **wegen rechtswidriger und verfassungswidriger Rechtsanwendung.**
Begründung und Rechtsmittel gemäß
sofortiger Beschwerde an das Beschwerdegericht vom 03.03.2024 und Anhörungsrüge an das Beschwerdegericht vom 23.03.2024.
Einspruch gegen sämtliche Kosten und sofortige Vollstreckbarkeit wegen rechtswidriger Unterlassung der Bescheidung der sofortigen Beschwerde an das Beschwerdegericht.

Anlage AG-24/06
Gegenerklärungen des Antragsgegners Albin Ockl vom 31.10.2022 zu den Mahnbescheiden der DEBEKA Krankenversicherungsverein

Anlage VB-2402 als Ergänzung zu Anlage VB-2401
Schriftsatz mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde vom 03.03.2024 (200 Seiten) an das Landgericht Wuppertal
Beschwerdeverfahren zu Amtsgericht Velbert 10 C 211/23
und 11 C 406/22 (16 T 207/23)
mit folgenden Anlagen: Anlage LG-24/01, Anlage LG-24/02, Anlage SGC, Anlage SGG, Anlage LG-24/03, Anlage LG-24/04, Anlage LG-24/05.

Sozialer Hass als Dauerzustand zum Beispiel: Sieh
Anlage VB-2312 c) Sommerfeld 9 nach Sommerfeld 7 und 8 gemäß Anlage VB-2312 a) Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts nach Wiederholung in der **Weihnachtszeit 2023/2024**, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen, zur nächsten Wiederholung.
Fortsetzung der Wiederholung mit
Verfassungswidrigem Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts im April 2024 nach Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 wegen
Absolut totalem Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal mit verfassungswidrigen, Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren seit 2011
Erzwingung einer politisch motivierten Justiz im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundeskanzleramtes
Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG nach Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Entscheidung der Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht Düsseldorf

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 25.01.2024
Anlage VB-2315:
Schriftsatz vom 19.Jan.2024 an das Sozialgericht Düsseldorf mit Vorlage von **Anlage SGE:**
Schriftsatz vom 16.Jan.2024 an den Vorstand der SCHUFA Holding AG mit Aufforderung an die SCHUFA zur Stellungnahme wegen verfassungswidrigem Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen durch Rechtsanwälte
ohne erkennbare Vertretungsberechtigung des Sozialversicherungsträgers für soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 an das Sozialgericht
gemäß Anlage SGD im Schriftsatz vom 08.Jan.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 59)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024:

Anlage VB-2310: Stellungnahme vom 10.12.2023 an das Sozialgericht Düsseldorf (S 31 P 146/22) mit den Kapiteln 34, 35 und 36 (insgesamt 71 Seiten) wegen
Schreiben vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023). mit
Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA) und Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (Anlage SGB)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87)
Anlage VB-2311 a: Aufforderung durch das Sozialgericht Düsseldorf_ (S 31 P 146/22) zur Stellungnahme
Anlage VB-2311 b: Antwort des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.12.2023 (eingegangen am 21.12.2023) durch Bearbeiterin Frau Jans auf Stellungnahme vom 10.12.2023 (Anlage VB-2310) und Aufforderung zu einer 2.Stellungnahme mit neuem Aktenzeichen (S 31 P 457/23)

Anlage VB-2312: Soziale Zerschlagungen ohne Beachtung in Sozialgerichten
Anlage VB-2312 a) Sommerfeld 7 und 8: Verfassungswidriger Missbrauch des Zwangsvollstreckungsrechts mit Wiederholung in der Weihnachtszeit 2023/2024, mit Androhung des gewaltsamen Hausfriedensbruch mit Schlossergehilfen durch weisungsgebundene Staatsanwälte und ihrer Helfer parallel zu anderen Maßnahmen
wegen Sabotage und judikativem Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz mit Psycho-Terror und mit Androhung von Hausfriedensbruch durch Schlosser-Gehilfen auf umfriedeten Grundstück, mit ausführlicher Begründung und Zusendung der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023 (Anlage SGA)
Aus Punkt c) der Begründung zu judikativem Boykott: „ . . . Darüber hinaus wurde dieses Verfahren bereits einmal abgeschoben, mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 8.Dez.2014 (VG 27 K 496.14), an das Landgericht Wuppertal
abgeschoben und dort in 2 Verfahren (Zerschlagung 1: 2 O 70/15, Zerschlagung 2: 2 O 163/16) aufgeteilt.
Mit Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 21.07.2017 (VG 27 K 308.14) wurden die Verfahren vom Landgericht Wuppertal zurückgeholt und am Verwaltungsgericht Berlin wieder weitergeführt. Darüber hinaus wurde der Unterzeichner vom Verwaltungsgericht

Düsseldorf über eine Vereinbarung mit dem Verwaltungsgericht Berlin informiert, dass die verfassungswidrige Beteiligung des ÖRR/WDR an den **politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998** (Zerschlagung 3) am Verwaltungsgericht Berlin eine angemessene Berücksichtigung findet. Die Klage gegen den ÖRR/WDR mit Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 ist rechtshängig am Verwaltungsgericht Düsseldorf. Es ist Menschenrechte verachtend, den Schadenersatz für **25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen zu boykottieren oder** von einem Gericht ins andere verschieben zu wollen, obwohl dies an Verwaltungsgerichten gar nicht möglich ist, und das Opfer verantwortlich zu machen für die dadurch verursachten verheerenden Folgewirkungen (Opferkriminalisierungswahnsinn mit sozialer Zerschlagung). Staatsbürger mit Weltklasse-Höchstleistungen im fortgeschrittenem Lebensalter werden in den wirtschaftlichen Ruin gezwungen, ausgeraubt und bis in den Tod gehetzt, ohne Respekt vor Ihrer Lebensleistung."

Anlage VB-2312 b) Beschlüsse der politisch motivierten Zerschlagung durch judikativen Boykott von Rehabilitierung und Schadenersatz aus
> über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr
am Beispiel des Verwaltungsgerichtes Berlin mit Abschiebung der judikativen Verantwortung an das Landgericht Wuppertal in 2014 und mit Zurückholung der judikativen Verantwortung in 2017.

Anlage VB-2313:
Petition Pet 1-17-09-703-005442 mit insgesamt 53 Kapiteln (hier Kapitel 37-41 in Anlage)
Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2418/10
System Deutschland ein Sanierungsfall?
UMTS-Auktion 2000 mit verheerenden Folgewirkungen: Jahrhundert-Desaster, Unternehmens-Genozid, Existenz-Vernichtung, Wutbürger .....
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet110103.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/pet111217.pdf
Schreiben vom 03.01.2011
an den Bundespräsidenten,
an den Deutschen Bundestag und
an das Bundesverfassungsgericht
der Bundesrepublik Deutschland

Anlage VB-2314: Anzufechtender Hoheitsakt
Beschluss 16 T 207/23 Landgericht Wuppertal (11 C 406 /22 Amtsgericht Velbert) vom 15.12.2023 (eingegangen am Samstag, 30.12.2023) durch Richterin am Landgericht Wanik als Einzelrichterin

Anlage VB-2314-1:
Zurückweisung des Beschlusses
mit Brief vom 10.Jan.2024 an das Landgericht Wuppertal mit Hinweis auf Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2024
gemäß Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 01.12.1023 (AR 9561/23, eingegangen am 07.12.2023) und telefonischer Bestätigung des Eingangs des Beschlusses des **anzufechtenden Hoheitsaktes** durch das Bundesverfassungsgericht.
Zurückzuweisende Rechnung des Landgerichts Wuppertal vom 19.01.2024 (eingegangen am 26.01.2024)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 20.11.2023

Anlage VB-2306 a) b) c)
Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern
a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)
b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010
c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307
Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal: Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023. Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308
Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a)
mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023
Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**
Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)
nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74)

Anlage VB-2309
Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren
gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß
BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und

Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
mit Hinweis auf
Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.
Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf
Scroll down after link (page 268)
Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023

<u>Anlage VB-2301</u>: Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-392.
a) Beschluss IV-3 ORbs 15/23 Ws Oberlandesgericht Düsseldorf (zu IV-3 ORbs 133/23) 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023 (eingegangen am 28.Sept.2023)
b) Beschluss IV-3 ORbs 133/23 Oberlandesgericht Düsseldorf 523 Js-OWi 814-22 StA Wuppertal vom 21.Aug.2023 (eingegangen am 24.Aug.2023)
c) Urteil (?) / Beschluss 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 19.09.2023 (eingegangen am 05.10.2023 in Briefumschlag der Staatsanwaltschaft Wuppertal)
d) Rechnung zu 523 Js-OWi 824/22 1 (271) der Staatsanwaltschaft Wuppertal in neutralem Umschlag
e) Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023)

<u>Anlage VB-2302</u>: Mitteilung des Bundesverfassungsgerichts vom 16.Mai 2023 (2 BvR 539/23, eingegangen am 19.Mai 2023)
zu Verfassungsbeschwerde vom 14.Januar 2023
gegen das Urteil des Amtsgerichtes Velbert vom 24.02.2023 gemäß Anlage VB-2301 e)

<u>Anlage VB-2303</u>:
Schriftsatz vom 03.10.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Hinweis auf termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss IV-3 ORbs 133/23 523 Js-OWi 814/22 StA Wuppertal vom 25.Sept.2023
06-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge ist Voraussetzung, um eine Verfassungsbeschwerde gegen einen verfassungswidrigen Beschluss vornehmen zu können. Sieh Kapitel 05-OLG im Schriftsatz vom 28.08.2023.
Der Beschluss vom 25.Sept.2023 ist brutal verfassungswidrig wegen Versagung von rechtlichem Gehör zu verheerenden Schadenswirkungen politisch motivierter Zerschlagungen entsprechend dem grundrechtsgleichem Rechts nach Art.103 Abs.1 GG.
Termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde gegen den Beschluss wird durchgeführt.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 58)

<u>Anlage VB-2304</u>:
Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 durch Richterin am Landgericht Kellner wegen verfassungswidrigem Missbrauch von Bußgeldbescheiden seit 2011 im Umfeld von und mit ausschließlicher Ursache von
25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern
05-OLG. Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO gegen Beschluss IV-3 ORbs 133/23, weil

brutal verfassungswidrig, mit wahrheitswidrigen Angaben begründet, ohne Respektierung von Grundrechten, daher ohne Rechtskraft.
Zu beachtende Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde hat Anspruch auf Respektierung von Grundrechten, darf verfassungsrelevante Wahrheiten nicht unterdrücken, wurde vom Beschwerdeführer nachweislich eingehalten.
Form zur Abgabe der Rechtsbeschwerde ist verfassungswidrig, wenn sie dazu missbraucht wird, verfassungsrelevante Wahrheiten ohne Richterkontrolle zu unterdrücken. Die Geschäftsstelle des zuständigen Amtsgerichtes ist kein grundrechtsfreier Raum.
Darüber hinaus: Rechtsbeschwerde am Oberlandesgericht ist das richtige Forum, um auf
staatsanwaltschaftliche Fehlleistungen dieses Umfangs aufmerksam zu machen, weil Staatsanwälte weisungsgebunden sind und das Bundeskanzleramt mit Weisungsbefugnis über Staatsanwälte beklagt werden muss wegen Rehabilitierung und Schadenersatz: Es geht um 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, mit Todesopfer, mit kapitalen Vermögensschäden, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen
mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter, mit Polizei-Terror bei Dunkelheit unmittelbar vor einer Gerichtsverhandlung im Januar 2023, mit Opferkriminalisierungs-Wahnsinn und mit Schadenersatz-Sabotage, mit Altersdiskriminierung und altersfeindliche Generationen-Diskriminierung, mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen, gegen Rentner im 82.Lebensjahr mit Zerschlagung
eines herausragenden Lebenswerkes im 61.Lebensjahr, mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution mit nachhaltigem, professionellem Wissensmanagement . . .
Aber Hallo! Deutsche Staatsangehörige sind keine Untertanen, sondern Bürger mit Grundrechten:
Totales Justiz-Versagen im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal > > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 38)

Der Schriftsatz vom 28.08.2023 an das Oberlandesgericht Düsseldorf mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gegen Beschluss vom 21.Aug.2023 enthält folgende Anlagen:

Anlage OWiV-04 OLG
Nachweis über Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle entgegen Begründung des Beschlusses IV-3 ORbs 133/23 (beigefügt), auf Hinweis der Richterin Zankl in Gerichtsverhandlung sofort möglich. Sofortiger Versuch der Abgabe der Erklärung war nicht möglich, weil die Geschäftsstelle am Freitag nachmittags vorzeitig geschlossen hatte, sodass die Erklärung über Fax nachgeholt werden musste.

Anlage OWiV-05 OLG
Anforderung vom 17.04.2023 mit förmlicher Zustellung durch Richterin am Amtsgericht Zankl mit persönlichem Anschreiben mit Hinweis auf Gerichtsversehen (wurde hier der Richterin mit Missbrauch einer Beglaubigung der Hinweis auf ein Gerichtsversehen untergeschoben?)

Anlage OWiV-06 OLG
Persönliches Antwortschreiben an Richterin am Amtsgericht Zankl vom 28.04.2023 mit zusätzlicher Erklärung zur Rechtsbeschwerde und über die Besorgnis von Unregelmäßigkeiten am Amtsgericht sowie über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit
Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.

nach Einspruch gegen das vorgelesene Urteil vom 24.02.2023 mit dem Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gemäß §79 OWiG und
nach Eingang der schriftlichen Begründung am 22.03.2023
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Scroll down after link (page 10/21/28)
und mit Hinweis:
Faktenlage ist der Opferkriminalisierungs-Wahnsinn im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, von
weisungsgebundenen Staatsanwälten immer wieder aktiviert
wegen der Unverhältnismäßigkeit des Schadens aus 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen,
wegen einer sabotierenden Überflutung mit Gerichtsverfahren von Staatsanwälten, hier
von Staatsanwälten erzwungen mit Unterstützung des Sozialversicherungsträgers, der mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen keine Versicherungsleistungen mehr seit 2010 erbringt und der einen Zugang zu Versicherungsleistungen einer Pflegeversicherung, soweit erforderlich, behindert,
gegen einen Rentner im 82. Lebensjahr,
der Anspruch hat auf einen humanen Lebensabend,
der seit 2013 ein Pfändungsschutzkonto benutzen muss, um staatliche Übergriffe abzuwehren, dem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle Bundesbürger konfisziert wird, der mit solchen Übergriffen längst aus der deutschen Solidargemeinschaft ausgeschlossen ist,
der von Staatsanwälten 2mal Freiheitsberaubung, beim 1.Mal ohne Haftbefehl, beim 2.Mal gegen Rentner im Schlafanzug, mit anschließendem JVA-Service, mit Psychoterror, jetzt im Januar 2023 mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf befriedetem Grundstück, hinnehmen musste
u.v.a.m.

Anlage OWiV-07 OLG
Zusendung vom 4.4.2023 an das Amtsgericht Velbert wegen Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 / Abschnitt BVERFG-D.
Verfassungsbeschwerde gegen Opfer kriminalisierende Gerichtsverfahren im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
wegen Treiben weisungsgebundener Staatsanwälte
gegen Rentner im 82.Lebensjahr, hier seit Weihnachten 2022:
Verfahren übergreifend, Gerichte übergreifend und Verwirrung stiftend, aber alle zusammenhängend.
Sabotierung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz mit Überflutung durch Gerichtsverfahren zu Problemen der Sozialversicherung seit 2010, ausschließlich verursacht durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
Brutal verfassungswidrig, Gerichte und Verfahren übergreifend, Opferkriminalisierungswahnsinn, nicht nur Altersdiskriminierung, sondern auch altersfeindliche Generationen-Diskriminierung durch junge Richtergeneration.

Anlagen der aktualisierten Rechtsbeschwerde vom 23.02.2023

Anlage OWiV-01
Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft
Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf

vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiV-02: aktualisiert am 23.02.2023 und im Gericht übergeben
Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze
Anlage OWiV-02 a
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998: Sieh > > > > > > > > > Seite 11

Anlage OWiV-03
Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2305: Erzwingung von politisch motivierter Zerschlagungsjustiz:
Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
nicht unter Richterkontrolle, sondern unter Kontrolle von weisungsgebundenen Staatsanwälten und unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes hier mit:

> Anlage VB-2305 a) Anzufechtende Hoheitsakte zu BVERFG-393.
Verfassungswidriger Kostenfestsetzungsbeschluss (11 C 406/22 Amtsgericht Velbert) vom 12.10.2023 mit wahrheitswidriger Begründung (eingegangen am 14.10.2023) durch Rechtspfleger Jacob als Richterersatz

> Anlage VB-2305 b) Schriftsatz vom 05.10.2023 an Amtsgericht Velbert **11 C 406/22**
(Stellungnahme zu Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (**Anlage VB-2305 c)**)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 107)
mit den Anlage AGV-10/01, Anlage AGV-10/02 und Anlage VB-2327
Zurückweisung aller Kostenforderungen und Wiederholung des Antrags auf sofortigen Stopp der Kontopfändung auf Pfändungsschutz-Konto wegen Missbrauch für verfassungswidrige Krankenversicherung
entsprechend der vorgelegten Verfassungsbeschwerden:
1. Verfassungsbeschwerde (2 BvR 538/23) vom 31.03.2023
wegen Urteil 11 C 406/22 zu Abbruch der mündlichen Verhandlung am 12.01.2023, verkündet am 09.02.2023, eingegangen am 09.03.2023 mit Beugung Recht und Verfassung, Verfahren übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal
Sieh Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023 Seite 11
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
Scroll down after link (page 74 / 84)

2. Verfassungsbeschwerde (1 BvR 1680/23) vom 15.09.2023
wegen Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen
nach 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter, ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Anlage AGV-10/01: Schriftsatz vom 6.04.2023 an das Amtsgericht Velbert mit Übergabe der
Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
sind die einzige Ursache für Altersarmut. Mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren, heute im Alter von über 80 Jahren, unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten,
werden Rehabilitierung und Schadenersatz .
vom Kläger sabotiert und von der Justiz boykottiert. Kläger, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Richter Hand in Hand mit strafbarer Rechtsbeugung gegen Zerschlagungsopfer.

Anlage AGV-10/02
Verfassungsbeschwerde vom 15.09.2023 (1 BvR 1923/23) mit
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerden vom 14.Jan.2023, vom 31.März 2023, 25.Mai 2023, 08.Juli 2023, 10.Aug.2023
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als Nonstop-Veranstaltung seit 2011 (über 12 Jahre)
zu verfassungswidriger Pflegeversicherung
mit verfassungswidriger Plünderung des Pfändungsschutz-Konto
zu verfassungswidriger Krankenversicherung
BVERFG-390. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, dem Gründungsjahr von Google (Internetkonzern mit Suchmaschine, YouTube, Android, Apps, Google Cloud for AI/KI u.v.a.m., mit Apple und Microsoft heute weltweit wertvollstes Unternehmen)
nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit professionellem Wissensmanagement des weltweit größten Congressangebots für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum in Deutschland und Europa bis 2001
Google zeigt, was in 25 Jahren mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovations-Spitzenwachstum möglich gewesen wäre und legt mit KI (Künstlicher Intelligenz) erst richtig los,
anstatt politisch motivierter Zerschlagungen in Deutschland,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000
im 60.Lebensjahr des Zerschlagungsopfers
unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler (1998-2005), unter Altbundeskanzlerin (2005-2021) fortgesetzt und Wiederaufbau verhindert
mit anschließender bundesweiter Rückwärts-Entwicklung zum

Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa (heute 2023 Digitalisierungsnotstand in Deutschland)
in 2010 mit verfassungswidrigem Missbrauch von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag für politisch motivierte Zerschlagungen
nicht nur am Wohnort, sondern auch am Geburtsort,
am Geburtsort in Bayern mit Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod mit Nachlassinsolvenz (2012)
am Wohnort in NRW mit Gerichte übergreifendem Schadenersatz/Rehabilitierung-Boykott seit 2011,
mit Schadenersatz-Sabotage durch
weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagtenTäters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps,
mit verfassungswidrigen Rechtsanwendungen des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten,
mit Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück vor Gerichtsverhandlung ohne Wissen des zuständigen Richters (Jan. 2023)
Von mehrfacher Freiheitsberaubung (verfassungswidrigem Missbrauch von JVA-Service) und von Polizei-Terror zu Psycho-Terror mit Obergerichtsvollzieherinnen unter weisungsgebundenen Staatsanwälten, obwohl
kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland für
Rechtsanwendungen des Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten, solche haben keine Rechtskraft, weil
brutal verfassungswidrig & Opfer verhöhnend,
mit Willkür-Kontopfändungen / Kontoplünderung hoher Rechtsanwaltskosten für verfassungswidrige Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 auf Pfändungsschutzkonto
Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011
mit mehrfacher Freiheitsberaubung, mit Polizei-Terror, mit Banken-Terror, Psycho-Terror unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten . .

BVERFG-391. Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Helfer und Helfershelfer ohne Richterkontrolle ohne Respektierung von Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten

Staatsanwaltschaftliche Exzesse mit Schadenersatz-Sabotage und Kontoplünderung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsbefugnis des beklagtenTäters, des Bundeskanzleramts, unterstützt durch Rechtsanwälte, Obergerichtsvollzieherinnen und Amtsgerichte, Polizeitrupps
gegen Rentner im 82.Lebensjahr,
unter dem Deckmantel des Strafrechts und Zwangsvollstreckungsrechts ohne Respektierung von Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten, von Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, von Alter und von erdrückender Beweislage
Von Kontopfändung auf Pfändungsschutzkonto zu staatsanwaltschaftlichen Exzessen mit jahrelangen Kontoplünderungen nach25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
für horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010 im hohen Rentenalter,

ausschließlich verursacht durch Verweigerung von Schadenersatz und Rehabilitierung wegen politisch motivierter Zerschlagungen von Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa seit 25 Jahren
Beginn einer neuartigen Hexenverfolgung,
wenn das Denkvermögen wegen Überforderung ausgeschaltet wird,
wenn Weltklasse-Höchstleistungen für digitales Innovationswachstum zerschlagen und mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen abgestraft werden
Günther Oettinger (CDU), früherer EU-Kommissar und Ministerpräsident von Baden-Württemberg:
„Deutschland ist für mich im Sinkflug unterwegs, ist ein Absteigerland“
mit weisungsgebundenen Staatsanwälten ohne Richterkontrollen und mit Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramts
> Deutschland ist mit Hexenjagd unterwegs, mit staatsanwaltschaftlichen Exzessen, mit Abschaltung des Denkvermögens über kausale Zusammenhänge: nach 25 Jahren politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf

Anlage VB-2327 mit Anlage VB-2327a
Staatsanwaltschaftliche Exzesse auf Pfändungsschutz-Konto seit 2013 und Kontoplünderung seit 2021 Gesamt 12.206,20 € (Okt.2023: 12.710,37 €)
Nach mehrfachem Einspruch gegen horrende Rechtsanwaltskosten wegen Erzwingung verfassungswidriger Sozialversicherungen ohne Versicherungsleistungen seit 2010,
nach Aufbrauch aller Altersrücklagen bis 2010.
Verfassungswidrige Rechtsanwendungen mit Kontozwangsmaßnahmen sind staatsanwaltschaftliche Exzesse, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht mehr respektiert werden, haben keine Rechtskraft und daher als Willkürakte eines totalen Justiz-Versagen zu bewerten.
Geplündert werden nicht nur Rentenzahlungen im hohen Rentenalter, sondern alle Zahlungseingänge über der Schutzgrenze des Pfändungsschutzkonto
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
mit sozialer Zerschlagung im 82.Lebensjahr und totalem Justiz-Versagen
wegen Verweigerung von Wiederaufbau, Rehabilitierung und Schadenersatz, jetzt auch mit
Anspruch auf Opferschutz, Schmerzensgeld und ein humanes Lebensende
wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum

> Anlage VB-2305 c) Schreiben des Herrn Frank, Justizbeschäftigter der Geschäftsstelle, vom 21.09.2023 (eingegangen am 26.09.2023)
mit verfassungswidriger Kostenanklage am Landgericht Wuppertal (10 O 168/22) nach Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22)

> Anlage VB-2305 d)
Kostenbefreiung am Amtsgericht Velbert (11 C 406/22) gemäß Abrechnung vom 13.04.2023 (11 C 406/22 002 (276))

> Anlage VB-2305 e),f) Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspfleger Ermanns
Sieh auch Anlage VB-2327a

> Anlage VB-2305 g) Erzwingung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundenen Staatsanwalt ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer: hier Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna mit Schreiben vom 26.10.2023 (eingegangen am 3.11.2023) mit Erfahrungen zu 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen gegen **Rentner jetzt im 83. Lebensjahr**, sieh auch Anlagen für die sofortige Beschwerde am Landgericht Wuppertal
(zu **BVERFG-393.** Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 82.Lebensjahr, und
Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
ohne Richterkontrolle mit Helfer und Helfershelfer (Rechtspfleger Jacob, Rechtspfleger Ermanns, Obergerichtsvollzieherin Sommerfeld, Gerichtsvollzieherin Ritzhaupt, Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna aktualisiert am 6.11.2023)
Rechtspflegerin Igwilo-Okuefuna war bereits in 2014/2015 an der wirtschaftlichen Zerschlagung des Beschwerdeführers beteiligt.
Wahrheitswidrig ist die Behauptung der Rechtspflegerin, dass der Beschwerdeführer seinen Widerspruch gegen Zwangsmaßnahmen zu einer verfassungswidrigen Sozialversicherung zurückgenommen habe. Tatsache ist, dass der Widerspruch mehrfach Gegenstand von Verfassungsbeschwerden ist.

Anlage VB-2306 a) b) c)
Aktualisierung der Dokumentation zu Zerschlagung 2 am Geburtsort in Bayern
a) Petition an den Bayerischen Landtag in Abstimmung mit dem verstorbenen Bruder Wendelin Ockl und zugehörige Briefe Bayerischer Landtag 2023: Überraschung bei der CSU (Söder schmeißt Huml raus)
b) Staatssekretärin Melanie Huml attackiert in Abstimmung mit Staatsminister Markus Söder die Petition an den Bayerischen Landtag in 2010
c) Zurückweisung durch den Petenten mit Schriftsatz vom 21.01.2011:
> > > www.damwild-ockl.de/doku/pet110121-wo.pdf

Anlage VB-2307
Schriftsatz vom 05.Nov.2023 an Landgericht Wuppertal: Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO wegen zeitnaher Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.10.2023.
Eine zeitnahe Bescheidung der sofortigen Beschwerde wird beantragt, weil der zuständige Staatsanwalt bereits Aktivitäten wegen der sofortigen Beschwerde unternimmt, indem er eine weitere Rechtspflegerin zum Einsatz bringt, ohne die Bescheidung der sofortigen Beschwerde abzuwarten.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 135)

Anlage VB-2308
Zurückweisung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses (Anlage VB-2305 a) mit sofortiger Beschwerde vom 24.10.2023 gemäß §567 ZPO an Landgericht Wuppertal nach Verfahren übergreifender

Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023
Begründung der sofortigen Beschwerde mit Verfahren übergreifender **Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 (BVERFG-393)**, indem unter Leitung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft gleichzeitig 2 Opfer kriminalisierende Verfahren gegen den Beschwerdeführer durchgeführt wurden: Sieh **Anlage LGW-10/03**
Verfassungsbeschwerde vom 19.10.2023 mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1923/23 vom 15.09.2023 (Anlage AGV-10/02)
nach Verfassungsbeschwerde vom 31.03.2023

Anlage VB-2309
Brutal verfassungswidrig: Von politisch motivierten Zerschlagungen zu sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen
Einspruch gegen verfassungswidrige Fortsetzung von sozialgerichtlichen Verfahren
gemäß Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22, Frau Jans) vom 08.11.2023 (eingegangen am 15.11.2023) durch sofortige Vorlage beim Bundesverfassungsgericht gemäß
BVERFG-393. Sabotage / Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens,
mit sozialer Zerschlagung seit dem 70.Lebensjahr (2011),
seit 13 Jahren, jetzt im 83.Lebensjahr, und
Missbrauch der sozialen Zerschlagung zur Durchsetzung von politisch motivierter Justiz (Zerschlagungsjustiz)
> durch weisungsgebundene Staatsanwälte
> unter Weisungsbefugnis des beklagten Bundeskanzleramtes
mit Hinweis auf
Anlage AGV2023-10: Schriftsatz vom vom 18.04.2023 mit ausführlicher **Unterrichtung des Vorsitzenden Richters Nimz (unmissverständlich „keine Sachstandsanfrage der Beklagten“)** über den Stand der gerichtlichen Auseinandersetzungen über Krankenversicherung und Pflegeversicherung im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal.
Längst geklärte und bewiesene Faktenlage: Die Probleme der Krankenversicherung und der Pflegeversicherung, die wir ertragen müssen und nicht der Versicherungsträger, sind nicht nur verursacht, sondern definitiv aufgezwungen durch
politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit einer Treib- und Hetzjagd durch weisungsgebundene Staatsanwälte seit 2007 im Auftrag des Bundesamtes für Justiz (BfJ) (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von angewiesenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf
Scroll down after link (page 268)

Weitere Kommunikation mit dem Sozialgericht:
Schreiben des Vorsitzenden Richters Nimz vom 13.03.2023
Antwort vom 06.02.2023 zum Schreiben vom 10.08.2022 (eingegangen am 04.02.2023).

Anlage VB-2311/A:
Antwortschreiben des Bundesverfassungsgerichts (AR 1497/23) vom 08.03.2023 mit nicht zutreffenden Annahmen:
Staatsanwälte haben den Polizei-Terror auf befriedeten Grundstück bei Dunkelheit im Vorfeld des Ladetermin gegen Bürger(in) im 82.Lebensjahr veranlasst.
Die Ladung des Amtsgerichtes hat nicht eine „Zwischenentscheidung" des Amtsgerichtes, sondern ein verfassungswidriges Urteil zur Folge, gegen das jetzt Verfassungsbeschwerde fortzusetzen ist. Sieh
C) Urteil 11 C 406/22 vom 12.01.2023 (eingegangen am 09.03.2023), Amtsgericht Velbert, trotz Abbruch der Gerichtsverhandlung durch Richter Bäcker am Amtsgericht Velbert nach kürzester Erklärung, warum Krankenversicherung verfassungswidrig ist.
Polizei-Terror verniedlichende Stellungnahme der AR-Referentin Krause-Reul am Bundesverfassungsgericht, seit vielen Jahren zuständig, obwohl immer wieder konkrete anzufechtende Hoheitsakte vorgelegt, weil bis heute:
2mal Freiheitsberaubung auf umfriedeten Grundstück,
> ohne Haftbefehl beim 1.Mal,
> beim 2.Mal mit gewaltsamen Einbruch über die Garage, mit staatsanwaltlicher Anweisung an 4 Mann-Polizeitrupp gegen Rentner im Schlafanzug, mit Opfer-Präsentation in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter vor den Augen der Nachbarschaft und mit Opfer demütigender Präsentationsfahrt durch Velbert zur Polizeiwache mit anschließendem JVA-Service, Psychoterror, angewiesener Polizei-Terror mit Zielsetzung von sozialer Isolation immer wieder, unter staatsanwaltschaftlicher Verantwortung, von skrupellosen Staatsanwälten
mit juristischem Service für Sozialversicherungsträger seit 2010 und mit judikativem Service für Richter an den Amtsgerichten in Velbert und Mettmann, am Landgericht Wuppertal, an Sozialgericht Düsseldorf, an Bundesamt für Justiz (BfJ) seit 2007, mit Klage-Erzwingungsverfahren bis zum Bundesverfassungsgericht gegen verantwortliche Polizeitrupps bei 1. und 2. Freiheitsberaubung unter Information an AR-Referentin im Bundesverfassungsgericht
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Staatsgewalt-KP2.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-17.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
mit Schreiben an den Bundespräsidenten wegen 1. und 2. Freiheitsberaubung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 25 unten)

Anlage VB-2312/B: Anzufechtende Hoheitsakte
Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
vom 27.02.2023 (eingegangen am 08.03.2023)
Beschluss 16 T 133/22 (11 C 89/19 Amtsgericht Velbert)
vom 01.02.2023 (eingegangen am 09.02.2023)

Anlage VB-2313/B
Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal(124 Seiten)
mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO

gegen Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023)
nach Erinnerung vom 24.12.2022 an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
07. Totales Justiz-Versagen mit Opfer-Kriminalisierung, Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung, wenn von Staatsanwälten und Rechtspflegern die Judikative ausgeschaltet wird und letztere den untauglichen Versuch unternimmt, sich vor dem Opfer auch noch zu rechtfertigen, anstatt Staatsanwälte und Rechtspfleger in die Schranken zuweisen
Beschlüsse sind verfassungswidrig, wenn Grundrechte nicht respektiert werden. Wer Grundrechte nicht respektiert, hat auch keinen Respekt vor der älteren Generation und ihren Leistungen. Brutal verfassungswidrig: Je älter das Opfer (82.Lebensjahr), umso weniger judikative Bereitschaft, Grundrechte zu respektieren.
2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten. Mit 2 Verfassungsbeschwerden kriminelle
Grundrechtsverletzungen nachgewiesen.
> > > nach Verfassungsbeschwerde 2 BvR 2262/22 vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
> > > nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.2023 / 31.01.2023 (mit Anlage LG-03 (KV) vorgelegt: Schriftsatz vom 24.12.2022)
wegen 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
> > > nach Schriftsatz vom 24.12.2022 an die 16.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal
mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen
Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
Erschwerend: Vorsitzende Richterin am Landgericht Voßwinkel ist auch in OWi-Bussgeld-Hexenjagd über 12 Jahre seit 2011 verwickelt (Sieh Kapitel 08)
08. Brutal unverhältnismäßig und verfassungswidrig:
Nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis 2003
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).

Jetzt 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen in 2023:
Skrupellose Staatsanwälte manipulieren und sabotieren die Justiz für Rehabilitierung und Schadenersatz politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit einer Überflutung von Gerichtsverfahren gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr, Schadenersatz für eine Treib- und Hetzjagd gegen ihn und seinen Bruder in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (2012 erzwungener Tod seines Bruders)

Skandalös: 2 Verfassungsbeschwerden und eine Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge waren notwendig, um überhaupt Bescheidung einer sofortigen Beschwerde zu erreichen, diese auch noch ohne Respektierung von Grundrechten.
Brutal verfassungswidrig: Verwerflicher Kostenfestsetzungsbeschluss zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010,
mit laufender Kontopfändung zu horrenden Kosten eines Rechtsanwalts, der für diese verfassungswidrige Krankenversicherung verantwortlich ist, mit Kontopfändung der Rente, mit Kontopfändung der Energiepauschale, die alle deutschen Bundesbürger mit einem „Doppel-WUMS“ der Deutschen Bundesregierung erhalten haben.
Daher zurückzuweisen mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO: Verwerflicher Beschluss 16 T 133/22 (11C 89/19 Amtsgericht Wuppertal) der 16.Zivilkammer des Landgerichts vom 01.Feb.2023 (eingegangen am 09.02.2023) einschließlich aller Kosten der nur Missbrauch sozialer Sicherheit für soziale Zerschlagung bedeutet.
Beschluss der Einzelrichterin ist ein Skandal,
weil Menschenrechte mit Füßen getreten werden, Europäisches Menschenrecht auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK rücksichtslos ohne Beachtung,
weil Richterin nicht den Mut hat, skrupellosen Staatsanwälten ihre Grenzen aufzuzeigen.
Staatsanwälte unterstützen nicht nur den klagenden „Sozialversicherungsträger“, sondern sind auch maßgeblich an den politisch motivierten Zerschlagungen beteiligt, gegen das beklagte Opfer, das sich seit 2010 keinen vertrauenswürdigen Rechtsanwalt mehr leisten kann.
Daher Antrag auf Opferschutz in den Verfassungsbeschwerden. Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG ist längst Rechtsanspruch, weil keine Abhilfe seit 1998 (25 Jahre).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 182)
Schriftsatz vom 20.Feb.2023 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG07(KV), LG08(KV), LG09(KV), LG10(KV), Anlage OWiV-02 aktualisiert (OWiV-02a, OWiV-02b), OWiV-03

Anlage LG-07(KV)
Schriftsatz vom 28.April 2021 an das Landgericht Wuppertal mit Ankündigung einer termingerechten Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde wegen verfassungswidriger Rechtsanwendung im Beschluss 9 S 30/21 vom 12.04.2021 (eingegangen am 16.04.2021)
50. Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsanwendung mit erneuter Anrufung des Bundesverfassungsgerichts (Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde AR 864/21) und gegen verfassungswidrige Krankenversicherung.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-20.pdf
Scroll down after link (page 336)

Anlage LG-08(KV)
Protokoll der öffentlichen Sitzung des Amtsgerichts Velbert vom 12.01.2023, Geschäfts-Nr. 11 C 406/22 (eingegangen am 14.02.2023) zu weiterer Kostenfestsetzung mit Abbruch durch Richter
nach Erklärung der verfassungswidrigen Krankenversicherung,
nach vorausgegangenem Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters.

Anlage LG-09(KV)
Unverhältnismäßige Treib- und Hetzjagd seit über 10 Jahren in Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen seit 25 Jahren
nach über 25 Jahren Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa mit den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss
24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht **Vosswinkel**
25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:
Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates
zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und
zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann
26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf
Scroll down after link (page 8)

Anlage LG-10(KV):
Schriftsatz vom 27.Sept. 2022 an Amtsgericht Velbert
26 OWi-523 Js 814/22-84/22 mit

Anlage OWiV-01
Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011 mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

am Amtsgericht Velbert
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
Anlage OWiV-02: aktualisiert
Kausales Umfeld gemäß neuer Verfassungsbeschwerden und anderer Schriftsätze
Anlage OWiV-02 a
Fortsetzung der Verfassungsbeschwerde 1 BvR 149/23 vom 01.01.1023 mit Schriftsatz vom 31.01.2023,
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
wegen Vorrang von Rehabilitierung mit Schadenersatz
anstatt Fortsetzung von unverhältnismäßiger Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung
gegen einen Rentner im 82.Lebensjahr mit
Anspruch auf ein humanes Lebensende und mit
Antrag auf Opferschutz und grundrechtsgleichem Recht auf Widerstand
wegen einem herausragenden Lebenswerk für digitale Evolution
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 25 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
mit Kapitel BVERFG-380
BVERFG-380. 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, Menschen verachtende Zerschlagung im Alter wegen herausragender Lebensleistung.
Staatsanwaltschaftliche Exzesse
mit über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011,
mit Erzwingung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 !!!!!!!!!
Letzte Congressmesse in 2003 (im 63.Lebensjahr), auf Höhepunkt in 2000/2001 mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 ausgehebelt, seit dem ohne geschäftliche Einnahmen, daher Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:
Hinzufügung anzufechtender Hoheitsakte in dieser Verfassungsbeschwerde
Heute Exzesse politisch motivierter Zerschlagungen der 3.Generation,
von Anfang an mit skrupellosen Staatsanwälten gesteuert unter Mitwisserschaft / Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des ÖRR und Behörden-Versagen, mit Ausschluss aus Solidargemeinschaft.
2007: Bundesamt für Justiz (BfJ) verfolgt mit Staatsanwalt „Insolvenzverschleppung wegen politisch motivierter Zerschlagungen“, intensive Bemühungen für den Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen durch das BfJ sabotiert, Vertrauenswürdige Rechtsanwälte schlagen staatsanwaltliche Attacke zurück, jedoch mit Hinweis, dass sie keine Mitschuld an wirtschaftlicher Zerschlagung in Zukunft übernehmen wollen, seitdem hat das Opfer keine Rechtsanwälte mehr und muss sich selbst vor
Deutschem Bundestag, Bayerischem Landtag und deutsch-bayerischer Justiz und Politik verteidigen
Seit 2010 / 70.Lebensjahr: Ansehnliche Altersrücklagen aufgebraucht, ohne Krankenversicherung, ohne Pflegeversicherung, ohne Rechtsanwalt
2012 Todesopfer am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung des heutigen Ministerpräsidenten: Sein Bruder wird bis in den Tod gehetzt, nach öffentlicher Volksjustiz in

Kommunal- und Landtagswahlen und anschließender, brutal verfassungswidriger
Verwaltungsjustiz, ohne Unterstützung durch das zuständige Landgericht gemäß Grundgesetz (Art.34 GG)
Heute: Skrupellose Staatsanwälte sabotieren Rehabilitierung und Schadenersatz zu politisch motivierten Zerschlagungen:
> Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten. Mit staatsanwaltschaftlicher plus rechtsanwaltlicher Unterstützung wird vom Sozialversicherungsträger weiterhin jede Rehabilitierung und Schadenersatz durch das Verwaltungsgericht Berlin sabotiert.
> Über 10 Jahre OWi-Bussgeld-Hexenjagd seit 2011 mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Polizei-Terror, Banken-Terror, Übergriffe von Rechtspflegern und von Ober-Gerichtsvollziehern, Psychoterror . . .
> ohne Respekt vor herausragendem Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Digitalisierung, jetzt mit Digitalisierungsnotstand ,
> soziale Zerschlagung der 3.Generation ohne Respekt vor Alter: Plünderung des Pfändungsschutzkonto eines Rentners im 82.Lebensjahr für Rechtsanwaltsgebühren einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugangsmöglichkeiten zu Versicherungsleistungen seit 2010, selbst Energie-Pauschale der Bundesregierung im Dez.2022 geplündert:
> Beschwerdeführer ist seit 2011 einer OWi-Bussgeld-Hexenjagd am Amtsgericht Mettmann und jetzt am Amtsgericht Velbert ausgesetzt,
weil er mit Versagung von Rehabilitierung und Schadenersatz zu kapitalen Vermögensschäden aus politisch motivierten Zerschlagungen Pflegeversicherungs-Beiträge nicht mehr bedienen kann.
Längst aus der Solidargemeinschaft ausgeschlossen,
> indem ihm eine verfassungswidrige Krankenversicherung aufgezwungen wurde, ohne Zugang zu Versicherungsleistungen der KV seit 2010 und dementsprechend auch zu Versicherungsleistungen der PV,
> indem er ständigem Psychoterror unterworfen ist, bis heute ohne Schadenersatz
> indem auf seinem Pfändungsschutz-Konto vom Sozialversicherungsträger umfangreiche Rechtsanwaltskosten für das Gerichtsverfahren gepfändet werden, mit dem die verfassungswidrige Krankenversicherung erzwungen wurde (7 O 214/12)
> indem selbst die Energie-Pauschale der Bundesregierung an alle deutsche Bürger*innen im Dezember 2022 weggepfändet wurde
Brutal verfassungswidrig und totales Justiz-Versagen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 286/380/389)

Anlage OWiV-02b
Antrag auf Opferschutz beim Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg
mit Schriftsatz vom 10.Feb.2023 an das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Antrag auf Güteverfahren und mit erneuter Zusendung der

Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
> 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998:
mit den kompletten Anlagen, ergänzt um die vom Verwaltungsgericht Düsseldorf zurückgegeben Anlagen einschließlich der separaten Beilage von
155. Antrag auf Güteverfahren gemäß Angebot vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
Faktenlage 2023 mit erdrückender Beweislage
> Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <
Seit 25 Jahren gegen Rentner heute im 82.Lebensjahr
wegen einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche)
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Der Kläger ist stolz darauf, als Gründer, Organisator, geschäftsführender Chefredakteur dieser Congressmessen, der Leitveranstaltung für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000),
mit einem herausragenden Lebenswerk für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, eine beachtliche Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa erbracht zu haben.
156. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Antrag auf Güteverfahren am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg gemäß Schreiben vom 21.Dez.2022 (Anlage VB-2307 der Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 mit Fortsetzung vom 31.01.2023)
gemäß Informationen zum Güteverfahren beim Oberverwaltungsgericht
> > > http://www.berlin.de/gerichte/oberverwaltungsgericht/service
Hand-in-Hand:
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks / Sozialversicherungsträger mit Rechtsanwälten und Staatsanwälten gegen Bürger, die sich keinen Rechtsanwalt mehr leisten können. Seit 2010.
Über 20 Jahre seit 1998, über 28 % eines herausragenden Lebenswerkes, hat das klagende Opfer,
nicht trotz, sondern wegen seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa,
politisch motivierte Zerschlagungen und ihre extremistische Ausuferung zu politisch motivierter Sippenzerschlagung und zu politisch motivierter Sklavenhaltung mit einem unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn
hinnehmen müssen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-19-2.pdf
Scroll down after link (page 256)

Anlage OWiV-03
Aktuelles Bußgeld-Verfahren (Z5): Behördenkommunikation des

Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage VB-2314/B
Schriftsatz vom 24.Dez. 2022 an Landgericht Wuppertal mit Erinnerung an Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO vom 28.09.2022 wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022 (124 Seiten)
gegen Beschluss des Rechtspflegers am Amtsgericht Velbert Jacob vom 17.10.2022 (erneut zugesandt am 13.12.2022)
gegen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss vom 01.12.2022 der Debeka Krankenversicherungsverein (Geschäftszeichen 15 M 1627/22, abgestempelt mit „Jacob Rechtspfleger“,
gegen Rechtspfleger Jacob mit Ablehnungsgesuch vom 28.09.2022 gemäß Punkt r) auf Seite 3 in Anlage LG-04(KV)
06. Information über neue Verfassungsbeschwerde gemäß Anlage LG-03 (KV)
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 153)
Schriftsatz vom 24.12.2022 an Landgericht Wuppertal (124 Seiten) mit den Anlagen LG-03(KV), LG-04(KV), LG-05(KV), LG-06(KV)

Anlage LG-03 (KV)
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Anlage LG-04 (KV)
Schriftsatz vom 28.Sept. 2022 an Landgericht Wuppertal mit

Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO
wegen Versagung einer Bescheidung der sofortigen Beschwerde vom 24.07.2022

01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .
> weil schon die Rechtsanwendungen des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsbeschlusses keine Rechtskraft haben, indem Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden,
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02),
> weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter dem Versicherungsträger und dieser längst zum Mittäter geworden ist,
> weil schon die Krankenversicherung verfassungswidrig und diese vom Landgericht Wuppertal mit Urteil 7 O 214/12 im April 2015 erzwungen wurde (Nachweis längst und ausführlich erbracht).
> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, seit 2010 keine Versicherungsleistungen mehr erbringt und darüber hinaus die Rechtsanwaltskosten für die Durchsetzung einer verfassungswidrigen Krankenversicherung seit August 2021 vom Pfändungsschutz-Konto pfänden lässt,
> weil der Versicherungsträger nur die soziale Zerschlagung will, indem er sich seit 2011 als „Zeuge verkleidet“, um mit Unterstützung von skrupellosen Staatsanwälten mit Bußgeldverfahren gegen ihn vorzugehen und mit Eskalation Freiheitsberaubung mit psychischer Folter betreibt,
> weil die verwaltungsgerichtlichen Verfahren für politisch motivierte Zerschlagungen wegen Rehabilitierung und Schadenersatz längst Vorrang
haben müssen, ohne dass diese mit ständigen Attacken des Versicherungsträgers behindert und verhindert werden.
> weil in diesem Umfeld eine Abhilfe gemäß §572 ZPO mit Respektierung der Grundrechte des Zerschlagungsopfers nicht entschieden werden kann.
Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge wegen Nicht-Bescheidung der sofortigen Beschwerde gegen verfassungswidrige Rechtskosten und wegen Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen.

02. Zerschlagungsopfer mit weltweit herausragenden Lebensleistungen und mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre)
ohne einen verfassungswidrigen Versicherungsträger, der mit ständigen Attacken als Kläger, als Zeuge und als Verfasser jämmerlicher Erinnerungsschreiben die verwaltungsgerichtlichen Verfahren auf Rehabilitierung und Schadenersatz behindert und verhindert und
dafür auch noch Kosten berechnen will.
Brutal verfassungswidrig mit ekelhafter Opferverhöhnung entgegen Art.1 Abs.1 GG. Dieser Versicherungsträger ist längst zum Mittäter geworden, der aus der finalen Zerschlagung des Opfers politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 ohne Versicherungsleistungen maximalen Profit ziehen möchte.

Amtsgericht längst überfordert: Anstatt Opfer kriminalisierenden Versicherungsträger zu verurteilen, werden Opfer kriminalisierende Bußgeld-Verfahren mit einem „als Zeuge verkleideter“ Mittäter politisch motivierter Zerschlagungen
Darüber hinaus: Amtsgericht Velbert, in denen sich inzwischen Richter verweigern und alles auf den Schreibtisch eines Rechtspflegers schieben, kann keine Abhilfe gemäß §572 ZPO schaffen, ist hoffnungslos überfordert im kausalen Umfeld von Politik-Versagen, sozialem Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen in direktem Zusammenhang mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit über 20 Jahren
03. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Kostenfestsetzungsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
04. Bewertung des verfassungswidrigen Kostenfestsetzungsverfahren und aller anderen Verfahren anhand der
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, soziales Versagen, Justiz-Versagen, Staats-Versagen:
Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998
05. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Unrecht-2101.pdf
Scroll down after link (page 124)

Anlage LG-05 (KV)
Beschluss 11 C 89/19 des Amtsgerichtes Velbert (Rechtspfleger Jacob) vom 17.10.2022 (erneut eingegangen am 13.12.2022)
Anlage LG-06 (KV)
Brutal verfassungswidrig, weil Opfer verhöhnend, Opfer diskriminierend, Opfer kriminalisierend: Rechtsmissbräuchliche Anwendung einer
Förmlichen Zustellung einer Zustellungssendung mit Jacob Rechtspfleger Stempel durch Obergerichtsvollzieher Thomas Oppermann vom 12.Dez.2022
mit Unterdrückung von Seiten, die dem Opfer bewusst vorenthalten werden. (15 M 1627/22)

Anlage VB-2315/C
Urteil 11 C 406/22 des Amtsgerichtes Velbert, verkündet am 09.02.2023 ohne Kenntnis des Geladenen zu Güteverhandlung, mit vorhergehendem Polizei-Terror bei Dunkelheit auf umfriedeten Grundstück, nach kurzer Erklärung zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung Abbruch der Güteverhandlung am 12.01.2023 ohne Begründung durch jungen Einzelrichter Bäcker, eingegangen am 09.03.2023, vorgelegt in der Verfassungsbeschwerde wegen entscheidungsrelevanter Zusammenhänge mit der gesamten Verfassungsbeschwerde.

Anlage VB-2316/C
Persönliches, vorausgegangenes Anschreiben an den Richter vom 10.01.2023 über Missbrauch von Polizeigewalt für Opfer-Terrorisierung vor Ladetermin auf umfriedeten Grundstück bei Dunkelheit ohne Respektierung des Lebensalters,
mit Einspruch gegen Ladung und Verfügung und mit Antrag auf Aufhebung des Ladetermins mit Begründung und umfangreichen Anlagen von 44 Seiten
Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022 (2 BvR 2262/22, Sieh Anlage LG-03 (KV)
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf
mit **Anlage VB-2305:** Seite 42
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft
durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,** der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Anlage VB-2317/D
Urteil 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 vom 24.02.2023 (eingegangen am 22.03.2023) (Seite 1-4) mit Rechtsbeschwerde vom 24.02.2023 (persönlich an Richterin am 24.02.2023 übergeben) mit schriftlichem Antrag auf Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde (auf Verlangen der Richterin schnellstmöglich per Fax am 24.02.2023 nachgereicht). Rechtsbeschwerde mehrfach an Landgericht Wuppertal, an Oberlandesgericht Düsseldorf und an das Bundesverfassungsgericht.

Anlage VB-2318/D
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf (S 31 P 146/22) vom 13.03.2023 (eingegangen am 23.03.2023) mit Androhung eines Gerichtsbescheids über verfassungswidrige Pflegeversicherung des Sozialversicherungsträgers ohne Zugang zu Versicherungsleistungen

Anlage VB-2319/D
Beschluss 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 14.03.2023 (eingegangen am 31.März 2023). Brutal verfassungswidrig: Überflutung mit Gerichtsverfahren am Amtsgericht Velbert unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwaltschaften mit mehrfacher Zielsetzung: Verhinderung von Rehabilitierung und Schadenersatz, Durchsetzung von Zwangsmaßnahmen aus
> 25 Jahren politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 <

Anlage VB-2320/D
Schriftsatz vom 28.Jan.2023 mit Zurückweisung des Beschlusses 16 T 126/22, 16 T 183/22, 16 M 188/22 Amtsgericht Velbert vom 04.01.2023 (eingegangen am 20.01.2023) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß §321a ZPO unter Hinzufügung und Übergabe an Verfassungsbeschwerde vom 01.01.2023 (1 BvR 149/23)
mit Vorrang für Gerichtsverfahren zu Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagungen mit Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF
gemäß Punkt 17 und 18
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AGVE-2201.pdf
Scroll down after link (page 69)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde: Anlage VB-2301 bis VB-2303

Anlage VB-2301
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04
Schriftsatz vom 19.Nov.2022 mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde wegen Antrag auf weiteres Vorverfahren zwecks Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz und Anhörungsrüge wegen ausstehender Bescheidung der Rechtsbeschwerde vom 27.Sept.2022 gegen Amtsgericht Velbert 001. Brutal verfassungswidrig:
Totales Staatsversagen eines demokratischen Rechtsstaates
mit extremistischer Ausuferung von Politik-Versagen, Justiz-Versagen, Behörden-Versagen (Verfassungsbeschwerde vom 20.10.2022 (1 BvR 2121/22) in Anlage LG-02)
> mit politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder,**
> unter aktiver Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (mit Wissen der gesamten ÖRR-Intendantenschaft unter Federführung der **stellvertretenden WDR-Intendantin (2008-2022) und WDR-Justitiarin Michel (1997-2022, Schlesinger-Skandal-System überall)**
mit laufenden Gerichtsverfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf und Rechtshängigkeit am Verwaltungsgericht Berlin wegen Rehabilitierung und Schadenersatz
> unter aktiver, Zeit raubender Beteiligung des Sozialversicherungsträgers (verfassungswidrige Krankenversicherung, soziale Zerschlagung mit unverhältnismäßiger Treib- und Hetzjagd an Amtsgerichten und Sozialgerichten und Be-/Verhinderung laufender Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz, insbesondere in 2021 am Verwaltungsgericht Berlin)
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers an Ordnungswidrigkeitsverfahren an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit angewiesenen Staatsanwälten, zweimal mit Eskalation zu Freiheitsberaubung und psychischer Folter,
> ausschließlich verursacht durch kapitale Vermögensschäden der politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern,
> mit extremistischer Ausuferung durch Treib-und Hetzjagd gegen seinen Bruder am Geburtsort in Bayern in den wirtschaftlichen Ruin bis in den erzwungenen Tod (2012) und anschließender Nachlass-Insolvenz
> Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können wegen ständiger Attacken des Klägers (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers)

> heute im 82.Lebensjahr de facto ohne Versicherungsleistungen seit 2010, mit einer verfassungswidrigen Krankenversicherung, mit Zwangsmaßnahmen auf einem Pfändungsschutzkonto, mit Fortsetzung eines erbärmlichen Opferkriminalisierungswahnsinn,
mit unerträglicher Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung durch nachrückende Generationen in Behörden und Justiz
> mit verfassungswidrigem Justiz-Versagen am Landgericht Wuppertal u.v.a.m.
002. Brutal verfassungswidrig:
Totales Staatsversagen mit DEBEKA-Skandal
mit Unterstützung durch angewiesene, skrupellose Staatsanwälte: Kläger betreibt mit sozialer Zerschlagung Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen
Abartig und skandalös: Deutscher Bundestag diskutiert über bedingungsloses Grundeinkommen und Rentner im 82.Lebensjahr werden vom Sozialversicherungsträger mit sozialer Zerschlagung entsorgt.
Abartig, skandalös und primitiv: Opfer-Kriminalisierung mit Altersdiskriminierung, Kläger sabotiert Rehabilitierung und Schadenersatz mit zeitintensiven Gerichtsverfahren und Justiz-Attacken, sodass dem Opfer die erforderliche Zeit fehlt, um Rehabilitierung und Schadenersatz zu erreichen, bis heute keine abschließenden Verhandlungen an Verwaltungsgerichten möglich.
Kein Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen müssen sich selbst im Alter über 80 Jahre um ihre Gesundheit kümmern
Verfassungswidrig und diskriminierend: Gesetz zur Beseitigung sozialer Überforderung bei Beitragsschulden in der Krankenversicherung, weil Beitragsschulden und soziale Überforderung durch kapitale Vermögensschäden in 2-stelliger Mio-Höhe verursacht und Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute verweigert
Justiz verweigert Opfer politisch motivierter Zerschlagungen ohne Rechtsanwälte Gerichtsverfahren mit Mehrrichter-Verantwortung durch Abschiebung in „de facto grundrechtsfreie“ Einzelrichter-Veranstaltungen.
Verfassungswidrig: Krankenversicherung des Klägers, Gerichtsverfahren in 2021 am Landgericht Wuppertal abgelehnt. Aktenzeichen 9 S 30/21, 11 C 89/19 Amtsgericht Velbert, 3 O 61/19 Landgericht Wuppertal
Verfassungswidrig: Pfändungsschutz-Konto (seit 2013) vom Kläger missbraucht für laufende Pfändung von Rechtsanwaltskosten einer verfassungswidrigen Krankenversicherung aus künstlichem Teilversäumnisurteil am Landgericht Wuppertal (7 O 214/12)
Miserable Qualität der Klageunterlagen, um mit Unleserlichkeit Verfassungswidrigkeiten zu verdecken: Sieh Anlage LG-01 Seite 7-19
Brutal verfassungswidrig: Soziale Zerschlagung des beklagten Opfers politisch motivierter Zerschlagungen vom Kläger mit Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit unverhältnismäßiger Anzahl von Mahnbescheiden (6 Mahnbescheide mit Gegenerklärung) getoppt. Sieh Anlage LG-04
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-01, LG-02, LG-03, LG-04

Anlage LG-01
Klage-Eröffnung vom 07.11.2022 (eingegangen am 12.11.2022) mit verkürzter Notfrist
durch 3.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal (3 O 228/22),

a) mit Anschreiben vom 07.11.2022 (Seite 1-2),
b) mit prozessleitender Verfügung (Seite 3-4)
c) mit Anschreiben der RAe Giebel und Kollegen an das Amtsgericht Mayen vom 11.04.2022 (Seite 5-6)
d) mit nicht lesbarer Beschreibung des Tarifs NLT (K1, Seite 7-13)
e) mit nicht lesbaren Allgemeinen Versicherungsbedingungen für den Notlagentarif (K2, Seite 14-18)
f) mit einem angeblichem Anschreiben vom 13.Sept.2013 ohne Unterschrift (K, Seite 19-23)
g) mit Beitragsaufstellung vom Aug.2018-Juli 2020 und Prüfvermerk vom 3.11.2022 (K4, Seite 24-25)
h) mit Gerichtsbeschluss 3 O 228/22 vom 07.11.2022 über vorläufigen Streitwert
(Seite 26-28)

Anlage LG-02
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 vom 20.10.2022
wegen einer verfassungswidrigen Verwaltungsjustiz
mit Instanzen, Gerichte und Verfahren übergreifender Eskalation
mit Fortsetzung am Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal
mit systematischer, Rechte beugender und Justiz belastender Verweigerung des längst fälligen
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz für
Politisch motivierte Zerschlagungen seit über 20 Jahren (1998)
mit Verweigerung von Rehabilitierung und Schadenersatz
mit extremistischer Ausuferung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)
BVERFG-2201. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen mit Behörden-Versagen am Verwaltungsgericht:
Anstatt Rehabilitierung und Schadenersatz Fortsetzung mit neuer, verfassungswidriger Zerschlagungsvariante am Amtsgericht durch Richterin Kunze mit Unterstützung durch Rechtspfleger Jacob und 2 Obergerichtsvollzieherinnen (Christiane Bräutigam, Katja Sommerfeld)
Verfassungswidrigkeit von Gerichte übergreifenden Verfahren aus Verwaltungsgerichten: Mit weiterführenden Verfahren an Amtsgericht und Landgericht anzugreifende Gerichtskosten für verfassungswidrige Urteile am Verwaltungsgericht rein gewaschen (wie „Geldwäsche“ von illegal erwirtschafteten Geldern)
Verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil 27 K 4325/18 vom 24.Aug.2021 an VG Düsseldorf: > > > Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.06.2022 (Kapitel BVERFG-371)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Behörden-Versagen: Justiz-Behörde Hamm entsorgt anzugreifende Gerichtskosten durch Weiterleitung an Amtsgericht Velbert mit Hilfe von Obergerichtsvollzieherin Christiane Bräutigam
Justiz-Versagen: Opfer verhöhnende Beschlüsse des Amtsgerichtes Velbert 16 M 188/22 vom 10.06.2022/14.06.2022
Amtsgericht Velbert wird wie bei „Geldwäsche“ für illegal erwirtschaftete Gelder für Durchsetzung verfassungswidriger Urteile missbraucht, um Gerichtskosten für verfassungswidriges Einzelrichter-Urteil an Verwaltungsgerichten zu rechtfertigen und „rein zu waschen“ und mit Hilfe einer 2.Gerichtsvollzieherin (Katja Sommerfeld) gegen einen über 80-jährigen Rentner zu vollstrecken
nach extremistischer Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, weil für sein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen

für Deutschland und Europa bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz verweigert wird.

BVERFG-2202. Die Wahrheit ist:
Politik-Versagen und Staats-Versagen unter der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren,
mit sanktioniertem Alt-Bundeskanzler und Putin-Berater Gerhard Schröder,
mit einer Alt-Bundeskanzlerin Angela Merkel ohne Reue und Schuld-Gefühle im und am Ukraine-Putin-Krieg mit Zeitenwende,
beide nachweislich persönlich hauptverantwortlich für extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen des Beschwerdeführers am Wohnort und am Geburtsort,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen seinen Bruder bis in den Tod und in den wirtschaftlichen Ruin bis zur Nachlass-Insolvenz unter zusätzlicher Verantwortung von und mit Rückendeckung aus Berlin:
Markus Söder, heute Ministerpräsident des Freistaates Bayern,
mit einer Treib- und Hetzjagd gegen den Beschwerdeführer mit mehrfacher Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, kapitalen Vermögensschäden und Erzwingung der Firmeninsolvenz wegen seinem
herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in
Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
mit erbärmlichen Versagen des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks nach Information an die gesamte Intendantenschaft, unter persönlicher Mittäterschaft der stellvertretenden WDR-Intendantin und WDR-Justitiarin Eva-Maria Michel mit Rückendeckung aus Berlin, heute mit
Schlesinger-Skandal und Schlesinger-System bundesweit,
mit Justiz-Versagen bei Opfer-Kriminalisierung, Alters- und Generationen-Diskriminierung und Behörden-Versagen durch Rein-Waschen verfassungswidriger Urteile mit Gerichte übergreifenden Gerichtsverfahren wie bei „Geldwäsche mit illegal erwirtschafteten Geldmengen“,
mit Justiz-Versagen zu Staats-Versagen unter Verantwortung der regierenden Generation seit 1998, seit über 20 Jahren: Ursache für
extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort und ausschließliche Ursache für soziale Zerschlagung ohne soziale Sicherheit durch verfassungswidrige Rechtsanwendung von Sozialgesetzen
Definitiv: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
zu politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 und
zu sozialer Zerschlagung seit 2010 nach Auflösung der Altersrücklagen
anstatt Gerichte und Verfassungsbeschwerden übergreifende Kosten-Hetzjagd auf Zerschlagungsopfer mit Missbrauch von Justizbehörden im 81.Lebensjahr

BVERFG-2203. Beschwerdeführer ist mit Recht stolz darauf, dass

führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, wie z.B.
Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm
Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211
Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)
Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3
Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112
Anträge
Die detaillierten Ausführungen zu den Kapiteln sind zusätzlich

nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku der Verfassungsbeschwerde:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-28f.pdf
Scroll down after link (page 251)

Anlage LG-03
26 OWi-523 Js 814/22-84/22
Mitteilung des Amtsgerichtes Velbert vom 07.09.2002 (eingegangen am 13.09.2022) über Termin der Hauptverhandlung wegen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid vom 28.06.2022 (Kreis Mettmann)
Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.m.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-VE1.pdf
01. Brutal verfassungswidrig mit Alters- und Generationen-Diskriminierung gegen einen Rentner im 81.Lebensjahr, mit Opfer-Diskriminierung und Opfer-Kriminalisierung seit 2011 (über 10 Jahre), weil . . .
weil die politisch motivierten Zerschlagungen unter Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder unter Mittäterschaft des ÖRR seit 1998 (sieh Anlage OWiV-02) andauern, seit über 20 Jahren (Anlage OWiV-02)
weil die politisch motivierten Zerschlagungen einzige Ursache sind für soziale Zerschlagung unter Debeka (Zeugen) und der Zeuge längst zum Mittäter geworden ist,
weil Sozialgesetze für soziale Zerschlagung nach politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998 missbraucht werden,
weil der Zeuge mit ständigen Attacken gegen das Zerschlagungsopfer nicht soziale Sicherheit will, sondern soziale Zerschlagung und aktuell so Schadenersatzverfahren mit unqualifizierten Attacken behindert und verhindert, und so zum Mittäter geworden ist,
weil langjähriges Behörden-Versagen Ursache ist, dass weisungsgebundene Staatsanwälte solche Bußgeld-Verfahren immer wieder zu betreiben haben,
Daher: Zurückweisung mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen Bescheid und gegen Termin der Hauptverhandlung gemäß §79 OWiG u.a.
02. Kein grundrechtsfreier Raum in Deutschland, auch Ordnungswidrigkeitsverfahren sind kein grundrechtsfreier Raum, schon gar nicht im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998.
Zeugen-Benennung von Debeka (Z1) und Jarski (Z2) ohne Zeugenbedarf
03. Bewertung des Bußgeldverfahrens nicht wegen Verkehrsordnungswidrigkeit:
Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, Justiz-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
Politisch motivierte Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik,

deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998

04. Aus der Sicht des Bundesverfassungsgerichts:
Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
„Bürger sind keine Untertanen“
„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Bürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist strafbar **in besonders schwer wiegenden Fällen**,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .
Anlage LG-03 mit weiteren Anlagen: Anlage OWiV-01, OWiV-02, OWiV-03

Anlage OWiV-01: Zerschlagung 5 (Z5): Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren am Amtsgericht Mettmann mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft

Legende der zugesandten Schriftsätze seit 2011mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku einer Opfer verhöhnenden, Menschen verachtenden Kosten-Hetzjagd mit Bußgeldverfahren mit Kumpanei von „Versicherung“, Rechtsanwälten und weisungsgebundenen Staatsanwälte mit Zielsetzung der sozialen Zerschlagung
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiV-02: Kausales Umfeld des Bußgeld-Verfahrens Zerschlagung 3 (Z3): Opfer kriminalisierende Verfahren am Verwaltungsgericht Düsseldorf mit Klage auf Schadenersatz und mit ausführlicher Beschreibung des Umfeldes politisch motivierter Zerschlagungen einschließlich sozialer Zerschlagung (Z4, Z5)

wegen Mittäterschaft der gesamten Intendantenschaft des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks seit 1998 mit erdrückender Beweislage zu skandalösen Praktiken (Schlesinger-Skandal) und der stellvertretenden WDR-Intendantin mit Sondervollmachten und mit Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage OWiV-03: Aktuelles Bußgeld-Verfahren einer verfassungswidrigen, unverhältnismäßigen Kosten-Hetzjagd seit 2011 (Z5) mit Bußgeld-Bescheid und anschließender Rechtsbeschwerde gemäß Anlage LG-03: Behördenkommunikation des Kreises Mettmann und Festsetzung einer Hauptverhandlung am Amtsgericht Velbert
mit weiteren Hinweisen, die in Anbetracht von Politik-Versagen, Behörden-Versagen, Justiz-Versagen mit Beugung von Wahrheit, Recht und Verfassung und Staats-Versagen nicht mehr nachvollziehbar ist.

Anlage LG-04:
Gegenerklärung in einer Vielzahl von insgesamt 6 Mahnbescheiden in Oktober / November 2022 für Kosten maximierende soziale Zerschlagungen als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen

Anlage VB-2302
mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07
Schriftsatz vom 01.Dez.2022 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022 zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal gegen vorzeitige Eröffnung eines Justizverfahren mit brutal verfassungswidriger Klage
gemäß Kapitel 001 und 002 (Anlage VB-2301)
Kapitel 003. Brutal verfassungswidrig:
Ausgehebelt, abgehängt, ausgegrenzt, zerschlagen, entrechtet, versklavt:
Politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998,
Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, anschließend mit unverhältnismäßiger, bundesweiter Opferkriminalisierung (Täter/Opfer-Umkehr) ausgegrenzt.
Unverhältnismäßige Sabotierung der Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz an Verwaltungsgerichten Düsseldorf und Berlin
> durch Kläger in Zusammenarbeit mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, mit Opfer-Kriminalisierung seit 2011 und jetzt mit sozialer Zerschlagung
> durch Landgericht Wuppertal mit verfassungswidriger Abschiebung von 2 Schadenersatz-Verfahren seit 2015 / 2016 an Verwaltungsgericht Berlin (entgegen Art.34 GG),
> durch Aufdeckung der Kumpanei der Intendanzen von ARD und ZDF inkl. Rundfunksperre und Bundeskanzleramt mit **persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel** am Verwaltungsgericht Düsseldorf
> jetzt mit drohender Verweisung an das Amtsgericht Velbert und Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit sozialer Zerschlagung mit verkürzter Antwortfrist.
(Anlage LG-05, LG-06)
Wie sollen richterliche Verfügungen umgesetzt werden, wenn Rehabilitierung und Schadenersatz bis heute versagt werden und vom Kläger in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten sabotiert werden? Wie?
> > > Daher: Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz mit Anspruch auf ein humanes Lebensende ohne Justiz-Versagen
> > > Daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Versagung von rechtlichem Gehör durch Nicht-Bescheidung der Sofortigen Beschwerde vom 19.Nov.2022
zu 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/unrecht-22.pdf
Scroll down after link (page 17)

mit weiteren Anlagen: Anlage LG-05, LG-06, LG-07

Anlage LG-05:
Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung:
Schreiben vom 21.11.2022 (eingegangen am 29.11.2022)
mit Androhung der Verweisung an das Amtsgericht Velbert und mit verkürzter Antwortfrist. Brutal verfassungswidrig

Anlage LG-06:
Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung: Wie kann man gerichtliche Verfügungen umsetzen, wenn Landgericht und Verwaltungsgerichte Rehabilitierung und Schadenersatz versagen und der klagende Sozialversicherungsträger entsprechende Klagen des Zerschlagungsopfer sabotiert?
Schreiben des Sozialgerichts Düsseldorf vom 15.11.2022 (eingegangen am 23.11.2022

Anlage LG-07:
Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)
Justiz-Versagen ohne Ende: Vorrang von Rehabilitierung und Schadenersatz vor sozialer Zerschlagung und
nicht zusätzlich zu sozialer Zerschlagung gegen Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr, mit einer Verwaltungsjustiz, die nur weiter zerschlagen will, für die Opferkriminalisierung, Altersdiskriminierung, Generationendiskriminierung nach Ausuferung politisch motivierter Zerschlagung nicht nur am Wohnort in NRW, sondern auch am Geburtsort in Bayern, mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, am Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, das auch für den **Schlesinger-Skandal** zuständig ist (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)
gemäß Anlage LG-03
Sieh Beschluss des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 21.Nov.2022 (eingegangen am 01.Dez.2022)

Anlage VB-2303
Beschluss 3 O 228/22 (Landgericht Wuppertal) vom 30.11.2022 (**eingegangen am 06.12.2022** mit förmlicher Zustellung)
Rechtsanwendung des §281 ZPO betrifft den Kläger und nicht den Beklagten. Der Beklagte, Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998, wehrt sich seit 2010 gegen einen unverhältnismäßigen Opferkriminalisierungswahnsinn, jetzt im 82.Lebensjahr gegen soziale Zerschlagung als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen, gegen Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung und kämpft für den Vorrang seiner Klagen auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2010 und gegen Sabotierung seiner Klagen. Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden.

Anlage VB-2304
Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Mehrrichter-Entscheidung

nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und
Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008
174. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk mit Arroganz ohne Kontrolle und Transparenz mit Rückendeckung durch Schröder/Steinmeier/Merkel: Politisch motivierte Zerschlagungen und Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE. Skrupellose Vorteilsbeschaffung für ARD/WDR/Phönix/ZDF und für sich selbst (Beförderung zur stellvertretenden Intendantin u.a.) mit Beteiligung an politisch motivierten Zerschlagungen und mit Verhinderung des Wiederaufbaus der Europäischen Congressmessen ONLINE durch Rundfunksperre in Polit-Magazinen und Polit-Talks unter Verantwortung von
Eva-Maria Michel, WDR/Phoenix-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellvertretende Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis 2022
Phoenix, öffentlich-rechtlicher Fernsehsender,
Gemeinschaftseinrichtung von ARD (von WDR vertreten) und ZDF.
Sendestart von Phoenix: 7.April 1997.
Phoenix-Team mit Presse-Ausweis auf der ONLINE'98, erstellt multimediale Raubkopie von qualifiziertem, ganztägigem, Teilnehmer-finanziertem Management-Symposium I-1 (16.02.1998)
Teilnehmer-Finanzierung mit multimedialer Raubkopie durch gebühren-finanzierten Sender ausgehebelt: Missbrauch der Raubkopien für nachfolgende Veranstaltungen ohne Information des Veranstalters nach der ONLINE'98 unter Verantwortung der WDR-Justitiarin.
Jan.2008: Ernennung der WDR-Justitiarin zur stellvertretenden Intendantin mit erweiterten Vollmachten, z.B. für/wegen Überwachung der Rundfunksperre zu politisch motivierter Zerschlagung der Europäischen Congressmessen in 2000/2003 und zur Verhinderung des Wiederaufbaus durch Rundfunksperre nach mehrfachen Anschreiben des Klägers im Okt.2007 an
alle Intendanten des ÖRR mit Internet-Link zu konstruktiven Schreiben vom 28.09.2007 an Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel (sieh Anlage Innovationen3 mit beigefügten Abschnitten 01-16 bzw. Internet mit beigefügten Abschnitten 01-16)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/innovationen3.pdf
Nachweis mit qualifiziertem Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht Düsseldorf bis dato vorsätzlich unterdrückt, um weitergehende Beweisinformationen zu verhindern,
Gerichtliche Unterstützung mangelnder Kontrolle und Transparenz im ÖRR durch diskriminierende Parteilichkeit des Gerichts nur mit Ablehnungsgesuch des Einzelrichters zu verhindern.
Intendanz-Vollmacht für Rundfunksperre der stellvertretenden Intendantin mutmaßlich mit Rückendeckung durch Bundeskanzlerin:
> > > Anlage Innovationen3, Anlage VI-4 / V-4 und Anlage VI-5 / V-5
2005-2007: Anschreiben am 28.09.2007 an Bundeskanzlerin mit den Abschnitten 01-16 und weiteren Anschreiben voraus in 2005 an Bundeskanzlerin und an Ministerpräsidenten der Bundesländer gemäß Abschnitt 16 und
nach Intendanten-Anschreiben in 2007 (alle Intendanten der ARD und des ZDF waren informiert), danach Ernennung von
Eva-Maria Michel zur stellvertretenden Intendantin des WDR seit Jan.2008 mit Sondervollmachten zur Überwachung der

Rundfunksperre in Politmagazinen bis heute.
Alle Vorgänge am ÖRR mutmaßlich mit Rückendeckung aus Berlin seit 1998:
Persönliche Vorteilsnahme: WDR-Justiziarin hat sich mit erforderlichen Vollmachten ausstatten und zur stellvertretenden Intendantin befördern lassen, im Widerspruch zu
Monika Piel, ARD-Vorsitzende (2011-2012) und WDR-Intendantin (Rücktritt aus persönlichen Gründen in Jan.2013, im April 2013 umgedeutet zu gesundheitlichen Gründen)
nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013 mit Schreiben an WDR-Intendantin als Anlage3 (Beweisanlage)
Offensichtliche Konfliktsituation: WDR-Intendantin wollte die politisch motivierten Zerschlagungen nicht mit verantworten im Gegensatz zur stellv. Intendantin
Seit 2013: Fortsetzung der Treib- und Hetzjagd durch den WDR über das Verwaltungsgericht Düsseldorf unter Verantwortung der stellv. Intendantin und WDR-Justitiarin, die als Nachfolgerin der zurückgetretenen WDR-Intendantin ohne Chance war, offensichtlich aus schwerwiegenden Gründen im Zusammenhang mit der Ernennung zur stellvertretenden Intendantin mit Sondervollmachten.
2013 Tom Buhrow Nachfolger als WDR-Intendant, voll informiert vom Kläger, immer wieder persönlich angeschrieben, Intendant hat längst fällige Antwort verweigert:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDRintendanz.pdf
Scroll down after link (page 89)
Verteiler dieses Schreibens vom 06.März 2018:
Bundesverfassungsgericht, Erster Senat, 1 BvR 444/18.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-18.pdf
Scroll down after link (page 84)
Ulrich Wilhelm, ARD-Vorsitzender und Vertreter des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks, Intendant des Bayerischen Rundfunks.
Dr. Thomas Bellut, Intendant des ZDF,
Tom Buhrow, Intendant Westdeutscher Rundfunk, vertretungsberechtigt für Öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
175. Faktenlage politisch motivierter Zerschlagungen 2022:
Makaber, pervers, skandalös, verfassungswidrig
Politik-Versagen, ÖRR-Versagen, Staats-Versagen:
wegen einem herausragenden Lebenswerk
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Schröder/Steinmeier/Merkel verantwortlich für
Scherbenhaufen deutscher Digitalpolitik, deutscher Energiepolitik, deutscher Sicherheitspolitik und deutscher Außenpolitik (Politik-Versagen) bis zur
Ukraine-Putin-Krieg-Zeitenwende mit Russland/Putin-Nähe, seit 21.09.2022 Eskalation mit Teilmobilmachung der russischen Regierung,
jetzt auch mit skandalösen Enthüllungen im Gebühren-finanzierten Öffentlich-rechtlichen Rundfunk
Vom Schlesinger-Skandal (mit Vetternwirtschaft, Filz mit hohen Gehältern und Bonus-Aufschlägen, Spesenbetrug, persönliche Bereicherung ohne Unrechtsbewusstsein, „Spitze eines Eisbergs“ wegen mangelnder Kontrolle und Transparenz)
zum ÖRR-Skandal („System Schlesinger“ überall)

bis zur Mittäterschaft bei politisch motivierten Zerschlagungen mit Rückendeckung durch Berlin seit 1998:
Qualifizierter Zeugenbeweis am Verwaltungsgericht ohne Begründung unterdrückt und ohne Bewertung, weil weitere Untaten/Missstände des ÖRR aufklärbar sind: ohne Chance seit 2013:
Verwaltungskritische Justiz: Mehrrichter-Entscheidungen für politisch motivierte Zerschlagungen unverzichtbar (Unerträglich: Einzelrichter-Entscheidung nach Ablehnungsgesuch), weil sippenweise Zerschlagung am Wohnort (Z1), am am bayerischen Geburtsort (Z2) mit Söder-Nähe, mit Beteiligung des ÖRR (Z3), parallel mit sozialer Zerschlagung (Z4), mit mehrfacher Freiheitsberaubung und psychischer Folter (Z5),
Barbarisch brutal, verfassungswidrig: Missbrauch sozialer Zerschlagung im Alter von über 80 Jahren mit gerichtlicher Treib- und Hetzjagd als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen.
Barbarisch brutal, respektlos und humanes Sterben verweigert: Missbrauch von Justizbehörden für Treib- und Hetzjagd bis in das hohe Alter ohne Rehabilitierung und Schadenersatz (2012: Erzwungener Freitod seines Bruders im 73.Lebensalter am Geburtsort in Bayern mit anschließender Nachlass-Insolvenz nach ökonomischer, politisch motivierter Zerschlagung, seines qualifizierten Lebensmittelbetriebes seit 1998.
Ausuferung der politisch motivierten Zerschlagungen am Geburtsort unter Söder wäre mit Sicherheit vermeidbar gewesen)
2008: Eva Maria Michel, seit 1997 WDR-Justiziarin, auch zuständig für ARD-Interessen beim neuen Sender Phoenix (1997 gegründet), befördert zur Stellvertretenden Intendantin nicht nur zwecks Rundfunk-Sperre nach konstruktivem Beschwerde-Brief an alle Intendanten der ARD/ZDF und an Altbundeskanzlerin Dr. Angela Merkel vom 28.09.2007
Erschwerend: Verbindung zwischen Täterschaft am Geburtsort in Bayern und Täterschaft des ÖRR / WDR unter Söder/Michel mit Merkel-Rückendeckung
Januar 2013: Rücktritt von WDR-Intendantin Monika Piel aus persönlichen Gründen nach mehrfachem Anschreiben durch das Zerschlagungsopfer
und nach Verfassungsbeschwerde vom 15.01.2013.
Folgewirkungen der Rundfunksperre in Polit-Magazinen unter Kontrolle der stellvertretenden Intendantin: Extremistische Auswirkungen (Z2, Z3, Z4, Z5, erzwungener Freitod in 2012) der politisch motivierten Zerschlagungen hätten verhindert werden können, mit Aufklärung über Polit-Magazine
daher viel höhere Schadensbewertung erforderlich als bisher angenommen),
Mehrfache, intensive Bemühungen um qualifizierte Information der Öffentlichkeit über politisch motivierte Zerschlagungen ohne Chance seit 2007 z.B.
Rundfunksperre des Klägers zu einer
Maischberger-Sendung in 2017 über Zusammenhang von politisch motivierten Zerschlagungen, Agenda 2010 und HARTZ IV
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 72)

176. Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers
mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa, ohne Subventionen,
mit weltweit größtem Congressangebot für digitale Evolution inkl. professionellem Verlagsservice (Zerschlagung 1, Z1)
Europäische Congressmessen ONLINE und KOMMTECH :

Weiterentwicklung der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe, vom Zerschlagungsopfer persönlich ohne Subventionen entwickelt und durchgeführt in D, A, CH, beispielsweise auch zur Ausbildung der NIXDORF-Entwicklung und anschließend im NIXDORF-Ausbidungszentrum Mainz/Wiesbaden.
Herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers nicht nur das Ergebnis eines geeigneten Business-Plan, sondern das Ergebnis japanischer Lebens- und Arbeitsphilosophie **Kaizen,**
in deren Zentrum das Streben nach kontinuierlicher und unendlicher Verbesserung steht. Verbesserung erfolgt in schrittweiser, punktueller Perfektionierung oder Optimierung
eines Produktes oder Prozesses: Sieh Anlage VG-2210
26 Jahre Europäische Congressmessen.
Qualifikation der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH bis heute nicht anerkannt, weil privatrechtlich (Familien-Unternehmen) organisiert und wegen Mittäterschaft des gebührenfinanzierten ÖRR,
mit rechtswidriger Vorteilsnahme durch multimediale Raubkopien von Teilnehmer-finanzierten Congress-Symposien am Beispiel der Europäischen Congressmesse ONLINE '98, mit Rückendeckung aus Berlin, in bester
Abstimmung mit Bayerischer Staatsregierung, mit Rundfunksperre in Polit-Magazinen, mit Unterdrückung qualifizierter Zeugenbeweise zerschlagen: Sieh beiliegenden Beweise.
177. Brutal verfassungswidrig, Menschen verachtend, Bürger verachtend und Gebührenzahler verachtend:
Extremistische Ausuferung politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Brutal verfassungswidrig > > >
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet.
Politik in Berlin und München, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Sozialversicherungsträger Hand-in-Hand: Seit über 20 Jahren, wie lange noch so weiter?
Hand-in-Hand: Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder / Huml / Michel / Intendanten des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
Respekt vor Intendantin Monika Piel, die dies nicht mitmachen wollte! Alle andere Intendanten der ARD und des ZDF (gesamte Intendantenschaft) wussten Bescheid.
Zerschlagen nicht nur:
Weltklasse-Höchstleistungen der Europäischen Congressmessen für digitalen Innovationstransfer, herausragendes Lebenswerk des Zerschlagungsopfers,
Zerschlagung seines Unternehmens mit hochqualifizierten, schon in 2000 voll digitalisierten Arbeitsplätzen mit einem professionell arbeitenden Congressmesse-Team, das in 2003 entlassen werden musste, aber mit dem Versprechen, alle beim schnellstmöglichen Wiederaufbau der Congressmessen zurückholen zu wollen.
Danach
Zerschlagung seiner professionell operierenden Lieferkette, deren Firmen andere Auftraggeber suchen mussten,
Zerschlagung seiner Kundenpotentiale (Hauptkundenstamm New Economy 2000, digitale Innovationselite), seiner Referenten- und Aussteller-Potentiale durch Rundfunksperre mit Rückendeckung aus Berlin
Zerschlagung seines Geschäftshauses: Repräsentative Gründerzeit-Villa von deutschen Banken für Schuldentilgung konfisziert, weil Wiederaufbau verweigert
Zerschlagung seines bayerischen Geburtshauses mit Geschäfts-und 2.Wohn-Immobilie, mit einer Treib- und Hetzjagd seines Bruders in den wirtschaftlichen Ruin bis in den Tod (Erzwingung seines Freitodes

in 2012 mit öffentlicher Diskriminierung und Diffamierung in Kommunalwahlen und öffentlichen Pressekonferenzen des Landratsamtes Tirschenreuth (Volksjustiz) und verfassungswidrigen Urteilen am Verwaltungsgericht Regensburg und anschließende Nachlass-Insolvenz)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Grab1.pdf
Nach politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort mit Rundfunksperre durch ÖRR, nach Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag in 2010 mit Anschreiben an Intendanten der ARD/ZDF mit Rundfunksperre seit 2008:
Opfer kriminalisierender Missbrauch sozialer Verpflichtungen für soziale Zerschlagung trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen,
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch von Erzwingungshaft für Freiheitsberaubung (zweimal) und psychische Folter trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen ,
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Gebührenbescheiden und Widerspruchsbescheiden für eine Fülle von Zwangsmaßnahmen in Kenntnis eigener Schuld
Opfer kriminalisierender Missbrauch von rechtsanwaltlicher Unterstützung für Maximierung von Rechtskosten trotz erdrückender Beweislage
Opfer kriminalisierender und Opfer verhöhnender Missbrauch einer verfassungswidriger Krankenversicherung ohne Versicherungsleistungen seit 2010
Opfer kriminalisierender Missbrauch eines Pfändungsschutzkonto durch Sozialversicherungsträger für Kosten eines Rechtsanwalts, der eine verfassungswidrige Krankenversicherung am Landgericht Wuppertal trotz Kenntnis politisch motivierter Zerschlagungen durchgesetzt hat
Opfer kriminalisierender Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren am
laufendem Bande am Amtsgericht Mettmann mit Fortsetzung jetzt am Amtsgericht Velbert seit 2011
Opfer vernichtender Missbrauch der rechtsanwaltlichen Vertretungspflicht
der 2.Instanz für Maximierung der Rechtskosten bei politisch motivierten Zerschlagungen extremistischer Ausuferung
Opfer kriminalisierender Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen für Pfändungsschutz-Kontoinhaber seit 2013 ohne Nutzungsmöglichkeiten selbst für Dispo-Kredite, geschweige denn Kreditkarten
Opfer verhöhnende Altersdiskriminierung und Generationendiskriminierung für inhumanes Lebensende mit politisch motivierter Sklavenhaltung des Zerschlagungsopfers im 81.Lebensjahr
Daher jetzt gefordert:
Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz
Verfassungswidrig: Psychische Folter und Opfer diskriminierender, Alter diskriminierender, Generationen diskriminierender Missbrauch sozialer Zerschlagung durch Sozialversicherungsträger, von dessen Rechtsanwälten zugemüllt mit Geldforderungen und Zinseszins-Rechnungen verhindert bis heute Rehabilitierung und Schadenersatz, verhindern Aktualisierung von qualifizierten Klageschriften für das Verwaltungsgericht Berlin mit Elke Büdenbender im Richter-Kollegium und
Verwaltungsgericht Regensburg mit Söder-Nähe (Söder/Huml-Mittäterschaft mit Rückendeckung von Bundeskanzlerin einschl. Söder/Huml-Kooperation aufgezeigt)

Nachgewiesener Zusammenhang: Kooperation von Söder / Huml / Michel bei politisch motivierten Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort unter Rückendeckung durch die Bundeskanzlerin seit 2008 mit Intensivierung nach Petitionen am Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag in 2010 mit Vernichtung seines Bruders in 2012
Qualifikation der Europäischen Congressmessen vom Beklagten mit politisch motivierten Raubkopien längst anerkannt, daher auch gerichtlich zu bestätigen.
Antrag auf Verurteilung der/des Beklagten, offensichtlich mit Sondervollmachten der Zerschlagung für die stellvertretende Intendantin Eva-Maria Michel, offensichtlich stellvertretend für **gesamte ARD/ZDF-Intendantenschaft** (alle Intendanten der ARD und des ZDF in 2007 mit Merkel-Anschreiben (Innovationen 3) informiert,
Schaden durch Rundfunksperre viel größer als durch multimediale Raubkopien mit verwaltungsgerichtlicher Verhinderung von qualifizierten und weiterführenden Zeugenbeweisen
Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz, Geständnis-Verweigerung des Beklagten ist endlich mit Strafverschärfung zu bewerten
Antrag auf Einräumung von mehr Arbeitszeit für Ausarbeitung qualifizierter Klageschriften, ohne weitere Verzögerung durch soziale Zerschlagung, ohne Altersdiskriminierung im 81.Lebensjahr
mit Umsetzung der Forderung des Bundesverfassungsgerichts nach weniger Verfassungsbeschwerden
Massive Täter / Opfer-Umkehr: Täter ist nicht der Kläger, sondern Opfer sind der Kläger und seine Familie, sein Bruder u.a., sind **Zerschlagungsopfer einer Menschen, Bürger und Gebührenzahler verachtenden Diskriminierung, Diffamierung und Kriminalisierung** in einem brutalem Umfeld mit Staatsversagen (Politikversagen) mit eskalierender Ukraine-Krieg-Zeitenwende und mit höchstem ÖRR-Reformbedarf nach Eskalation des Schlesinger-Skandals.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)

Anlage VB-2305:
Brutal verfassungswidrige Ausgrenzung aus Solidargemeinschaft durch Pfändung der Energiepreispauschale der Bundesregierung wegen Rechtsanwaltskosten des Sozialversicherungsträgers für verfassungswidrige Krankenversicherung am 08.12.2022
Ein Sozialversicherungsträger,
der für derartige asoziale Pfändungen verantwortlich ist und der **Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung betreibt,**
der hat seine Berechtigung als Sozialversicherungsträger definitiv verloren, weil er nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt.

Legende der zugesandten Schriftsätze:

Neue Verfassungsbeschwerde vom 10.12.2022
wegen Vorrang für Klagen zu Rehabilitierung und Schadenersatz an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf mit Mehrrichter-Verantwortung wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher Verantwortung deutscher Spitzenpolitiker an den Verwaltungsgerichten Berlin und Düsseldorf
wegen Sabotieren von Rehabilitierung und Schadenersatz durch Fortsetzung mit sozialen Zerschlagungen
am Landgericht Wuppertal (hier), am Amtsgericht Velbert und am Sozialgericht Düsseldorf
mit Opferkriminalisierung / Altersdiskriminierung / Generationendiskriminierung im 82.Lebensjahr
Daher: Antrag auf Opferschutz
BVERFG-2301. Angegriffene Hoheitsakte in chronologischer Folge.
Totales Justiz-Versagen: Gerichte übergreifend
mit Sozialversicherungsträger, der von Rechtsanwälten vertreten und von weisungsgebundenen Staatsanwälten unterstützt wird, der als Kläger und als Zeuge nur noch soziale Zerschlagung mit asozialen Attacken betreibt,
mit Klage zu einer verfassungswidrigen Krankenversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit Pfändung auf Pfändungsschutzkonto,
mit Fortsetzung einer unverhältnismäßigen OWi-Hetze am Amtsgericht Mettmann seit 2011, jetzt am Amtsgericht Velbert, zweimal mit Freiheitsberaubung und psychischer Folter mit Überfall durch 4-Mann-Polizeitrupp,
mit Klage auf Rehabilitierung und Schadenersatz seit 2011 zu politisch motivierten Zerschlagungen,
mit Klage am Verwaltungsgericht Köln, von da an Verwaltungsgericht Berlin, von da an am Landgericht Wuppertal, dort mit Klage-Aufteilung wegen politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von dort zurück an Verwaltungsgericht Berlin
Klage-Erweiterung wegen Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Wissen der gesamten Intendantenschaft von ARD und ZDF seit 1998, seit über 20 Jahren, am Verwaltungsgericht Düsseldorf,
gegen Kläger / Beklagten, heute im 82.Lebensjahr mit Anspruch auf ein humanes Lebensende anstatt entwürdigende Altersdiskriminierung ohne Respekt vor Lebensleistung und Generationendiskriminierung:
> Politisch motivierte Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von Schröder/Steinmeier/Merkel/Söder
Politik-Versagen, heute mit Digitalisierungsnotstand in Deutschland, mit politisch motivierten Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen:
Herausragendes Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
> unter aktiver Beteiligung des Sozialversicherungsträgers mit unverhältnismäßiger Be-/Verhinderung/Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz im laufendem Verfahren am Verwaltungsgericht Berlin ohne die Chance, in 2021 und 2022 nach einer umfassenden Verfassungsbeschwerde das laufende Verfahren fortsetzen zu können

wegen ständiger asozialen Attacken des Klägers bis heute (soziale Zerschlagung unter Verantwortung des Sozialversicherungsträgers) nach exotischem Gerichtsverfahren am Landgericht Wuppertal mit 3 O 61/19 und jetzt mit 3 O 228/22, mit Fortsetzung der OWi-Verfahren des Amtsgerichts Mettmann am Amtsgericht Velbert (26 OWi-523 Js 814/22-84/22, OWi-Kostenhetzjagd seit 2011**)**
jetzt mit laufender Verfassungsbeschwerde 1 BvR 2121/22 gegen Amtsgericht Velbert / Landgericht Wuppertal 16 M 188/22
jetzt mit Beschwerdeverfahren am Oberlandesgericht Düsseldorf zu Gerichtsverfahren 3 O 228/22 Landgericht Wuppertal und Rechtsbeschwerde zu 26 OWi-523 Js 814/22-84/22 Amtsgericht Velbert
Kapitale Vermögensschäden wegen politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998: Ausschließliche Ursache für Probleme der Krankenversicherung und Pflegeversicherung.
Daher: Beklagter fordert die Respektierung von Menschenrechten, den Vorrang für Schadenersatzverfahren, die in unverhältnismäßiger Weise durch ständige Attacken des Sozialversicherungsträgers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte verhindert und sabotiert werden.

BVERFG-2302. Vorrang für Rehabilitierung und Schadenersatz, weil Probleme der Sozialversicherungen ausschließlich durch politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 verursacht
Brutal verfassungswidrig: Sabotierung der Klagen auf Schadenersatz und Rehabilitierung durch orgienartige Überflutung mit Gerichtsverfahren der sozialen Zerschlagung, deren Unmenge vom Zerschlagungsopfer im 82.Lebensjahr nicht mehr zu verarbeiten
Brutal verfassungswidrig: Exzesse der Altersdiskriminierung ohne Respektierung der herausragenden Lebensleistung des Beschwerdeführers:
Weltklasse-Höchstleistungen, den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche),
> > > ONLINE Congressbände 1976 - 2003
Zerschlagungsopfer: Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt, ausgegrenzt, entrechtet und versklavt unter persönlicher Verantwortung der Täter
Ausgehebelt mit der staatlichen UMTS-Auktion2000 unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier
Politisch motivierte Zerschlagung am Wohnort und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher
Verantwortung von Merkel / Söder / Michel.
Erdrückende Beweislage mit Schriftsatz vom 20.Sept. 2022 an das Verwaltungsgericht Düsseldorf (Anlage VB-2304)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2021-0.pdf
Scroll down after link (page 253)
mit Antrag auf Anerkennung des Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz
mit Mehrrichter-Entscheidung
nach Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 und ARD/ÖRR-Krise mit Schlesinger-Skandal
Fortsetzung der Klage mit Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1319/22 vom 20.Juni 2022 wegen Anerkennung und Vorrang des Anspruchs auf

Rehabilitierung und Schadenersatz für politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 unter Mittäterschaft des ÖRR mit persönlicher Beteiligung von
Eva-Maria Michel, WDR-Justiziarin seit Okt.1997 und Stellv. Intendantin des WDR seit Jan.2008 bis Okt. 2022
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-27f.pdf

Albin L. Ockl
Dipl.-Ing.
Gründer und geschäftsführender Chefredakteur der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de
www.euro-online.de

Vorab per Fax an 0721-9101-382

Bundesverfassungsgericht
AR 5755/24

Schlossbezirk 3
76131 Karlsruhe

Velbert, 11.02.2025

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit hemmungsloser Eskalation sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70. Lebensjahr, jetzt im 84.Lebensjahr), mit verfassungswidrigem Übermaß, wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa seit 1998 (Gründungsjahr von Google).

Hier: Hemmungslose Eskalation sozialer Zerschlagung als Teil politisch motivierter Zerschlagungen
Verfassungswidriger Missbrauch von verfassungswidrigen Nonstop-Bußgeldbescheiden seit 2011 (über 14 Jahre)
zu verfassungswidrigen Pflegeversicherungen
mit Rentenplünderung bis zum Limit mit und ohne Pfändungsbeschluss
auf Pfändungsschutzkonto zum Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen seit 2013 (über 10 Jahre)
unter Federführung durch weisungsgebundene Staatsanwälte
unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes mit direkter Verantwortung für

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 84.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit 2011
nach Niederschlagung von Petitionen an den Deutschen Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München durch eine CDU/CSU-geführten Bundesregierung
mit einer Treib-und Hetzjagd am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)
unter persönlicher Verantwortung deutsch-bayerischer Spitzenpolitiker in Berlin und München (mit Rückendeckung durch Alt-Bundeskanzlerin)
mit führender Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Z3)
unter Federführung der WDR-Justitiarin und stellvertretenden Intendantin (1997-2022),
mit Wissen aller Intendanten von ARD und ZDF
mit Wissen aller Ministerpräsidenten aller deutschen Bundesländer seit 2005
mit Aufzwingung von verfassungswidrigen Sozialversicherungen unter Federführung von weisungsgebundenen Staatsanwälten und unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Z4)
mit extremistischer Ausuferung unter Verantwortung von weisungsgebundenen Staatsanwälten (Z5)
bis heute mit totalem Justiz-Versagen, Politik-Versagen, Behörden-Versagen:

2024: Rückverlegung der Nonstop-Bußgeldverfahren vom Amtsgericht Velbert an das Amtsgericht Mettmann nach Abwehr durch Verfassungsbeschwerde vom 19.Okt.2023
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 87)

jetzt mit Gerichte übergreifender Auftakt-Veranstaltung am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23:
Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 (AR2655/24)
vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228)

Hier: **Verfassungsbeschwerde**
gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024/ 01.09.2024 zu Hauptverhandlung vom 09.07.2024
und **Fortsetzung der Opferkriminalisierung mit weiteren Beschluss vom 06.02.2025 (eingegangen am 08.02.2025) mit qualifiziertem Rechtsbeschwerdeverfahren unter Verhinderung einer staatsanwaltlichen Manipulation**
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 408)

Begründung der Verfassungsbeschwerde (Forts.):

BVERFG-393W. Verfassungswidrige Fortsetzung von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren
> Erneuter anzugreifender Hoheitsakt
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz
unter Verantwortung weisungsgebundener Staatsanwälte
unter Weisungsdruck einer erneut beklagten Bundesregierung trotz Ampel-Aus (Klage vom 03.10.2024)
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/PMZ-24.pdf
Deutschland hat dem Beschwerdeführer ein Leben lang die Hölle und ihre Teufel gezeigt!
Wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit einem im Gerichtsbezirk total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen, nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000.
Jetzt mit Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal und mehrfacher Freiheitsberaubung als JVA-Service für skrupellose Staatsanwälte
Beschwerdeführer in Trauer zu 9.Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Horst Köhler, verstorben am 01.Feb.2025
Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Der Beschwerdeführer hat mit Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 gegen Urteil am Amtsgericht Mettmann 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 vom 19.07.2024 das Bundesverfassungsgericht angerufen zu Hauptverhandlung vom 09.07.2024
(Anlage RBSD-07)
in verfassungswidrigen Nonstop-Bußgeldverfahren seit 2011 an den Amtsgerichten Mettmann und Velbert
wegen Nicht-Bescheidung eingelegter Rechtsmittel am Rechtsbeschwerdegericht (Oberlandesgericht Düsseldorf):
> Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde vom 15.Juli 2024
(Anlage VB-ME02)
> Rechtsmittel der Anhörungsrüge vom 15.Aug.2024
(Anlage VB-ME01)

Sieh Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 (**AR 5755/24)** mit Kapitel
BVERFG-392W. Hemmungslose Wiederholung verfassungswidriger Bußgeldverfahren mit erzwungenem Wechsel der Amtsgerichte
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29f.pdf
Scroll down after link (page 89)
Hemmungslose Fortsetzung von Opferkriminalisierung, von Sabotage des grundgesetzlichen Anspruchs (Art.34 GG) von Rehabilitierung und Schadenersatz zu
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer verhöhnenden Bußgeldverfahren als verfassungswidrige Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Kranken/Pflegeversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

mit Veranlassung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck des beklagten Bundeskanzleramtes, beklagt wegen direkter und persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) für über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Überflutung von Gerichtsverfahren seit dem 70.Lebensjahr (2011) unter Steuerung von weisungsgebundenen Staatsanwälten.
Opfer verhöhnendes Bußgeldverfahren im Verbund von Gerichte übergreifenden Verfahren mit
Auftaktveranstaltung am Amtsgericht Velbert 10 C 211/23 als Schauprozess für weisungsgebundene Staatsanwälte & Co. (willfährige Richter, Gerichtsvollzieher, Rechtspfleger u.a.)
mit Technik-Unterstützung für Audio- und Video-Kommunikation durch Prozessbevollmächtigten des Zeugen und Klägers, der in einen Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“ und „Hass mit einer Videowand-Vernetzung“ verwickelt ist,
gemäß Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24 (AR 2655/24),
mit einziger Zielsetzung: Soziale Zerschlagung mit Opferkriminalisierungswahnsinn durch Boykottierung und Sabotierung von Rehabilitierung und Schadenersatz für
über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
wegen Zerschlagung eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
Anzufechtender Hoheitsakt gem. Anlage RBSD-07:
Urteil 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 der Vorsitzenden Einzelrichterin vom 19.07.2024
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 294)

Darüber hinaus:
Wegen Weltklasse-Höchstleistungen mit einem im Gerichtsbezirk total atypischen Familien-Unternehmen! Mit jährlichen, nachhaltigen Weltklasse-Veranstaltungen in den größten Congress Centren Deutschlands. Voll digitalisiert im Jahr 2000. jetzt mit Rentenplünderung-Skandal, Datenschutz-Skandal und 2 mal mit Freiheitsberaubung als JVA-Service für skrupellose Staatsanwälte
Beschwerdeführer in Trauer zu 9.Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Horst Köhler, verstorben am 01.Feb.2025
Die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, durchgeführt in Deutschland, Österreich und Schweiz, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt, sondern auch hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen:

Wir trauern um
hochqualifizierte Zeugen mit aktiver Beteiligung auf und nach den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH
Bundespräsidenten, Bundesratspräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, Bundesdatenschutzbeauftragte, : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .

Prof. Dr. Horst Köhler, *verstorben am 01.Februar 2025,*
Bundespräsident a.D.*, Rücktritt mit sofortiger Wirkung am 31.Mai 2010 nach Eingang meines Schreibens vom 25.Mai 2010 um Unterstützung meiner Petition am Deutschen Bundestag*
> > > https://planning.euro-online.de/ftp/Initiative2.pdf

Dr. Henning Voscherau, *verstorben am 24. August 2016*
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 - 1997)
Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991)
Langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)

Dr. Joachim Jacob, *verstorben am 13.Januar 2024*
Bundesdatenschutzbeauftragter (1993 - 2003)
auf der 17.Europäischen Congressmesse ONLINE'94 in Hamburg zum Thema
Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes Informationsmanagement *(ISBN 3-89077-126-2)*

>>> 1986-1989: ONLINE ´8X in Hamburg>http://www.euro-online.de/h6.htm

>>> 1990-1993: ONLINE ´9X in Hamburg

>>> 1994-1995: ONLINE ´9X in Hamburg

>>> 1996-1997: ONLINE ´9X in Hamburg

Dr. Johannes Rau,
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen,
Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland (1999-2004)
Schirmherr, Eröffnungsredner und Messebesucher auf der
KOMMTECH 1988 in der Messe Essen
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Dr. Günter Rexrodt,
Begrüßungsredner als Senatsdirektor (Finanzsenator 1985-1989) auf
dem Senatsempfang der ONLINE 1984 in Berlin,
Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland
auf der ONLINE 1996 in Hamburg:
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute
besonders dringend". . .
"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten
Congressangebot für technische Kommunikation
einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Henning Voscherau,
Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 –
1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland
(1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997)
auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE'97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe
in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie
Hamburg und Hafen"
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down to ONLINE'94
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Karel van Miert,
EU-Kommissar für Wettbewerb der EUROPÄISCHEN KOMMISSION,
Brüssel, auf der ONLINE ´97:
Maßnahmen der EU zur Öffnung des Telekommunikations-
marktes für neue Wettbewerber.
Entwicklung des deutschen Telekommunikationsmarktes
aus der Sicht der Europäischen Kommission
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down to ONLINE'96

Erkki Liikanen,
EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft der
Europäischen Kommission, Brüssel, auf der ONLINE 2001:
„Für eine Informationsgesellschaft für alle"
auf der Europäischen Congressmesse ONLINE 2001 in Düsseldorf
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56
Scroll down to ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

> > > Das Zerschlagungsopfer ist mit Recht stolz darauf, dass
führende Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft
und Verwaltung mit aktiver Beteiligung
Teil seines herausragenden Lebenswerkes sind und
Zeugen seiner Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in
Deutschland und Europa wie zum Beispiel:

Dr. Johannes Rau, Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen und später Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland, Schirmherr und Eröffnungsredner auf der KOMMTECH'88, sieh im Internet
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html

Dr. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, Plenarsprecher auf der KOMMTECH‘88
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
Scroll down

Prof. Dr.-Ing. Karl Steinbuch, Pionier der Informatik, Mitbegründer der künstlichen Intelligenz und der Kybernetik
auf der ONLINE 1980
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#7
Scroll down

Dr. Bernhard Vogel, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz und später des Freistaates Thüringen, Vorsitzender der Rundfunk-Kommission der Ministerpräsidenten, Festredner auf der ONLINE'85
> > > http://www.euro-online.de/1984.htm

Willibald Hilf, Vorsitzender der ARD-Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland und Intendant des Südwestfunk, Eröffnungsredner auf der ONLINE 1987
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_87.pdf

Dr.h.c. Lothar Späth, Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Geschäftsführung, JENOPTIK CARL ZEISS JENA GMBH, Jena, Redner mit „Standing Ovation“ auf der ONLINE ´92
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr.jur. Erich Häußer, Präsident des Deutschen Patentamtes, zudem verantwortlich für den Aufbau des Patentwesens in China, Congressleiter auf der ONLINE1993, Beiratsvorsitzender auf den Europäischen Congressmessen ONLINE1994 und ONLINE1995
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Dr. Henning Voscherau, Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg (1988 – 1997), Präsident des Bundesrates der Bundesrepublik Deutschland (1990 -1991), langjährigen Förderer, Schirmherr und Gastgeber
der Europäischen Congressmessen ONLINE in Hamburg (1986 -1997) auf unserer Europäischen Congressmesse ONLINE’97:
„Wir in Hamburg sind uns der Bedeutung der ONLINE als feste Größe in der Hamburger Kongresslandschaft bewusst."
"Hamburg und ONLINE – das gehört inzwischen zusammen wie Hamburg und Hafen“
> > > http://www.euro-online.de/in dex.cfm?e=2&l=4&p=1121
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2017-0.pdf
Scroll down after link (page 7)

Dr. Günter Rexrodt, Begrüßungsredner als Senatsdirektor auf dem Senatsempfang für Congress-Teilnehmer auf der ONLINE1984 in Berlin, Bundesminister für Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE 1996 in Hamburg :
„Solche Orte des Austauschs und der Praxis brauchen wir heute besonders dringend". . .

"Die ONLINE '96 leistet mit dem weltweit größten Congressangebot für technische Kommunikation einen wichtigen Beitrag für die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands."
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Joachim Jacob, DER BUNDESBEAUFTRAGTE FÜR DEN DATENSCHUTZ auf der ONLINE 1994 in Hamburg, zum Thema **„Datenschutz: Bürgerrecht oder Hemmschuh für ein effizientes Informationsmanagement"**
> > > http://www.euro-online.de/1994.htm

Prof. Dr.-Ing.habil Dr. h.c. mult. Hans-Jörg Bullinger,
9. Präsident der Fraunhofer-Gesellschaft,
Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH und Plenary Speaker von 1987 bis 1992
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Warnecke, Präsident der Fraunhofer Gesellschaft von 1993-2002, Leiter des Universitätsinstituts für industrielle Fertigung und Fabrikbetrieb, Universität Stuttgart, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionstechnik und Automatisierung (IPA), Chairman Congress I auf der KOMMTECH '86 und ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_86.pdf

Prof. Dr.-Ing. Manfred Weck, Institutsdirektor des Laboratoriums für Werkzeugmaschinen und Betriebslehre (WZL), RWTH Aachen, Chairman Congress I auf der KOMMTECH'88
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_88.pdf

Prof. Dr.-Ing. Drs.h.c. Günter Spur, Leiter des Instituts für Werkzeugmaschinen und Fertigungstechnik, Technische Universität Berlin, auf der ONLINE'89
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. Dr.-Ing. habil. Klaus-Peter Fähnrich, Leiter I+K-Techniken am Fraunhofer-Institut IAO, später Abteilungsleiter Betriebliche Informationssysteme am Institut für Informatik der Universität Leipzig, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH 1985-1992,
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf
> > > https://ifdt.org/kpf/

Prof. Dr.-Ing. Eckhard Freund, Inhaber des Lehrstuhls für Automatisierung und Robotertechnologie in der Fakultät für Elektrotechnik und Informationstechnik und Leiter des Instituts dir Roboterforschung der Universität Dortmund, leitete den 4-tägigen Roboter-Kongress I auf unserer KOMMTECH'87.
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Michel Carpentier, Generaldirektor der Kommission der Europäischen Gemeinschaften auf der ONLINE'88
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112111

Prof. Dr. Henning Kagermann, Leiter der Entwicklung Rechnungswesenssysteme und Vorstandssprecher der SAP AG auf der ONLINE'89, heute Vorsitzender des Kuratoriums von ACATECH, der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_89.pdf

Prof. em. Dr.-Ing. Dr. h.c. mult. Paul J. Kühn, Direktor des Instituts für Kommunikationsnetze und Rechnersysteme an der Universität Stuttgart, Congressleiter und Moderator der Plenarveranstaltungen der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1995-2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Ulrich Killat, Leiter des Arbeitsbereiches Digitale Kommunikationssysteme an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr.-Ing. Anatol Badach, Professor für Telekommunikation, Fachhochshule Fulda, Congressleiter der
Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 7)

Prof. Dr. August-Wilhelm Scheer, Direktor des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Universität Saarbrücken auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_95.pdf

Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Vorsitzender der Monopolkommission, Universität Köln auf der ONLINE'95
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Claus Ehlermann, Generaldirektor der EG-Kommission für Wettbewerb auf der ONLINE 1993, anschließend Mitglied und 2001 Vorsitzender des Revisionsgerichtes der Welthandelsorganisation (WTO)
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=11211

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp, Präsident der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein, Beiratsvorsitzender der Europäischen Congressmessen ONLINE 1996 /1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Dr. Wolfgang Bötsch, Bundesminister für Post und Telekommunikation der Bundesrepublik Deutschland auf der ONLINE'97:
„Die Chancen des neuen Telekommunikationsgesetzes aktiv nutzen“
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=1121

Karel van Miert, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar (1989 bis 1999) für Wettbewerb, auf der ONLINE 1997
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56&f=1#3

Dr. Alexander Schaub, Generaldirektor für Wettbewerb der Europäischen Kommission auf der ONLINE 1999
> > > http://www.euro-online.de/h6.htm#

Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter der ONLINE 1999, Hessischer Datenschutzbeauftragter seit 2020
> > > http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE__99.pdf

Erkki Liikanen, Mitglied der Europäischen Kommission, EU-Kommissar für Unternehmen und Informationsgesellschaft, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Joachim Erwin, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, Eröffnungsredner auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Matthias Kurth, Präsident der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post/Bundesnetzagentur, auf der ONLINE 2001
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof.Dr. Friedrich Vogt, Lehrstuhl für Telematik an der TU Hamburg-Harburg, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 8)

Prof.Dr. Bernhard Steffen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Universität Dortmund, Congressleiter der ONLINE 1999 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.sc. Christoph Meinel, Direktor des Instituts Telematik der Universität Trier, später
Geschäftsführer des Hasso-Plattner-Institut für Digital Engineering in Potsdam,
Congressleiter der ONLINE 2000 bis ONLINE 2003
> > >
Scroll down after link (http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdfpage 6)

Prof. Dr.-Ing. Heinz Thielmann, Institutsdirektor, GMD FORSCHUNGSZENTRUM INFORMATIONSTECHNIK GMBH, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 2001 und 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr.-Ing. Stefan Jähnichen, Dekan des Fachbereichs Informatik, Technische Universität Berlin, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 10)

Prof. Dr.-Ing. Manfred Nagl, Lehrstuhl für Informatik an der RWTH Aachen, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/ftp/News4b.pdf
Scroll down after link (page 11)

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Wahlster, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Forschungszentrums für Künstliche Intelligenz, Preisträger des Deutschen Zukunftspreises 2001 beim

Bundespräsidenten, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE von 1993 bis 2003
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?e=2&l=4&p=112

Prof. Dr. Hans H. Bauer, Lehrstuhl für ABWL und Marketing, Universität Mannheim, Congressleiter der Europäischen Congressmessen ONLINE 2002
> > > http://www.euro-online.de/ftp/programm02.pdf
Scroll down after link (page 10)

und viele, viele andere mehr und häufig öfters waren Sprecher der Europäischen Congressmessen,
ohne Honorar- und Kostenerstattung, ohne Sponsoring mit Sylt- oder Toskana-Urlaub, in konzertiertem Zusammenwirken mit 300 bis 500 innovationsorientierten Referenten pro Congressmesse,
für den digitalen Vorsprung in Deutschland, Europa und weltweit

Staatsbürger haben Grundrechte, Untertanen nicht
Grundrechte sind zu respektieren, sind weder käuflich noch strafbar,
Rechtsbeugung ist **strafbar in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier**,
Rechtsanwendungen in Beschlüssen und Urteilen haben keine Rechtskraft, wenn Grundrechte nicht respektiert werden,
es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland, aber ein grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand! .

„Bürger sind keine Untertanen“
Prof. em. Dr. Dres. h.c. Hans-Jürgen Papier,
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2002-2010)

„Grundgesetz muss man nicht lieben, aber respektieren“
Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Andreas Voßkuhle
Präsident des Bundesverfassungsgerichts (2010-2020)

„Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum in Deutschland"
Prof. Dr. Stephan Harbarth, LL.M.,
Präsident des Bundesverfassungsgericht seit 2020.

Rechtsbeugung im deutschen Recht ist die vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts durch Richter, Amtsträger oder Schiedsrichter bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache zugunsten oder zum Nachteil einer Partei, **in besonders schwer wiegenden Fällen wie hier**,
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 < mit sozialer Zerschlagung im 84.Lebensjahr und deren verfassungswidrigen Missbrauch zu politisch motivierter Justiz mit judikativer Boykottierung und staatsanwaltlicher Sabotage von Rehabilitierung und Schadenersatz.

Absolut totales Justizversagen mit verfassungswidrigem Missbrauch von Opfer und Alter kriminalisierenden Sozialgerichtsverfahren als Nonstop-Veranstaltungen seit 2011, seit über 14 Jahren ist zu bekämpfen. Anzumahnen ist die Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, solange keine Abhilfe verfügbar:
Sozialgerichte sind längst informiert über die Verfassungswidrigkeit der Sozialversicherungen und sehen zu, wie der Beklagte vom Kläger in verfassungswidriger Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und deren Helfern gehetzt wird. Der Beklagte ist

längst das Justizopfer wegen **absolut totalem Justizversagen ohne Respekt vor Grundrechten, Lebensleistung und Lebenserfahrung gemäß fortgeschrittenem Lebensalter.** Daher Verfassungsbeschwerde vom 01.12.2024 und 15.01.2025 im Allgemeinem Register des Bundesverfassungsgericht unter AR 7589/24 als Sammelstelle weiterer Vorgänge festgehalten:
„Nie wieder politisch motivierte Zerschlagungsjustiz wie unter der NS-Diktatur“, so Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren (Mai 1949). Nie wieder ist jetzt 2025 vor neuer Wahl des Deutschen Bundestags nach Ampel-Aus:
Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, mehr als 30% seines Lebens, vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung und am Höhepunkt des Ukraine-Kriegs in 2025 am Grab seines Vaters seit 1945 in Kramatorsk (Ostukraine) unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler mit Männerfreundschaft zu Putin und Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021) ohne Reue zu politisch motivierten Zerschlagungen, nicht trotz, sondern wegen eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa
> > > http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=56

Diese erneute Verfassungsbeschwerde gegen weisungsgebundene Staatsanwälte und ihre Helfer unter Weisungsdruck durch beklagtes Bundeskanzleramt (Bundesregierung) ist überfällig, weil es brutal asozial und extremistisch verfassungswidrig ist, politisch motivierte Zerschlagungen bis in den Tod unüberwindbar zu machen:
mit sozialer Zerschlagung, mit sozialer Diskriminierung, mit sozialer Ausgrenzung und mit sozialer Spaltung in der Gesellschaft zur Durchsetzung politisch motivierter, verfassungswidriger Justiz seit 1998, seit über 25 Jahren
"All das haben wir in Deutschland schon einmal erleben müssen und wir wissen, wie das 1000-jährige Reich geendet hat. Daher jetzt mit Grundgesetz gegen soziale Verfassungswidrigkeiten!"
Der Anfang war vor über 25 Jahren!

Erdrückende Beweislage gegen Leugnen und Vergessen über mehr als
25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern vor dem Hintergrund lebenslanger Familienzerschlagung
zuletzt wegen verfassungswidriger Renten-Plünderung auf Pfändungsschutzkonto seit 2013 bis zum Limit mit und ohne Pfändungsbeschluss
parallel zu **v**erfassungswidrigem Missbrauch von Nonstop-Veranstaltungen seit 2011 (über 12 Jahre) zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010

Beschwerdeführer beantragt Annahme der Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024 (AR 5755/24) zur Entscheidung mit den neuen Anlagen (**Anlage VB-ME03** mit Anlage ME-03 und **Anlage VB-ME04).**

> Nur die Wahrheit zählt: Der Datenschutz ist nicht nur ein deutsches Grundrecht, das hier nicht respektiert wird, sondern ein Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK), Datenschutz ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen, Artikel 12.
Hintergrund ist ein Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers verwickelt sind.
> Hass ist eine böse und unheimliche Emotion, gefährlich und zerstörerisch und daher nicht tolerierbar.

Sieh **Verfassungsbeschwerde 1 BvR 1943/24**
vom 10.04.2024 / 29.04.2024 / 02.08.2024 / 26.08.2024 (AR 2655/24)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088/156/228)

Gegen den Datenschutz-Skandal, in dem Staatsanwaltschaft, SCHUFA-Vorstand und die Rechtsanwälte des Sozialversicherungsträgers verwickelt sind, sind wirksame Maßnahmen dringend erforderlich.

Wirksame Maßnahmen sind dringend erforderlich, um . . .
> um den grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz mit Vorrang vor Gericht verfolgen zu können
> ohne judikativen Boykott,
> ohne staatsanwaltliche Sabotage,
> ohne Datenschutz-Skandal,
> ohne Nonstop-Bußgeldveranstaltungen seit 2011,
> ohne verfassungswidriges Übermaß politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren mit hemmungsloser Eskalation zu sozialer Zerschlagung
u.a.m.

Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig.
Verfassungswidrige Rechtsanwendungen haben keine Rechtskraft. Eine Wiederholung von Nonstop-Bußgeldveranstaltungen seit 2011 ist ein verfassungswidriges Übermaß politisch motivierter Zerschlagungen seit über 25 Jahren mit hemmungsloser Eskalation zu sozialer Zerschlagung mit Gerichte übergreifenden Verfahren.

Es gibt keinen grundrechtsfreien Raum, auch nicht bei einem Wechsel der Amtsgerichte.

Velbert, 11.02.2025

Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.
Albin L. Ockl

Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben,
mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum,
ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf
Scroll down after link (page 19)
Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen.
Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage,
in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf
Scroll down after link (page 24)
Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in 1986, 1987, 1988 Congresse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen,
in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums
> > > https://ifdt.org/kpf/
> > > http://www.euro-online.de/kommtech.html
> > > http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf

Anlage VB-ME03 mit Anlage ME-03
Begründung mit Schriftsatz vom 27.01.2025, warum Rechtsbeschwerde und Verfassungsbeschwerde **nicht** zurückzunehmen sind.
Anlage ME-03
Aufforderung zur Rücknahme der Rechtsbeschwerde durch Richterin Wierzba am Amtsgericht Mettmann mit Schreiben vom 17.01.2025 (eingegangen am 22.01.2025).

Anlage VB-ME04: Weiterer anzugreifender Hoheitsakt:
Beschluss 32 OWi-543 Js 77/24-46/24 Amtsgericht Mettmann vom 06.Feb.2025 (eingegangen am 08.02.2025)

Anlagen der Verfassungsbeschwerde vom 01.09.2024:

Anlage VB-ME01:
Anhörungsrüge an Oberlandesgericht Düsseldorf (Rechtsbeschwerdegericht zu Amtsgericht Mettmann) vom 15.Aug.2024 wegen Nicht-Bescheidung der Rechtsbeschwerde

Anlage VB-ME02: mit Anlage RBSD-01, Anlage RBSD-02, Anlage RBSD-03, Anlage RBSD-04, Anlage RBSD-05, Anlage RBSD-06, Anlage RBSD-07
Rechtsbeschwerde an Oberlandesgericht Düsseldorf (Rechtsbeschwerdegericht zu Amtsgericht Mettmann) vom 15.Juli 2024

Anlage RBSD-01:
Anmeldung des Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde vom 11.07.2024 an das Amtsgericht Mettmann

Anlage RBSD-02:
Kompakter Überblick der Argumente zur Hauptverhandlung vom 09.07.2024 mit Auflistung zusätzlicher Beweismittel und zusätzlicher Anlagen: hier auszugsweise Kopien zur 22.Europäischen Congressmesse ONLINE'99, Datenschutz-Skandal zu Opferdaten mit hohem Schutzbedarf, Anlage SGD und Anlage SGH
Anlage SGD aus Anlage **OWiM-02**
SCHUFA-Auskunft, online abgerufen am 27.Dez.2023, eingegangen per Post am 5.Jan.2024:
Verfassungswidriger, heimtückischer Missbrauch von SCHUFA-Eintragungen wegen **verfassungswidriger Zielsetzungen zur Durchsetzung politisch motivierter Justiz durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung (Bundeskanzleramt), durch Helfer und Helfershelfer dieser Staatsanwälte** .....
Alle Informationen aus öffentlichen Verzeichnissen stammen von Helfern der genannten Staatsanwälte, haben ausschließlich die zu **bekämpfende Zielsetzung** der verfassungswidrigen, öffentlichen Opferdiskriminierung, Opferkriminalisierung, ohne Respekt vor Alter und einer herausragenden Lebensleistung. Helfershelfer der genannten Staatsanwälte: **RAe Giebel und Kollegen,** Prozessbevollmächtigte des Sozialversicherungsträgers, beklagt wegen sozialer Zerschlagung seit 2010 mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen, in Verbindung mit den politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998. Belastende SCHUFA-Eintragungen sind sofort zu löschen.
Anlage SGH aus Anlage OWiM-02
Hochqualifizierte ONLINE-Seminarreihe des Beklagten, aus denen die Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem weltweit größten Congressangebot für digitales Innovationswachstum entwickelt wurden**.** Mit dem Seminar ONLINE III wurden in den 1970er Jahren die

ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland vom Unterzeichner geschult. Darüber hinaus der Nachweis, dass auf der
ONLINE'94 (17.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) der **Bundesbeauftragte für Datenschutz Dr. Joachim Jakob** und auf der **ONLINE'99** (22.Europäische Congressmesse für Technische Kommunikation) **Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel als Congressleiter** von Congress IV, heute **Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit,** beteiligt waren.

Anlage RBSD-03:
Schriftsatz vom 29.Juni 2024 an das Amtsgericht Mettmann (32 OWi-543 Js 77/24-46/24) als Fortsetzung des Schriftsatzes vom 08.Mai 2024 mit den Anlage OWiM-01, Anlage OWiM-02 mit Anlage LSG-02, Anlage AGV-24/08 in Schriftsatz vom 08.Mai 2024
> Stellungnahme des Amtsgerichtes Mettmann vom 27.05.2024 (Anlage RBSD-04)
Definitiv Einspruch mit erweiterter Begründung vom 29.Juni 2024, weil mehrfach und brutal verfassungswidrig
u.a. mit Hinweis auf Berufungsverfahren am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Schriftsatz vom 15.Juni 2024
Wiederholt: Anmahnung der Respektierung des grundrechtsgleichen Rechtes auf Widerstand gem. Art.20 Abs.4 GG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 142)

Anlage OWiM-01: Zerschlagung 5 (Z5)
Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren an Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und jetzt mit Datenschutz-Skandal wegen Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
Legende der zugesandten Schriftsätze **seit 2011**mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiM-02 mit Anlage LSG-02:
Kapitelübersicht (7 Seiten von 700 Seiten) zu
Berufung vom 15.Juni 2024 am Landessozialgericht NRW in Essen wegen Anfechtung von
brutal verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden
S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)
wegen sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen einschließlich Pflegeversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und
wegen Datenschutz-Skandal unter direkter Verantwortung der Rechtsanwälte **Giebel und Kollegen (Prozessbevollmächtigte** des Sozialversicherungsträgers) in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und dem SCHUFA-Vorstand (ehemaliges Regierungsmitglied im Kabinett Merkel 2, verantwortlich für Niederschlagung der parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag 2010-2012, weil)

> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Diskreditierung und Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“
> > > **http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf**
Scroll down after link (page 280)
Zeuge: **Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999, **Hessischer Datenschutzbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit** seit 2020 (Anlage LSG-02, Seite 7)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 01)

Anlage LSG-02
Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen
mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum

ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, **und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,**
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :
führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage im Schriftsatz vom 08.Mai 2024 (21 Seiten)
Anlage AGV-24/08: Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 088)

Anlage RBSD-04: Stellungnahme des Amtsgerichtes Mettmann vom 27.05.2024 (3 Zeilen, eingegangen am 05.06.2024) zum Schriftsatz vom 08.Mai 2024 durch Justizbeschäftigte Almtwly

Anlage RBSD-05: Ladung zur Hauptverhandlung vom 15.04.2024 (eingegangen am 24.04.2024) nach Einspruch vom 15.01.2024 gegen Bußgeldbescheid vom 02.01.2024

Anlage RBSD-06:
Einspruch vom 15.01.2024 gegen Bußgeldbescheid vom 02.01.2024 (eingegangen am 05.01.2024)

Anlage RBSD-07: Verfassungswidriges Urteil 32 OWi-543 Js 77/24-46/24
der Vorsitzenden Einzelrichterin Wierzba vom 19.07.2024

(eingegangen am 23.7.2024)

Anlagen im Schriftsatz vom 29.Juni 2024

Anlage OWiM-01: Zerschlagung 5 (Z5)
Opfer kriminalisierende Ordnungswidrigkeitsverfahren an Amtsgerichten Mettmann und Velbert mit zweimaliger Freiheitsberaubung und psychischer Folter unter dem Opfer diskriminierenden Deckmantel der Erzwingungshaft zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen und jetzt mit Datenschutz-Skandal wegen Eskalation der sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010
Legende der zugesandten Schriftsätze **seit 2011**mit Zugriff auf vernetzte Internet-Doku
Beweise 5 (Z5) für Zerschlagung 5 zusätzlich nachlesbar in der vernetzten Internet-Doku:
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise5.pdf

Anlage OWiM-02 mit Anlage LSG-02:
Kapitelübersicht (7 Seiten von 700 Seiten) zu
Berufung vom 15.Juni 2024 wegen Anfechtung von brutal verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden
S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)
S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)
wegen sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen einschließlich Pflegeversicherung ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und
wegen Datenschutz-Skandal unter direkter Verantwortung der Rechtsanwälte **Giebel und Kollegen (Prozessbevollmächtigte** des Sozialversicherungsträgers) in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten und dem SCHUFA-Vorstand (ehemaliges Regierungsmitglied im Kabinett Merkel 2, verantwortlich für Niederschlagung der parallelen Petitionen an den Deutschen Bundestag und den Bayerischen Landtag 2010-2012, weil)
> über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Diskreditierung und Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf
Scroll down after link (page 280)
Zeuge: **Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter der Europäischen Congressmesse ONLINE 1999, **Hessischer Datenschutzbeauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit** seit 2020 (Anlage LSG-02, Seite 7)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/HEDS.pdf
Scroll down after link (page 01)

Anlage LSG-02:
Öffentliche Beschwerde mit Presseinformation Nr.13 vom 24.05.2024: Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum für verfassungswidrige Exzesse.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/Presse-2406.pdf
75 Jahre Grundgesetz, Europawahl zum 10.Mal in Deutschland, Anlass um anzumahnen:
Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten, Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte sind verfassungswidrig
In Deutschland gibt es keinen grundrechtsfreien Raum
Bürger sind keine Untertanen, denen

mit heuchlerischen „Güteverhandlungen“ verfassungswidrige Zustände aufgezwungen werden:
> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998
am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung
mit Wissen aller Staatsorgane
mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer
unter persönlicher Verantwortung von
Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder
unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
mit Wissen aller Intendanten
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)
Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert
Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977
mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.
mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum
durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).
Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationsschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)
war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen,
und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:
Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), erzwungen auf Kosten der
digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,
> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,
dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,
> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss,
das totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen musste trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,
> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.
Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-

Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres

Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.
> Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,
sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie
Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : : führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung . . . . .
Sieh Verfassungsbeschwerden vom 10.04.2024 / 29.04.2024
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-29ff.pdf
Scroll down after link (page 001/088)

Anlage im Schriftsatz vom 08.Mai 2024

Anlage AGV-24/08: Verfassungsbeschwerde vom 29.04.2024

Legende aller schriftlichen Eingaben seit 2011 an das Amtsgericht Mettmann und Landgericht Wuppertal zur Zurückweisung schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren und Zwangsverfahren der Kreisverwaltung

Schriftsatz vom 30.05.2011 an Direktor des Amtsgerichts Herrn Dr. Thomas Künzel mit beiliegender Fax-Antwort vom 15.02.2011 an Kreisverwaltung Mettmann (Herrn Kardell und Herrn Sturm, Anlage 1) und mit Rückweisung des Kostenbescheids am 28.03.2011 (Anlage 2)
Die Unterlagen enthalten ausführliche Informationen und weiterführende Internet-Links über
> UMTS-Auktion 2000 und verheerende Folgewirkungen (UMTS-GAU) auf weltweit herausragende Unternehmensleistung für Innovationstransfer und Innovationseffizienz, auf Lebenswerk und Existenz-Grundlage des Vorgeladenen
> Petition des Vorgeladenen beim Deutschen Bundestag
> Klage des Vorgeladenen gegen die Bundesrepublik Deutschland auf Schadenersatz und Rehabilitierung
Schreiben an das Amtsgericht Mettmann nachlesbar mit Mausklick auf Internet-PDF
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf
Scroll down after link (page 15)

Schriftsatz vom 15.08.2011 an das Amtsgericht Mettmann
01. Vorwurf der Ordnungswidrigkeit: Schlimmer als nur eine unverschämte Beleidigung
02. Skandalös: Konzertierte Treibjagd auf Opfer der UMTS-Auktion 2000 durch Politik, Verwaltung und Justiz
03. Gründe und Antrag auf Prozesskostenhilfe für anfallende Gerichtskosten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 27.02.2012 an das Amtsgericht Mettmann
04. Mit der Wiederholung wird der Vorwurf der Ordnungswidrigkeit eine Beleidigung, die noch unverschämter ist
05. Einspruch gegen den Bußgeld-Bescheid ist überzeugend begründet gemäß §16 OWiG (Rechtfertigender Notstand) und §10 OWiG (Fehlen von Vorsatz und Fahrlässigkeit)
06. Verstoß gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren
07. Recht auf ein faires Verfahren: Schadenersatz und Rehabilitierung vor Verurteilung wegen verheerender Folgewirkungen
08. Antrag auf Einstellung des Ordnungswidrigkeitsverfahren, auf Unterlassung einer Wiederholung und auf Kostenerstattung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 19.03.2012 an das Amtsgericht Mettmann
09. Vorgeladener hat ein Recht auf ein faires Verfahren. Das Gericht hat mehrfach dagegen verstoßen
10. Kein faires Verfahren: Vorgeladener wurde vom Gericht getäuscht. Keine Begründung zur Ordnungswidrigkeit
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 30.07.2012 an das Amtsgericht Mettmann
11. Gericht verfälscht das Gerichtsverfahren durch Kenntnislosigkeit des Einspruchs vom 19.03.2012
12. Betroffener hat keine Verantwortung für Gerichtskosten, Zeugenkosten, Bußgeldbescheide, die ohne sein Verschulden aufgezwungen werden
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 06.11.2012 an das Landgericht Wuppertal, Amtsgericht Mettmann, Gerichtskasse Düsseldorf
13. Für Opfer der UMTS-Auktion2000 unerträglich: Von deutscher Justiz wie "eine Sau durchs Dorf getrieben" mit ständig neuen Beschlüssen und neuen Zwangsmaßnahmen, mit Information über Beschlüsse erst durch Vollstreckungsankündigung der Gerichtskasse (Spitzenleistung der NRW-Strafjustiz)
14. Zur Erinnerung an die Situation für Opfer der UMTS-Auktion2000 mit verheerenden Folgewirkungen, die von einem zuständigen Gericht längst zu bewerten sind
15. Deutsche haben Grundrechte, Europäer haben eine Europäische

Menschenrechtskonvention. Welche Rechte haben Opfer des UMTS-GAU aus 2000 ?

16. Vollstreckungsankündigung mit beiliegendem Beschluss des Landgerichtes Wuppertal, der mit einer Verspätung von über 1 Monat dem Betroffenen zum 1.Mal zur Kenntnis gebracht wird, ist nur mit Entrüstung zurückweisbar
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 21.12.2012 an das Amtsgericht Mettmann mit Kopie an das Landgericht Wuppertal und Gerichtskasse Düsseldorf
Einspruch gegen
Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-523 Js 2043/11-2/12
vom 05.12.2012 (eingegangen am 13.12.2012) mit dem
Rechtsbehelf der Anhörungsrüge,
Befangenheitsantrag gegen Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel
17. Einspruch gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-523 Js 2043/11-2/12 (eingegangen am 13.12.2012) mit dem Rechtsbehelf der Anhörungsrüge
18. Mehrfach falsche Darstellung verursachen in unerträglicher Weise eine völlige Verdrehung des Sachverhaltes
19. Exzessive Verstöße gegen Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren
20. Befangenheitsantrag: Besorgnis der Befangenheit gegen Richter und Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel wegen Vertrauensmissbrauch und Täuschung
21. Befangenheit des verantwortlichen Richters verhindert rechtsstaatliches, faires Verfahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 04.02.2013 an das Amtsgericht Mettmann mit Kopie an das Landgericht Wuppertal
Widerspruch zum formlosen Schreiben vom 16.01.2013 (eingegangen am 22.01.2013)
mit Befangenheitsantrag gegen Richter und Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel
und Rechtsmittel der Berufung an das zuständige Berufungsgericht
22. Befangenheitsantrag: Besorgnis der Befangenheit gegen Richter und Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel
wegen Vertrauensmissbrauch und Täuschung
wegen Missachtung des Befangenheitsantrags vom 21.12.2012
und Verstoß gegen das Grundgesetz Art.103 Abs.1 GG (Missachtung des Anhörungsrüge vom 21.12.2012) erhärtet
23. Rechtsmittel der Berufung an das zuständige Berufungsgericht: Treib- und Hetzjagd in Widerspruch zu Art.6 der Europäischen Menschenrechtskonvention: Recht auf ein faires Verfahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 07.02.2013 an 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal als Antwort auf formloses Schreiben vom 24.01.2013 mit abgewandelten Beschluss
24. Anhörungsrüge gegen Richterin am Landgericht Vosswinkel
25. Justizverfahren skandalös und Ekel erregend:
Von verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000, Zerstörung der Existenz-Grundlage, totaler Diskriminierung unter Verantwortung des deutschen Staates
zu Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen den Geschädigten und
zu Gerichtskosten-Abzocke am Amtsgericht Mettmann
26. UMTS-Auktion 2000: Deutsche Justiz hat eine nicht zu entschuldigende Mitverantwortung an der eskalierenden Situation, weil bis heute
keinerlei Beweise und Zeugen zugelassen,
keinerlei Prozesskostenhilfe für eine anwaltliche Vertretung,
keine Zulassung zu höchstrichterlichen Entscheidungen,
keinerlei Bereitschaft für Diskussion der Sachargumente zu verheerenden Folgewirkungen der UMTS-Auktion 2000 und anschließender totaler Diskriminierung
27. Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen Treib- und Hetzjagd auf die Person des Beschwerdeführers (Beklagten) im Widerspruch zu Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention (Recht auf ein faires Verfahren)
28. Rechtsmittel der Berufung als Ausweg aus juristischem Chaos des Ordnungswidrigkeitsverfahrens
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 28.02.2013 an das Amtsgericht Mettmann mit Kopie an das Landgericht Wuppertal
Antwort auf formloses Schreiben des Amtsgerichts Mettmann vom 18.02.2013 (eingegangen am 22.02.2013) nach Widerspruch zum formlosen Schreiben vom 16.01.2013 (eingegangen am 22.01.2013) **mit Befangenheitsantrag** gegen Richter und Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel und Rechtsmittel der Berufung an das zuständige Berufungsgericht
29. Verdeutlichung: Befangenheitsantrag bedeutet Ablehnungsgesuch an das Amtsgericht,
auch wenn sich der befangene Richter nach 2 Monaten als nicht befangen betrachtet
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 26.04.2013 an das Amtsgericht Mettmann/Landgericht Wuppertal: Einspruch gegen
Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13
vom 15.04.2013 (eingegangen am 20.04.2013) zum Befangenheitsantrag
mit dem Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde gemäß §28 StPO Abs.2
30. Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann vom 15.04.2013 hat keine reale Grundlage, weil ein Ablehnungsantrag vom 04.02.2013 überhaupt nicht existiert
31. Amtsgericht Mettmann verstößt nicht nur gegen das Grundgesetz, sondern beugt auch die Wahrheit, weil immer nur der Befangenheitsantrag vom 21.12.2012 zur Diskussion gestanden hat und kein Ablehnungsantrag vom 04.02.2013
32. Amtsgericht Mettmann verweigert nicht nur rechtliches Gehör, sondern macht es durch schnellen Richterspruch unmöglich
33. Befangenheit ist eine innere Haltung des Richters, die seine Neutralität, Distanz und Unparteilichkeit gegenüber den Verfahrensbeteiligten störend beeinflusst
34. Innere Haltung des Richters: Befangenheit des Richters so groß, dass selbst Grundrechte des Betroffenen nur störend waren
35. Rechtswidriger Auftrag einer Zwangsmaßnahme mit Haftbefehl und SCHUFA-Eintragung durch einen gemäß Faktenlage befangenen Richter ist sofort zurückzunehmen
Nachhaltige Schadenswirkung der SCHUFA-Eintragung ist sofort zu beseitigen
36. Was der abgelehnte Richter in Widerspruch zu §29 StPO Abs.1 unterlassen hat, ist vom Gericht ohne weitere Verzögerung einzuleiten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME.pdf

Schriftsatz vom 06.05.2013 an das Amtsgericht Mettmann/Landgericht Wuppertal: Einspruch gegen
Festsetzung einer 3. Hauptverhandlung
des Amtsgerichtes Mettmann 33 OWi-923 Js 1396/12-12/13
vom 22.04.2013 (eingegangen am 25.04.2013) trotz laufenden Befangenheitsantrag seit 21.12.2013 gegen Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel
37. Erster Einspruch:
Justizbeschäftigte kann verantwortlichen Richter und Direktor des Amtsgerichts Dr. Thomas Künzel mit laufendem Ablehnungsantrag nicht vertreten
Mit dem Zeugen Timo Kluger wird der "Bock zum Gärtner gemacht": Zeuge und Täter in einer Person verstößt gegen die Rechtsstaatlichkeit und gegen das Grundgesetz
39. Dritter Einspruch:
Ordnungswidrigkeitsverfahren ist im vorliegendem Fall ein mehrfacher Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen das Grundgesetz
40. Vierter Einspruch:
Juristisches Mobbing durch Wiederholung juristischer Schikaneverfahren mit Täuschung und Vertrauensmissbrauch des Beklagten, mit Beugung von Wahrheit und Recht, mit Missbrauch von Staatsgewalt, mit Missachtung von Anhörungsrügen und Befangenheitsanträgen, mit massiven Verstößen gegen das Grundgesetz ....widerwärtig und verabscheuenswert
41. Fünfter Einspruch:
Beklagter, Opfer von juristischem Mobbing krimineller Ausprägung seit Januar 2011, fordert sofortige Löschung der SCHUFA-Eintragung und Aufhebung des Haftbefehls wegen Missbrauch von Staatsgewalt, Aufhebung einer 3. wiederholten Hauptverhandlung, Kostenentschädigung und Schmerzensgeld
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Zurückweisung des Erzwingungshaftverfahrens mit Schriftsatz vom 09.08.2013
42. Deutsches Grundrecht zum Widerstand gegen plumpe Verwaltungsübergriffe und tumben Missbrauch von Staatsgewalt
43. Entwürdigende, unerträgliche Ignoranz der Verwaltungsbehörde ist diskriminierend und diffamierend: Androhung von Erzwingungshaft für einen Bußgeldbescheid, der gegen das Grundgesetz verstößt
44. Verfahrensrüge zum Ordnungswidrigkeitsverfahren: Schriftliche Dokumente zur Vermeidung von Missverständnissen durch Amtsgericht bis heute vorenthalten. Qualitätsmängel dürfen nicht zu Lasten des Betroffenen führen
45. Verfahrensrüge zum Ordnungswidrigkeitsverfahren: Das Gericht ist nicht zuständig, weil das Sozialgericht Düsseldorf das Verfahren als zuständiges Fachgericht übernommen hat
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Einspruch gegen Zulassung der Rechtsbeschwerde mit Schriftsatz vom 27.08.2013
46. Verfahrensrüge zum Ordnungswidrigkeitsverfahren: Schriftliches Dokument zum Freispruch in der 3. Hauptverhandlung am 17.07.2013 wird dem Beklagten bis heute vorenthalten
47. Infamer Missbrauch des Ordnungswidrigkeitsgesetzes zur Generierung materiellen Rechts, weil keine Ordnungswidrigkeit vorliegt
Einspruch gegen Bußgeld- Bescheid wurde nicht zurückgenommen
48. Von einem harmlosen Verwaltungsübergriff zur Rechtsbeugung mit sittenwidriger Abzocke
49. Grundgesetz und Europäische Menschenrechtskonvention: Ein Buch mit sieben Siegeln für den Amtsanwalt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Einspruch mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss vom 29.08.2013 (eingegangen am 17.09.2013) über Anordnung von Erzwingungshaft mit Schriftsatz vom 24.09.2013
50. Verfahrensrüge, immer wieder vorgetragen, bis heute nicht beantwortet, als Beweis, dass Bußgeldbescheid des Kreises nicht rechtswirksam wurde
51. Erweiterung der Verfahrensrüge: Krankheitsanzeige des Geschädigten ignoriert, dubiose Vorgänge der Unterdrückung von Dokumenten am Amtsgericht Mettmann
52. Blinder mit Krückstock kann unverschuldete Notlage erkennen. Aber: Verwaltungsbehörde fordert einen Beleg über Zahlungsunfähigkeit
53. Fortsetzung des Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Erzwingungshaftverfahren: Mehrfacher Verstoß gegen Rechtsstaatlichkeit und gegen das Grundgesetz, weil mit Ordnungswidrigkeitsverfahren sogenanntes materielles Recht generiert wird. Tatsächlich ist es materielles Unrecht, das mit Erzwingungshaft vollstreckt werden soll
54. Antrag an das Beschwerdegericht:
Rechtsstaatliches Verfahren mit Rechtsprechung nach Gesetz und Recht (Art.20 Abs.3 GG) und mit anwaltlicher Vertretung,
Recht auf Schadenersatz und Rehabilitierung wegen verheerender Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, wegen Verhinderung eines Comeback durch totale Diskriminierung und Vernichtung seiner Altersrücklagen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Schriftsatz vom 10.11.2013: Befangenheitsantrag gegen Richter am Landgericht Sahlenbeck
55. Befangenheitsantrag gemäß §24 StPO gegen Richter am Landgericht Sahlenbeck, weil totale Befangenheit offensichtlich
56. Mehrfache Ablehnungsgründe gemäß §24 StPO Abs.2: "Wegen Besorgnis der Befangenheit findet die Ablehnung statt, wenn ein Grund vorliegt, der geeignet ist, Misstrauen gegen die Unparteilichkeit eines Richters zu rechtfertigen"
57. Objektive Begründung des Befangenheitsantrags:
Anordnungen des Richters mit laufendem Befangenheitsantrag zurückzuweisen
Nicht Verzögerung des Verfahrens, sondern Bekämpfung der Verweigerungshaltung der Gerichte und Gleichbehandlung der Parteien sind rechtmäßige Ziele des Ablehnungsgesuchs
58. Völlig deplatziert: Richterliche Ermutigung zu Aushilfs- und Gelegenheitsarbeiten. Der Geschädigte hat sein Leben lang Spitzenleistung für Deutschland erbracht
Totales Versagen der deutschen Justiz, einen Unternehmensgenozid der staatlichen UMTS-Auktion 2000 aufzuarbeiten
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Schriftsatz vom 25.11.2013 mit Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung des Richters mit laufenden Befangenheitsantrag vom 11.11.2013 (eingegangen am 16.11.2013)
59. Befangenheitsantrag gemäß §24 StPO gegen Richter am Landgericht Sahlenbeck, weil totale Befangenheit offensichtlich
Stellungnahme zur dienstlichen Äußerung des Richters mit laufendem Befangenheitsantrag vom 11.11.2013 (eingegangen am 26.11.2013):
Dienstliche Äußerung, bestehend aus 1 Satz, nicht mehr nachvollziehbar
60. Dienstliche Äußerung des Richters mit laufendem Befangenheitsantrag ist eine Zumutung, blanker Hohn, Zynismus pur
Richter mit laufendem Befangenheitsantrag verweigert de facto eine Äußerung über den Ablehnungsgrund
61. Ablehnungsgründe objektiv nachprüfbar und bei Bedarf weiter ausführbar anhand vorliegender Tatsachen
62. Besorgnis der Befangenheit zusätzlich durch weitere Schriftsätze des vorausgegangenen Ordnungswidrigkeitsverfahrens erhärtet
Einschüchterungsaktivitäten der 6.Strafkammer durch sporadische, nicht angeforderte Beschlüsse in einem chaotischen Gerichtsverfahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Schriftsatz vom 11.12.2013 mit Einspruch gegen Beschluss der 6.Strafkammer vom 2.12.2013 (eingegangen am 04.12.2013) zur Umgehung eines Ablehnungsantrag gegen Richter am Landgericht Sahlenbeck und zur Durchsetzung der Anordnungen des Richters mit laufenden Befangenheitsantrags vom 14.10.2013
63. Widersprechende Faktenlage und totale Anhörungsresistenz: Betroffener erarbeitet eine qualifizierte und ausführliche Begründung zur Beschwerde und wehrt sich gegen totale Anhörungsresistenz des Beschwerdegerichts mit einem objektiv begründeten Befangenheitsantrag gemäß §24 StPO gegen Richter am Landgericht Sahlenbeck, weil totale Befangenheit offensichtlich
64. 6.Strafkammer des Landgerichts verweigert ordentliche Durchführung des Befangenheitsverfahrens und entbindet Richter mit laufenden Befangenheitsverfahren von der Verantwortung zur Fortsetzung des Verfahrens
Ordnungswidrigkeitsverfahren, ein schikanierendes Bußgeldverfahren seit 2011mit Freispruch in 2013, wird unter Leitung des Vorsitzenden Richters Jung mit einem 3-Richter-Kollegium fortgesetzt und die Anordnungen des Richters mit laufenden Befangenheitsverfahren erneuert
65. Überlänge des Gerichtsverfahrens seit 2011 ist zu rügen
Extremer Verstoß gegen Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG)
Anwaltliche Vertretung in Anbetracht eines 3-Richter-Teams der 6. Strafkammer unverzichtbar
Verzögerungsrüge und Antrag auf Kostenübernahme gemäß §198 bis 201 GVG
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME2.pdf

Schriftsatz vom 14.04.2016 mit Einspruch / Antwort auf Schreiben des Direktor des Amtsgericht Dr. Künzel vom 24.03.2016 (eingegangen am 01.04.2016) gemäß Anlage AG-01
Soziale Exklusion und psychische Zerschlagung des Unterzeichners (Opfer) durch deutsche Justiz und deutsche Staatsanwaltschaft mit Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz wegen politisch motivierter Zerschlagung
Kopie des Schreibens als Beweismittel an das Bundesverfassungsgericht im Rahmen der letzten von drei aktuellen Verfassungsbeschwerden seit Dezember 2015.
71. Einspruch gegen Fortsetzung psychischer Zerschlagung mit verfassungswidrigen, schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren seit Januar 2011 mit ständigen Bußgeldbescheiden und mit Eskalation zu verfassungswidrigen Zwangsmaßnahmen im Juni 2014 wie Freiheitsberaubung mit physischer Gewalt ohne polizeilichen Ausweis, ohne Haftbefehl, Hausfriedensbruch ohne Durchsuchungsbefehl, Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung, mit Präsentationsfahrt in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter für Nachbarn und Schaulustige, mit Exzessen des Missbrauchs von Staatsgewalt nach Manipulation von Gerichtsakten am Landgericht Wuppertal.
Erbärmliches Fehlverhalten des verantwortlichen Staatsanwalts mit Beweisen in der Anlage dieses Schriftsatzes, für das ein Disziplinarverfahren zuständig ist, weil das Opfer ein Recht auf Rehabilitierung hat
Antrag auf Stellungnahme durch das Amtsgericht Mettmann im Zusammenhang mit der Beschuldigung geleisteter Hilfestellung zur Verdeckung des Missbrauchs von

Staatsgewalt durch rechtswidrige Täuschung des Opfers
Antrag auf Stellungnahme durch das Amtsgericht Mettmann zum Vorwurf psychischer Zerschlagung, der Gegenstand eines Klageerzwingungsverfahrens des Opfers beim 2.Strafsenat des Bundesgerichtshofs (2 ARs 349/15) und einer Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (AR 1204/16) ist
72. Stundung der Beiträge für Pflegeversicherung unverzichtbar
wegen qualifiziertem Nachweis von unverschuldeter, nicht abwendbarer Notlage und kapitalen Vermögensschäden des Opfers politisch motivierter Zerschlagung
Λ Beklagt: Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die Bundesregierung, vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister
Λ Kläger/Opfer: In den 1970er Jahren Dozent und Entwickler der
in Mitteleuropa führenden Seminarreihe ONLINE,
Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der
Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH mit dem jährlichen IT-Gipfel,
mit dem weltweit größten Congressangebot zu den digitalen Innovationsschwerpunkten,
Opfer politisch motivierter Zerschlagung mit Eskalation zu
psychischer Zerschlagung
Λ Verweigerung rechtlichen Gehörs durch alle Instanzen nur mit
Verfassungsbeschwerden zu bekämpfen:
Drei aktuelle Verfassungsbeschwerden seit Dezember 2015
Versagung rechtlichen Gehörs nicht hinnehmbar: Es geht nicht um Umstände und Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, sondern um politisch motivierte Zerschlagung durch die deutsche Bundesregierung, getoppt mit psychischer Zerschlagung
nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
BGH-Rechtsbeschwerden und Verfassungsbeschwerden zu Klagen gegen die Bundesrepublik Deutschland (Stand 2016)
wegen politisch motivierter und psychischer Zerschlagung sind rechtshängig
Einspruch gegen Unterlassung einer schriftlichen Begründung des Beschlusses oder Urteils (Versagung rechtlichen Gehörs ist nicht hinnehmbar).
73. Einspruch gegen Kosten jeglicher Art und
Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz vor dem Hintergrund politisch motivierter Zerschlagung und psychischer Zerschlagung.
Versagung rechtlichen Gehörs ist, wenn weiter behauptet wird: Es ginge nur um Umstände und Auswirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000, tatsächlich geht es um politisch motivierte Zerschlagung unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung, getoppt mit psychischer Zerschlagung, nach der staatlichen UMTS-Auktion 2000.
Antrag auf Zurückweisung eines Bußgeldbescheides wie bei Verkehrsdelikten, weil hiermit von Vertretern einer unwissenden Generation politisch motivierte Zerschlagung mit kapitalen Vermögensschäden und psychische Zerschlagung unter Verachtung fundamentaler Menschenrechte fortgesetzt wird.
Einspruch gegen Unterlassung einer ausführlichen, schriftlichen Begründung des Beschlusses oder Urteils (Versagung rechtlichen Gehörs ist nicht mehr hinnehmbar).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf

Schriftsatz vom 05.05.2016 mit **Einspruch gegen Ordnungswidrigkeitsverfahren und Vorladung zur Hauptverhandlung am 10. August 2016 beim Amtsgericht Mettmann gemäß förmlicher Zustellung vom 19.April 2016 (eingegangen am 21.04.2016)**
74. Einspruch gegen neues Ordnungswidrigkeitsverfahren zur Fortsetzung der psychischen Zerschlagung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft auf Anweisung des beklagten Bundeskanzleramtes
durch rechtswidrige, schikanierende, Grundrechte verachtende, überlange Gerichtsverfahren, Ordnungswidrigkeitsverfahren (juristisches Mobbing) vor dem Hintergrund politisch motivierter Zerschlagung
75. Erweiterte Verfassungsbeschwerde mit Schriftsatz vom 20.04.2016 bzw. 21.04.2016 an den Ersten Senat und an den Zweiten Senat des Bundesverfassungsgerichts
Erweiterte Verfassungsbeschwerde
vor dem Hintergrund von politisch motivierter Zerschlagung seit 2000 und psychischer Zerschlagung seit 2010
76. Antrag auf Aufhebung des Ordnungswidrigkeitsverfahrens mit Vorladung zur Hauptverhandlung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf

Schriftsatz vom 02.08.2016 mit **Einspruch gegen schikanierendes Ordnungswidrigkeitsverfahren inkl. Vorladung zur Hauptverhandlung beim Amtsgericht Mettmann mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und Antrag auf volle Kostenerstattung für die angesetzte Hauptverhandlung am Mittwoch, den 10.08.2016.**
77. Bis dato: Versagung von rechtlichem Gehör zu Einspruch gegen neues Ordnungswidrigkeitsverfahren zur Fortsetzung politisch motivierter und psychischer Zerschlagung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft auf Anweisung des beklagten Bundeskanzleramtes mit Schriftsatz vom 14.04.2016 und 05.05.2016 (Kapitel 71 bis 76)
78. In einem Rechtsstaat nicht mehr vorstellbar: Zweimal politisch motivierte Zerschlagungen von Kläger (1) und Opfer (2), bundespolitisch (1) und lokalpolitisch (2) motivierte Zerschlagungen mit heimtückischer Ausführung der Zerschlagungen, mit Todesfolge nach langjähriger Treib-und Hetzjagd, mit kapitalen Vermögensschäden, mit unbewältigter NS-Vergangenheit
Zwei zivilrechtliche Verfahren am Landgericht Wuppertal wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung im Doppelpack:
Kein Lügenmärchen, aber doppelte Staatsschuld von Deutschland und Bayern für Altersarmut
79. Doppelte Staatsschuld für politisch motivierte und heimtückisch ausgeführte Zerschlagungen
Doppelte Staatsschuld von Deutschland und Bayern für irreversible Zerschlagung mit Todesopfer, für kapitale Vermögensschäden, für Verweigerung von rechtlichem Gehör (Verstoß gegen das grundrechtsgleiche Recht Art 103 GG mit Versagung des Zugangs zum Grundgesetz seit 2010)
Daher Antrag auf Kostenerstattung für jede Gerichtsverhandlung im Umfeld von Folgewirkungen politisch motivierter Zerschlagungen
Anhörungsresistente, weisungsgebundene Staatsanwaltschaft Wuppertal hat volle Verantwortung für Verstoß gegen fundamentale Menschenrechte
Antrag auf volle Kostenerstattung für die angesetzte Hauptverhandlung am Mittwoch, den 10.08.2016.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 38)

Schriftsatz vom 01.09.2016 mit Einspruch gegen das Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 (eingegangen am 20.08.2016) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge und dem Rechtsmittel der Berufung in einem schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und jetzt mit einem wahrheitswidrigem Rubrum mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit
80. Begründung des Urteils aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 ist irreführend, wahrheitswidrig, diskriminierend und diffamierend
verstößt gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör gemäß Art.103 Abs.1 GG
Versagung von rechtlichem Gehör für unverschuldete Notlage und erhöhte Kostenbelastung wegen politisch motivierter Zerschlagungen und Vernichtung totaler ansehnlicher Altersrücklagen bis 2010
Ablehnung einer Rechtsbeschwerde wegen Verkehrsordnungswidrigkeit
Rechtsmittel der Anhörungsrüge gemäß § 321a ZPO
und Antrag auf Berufung am Landgericht Wuppertal.
81. Zwei Klagen wegen politisch motivierter Zerschlagungen an der 2.Zivilkammer des Landgerichts Wuppertal
> > > Erste Klage (2 O 70/15) am Landgericht Wuppertal seit 30.03.2015:
Klage auf Schadenersatz für materielle und immaterielle Nachteile, Zerstörung eines herausragenden Lebenswerkes, Zerstörung der Existenz-Grundlage und aller Altersrücklagen, soziale Ausgrenzung
wegen politisch motivierter Zerschlagung mit
verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 und mit anschließender totaler Diskriminierung durch Verwaltung, Regierung und Justiz (staatliche Diskriminierung)
gegen Bundesrepublik Deutschland,
vertreten durch die Bundesregierung unter Verantwortung der Bundeskanzlerin,
vertreten durch das Bundeskanzleramt, dieses vertreten von dem Kanzleramtsminister, Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin (Beklagte)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-LG15.pdf
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BVERFG-151617.pdf

> > > Zweite Klage (2 O 163/16) am Landgericht Wuppertal seit 06.07.2016:
Klage auf posthume Rehabilitierung des verstorbenen Bruders und Schadenersatz wegen politisch motivierter und heimtückisch ausgeführter Zerschlagung des Bruders mit Todesfolge nach zweiter Petition an den Bayerischen Landtag, mit krimineller Rechtsbeugung vor dem Hintergrund unbewältigter NS-Vergangenheit und mit kapitalen Vermögensschäden
gegen den Freistaat Bayern
vertreten durch Landratsamt Tirschenreuth und Gemeinde Leonberg
vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, diese
vertreten von dem leitenden Staatsminister (Beklagte).
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/BayZER01.pdf
82. Versagung von rechtlichem Gehör zu unverschuldeter Notlage des Opfers politisch motivierter, heimtückisch ausgeführter Zerschlagung
mit und nach verheerenden Folgewirkungen der staatlichen UMTS-Auktion 2000 durch deutsche Bundesregierung, durch Diskriminierung und Diffamierung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
Im Widerspruch
Deutsche Bundesminister, deutsche Ministerpräsidenten, europäische EU-Kommissare schätzten eine Beteiligung auf den weltweit herausragenden Congressmessen des Opfers politisch motivierter Zerschlagung
Heute: Opfer ist gezwungen, mit Pfändungsschutz-Konto massiven Missbrauch von tumber Staatsgewalt zu begrenzen
83. Besorgnis der psychischen Zerschlagung mit grobem Missbrauch von Staatsgewalt durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
Sieh Begründung des Urteils aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016: irreführend, wahrheitswidrig, diskriminierend und diffamierend
Fortsetzung massiver Verstöße gegen fundamentale Menschenrechte mit finaler Zerschlagung
Einspruch gegen Fortsetzung psychischer Zerschlagung mit verfassungswidrigen, schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren seit Januar 2011 mit ständigen Bußgeldbescheiden und mit Eskalation zu verfassungswidrigen Zwangsmaßnahmen im Juni 2014 wie Freiheitsberaubung mit physischer Gewalt ohne polizeilichen Ausweis, ohne Haftbefehl, Hausfriedensbruch ohne Durchsuchungsbefehl, Vollstreckung gegen Unschuldige mit diskriminierender Rufschädigung, mit Präsentationsfahrt in vergittertem Schwerverbrecher-Transporter für Nachbarn und Schaulustige, mit Exzessen des Missbrauchs von Staatsgewalt nach Manipulation von Gerichtsakten am Landgericht Wuppertal.
Erbärmliches Fehlverhalten des verantwortlichen Staatsanwalts mit Beweisen in der Anlage des Schriftsatzes vom 14.04.2016 an das Amtsgericht Mettmann, für das ein Disziplinarverfahren zuständig ist, weil das Opfer ein Recht auf Rehabilitierung hat
Antrag auf Stellungnahme durch das Amtsgericht Mettmann im Zusammenhang mit der Beschuldigung geleisteter Hilfestellung zur Verdeckung des Missbrauchs von Staatsgewalt durch rechtswidrige Täuschung des Opfers: Ohne Beantwortung durch das Amtsgericht
Antrag auf Stellungnahme durch das Amtsgericht Mettmann zum Vorwurf psychischer Zerschlagung, der Gegenstand eines Klageerzwingungsverfahrens des Opfers beim 2.Strafsenat des Bundesgerichtshofs (2 ARs 349/15) und einer Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht (2 BvR 741/16) ist: Ohne Beantwortung durch das Amtsgericht
84. Einspruch gegen das Urteil mit dem Rechtsmittel der Berufung, weil es im Umfeld von politisch motivierten Zerschlagungen stattfindet, und weil ein Bußgeldverfahren wegen einer Verkehrsordnungswidrigkeit keine Basis hat, indem keine Verkehrsordnungswidrigkeit vorliegt
Das Opfer beantragt, diese seit 2011 andauernden, schikanierenden Ordnungswidrigkeitsverfahren mit juristischem Mobbing endlich einzustellen.
Ordnungswidrigkeitsverfahren wie bei Verkehrsdelikten ist etwas anderes als Ordnungswidrigkeitsverfahren bei politisch motivierter und psychischer Zerschlagung.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 54)

Schriftsatz vom 13.10.2016 mit wiederholtem Antrag auf Zulassung der Berufung mit anwaltlicher Vertretung auf Staatskosten mit Schriftsatz vom 01./03.Sept. 2016:

Nicht mehr zumutbare Untätigkeit des Landgerichts und Fortsetzung der Schikanierung durch das Amtsgericht mit einem rechtsbeugenden Urteil zu einer nicht vorhandenen Verkehrsordnungswidrigkeit, daher Rechtsmittel der Anhörungsrüge

85. Beklagt vom Betroffenen: Untätigkeit des Landgerichts Wuppertal wegen Antrag auf Zulassung der Berufung mit anwaltlicher Vertretung auf Staatskosten gemäß Schriftsatz vom 03./01.Sept.2016
vor dem Hintergrund politisch motivierter, extremistischer Zerschlagungen
86. Hier: Weder Bußgeldverfahren, noch Ordnungswidrigkeitsverfahren, sondern Fortsetzung politisch motivierter, extremistischer Zerschlagungen mit rechtsbeugender Vortäuschung einer nicht vorliegenden Verkehrsordnungswidrigkeit unter Verantwortung weisungsgebundener Staatsanwaltschaft und der beklagten Bundesregierung
87. Rechtsmittel der Berufung und der Anhörungsrüge wegen
schikanierender, rechtswidriger Ordnungswidrigkeitsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011 und Antrag auf anwaltliche Unterstützung wegen nicht vorhandener Erfahrung in Strafverfahren, die durch staatliches Fehlverhalten mit Staatsgewalt erzwungen sind.
Opfer politisch motivierter, extremistischer Zerschlagung will keine Rechtsbeschwerde mit / ohne anwaltliche Vertretung am Oberlandesgericht Düsseldorf, sondern ein ordentliches Berufungsverfahren am Landgericht mit anwaltlicher Vertretung nicht nur wegen rechtswidriger Bußgeldverfahren, sondern auch wegen unerträglicher Menschenrechtsverletzungen gemäß Aktenzeichen 3132 E – 2591 (Präsident des Landgerichts Wuppertal)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 79)

Schriftsatz vom 02.November 2016 mit Einspruch gegen rechtswidrige, Urteil manipulierende Beschlüsse des Amtsgerichtes Mettmann vom 18.10.2016 (eingegangen am 26.10.2016, Anlage 1810) mit sofortiger Beschwerde

88. Deutsche Justiz ist nicht mehr in der Lage, den Anforderungen eines Rechtsstaates gerecht zu werden
Hier: Gericht manipuliert eigenes Urteil zu seinen Gunsten mit Beschluss und verwendet diesen rechtswidrigen Beschluss als Vorlage für einen weiteren Beschluss
Daher Zurückweisung beider Beschlüsse mit Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde
89. Beklagt: Versagung von rechtlichem Gehör gemäß Schriftsatz vom 13.Okt. 2016 an Präsident des Landgerichts Wuppertal (3132 E 2591) mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 95)

Schriftsatz vom 25.Feb.2017 mit Rechtsmittel der Anhörungsrüge nach §321a ZPO wegen Einspruch gegen / Zurückweisung von
Mitteilung der Staatsanwaltschaft 08.02.2017 (eingegangen am 13.02.2017),
gegen Kostenverantwortung für rechtswidriges Verfahren
gegen rechtswidrige Beschlüsse vom 18.10.2016 (eingegangen am 26.10.2016)
nach rechtswidrigem Urteil aus Hauptverhandlung vom 10.08.2016 mit Vortäuschung einer Verkehrsordnungswidrigkeit (Rechtsbeugung) und nach Rechtsmittel der Berufung
in rechtswidrigen, schikanierenden Gerichtsverfahren mit Versagung von rechtlichem Gehör seit 2011, mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte

90. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe (Zerschlagung 1, Zerschlagung 2, Zerschlagung 3),
Eskalation zu Sippenzerschlagung und zu massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte
mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör für Staatsschuld, Staatshaftung für erzwungene Altersarmut, für Schadenersatz und Rehabilitierung, mit Treib- und Hetzjagd auf rechtschaffener Bürger bis
in den Tod
91. Katastrophale Sachkenntnisse und Darstellungen der Staatsanwaltschaft und des Gerichtes zu den politisch motivierten Zerschlagungen nicht vom Opfer verschuldet
Vom Gericht zu verantworten:
Diskriminierende und diffamierende Darstellung der Vorgänge im beigefügten Urteil der

Hauptverhandlung vom 10.08.2016, sodass eine Rechtsbeschwerde mit Unterdrückung von Sachargumenten überhaupt nicht möglich war
Daher Rechtsmittel der Berufung
wegen rechtswidriger, schikanierender Ordnungswidrigkeitsverfahren unter Vortäuschung von Verkehrsordnungswidrigkeiten seit 2011
für Eskalation staatlicher Übergriffe mit massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte in 2014
92. Skandalöse Rechtsbeugung (vorsätzlich falsche Anwendung des Rechts zum Nachteil des verurteilten Opfers)
Beschluss des Oberlandesgerichts Düsseldorf IV-3 RBs 196/16 (723 Js 331 /16 StA Wuppertal) vom 28.12.2016 (eingegangen am 30.12.2016) mit Schreiben vom 02.01.2017 zurückgewiesen, weil eine Rechtsbeschwerde nicht möglich war und nicht stattgefunden hat
Skrupellose Staatsanwaltschaft manipuliert Gerichtsakten, um Rechtskraft mit Datum vom 29.12.2016 vorzutäuschen
mit krimineller Unterdrückung des Schreibens vom 02.01.2017 über eine nicht existente Rechtsbeschwerde
Vorgetäuschte Rechtskraft mit Manipulationsvermerk auf einem Urteil mit Rechtsbeugung ist strafbar. Das Urteil, der Manipulationsvermerk und jede Kostenrechnung wird vom Opfer der Rechtsbeugungsjustiz zurückgewiesen.
93. Besonders diskriminierende Auswüchse mit Unwahrheiten und Halbwahrheiten im Urteil mit strafbarer Rechtsbeugung vom 10.08.2016:
„ auch Messeauftritte geplant “ (1)
„ Pflegepflichtversicherung Kündigung liegt nicht vor..“ (2)
„ Krankenversicherung auf Notlagentarif umgestellt “ (3)
„ irreversible Zerschlagung seines Bruders “ (4)
„ seit 2010 in erzwungener Altersarmut “ (5)
„ sehr erfolgreich in der IT- und Telekommunikationsbranche tätig “ (6)
„ zur Höhe der Rente befragt antwortete er, dass er diese für seine Prozesse benötigte “ (7)
„ sein Vorbringen zu einer erzwungenen Altersarmut hat er nicht konkretisieren können “ (8)
„ möglich, ein Büro zu unterhalten, um Prozesse zu führen “ (9)
„ Geldbuße von 180,00 € “ (10)
Anhörungsrüge als letztes Rechtsmittel, Abhilfe zu erreichen
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 109)

Schriftsatz vom 30.Mai 2017 mit Einspruch gegen verfassungswidrige Beschlüsse mit jahrelangen Verstößen gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG im Umfeld von
politisch motivierten Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge.
94. Verfassungswidrige Beschlüsse mit jahrelangen Verstößen gegen das grundrechtsgleiche Recht auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG sind unterste Schublade einer Bananenrepublik
Zurückweisung des Beschlusses mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art. 20 Abs.4 GG
95. Widerstand nach dem dem grundrechtsgleichen Recht gemäß
Art. 20 Abs.4 GG gegen politisch motivierte Zerschlagungen mit
extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge.
unter Verantwortung der beklagten Bundesregierung (Zerschlagung 1) und
unter Verantwortung der Bayerischen Staatsregierung (Zerschlagung 2 mit Ausnutzung der Zerschlagung 1)
und unter Mitverantwortung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks (Zerschlagung 3)
unter Mitverantwortung sozialer Pflichtversicherungen (Kläger) (Zerschlagung 4)
wegen massiver Verstöße gegen internationale Menschenrechte durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaften (psychische Zerschlagung, Zerschlagung 5)
wegen Versagung von jeglichem Gehör zu Rehabilitierung
trotz intensiver Bemühungen seit 2003 mit offensichtlicher Erklärungsnot aller Täter, Mittäter und Mitwisser (Zerschlagung 6)

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 131)

Schriftsatz vom 21.Juni 2017 mit Zurückweisung eines
neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17
nach Versagung von rechtlichem Gehör für sofortige Beschwerde wegen
Verurteilung für Verkehrsordnungswidrigkeit ohne jeden Bezug zur Realität
Anspruch auf Staatshaftung für Zerschlagung Nr.5
96. Politisch motivierte Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind
staatliche Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte:
Unterzeichner ist das Opfer, nicht der Täter,
ohne Verantwortung für juristisches Desaster deutscher Justiz wegen nicht mehr vorstellbarer Vorgänge
97. Hier am Amtsgericht Mettmann Zerschlagung 5:
Verfassungswidrige Beschlüsse, rechtswidrige Ordnungswidrigkeitsverfahren, rechtsbeugende Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren seit 2011 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte, Missbrauch von Staatsgewalt für heimtückisch ausgeführte, politisch motivierte Zerschlagungen mit direkter Unterstützung durch
skrupellose, weisungsgebundene, diskriminierende und diffamierende Staatsanwaltschaften
Zurückweisung mit dem grundrechtsgleichen Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG
98. Unverzichtbar: Wiederholter, unmissverständlicher Widerspruch sowohl gegen schriftliche Verfahren als auch gegen Verfahren mit Hauptverhandlung am Amtsgericht Mettmann ,
mit dem Vorwurf, die extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe mit Zwangsmaßnahmen fortsetzen zu wollen und die
Fortsetzung verfassungswidriger Verfahren im Umfeld politisch motivierter Zerschlagungen zu betreiben
99. Opfer politisch motivierter Zerschlagungen, hier Justizopfer erhebt Anspruch auf Schadenersatz einschließlich Schmerzensgeld und
auf Rehabilitierung
wegen politisch motivierter Zerschlagungen Nr.5
unter Verantwortung von weisungsgebundener, diskriminierender und diffamierender Staatsanwaltschaft Wuppertal
für rechtswidrige und rechtsbeugende Ordnungswidrigkeitsverfahren seit 2011 mit Eskalation zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, Rufschädigung mit Methoden der Verbrecherbekämpfung zur Einschüchterung und Schikanierung,
juristisches Mobbing mit rechtsbeugenden, diskriminierenden und diffamierenden Verfahren
In diesem Kontext: Zurückweisung jeder staatsanwaltschaftlichen Kostenrechnung
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 149)

Schriftsatz vom 25.Juli 2017 mit Zurückweisung eines
neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17
100. Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge gemäß Schriftsatz vom 21.Juni 2017
Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör zu schwersten Vorwürfen gegen staatliche Täter 1 und 2 wegen politisch motivierten Zerschlagungen 1 bis 6
Zurückzuweisen: Justizobersekretärin mit staatsanwaltschaftlicher Computerunterstützung informiert über mehrfach verfassungswidrige Gerichtsverfahren entgegen Faktenlage 01 bis 10 plus X
Verfassungswidrig: Versagung von rechtlichem Gehör durch Unterdrückung einer Urteilsbegründung
Strafbar: Versagung von rechtlichem Gehör durch unterirdische Rechtsbeugungsjustiz

> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 170)

Schriftsatz vom 04.Dez.2017 mit Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017 sowie mit
Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
Einspruch gegen jede Kostenberechnung
101. Täuschung unter Verantwortung des gleichen Staatsanwalts, der die Kreisverwaltung und das Amtsgericht Mettmann bearbeitet
Vorladung vom 06.07.2017 (eingegangen am 13.07.2017) wegen Einspruch gegen Bußgeldbescheid vom 15.12.2017
Einspruch mit Schriftsatz vom 25.Juli 2017 mit Zurückweisung eines neu erfundenen Bußgeldverfahrens 38 OWi-923 Js 283/17-108/17
Zusätzliche Anhörung durch den Kreis Mettmann Az. 32-32/991700528/34 und Zurückweisung mit Schriftsatz vom 20.Aug.2017
Einstellungsmitteilung vom 23.08.2017 (eingegangen am 25.08.2017) zur Ordnungswidrigkeit vom 02.07.2017
Annahme, dass Vorladungstermin damit entfällt
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME3.pdf
Scroll down after link (page 187)

Schriftsatz vom 20.Dez.2017 mit Zurückweisung des Antrags der Staatsanwaltschaft Wuppertal (Mettmann) vom 05.12.2017 (eingegangen am 14.12.2017)
wegen Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Einspruch gegen Urteil vom 29.11.2017 mit
Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und
nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
102. „Staatsanwalt“ ist
verantwortlich für kriminelle Hassjustiz seit 2011 gegen das Opfer politisch motivierter Zerschlagungen,
reagiert mit Antrag auf Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft,
nach Einspruch vom 05.12.2017 gegen Urteil vom 29.11.2017
nach Antrag des Justizopfers auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand und nach Einspruch gegen jede Kostenberechnung
Justizopfer wird man nicht nur durch Justizirrtum, sondern:
Justizopfer ist Ergebnis eines teuflischen Unrechtssystems (Herrschaft des Unrechts)!
103. „Staatsanwalt“, verantwortlich für politisch motivierte Zerschlagung Nr.5 seit 2011 mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren, Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte,
manipuliert zum wiederholten Mal die Dokumentation des Justizopfers im Internet mit rechtswidrigen Löschaktionen,
betreibt kriminelle Fortsetzung der politisch motivierten Zerschlagungen,
will mit Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft eine Geldbuße für eine nicht stattgefundene Verkehrsordnungswidrigkeit erpressen (strafbare Rechtsbeugung im Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.Aug.2016)
leugnet penetrant die Kenntnis der Umstände, mit denen Altersarmut erzwungen wurde, diskriminiert und diffamiert, was das Zeug hält.
104. Unerträglich in einem Rechtsstaat:
Staatsanwaltschaftliche Übergriffe unter Weisung durch das beklagte Bundeskanzleramt (Bundesrepublik Deutschland)
Erzwungene Altersarmut und erhöhte Kosten infolge
politisch motivierter Zerschlagungen mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Sippenzerschlagung mit Todesfolge sind
Auswirkungen staatlicher Frontalangriffe auf
deutsche Grundrechte und internationale Menschenrechte:
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems!
Ausgehebelt, zerschlagen, abgehängt und ausgegrenzt.
105. Unerträglich in einem Rechtsstaat:
Staatsanwaltschaftliche Übergriffe mit Weisung durch das beklagte Bundeskanzleramt
auf Opfer politisch motivierter Zerschlagungen 1 bis 6,

auf Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems,

auf Zwangsbenutzer von Pfändungsschutzkonten.
Extremistische Ausuferung von schikanierenden
„Ordnungswidrigkeitsverfahren“ am Amtsgericht Mettmann zu
Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, psychische Zerschlagung seit 2011
(Zerschlagung 5)
106. Widerstand gegen staatsanwaltschaftliche Übergriffe ist ein
grundrechtsgleiches Recht nach Art. 20 Abs.4 GG
Erdrückende Beweislage: Beweise und Belege über kriminelle staatliche
Übergriffe, mit kapitalen Vermögensschäden inkl. Vernichtung ansehnlicher
Altersrücklagen im Zuge von politisch motivierten Zerschlagungen in
zuständigen Gerichtsverfahren längst vorgelegt
Staatsanwaltschaftliche Übergriffe öffentlich anzuprangern: Hasskriminelle
Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft
Definitiv abzulehnen und zu verabscheuen: Vorlage weiterer Belege ohne
Beachtung von erdrückender Beweislage, feiger Missbrauch von staatlich
erzwungener Altersarmut durch diskriminierende, diffamierende
Staatsanwaltschaft für finale Zerschlagung
trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-Höchstleistungen
für digitale Evolution in Deutschland und Europa:
> > > Übergabe an Verwaltungsgericht Berlin wegen Rechtsanspruch auf
Rehabilitierung mit Schadenersatz inkl. Schmerzensgeld infolge
feiger, staatsanwaltschaftlicher Übergriffe seit 2011
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf

Schriftsatz vom 01.Jan.2018 mit Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers und Wiederholung des Antrags auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand sowie Einspruch gegen jede Kostenberechnung gemäß Schriftsatz vom 04.Dez.2017
107. Schriftsätze vom 04.Dez.2017 und 20.Dez.2017 zu einem
unterirdischen Bußgeldverfahren, das zu
Politisch motivierter Zerschlagung Nr.5 seit 2011 (sieh abschließende
Legende) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren,
Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen
internationale Menschenrechte mit Unterstützung durch weisungsgebundene
Staatsanwaltschaft zum kriminellen Zwecke der psychischen Zerschlagung
missbraucht wird.
Ausführliche Stellungnahmen des Justizopfers eines teuflischen
Unrechtssystems contra 1-Satz-Begründung eines Versäumnisbeschlusses
108. Dem Justizopfer wird von einer „jungen“ Richterin am Amtsgericht ein
Versäumnisurteil untergeschoben entgegen den vorgelegten Beweisen, dass
er von einem skrupellosen Staatsanwalt getäuscht wurde
Respektlos: Justizopfer mit einem herausragendem Lebenswerk, mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und
Europa, hat keine Veranlassung für ein solches Versäumnis
Hauptverantwortlich als Richter für
politisch motivierte Zerschlagung Nr.5 seit 2011 (sieh abschließende
Legende) mit Ordnungswidrigkeitsverfahren, Bußgeldverfahren,
Schikaneverfahren mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu
Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen
internationale Menschenrechte: Amtsgerichtsdirektor Dr. Künzel
Unerträglich: Weiterschieben der Verantwortung für ein Justizopfer eines
teuflischen Unrechtssystems mit massiven Verstößen gegen internationale
Menschenrechte an eine jüngere Kollegin
109. Ablehnungsgesuch gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
gemäß § 24 StPO (§ 42 ZPO)
Ablehnungsgesuch erhärtet durch Versagung von rechtlichem Gehör
Junge Richterin hat nicht den erforderlichen Respekt vor einem Justizopfer
trotz seines herausragenden Lebenswerkes mit Weltklasse-
Höchstleistungen für Deutschland und Europa
Vorwurf der sozialen Zerschlagung und der psychischen Zerschlagung durch
skrupellose, weisungsgebundene Staatsanwaltschaften: Junge Richterin hat

nicht das notwendige „Standing“ zur Verhinderung eines erneuten staatlichen Übergriffes auf ein wehrloses Justizopfer
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 30)

Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortige Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17
110. „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16: Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Von gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010, erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000, unter Verantwortung von

Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
111. „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16: Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010
Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.
Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems
112. Sofortige Beschwerde und Zurückweisung aller Kosten und Zwangsmaßnahmen, weil:
Fortsetzung eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaft
mit Weisung aus beklagtem Bundeskanzleramt
(direkt beklagt in Zerschlagung 1 und Zerschlagung 6, indirekt beklagt in allen weiteren Zerschlagungen wegen Beteiligung)
mit strafbarer Rechtsbeugung und Wahrheitsbeugung
mit Verstoß gegen internationale Menschenrechte
mit Wiederholung der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft
Zerschlagung 5 mit Amtsgericht Mettmann seit 2011
Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.Aug.2017 ist rechtswidrig wegen (strafbarer) Rechtsbeugung gemäß §339 StGB
Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.Dez.2017 verstößt außerdem gegen §96 Abs.1 Nr.4 OWiG
Verfassungswidriger Verstoß der Staatsanwaltschaft gegen Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG)
Widerstand gegen Missbrauch von Staatsgewalt durch diskriminierende Justiz in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem

ist grundrechtsgleiches Recht des Justizopfers (Art.20 Abs.4 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 55)

Schriftsatz vom 31.Jan.2018 mit Zurückweisung der Stellungnahme von Justizobersekretärin Paul vom 11.Jan.2018 (eingegangen am 19.Jan.2018) im Befangenheitsverfahren gegen Frau Richterin am Amtsgericht Küppers
113. Ablehnungsgesuche sind gesetzlich geregelt mit § 24 StPO (§ 42 ZPO)
Gesetzliche Vorgaben sind zu beachten. Daher:
Zurückweisung der Stellungnahme der Justizobersekretärin
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 86)

Schriftsatz vom 24.Feb.2018 mit sofortiger Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhefus
114. Sofortige Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhefus
gemäß §311 StPO und §28 Abs.2 StPO
Rechtswidrige Ausführung des Verfahrens wegen Besorgnis der Befangenheit von Richterin am Amtsgericht Küppers
Überforderung des Richters am Amtsgericht, weil er nur die Zurückweisung der Stellungnahme einer Justizobersekretärin vom 31.01.2018 durch den Beschwerdeführer kommentieren wollte angesichts „schwer nachvollziehbarer“ Argumente mit
politisch motivierten Zerschlagungen Nr.1 bis 6
mit Klage gegen die Bundesrepublik Deutschland (vertreten vom Bundeskanzleramt)
mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
trotz der Zerschlagung 4 und 5 unter Verantwortung des Amtsgerichtes seit 2011 und
trotz einem parallelen Beschwerdeverfahren wegen Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft in einer hasskriminellen Treib- und Hetzjagd unter Verantwortung von Amtsgerichtsdirektor Dr. Künzel
trotz eines herausragenden Lebenswerkes des Beschwerdeführers mit Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution in Deutschland und Europa
Justizopfer politisch motivierter Zerschlagungen hat Anspruch auf rechtliches Gehör wegen staatlich erzwungener Altersarmut, aber ohne Entmündigung
115. Verfassungswidrig: Gleichzeitige Dreifach-Verfolgung durch skrupellose, weisungsgebundene Staatsanwaltschaft
mit Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt wegen einer kriminellen, gigantischen Umverteilungspolitik
mit politisch motivierten Zerschlagungen zum Schaden von Deutschland
Aktuell: Verfassungswidrige Dreifach-Verfolgung an 2 Amtsgerichten mit 4 Richtern in derselben Angelegenheit, Verstoß gegen Art.103 Abs.3 GG
Anträge im Beschwerdeverfahren
116. „Bußgeldverfahren“ 32 OWi-923 Js 283/17-360/17: Teil eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik der „alten“ Generation
seit 1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier (1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-2017).
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin

kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems ist zu schützen
117. „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16: Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts
Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.
Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems
118. Mit gigantischen Zerschlagungen einer kriminellen Umverteilungspolitik Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung,
mit Versagung, Verhinderung und Unterbindung von rechtlichem Gehör,
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer Sicherheit, . . .
nach politisch motivierter Zerschlagung des Justizopfers trotz Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution trotz Anerkennung durch respektable Persönlichkeiten aus Deutschland, Europa und weltweit
119. Justizopfer eines teuflischen Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems wehrt sich seit 2010
gegen extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe
auf Anraten des Deutschen Bundespräsidenten
auf Anraten des Deutschen Bundestags
gegen Entmündigung infolge staatlich erzwungener Altersarmut
Herrschaft des Unrechts
oder so funktioniert das teuflische Unrechtssystem
120. Sofortige Beschwerde und Zurückweisung aller Kosten und Zwangsmaßnahmen, weil:
Fortsetzung eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
durch weisungsgebundene, skrupellose Staatsanwaltschaft
mit Weisung aus beklagtem Bundeskanzleramt
(direkt beklagt in Zerschlagung 1 und Zerschlagung 6, indirekt beklagt in allen weiteren Zerschlagungen wegen führender Beteiligung)
mit strafbarer Rechtsbeugung und Wahrheitsbeugung
mit Verstoß gegen internationale Menschenrechte
mit Wiederholung der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel der Erzwingungshaft
mit Zerschlagung 5 mit Amtsgericht Mettmann seit 2011
Urteil 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 10.Aug.2016 ist rechtswidrig wegen (strafbarer) Rechtsbeugung gemäß §339 StGB
Beschluss 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 vom 22.Dez.2017 verstößt außerdem gegen §96 Abs.1 Nr.4 OWiG
Beschluss 32 OWi-923 Js 283/17-360/17 vom 29.Nov.2017 nach Täuschung durch Einstellungsmitteilung durch Staatsanwalt (unverschuldetes Versäumnis)
Verfassungswidriger Verstoß der Staatsanwaltschaft gegen Übermaßverbot des Grundgesetzes (Art.2 Abs.1 GG) mit ungeheuerlicher Dreifachverfolgung in derselben Angelegenheit an 2 Amtsgerichten
mit 4 Richtern zu einer „Ordnungswidrigkeit“ (Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems)
Widerstand gegen Missbrauch von Staatsgewalt durch diskriminierende Justiz in einem teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem

ist grundrechtsgleiches Recht des Justizopfers (Art.20 Abs.4 GG)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 105)

Schriftsatz vom 04.März 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung der Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 10.11.2013 mit Erinnerung /Erneuerung des Ablehnungsgesuchs gegen den Richter und mit Zurückweisung einer rechtswidrigen Bestandskraft
121. Schriftsatz vom 19.Jan.2018 mit sofortige Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung gemäß Beschluss vom 22.12.2017 (33 OWi-723 Js 331/16-39/16) des Amtsgerichtes Mettmann
zusätzlich zum Gerichtsverfahren 32 OWi-923 Js 283/17-360/17 zurückzuweisen
mit unerträglicher Stellungnahme durch Richter mit unterbrochenem Befangenheitsverfahren
122. Richter mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 2013 ist für ein Beschwerdeverfahren nicht zulässig
Unveränderte Befangenheit dieses Richters unerträglich: Ablehnungsgesuch nach §24 StPO gegen Richter mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 2013 wird erinnert/erneuert
123. Grundrechtsgleiches Recht nach Art. 20 Abs.4 GG zum Widerstand gegen rechtswidrige „Bestandskraft“ aus verfassungswidriger Versagung von rechtlichem Gehör durch das Landgericht zu Beschwerden und Einsprüchen
gegen ein Recht und Wahrheit beugendes Urteil des Amtsgerichts Mettmann, wenn andere Abhilfe ohne Entmündigung nicht möglich ist, und gegen Urteil manipulierende Beschlüsse zu einer
hasskriminellen Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung
im Umfeld eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystem
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 150)

Schriftsatz vom 26.März 2018 an das Landgericht mit Anhörungsrüge wegen Anhörungsresistenz zu Argumenten der
Sofortige Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung
124. Aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagungen zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd mit
Androhung von fortgesetzter Freiheitsberaubung nach
Zurückweisung der Stellungnahme des Richters am Landgericht Sahlenbeck mit laufendem Befangenheitsverfahren seit 10.11.2013 mit Erinnerung /Erneuerung des Ablehnungsgesuchs gegen den Richter und
mit Zurückweisung einer rechtswidrigen, unterirdischen "Bestandskraft"
125. Vorgeschützte, vorgeheuchelte, derart rechtswidrige, unterirdische "Bestandskraft" eines Urteils der ersten Instanz ist in einem Rechtsstaat nicht mehr akzeptabel.
Schon das „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16
ist Teil eines teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
Schon das „Urteil“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16
ist mit strafbarer Rechtsbeugung einer vorgetäuschten Verkehrsordnungswidrigkeit in der ersten Instanz zurückgewiesen
Bußgeldverfahren und Urteil getoppt von vorgeschützter, vorgeheuchelter, derart rechtswidriger, unterirdischer "Bestandskraft"
Rechtswidrige, unterirdische Bestandskraft wird vorgeschützt, um eine Überprüfung der Rechtmäßigkeit durch Beschwerdeinstanz zu verhindern
Erinnerung an ersten Fall der Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von Erzwingungshaft nach Manipulation von Gerichtsakten in der 6.Strafkammer in 2014 (vor 4 Jahren)
Psychische Zerschlagung des Opfers seit 2011 als Fortsetzung der politisch

motivierten Zerschlagungen mit weisungsgebundener Staatsanwaltschaft
unter führender Verantwortung des beklagten Bundeskanzleramtes
Kein Weiter so ! Daher Zurückweisung des Beschlusses mit dem
Rechtsmittel der Anhörungsrüge
126. „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16: Akt eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems
und daher mit grundrechtsgleichem Anspruch des Opfers auf rechtliches
Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Gigantische kriminelle Umverteilungspolitik der „alten“ Generation seit
1998: Seit 20 Jahren zu erleiden
Mit gigantischen Zerschlagungen zu Hartz IV und Agenda 2010,
erzwungen mit Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000,
unter Verantwortung von
> Bundeskanzler Gerhard Schröder (1998-2005)
> Chef des Bundeskanzleramtes Frank-Walter Steinmeier
(1999-2005)
> Bundeskanzlerin Angela Merkel (2005-20XX)
Besonders diskriminierend:
Aus einer Vielzahl qualifizierter Anschreiben an die Bundeskanzlerin
kein einziges beantwortet, nicht einmal eine Empfangsbestätigung
Gigantischer Schaden für Deutschland: Wie lange noch?
Deutsche Justiz: Handlungsbedarf, Justizopfer eines teuflischen
Unrechtssystems ist zu schützen
127. „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16: Akt eines teuflischen,
Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit grundrechtsgleichem
Anspruch des Opfers auf rechtliches Gehör nach Art.103 Abs.1 GG
Aktuelle Hintergrundinformationen zu
Unerträglicher Missbrauch deutscher Justiz für ein teuflisches
Unrechtssystem seit 2010, für eine Herrschaft des Unrechts
Politisch motivierte Zerschlagungen Stand 2018
mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und ihre
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge
sind Gegenstand gerichtlicher Klagen seit 2010.
Beschwerdeführer: Vom Opfer politisch motivierter Zerschlagungen mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Todesfolge zum
Justizopfer eines teuflischen Unrechtssystems
128. Mit gigantischen Zerschlagungen einer kriminellen Umverteilungspolitik
verschuldet:
Deutschland 2018 ist Digitalisierungs-Schlusslicht in Europa
mit verheerender Sogwirkung auf deutsche Justiz in 2018:
Verlust von Meinungsfreiheit in den Telemedien mit NetzDG
Grundrechte ausgehebelt mit Freiheitsberaubung,
mit Versagung, Verhinderung und Unterbindung von rechtlichem Gehör,
Grundrechte ausgehebelt mit sozialer Zerschlagung anstatt sozialer
Sicherheit, . . .
nach politisch motivierter Zerschlagung des Justizopfers trotz Weltklasse-
Höchstleistungen für digitale Evolution und trotz Anerkennung durch
respektable Persönlichkeiten aus Deutschland, Europa und weltweit
129. Kein Weiter so !
Justizopfer eines teuflischen Menschenrechte-verletzenden
Unrechtssystems wehrt sich seit 2010
gegen extremistische Ausuferung staatlicher Übergriffe
auf Anraten des Deutschen Bundespräsidenten
auf Anraten des Deutschen Bundestags
gegen Entmündigung infolge staatlich erzwungener Altersarmut
Herrschaft des Unrechts oder
so funktioniert das teuflische Unrechtssystem mit neuer Zerschlagungs-
Strategie einer unterirdischen "Bestandskraft"
Hier: „Bußgeldverfahren“ 33 OWi-723 Js 331/16-39/16 ist nur ein Akt eines
teuflischen, Menschenrechte-verletzenden Unrechtssystems mit
Folgeverfahren
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 178)

Schriftsatz vom 27.April 2018 an das Landgericht mit Zurückweisung des Beschlusses vom 12.04.2018 (eingegangen am 20.April 2018) mit dem Rechtsmittel der Anhörungsrüge
im Verfahren zur sofortigen Beschwerde vom 24.Feb.2018 gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhefus vom 09.Feb.2018 (eingegangen am 19.Feb.2018) und Zurückweisung aller Kosten in einem verfassungswidrigen Verfahren, das mit einer Verkehrsordnungswidrigkeit oder einer anderen Ordnungswidrigkeit überhaupt nichts zu tun hat.
130. Sofortige Beschwerde gegen Beschluss des Amtsgerichtes Mettmann durch Richter am Amtsgericht Rhefus vom 09.Feb.2018 mit qualifizierter Begründung der Verfassungswidrigkeit vorgetragen
Nicht Ordnungswidrigkeit, sondern Verfassungswidrigkeit wird beklagt
Duplex-Beschwerdeverfahren, durch weisungsgebundene Staatsanwaltschaft erzwungen, haben eine einzige Zielsetzung: Psychologische Zerschlagung eines Justizopfers in einem nicht mehr hinnehmbaren Unrechtssystem
131. Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts
Erzwingung durch eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung des Opfers
> 26 Qs 82/18 (923 Js-OWi 283/17) gemäß Kapitel 130
> 26 Qs 22/18 (723 Js 331/16) gemäß Kapitel 124 im Schriftsatz vom 26.März 2018 an die 6.Strafkammer
Einzige Ursache: Politisch motivierte Zerschlagungen Nr.1 bis 6 mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe und mit
Eskalation zur Sippenzerschlagung mit Verlust eines Menschenlebens sind einzige Ursache der seit 2011 stattfindenden Schikaneverfahren zur psychischen Zerschlagung mit extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu Freiheitsberaubung, Hausfriedensbruch, massiven Verstößen gegen internationale Menschenrechte unter Beteiligung des 6.Strafkammer
132. Weitere Anhörungsrüge 26 Qs 22/18 im Kontext zur rechtshängigen Anhörungsrüge 26 QS 82/18 gemäß §33a und §356a StPO
mit Zurückweisung des Beschlusses vom 12.04.2018
Anhörungsrüge wegen Anhörungsresistenz zu Argumenten der Sofortigen Beschwerde gegen aktuelle Eskalation der politisch motivierten Zerschlagung 5 zu hasskrimineller Treib- und Hetzjagd
Verfassungswidrig: Gleichzeitige Dreifach-Verfolgung durch skrupellose, weisungsgebundene Staatsanwaltschaft gemäß Kapitel 115
mit Weisung aus dem beklagten Bundeskanzleramt wegen einer kriminellen, gigantischen Umverteilungspolitik
mit politisch motivierten Zerschlagungen zum Schaden von Deutschland
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 220)

Schriftsatz vom 10.Mai 2018 zwecks Mitteilung über Anrufung des Bundesverfassungsgerichts wegen wiederholter Versagung von rechtlichem Gehör in einem Duplex-Beschwerdeverfahren und Zurückweisung aller Rechnungen sowie der/die Ladung(en) zur Justizvollzugsanstalt aus diesem verfassungswidrigen Verfahren
133. Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts
Erzwingung durch eine weisungsgebundene Staatsanwaltschaft mit dem Ziel der psychischen Zerschlagung des Opfers
> 26 Qs 82/18 (923 Js-OWi 283/17) gemäß Kapitel 130 im Schriftsatz vom 27.April 2018 und
> 26 Qs 22/18 (723 Js 331/16) gemäß Kapitel 124 im Schriftsatz vom 26.März 2018 an die 6.Strafkammer
mit Versagung von rechtlichem Gehör und Versagung einer Bescheidung von Anhörungsrügen im wiederholten Falle
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 254)

Schriftsatz vom 17.Juni 2018 mit Anfechtung der Duplex-Beschlüsse der 6.Strafkammer vom 06.Juni 2018 (eingegangen am 12.Juni 2018) im Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts Wuppertal und mit Antrag auf unverzügliche Rückerstattung des erpressten Lösegelds und Haftentschädigung inkl. Schmerzensgeld

134. Mit Schriftsatz vom 10.Mai 2018 Information an die 6. Strafkammer über termingerechte Anrufung des Bundesverfassungsgerichts mit Verfassungsbeschwerde innerhalb eines Monats
Verfassungsbeschwerde mit Antrag auf Vorlage beim Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts mit Schriftsatz vom 18.Mai 2018 termingerecht durchgeführt
Bundespräsident mit Schriftsatz vom 10.Juni 2018 um Vermittlung und Stellungnahme gebeten
135. Verfassungswidrig: Beide Beschlüsse der 6.Strafkammer zu o.g. Aktenzeichen vom 06.Juni 2018 (eingegangen am 12.Juni 2018) im Duplex-Beschwerdeverfahren an der 6.Strafkammer des Landgerichts mit ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu erdrückender Beweislage. Strafbare Rechtsbeugung der 1.Instanz, deren Auflösung durch 2.Instanz trotz ausführlicher Beweisvorlage verhindert wird
Beide Beschlüsse: Ursache für Eskalation zu schwerem Missbrauch von Staatsgewalt mit diskriminierenden Haftbefehl
Daher: Nachreichung dieses Schriftsatzes an laufende Verfassungsbeschwerde.
136. Duplex-Beschlüsse der 6.Strafkammer des Landgerichts als Ursache für Eskalation zu schwerem Missbrauch von Staatsgewalt
> mit Überfall auf 77-jährigen Rentner im Schlafanzug,
> mit 4-Mann-Polizeitrupp mit Verhöhnung des Grundgesetzes
> mit Haftbefehl ohne Möglichkeit der Kenntnisnahme von Rechten
> mit anschließender totaler Isolationshaft in
> Gefangenenzelle mit offenem "indischen Plumpsklo" und intensivem Uringestank in der Zelle und Untersagung der Toilettenbenutzung auf der Etage gegenüber
Antrag auf unverzügliche Rückerstattung des erpressten Lösegelds und Haftentschädigung inkl. Schmerzensgeld
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 277)

Schriftsatz vom 01.Jan.2019 an das Amtsgericht Mettmann mit Zurückweisung jeglicher Zwangsmassnahmen gemäß Antrag der Verwaltungsbehörde (Kreis Mettmann - Bußgeldstelle) im Schreiben des Amtsgerichtes Mettmann vom 27.12.2018 (eingegangen am 29.Dez.2018)
137. Verfahren zu politisch motivierter Sippenzerschlagung mit Todesopfer und kapitalen Vermögensschäden bis zu staatlich erzwungener Altersarmut mit Nutzungszwang zu Pfändungsschutzkonto sind keine Ordnungswidrigkeitsverfahren und keine Bußgeldverfahren:
Skandalöse Faktenlage einer seit 20 Jahren andauernden hasskriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik der regierenden Generation seit 1998 zugunsten der Automobilbranche:
Missbrauch deutscher Justiz für
politisch motivierte Sippenzerschlagung
mit einer Treib-und Hetzjagd bis in den Tod (Todesopfer) und
mit kapitalen Vermögensschäden des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
> > > Werk einer skrupellosen, diskriminierenden und diffamierenden Staatsanwaltschaft mit Weisung aus dem Bundeskanzleramt bei Umsetzung einer kriminellen Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik
Daher Zurückweisung jeglicher Zwangsmassnahmen und Übergabe des Schreibens vom 27.12.2018 des Amtsgerichtes Mettmann an Verwaltungsgericht Berlin (27.Kammer VG 27 K 308.14),
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/UMTS2000-18-1.pdf
Scroll down after link (page 242)
Verwaltungsgericht Düsseldorf (27.Kammer 27 K 4325/18)
http://planning.euro-online.de/ftp/WDR2018-0.pdf> > >
Scroll down after link (page 280)

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen (L 5 P 88/18)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf
Scroll down after link (page 144)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME4.pdf
Scroll down after link (page 308)

Schriftsatz vom 25.Jan.2019 an das Amtsgericht Mettmann mit
Zurückweisung eines "Bußgeldes" in neuem "Bußgeldverfahren" und
Zurückweisung jeglicher Zwangsmassnahmen gemäß formlosen Schreiben
vom 09.01.2019 (eingegangen am 14.01.2019) durch Richterin am
Amtsgericht Küppers mit laufenden Befangenheitsverfahren
Erinnerung an und Wiederholung des Ablehnungsgesuchs
Anhörungsrüge mit Einspruch gegen Rechtsbelehrung
138. Schriftsatz vom 01.Jan.2019 an das Amtsgericht Mettmann mit
Zurückweisung jeglicher Zwangsmassnahmen gemäß Antrag der
Verwaltungsbehörde (Kreis Mettmann - Bußgeldstelle) im Schreiben des
Amtsgerichtes Mettmann vom 27.12.2018 (eingegangen am 29.Dez.2018)
Hasskrimineller, verfassungswidriger Missbrauch deutscher Justiz unter der
regierenden Generation seit 1998
Missbrauch von Ordnungswidrigkeitsverfahren durch skrupellose
Staatsanwaltschaft für soziale und psychische Zerschlagung seit 2011
Extremistischer Ausuferung staatlicher Übergriffe zu politisch motivierter
Sippenzerschlagung unter Verantwortung der politischen Führung
139. Ungeheuerlich: Politisch motivierte Sippenzerschlagung
als Klagegrund gegen die deutsche Bundesregierung
als Antragsgrund zur Immunitätsaufhebung des Bundespräsidenten
als Motiv zu heimtückischen Attacken einer skrupellosen Staatsanwaltschaft
gegen das Grundrecht der Freiheit des noch lebenden Zerschlagungsopfers:
Daher Verzicht auf Hauptverhandlung
Erinnerung / Wiederholung: Ablehnungsgesuch
gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
Politisch motivierte Sippenzerschlagung, als Resultat einer kriminellen
Umverteilungs- und Zerschlagungspolitik unter Verantwortung der höchsten
politischen Führung in Deutschland, ist das
Werk einer skrupellosen, diskriminierenden Staatsanwaltschaft und
keine Verkehrsordnungswidrigkeit mit Erzwingungshaft für "Bußgelder",
alias Zerschlagungsgelder.
Antrag auf rechtsstaatliches Verfahren, Widerspruch gegen Verfahren als
Einzelrichter-Veranstaltung
Antrag und Anspruch des Zerschlagungsopfers: Freispruch mit
Zurückweisung des verfassungswidrigen Antrags der Verwaltungsbehörde
Mettmann auf Freiheitsberaubung unter dem Deckmantel von
Erzwingungshaft.
140. Kein Weiter so mit verfassungswidrigen "Bußgeldverfahren" seit 2011!
Daher Anhörungsrüge wegen ständiger Versagung von rechtlichem Gehör zu
ungeheuerlichen Vorgängen der politisch motivierten Sippenzerschlagung
mit Todesopfer, Rufmord am Wohnsitz und am Geburtsort,
Freiheitsberaubung mit psychischer Folter, kapitalen und ruinösen
Vermögensschäden u.a. trotz eines herausragenden Lebenswerkes mit
Weltklasse-Höchstleistungen für digitale Evolution: Massiver Verstoß gegen
grundrechtsgleiches Recht nach Art.103 Abs.1 GG
Einspruch gegen verfassungswidrige Rechtsbelehrung, die eine sofortige
Beschwerde mit vorrangigen Sachargumenten ausschließt
Antrag auf Freispruch und Zurückweisung eines diskriminierenden
"Bußgeldes" (alias Zerschlagungsgeldes), mit dem das Zerschlagungsopfer
zum Täter diskriminiert wird.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 27)

Schriftsatz vom 25.Feb.2019 an das Amtsgericht Mettmann mit
Stellungnahme zu Erinnerung an und Wiederholung des
Ablehnungsgesuchs gegen Richterin am Amtsgericht Küppers
gemäß formlosen Anschreiben vom 11.02.2019
141. Ablehnungsgesuche sind gesetzlich geregelt mit § 24 StPO (§ 42 ZPO)
Gesetzliche Vorgaben sind zu beachten. Daher:
Zurückweisung einer weiteren Kommunikation mit der abgelehnten Richterin
am Amtsgericht Küppers
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 61)

Schriftsatz vom 26.Sept.2019 an das Amtsgericht Mettmann mit Zurückweisung des Beschlusses 33 OWi-723 JS 331/16-39/16 vom 03.Sept.2019

142. Faktenlage mit neuer Verfassungsbeschwerde wegen Opfer-Diskriminierung, Opfer-Kriminalisierung, Opfer-Terrorisierung, Opfer-Entrechtung und Opfer-Entmündigung
Voraussetzung für jede Rechtsanwendung, auch am Amtsgericht Mettmann ist der Respekt vor dem Grundgesetz mit Grundrechten und grundrechtsgleichen Rechten.
Rechtsanwendungen ohne diesen Respekt sind verfassungswidrig!
Daher Zurückweisung des Beschlusses
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 88)

Schriftsatz vom 08.Mai 2024 an das Amtsgericht Mettmann (32 OWi-543 Js 77/24-46/24)
mit Einspruch gegen verfassungswidrige
Fortsetzung von Nonstop-Bußgeldverfahren mit zu erwartendem verfassungswidrigen de-facto-Teilversäumnisurteil seit 2011 ohne Respekt vor Grundrechten am Amtsgericht Mettmann (Anlage VB-2406).
Daher Anmahnung der Respektierung des grundrechtsgleichen Rechtes auf Widerstand gemäß Art.20 Abs.4 GG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 115)

Schriftsatz vom 29.Juni 2024 an das Amtsgericht Mettmann (32 OWi-543 Js 77/24-46/24)
> Stellungnahme des Amtsgerichtes Mettmann vom 27.05.2024 (eingegangen am 05.06.2024) durch Justizbeschäftigte Almtwly
Definitiv Einspruch mit erweiterter Begründung vom 29.Juni 2024, weil mehrfach und brutal verfassungswidrig
u.a. mit Hinweis auf Berufungsverfahren am Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Schriftsatz vom 15.Juni 2024
Wiederholt: Anmahnung der Respektierung des grundrechtsgleichen Rechtes auf Widerstand gemäß Art.20 Abs.4 GG.
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 142)

Schriftsatz vom 15.Juli 2024 an das Oberlandesgericht Düsseldorf
mit Rechtsmittel der Rechtsbeschwerde gegen verfassungswidriges Urteil **32 OWi-543 Js 77/24-46/24 (Amtsgericht Mettmann)** vom 19.07.2024 (eingegangen am 23.7.2024)
> > > http://planning.euro-online.de/ftp/AG-ME5.pdf
Scroll down after link (page 204)